

Magisterarbeit



Agrobiodiversität und das Recht auf Nahrung

Eine moralische Begründung des Rechts auf Nahrung im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und ihre Implikationen für biodiverse Ernährung in Ernährungssicherungsstrategien

eingereicht bei

1. Gutachterin: Dr. Regina Kreide
2. Gutachterin: Prof. Dr. Uta Ruppert

zur Erlangung der Magistra Artium
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Vorgelegt von: Diana Kaiser
Aus: Altenburg/ Thüringen

Einreichungsdatum: Dezember 2009

„Das Fundamt des Rechts ist die Humanität.“

Albert Schweitzer (1875 – 1965), Theologe/Philosoph/Arzt

Inhaltsverzeichnis

I	Einleitung.....	1
II	Landwirtschaft, Hunger und Biodiversität.....	14
1	Zum Status Quo in der Landwirtschaft	14
1.1	Weltausgabenbericht	16
2	Ernährung, Hunger und Mangelernährung	19
2.1	Zahlen und Fakten	19
2.2	Der Mensch lebt nicht vom Brot allein: Terminologie, Konsequenz und Geschlecht von Unter- und Mangelernährung.....	22
2.3	Unter- und Mangelernährung als multifaktorielles Problem	29
3	Biodiversität.....	35
3.1	CBD und ökosystemarer Ansatz – Inhalt, Umfang und Defizite	40
3.2	Agrobiodiversität.....	46
4	Resümee und thematische Weiterführung	53
III	Menschenrechte im Diskurs	55
1	Verankerung des Rechts auf Nahrung in den Menschenrechten.....	55
2	Ideelle Fundierung sozialer Menschenrechte	60
2.1	Diskussion juristischer Menschenrechtsbegründungen	60
2.2	Diskussion moralischer Menschenrechtsbegründungen	65
2.3	Diskussion politischer Menschenrechtsbegründungen	69
3	Persönliche Stellungnahme, Kritik und Zusammenfassung.....	76
3.1	Soziale Gerechtigkeit und positive Pflichten als moralische Ansprüche an eine gerechte Ordnung	76
3.2	Moral gleicher Achtung und Praxis des Gründegebens	77
3.3	Gerechtigkeitspostulate und die individuelle Disposition.....	80
3.4	Diskussion (sozialer) Menschenrechte als moralische Rechte im Sinne einer qualitativen Gerechtigkeitskonzeption mit positiven und negativen Pflichten .	84

IV Agrobiodiversität und das Recht auf Nahrung	92
1 Das Recht auf angemessene Ernährung in UN Sozialpakt und seine Konkretisierung in den Allgemeinen Anmerkungen 12 und den Freiwilligen Leitlinien.....	92
1.1 Würde, Pflichtenadressaten und extraterritoriale Staatenpflichten	93
1.2 Das gute Leben: Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Demokratie	96
1.3 Gerechtigkeit, normativer Inhalt und qualitative Forderungen.....	97
1.4 Die Konzepte der Angemessenheit und der Nachhaltigkeit und landwirtschaftliche Ressourcen.....	99
2 Masse statt Klasse?.....	102
2.1 Die Nahrungsmittelindustrie: mehr Fluch als Segen	103
2.2 Agrarindustrie: Von Monokulturen, Saatgut, Patenten und Gentechnik	105
2.3 Die Eignung monokulturellen, großflächigen Anbaus zur Ernährungssicherung der ruralen Bevölkerung.....	109
3 Strategien zur Verringerung von Unter- und Mangelernährung.....	112
3.1 Kurz-, mittel- und langfristige Ansätze	112
4 Das Recht auf Nahrung, Ernährungssicherung und Agrobiodiversität	114
4.1 Nutzung der Agrobiodiversität in Ernährungssicherungsstrategien zur Erfüllung der im Recht auf Nahrung enthaltenen Forderungen.....	118
V Schlussfolgerungen und Ausblick	126
VI Quellenverzeichnis	133

Abbildungsverzeichnis

Titelbild	Guiseppe Arcimboldo ‚Vertumnus‘	
Abb. 1	Status der Unterernährung 2002-2004	20
Abb. 2	Verteilung der Hungernden nach Regionen 2009	21
Abb. 3	Sektorale Hungerverteilung nach FAO 2004a ‚Who the hungry are‘	22
Abb. 4	Zusammenhänge zwischen Ernährungsunsicherheit, Hunger und Unterernährung ..	23
Abb. 5	Hot Spots der Biodiversität	39
Abb. 6	Vavilovsche Zentren – Herkunftsgebiete der wichtigsten Nutzpflanzen	47
Abb. 7	Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten des UN-Sozialpakts sowie Nicht- Unterzeichner- noch -Ratifiziererstaaten	58
Abb. 8	Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten des UN-Zivilpakts sowie Nicht- Unterzeichner- noch -Ratifiziererstaaten	59

Abkürzungsverzeichnis

BfN	Bundesamt für Naturschutz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSA	Bundessortenamt
bspw.	beispielsweise
Bt	Bacillus thuringiensis
bzw.	beziehungsweise
CBD	Convention on Biological Diversity (Konvention über die biologische Vielfalt)
CESCR	UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights (Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research (Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung)
COP	Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz)
COP9	Ninth Meeting of the Conference of the Parties to the Convention on Biological Diversity (Neunte Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die Biologische Vielfalt)
D.h.	Das heißt
D.K.	Diana Kaiser
DNA	Desoxyribonukleinsäure
ECOSOC	UN Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der VN)
ESA	Ecosystem Approach (Ökosystemarer Ansatz)
ETC Group	Action Group on Erosion, Technology and Concentration (ehemals: RAFI)
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, umgangsspr.: Welternährungsorganisation)
FIAN	FoodFirst Informations- und AktionsNetzwerk
GEF	Global Environment Facility (Globale Umweltfazilität)
GMO	Genetically manipulated organism (Gentechnisch veränderter Organismus)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

HDI	Human Development Index
H.J.S.	Hans Jörg Sandkühler
IAASTD	International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (umgangsspr.: Weltagrarbericht)
IFPRI	International Food Policy Research Institute
IPGRI	International Plant Genetic Resources Institute
IPWSKR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; umgangsspr.: UN Sozialpakt)
ISAAA	International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications
ITPGRFA	International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture (Internationaler Saatgutvertrag)
kcal	Kilokalorie
MDGs	UN Millennium Development Goals
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NGO	Non-governmental Organization (Nichtregierungsorganisation)
o. A.	ohne Angabe
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
o. J.	ohne Jahr
RAFI	Rural Advancement Foundation International
R.K.	Regina Kreide
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SOFI	FAO Report on the State of Food Insecurity in the World (FAO Bericht zum Status der weltweiten Ernährungsunsicherheit)
u. a.	unter anderem
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development (UN Konferenz über Umwelt und Entwicklung)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development (UN Konferenz über Handel und Entwicklung)
UNDP	United Nations Development Programme (UN Entwicklungsprogramm)

UNEP	United Nations Environment Programme (UN Umweltprogramm)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation)
UNO	United Nations Organization (Organization der Vereinten Nationen)
UN Sozialpakt	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der VN, siehe auch IPWSKR)
UN Zivilpakt	International Covenant on Civil and Political Rights (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, siehe auch IPBPR)
USDA	United States Department of Agriculture
vs.	versus
WDR	World Development Report (Weltentwicklungsbericht der Weltbank)
WFP	World Food Programme (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen)
WHO	World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
z. B.	zum Beispiel

Einleitung

1 Kontextualisierung

„Jäten ist Zensur an der Natur.“¹

Umweltverschmutzung und -zerstörung sowie Klimawandel sind im öffentlichen Bewusstsein mittlerweile verankert. Kaum ein Mensch würde heutzutage noch den anthropogenen Einfluss auf das Klima negieren. Aber die weitaus dramatischeren Entwicklungen, die sich in aller Welt abzeichnen, der tägliche Verlust scheinbar unbedeutender Arten und Ökosysteme, finden von der Menschheit weitgehend unbemerkt statt. Die Konsequenzen des Verlusts von Biodiversität, speziell der Agrobiodiversität, entfalten ihre Wirkung relativ unbeachtet. Der Verlust der landwirtschaftlichen Vielfalt durch die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion führt dazu, dass die Menschheit ihr Potenzial zur Sicherung ihres eigenen Überlebens, aber auch das anderer Organismen, systematisch untergräbt und aushöhlt. Durch die Verdinglichung der Natur unter dem Primat der Rationalisierung zerstört der Mensch seine Ernährungsgrundlagen und provoziert durch sein Handeln zukünftige Hungersnöte in bisher ungekanntem Ausmaß.²

„Die Kommerzialisierung aller Ressourcen von natürlichen Gemeinschaftsgütern über kollektives Erfahrungswissen bis zu pflanzlichen, tierischen und menschlichen Genen ist beim Kern des Lebens angekommen: embryonale Stammzellen und Gene als Waren. Im Klon findet die Herrschaftslogik im Mensch-Natur-Bezug ihren industrialisierten Höhepunkt, der technische Machbarkeitswahn gipfelt im Schöpfungsmythos – scheinbar erhaben über alle Grenzwerte und ethischen Werte. Das Klon kann als gestaltungsmächtiges Symbol dafür gelten, dass die neoliberale Globalisierung den Ausgangspunkt des Nachhaltigkeitsdenkens, nämlich die ‚Grenzen des Wachstums‘ zu erkennen und zu akzeptieren, der Markt- und Effizienzlogik opfert.“³

Ein weit verbreiteter Irrtum betrifft den (vermeintlichen) Antagonismus zwischen Naturschutz und Ernährung. Der Umstand, dass Naturschutz nicht nur Selbstzweck, sondern auch maßgebliches Mittel zur Herstellung und Bewahrung von globaler, sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ist, zur Vermeidung und Verminderung von Hunger und Nahrungsmittel-Engpässen und -ausfällen beitragen, den Klimawandel verlangsamen und seine Auswirkungen abfangen kann, ist in Zivilbevölkerung und Politik kaum bekannt.

¹ VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG: Zitat von Oskar Kokoschka. [online] http://zitate.net/zitate/natur/zitate_5.html.

² Mooney, Pat/ Fowler, Cary (1991): Die Saat des Hungers. Wie wir die Grundlagen unserer Ernährung zerstören. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 10f.

³ Wichterich, Christa (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienter Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht. In: C. Görg & U. Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 87.

1.1 Nachhaltigkeitsdebatte und Umwelt und Entwicklung

Seit der UN Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 bestimmt das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung den entwicklungs- und umweltpolitischen Diskurs. Neben der Agenda 21, die konkrete staatliche Handlungsanweisungen enthält und Regierungen dazu auffordert, nationale und regionale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, wurde die Rio-Deklaration verabschiedet, die als unabdingbare Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung die Bekämpfung der Armut, die Propagierung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster sowie die Partizipation aller Bevölkerungsteile an politischen Prozessen benennt. Weiterhin wurden das Übereinkommen über die Biologische Vielfalt und die Klimarahmenkonvention auf den Weg gebracht. Konzeptuelle Vorläufer waren der vom UN Umweltprogramm (UNEP) und der UN Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) vorgelegte ecodevelopment-Ansatz von 1974, der sogenannte Brandt-Bericht von 1980, der den Aspekt intergenerationeller Gerechtigkeit in die Debatte einführte, sowie der 1987 veröffentlichte Brundtland-Bericht.⁴

Das Modell nachhaltiger Entwicklung ist anthropozentrisch und mehrdimensional: Es bezieht sich zugleich auf ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung und beschäftigt sich mit der Frage, wie gegenwärtige Bedürfnisse erfüllt werden können, ohne die Grundlagen der Bedürfnisbefriedigung für zukünftige Generationen zu zerstören. Zentral ist die Verknüpfung des Umweltschutzes mit sozialer, intergenerationeller und distributiver Gerechtigkeit.⁵ Die symbiotische Beziehung von sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung ermöglicht, die in dieser Arbeit behandelten Themen wie ländliche Entwicklung, Agrarökologie, Biodiversität, Ernährung, Unter- und Mangelernährung mit Aspekten sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten, genauer dem Recht auf angemessene Ernährung, zusammenzudenken.

Prekärerweise wird die Nachhaltigkeitsdebatte in den Industrieländern primär zu einer Diskussion über Umweltschutz degradiert, was sich u. a. in der Entwicklungszusammenarbeit widerspiegelt. Die Fokussierung auf den Umweltaspekt lässt die eigentlichen sozialen, ökonomischen und politischen Ursachen für die Zerstörung von Ressourcen aus dem Blick geraten. Menschen oder Länder zerstören nicht grundlos ökologisch bedeutsame Gebiete, sondern aufgrund der vorhandenen sozialen, rechtlichen und politischen Rahmen-

⁴ Eine Auswahl weiterer (global) relevanter Abkommen wie der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie der EU, CITES 1973, das Kyoto-Protokoll von 1997, das Cartagena Protokoll 2000 oder NATURA 2000 findet sich bei Bauer, Steffen (2005): Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. In: Informationen zur politischen Bildung: *Umweltpolitik*, Nr. 287. S. 17f. Siehe Oberthür, Sebastian (2005): Internationale Umweltpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung: *Umweltpolitik*, Nr. 287. S. 71.

⁵ Die Verbindung von Fragen sozialer Gerechtigkeit mit der Nutzung öffentlicher Güter findet sich bereits bei David Hume (1711-1776). Die deutsche Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts rekurrierte auf das Konzept nachhaltiger Entwicklung, indem sie die Ausgewogenheit zwischen Abholzung und Aufforstung propagierte. Bauer 2005, S. 17.

bedingungen, welche diese Zerstörung ermöglichen. Allein der Anspruch der Industrieländer an ökologisch diverse Entwicklungsländer, für den Erhalt der natürlichen Ressourcen Sorge zu tragen, ignoriert die Bedingungen, welche eben jene Ausbeutung und Zerstörung notwendig oder opportun erscheinen lassen. Acelsrad bemerkt dazu: „Nicht nur Ineffektivität gefährdet die Umwelt, sondern auch der Mangel an sozialer Gerechtigkeit.“⁶ Auch der intellektuelle Umgang mit der Natur trägt zu ihrer Dezimierung bei: Neben der fraglichen Funktionalisierung, Ökonomisierung und Verrechtlichung natürlicher Ressourcen und Dienste spielt die gesellschaftliche Verortung des Menschen als von der Natur entkoppelte Entität eine wichtige Rolle. Ebenso schwierig ist das gesellschaftliche Verständnis in industrialisierten Staaten von natürlichen und weiblichen Reproduktionsleistungen, welches sich in weiten Teilen überschneidet als gesellschaftlich irrelevante, kostenfreie und stets verfügbare Leistung.⁷

Die Verordnung und Ausweitung von Schutzgebieten von ‚oben‘ in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war mit der Vorstellung menschen- und anspruchsfreier Gebiete verknüpft. Da viele indigene Gruppierungen die natürlichen Ressourcen der Umgebung nutzten, um sich mit Medizin, Nahrung, Brennholz oder Baumaterial zu versorgen, entstand ein gravierendes Problem. Entwicklungs- und Naturschutzorganisationen mussten realisieren, dass ohne die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und ohne Aufklärung, Bildung und Verbesserung derer Lebensbedingungen kein effektiver Schutz möglich war. D.h. Entwicklungsmaßnahmen sind für effektiven Umweltschutz ebenso bedeutungsvoll wie Umweltschutzstrategien selbst.⁸

„The colonial construct of the passivity of the earth and the consequent creation of the colonial category of land as terra nullius (empty land), served two purposes: it denied the existence and prior rights of the original inhabitants and it obscured the regenerative capacity and processes of the earth. It therefore allowed the emergence of private property from enclosures, and allowed non-sustainable use of resources to be considered ‘development’ and ‘progress’.“⁹

Heutzutage wird das Entwicklungsparadigma selbst von einigen Wissenschaftlerinnen in Frage gestellt. Dabei wird jedoch eher das westliche Entwicklungsmodell kritisiert, als der Anspruch von Entwicklungsländern auf ökonomische und gesellschaftliche Transformation in Zweifel gezogen.¹⁰ Die grundlegende Frage, ob eine stetige Entwicklung notwendig, folgerichtig oder

⁶ Acselrad, Henri (2002): Die ökologische Herausforderung zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 64f.

⁷ Acselrad 2002, S. 48-71.

⁸ Acselrad 2002, S. 64f.

⁹ Shiva, Vandana (2005): *Earth Democracy. Justice, Sustainability, and Peace*. Cambridge: South End Press. S. 22.

¹⁰ Acselrad betont in diesem Zusammenhang, dass die Ökologiebewegung der späten sechziger Jahre dezidiert als Gegenbewegung zum vorherrschenden Konsumismus konzipiert war, dessen gesellschaftliche Tauglichkeit und Rechtfertigung die Protestbewegung in Frage stellte. Allerdings lässt

wünschenswert ist, wird hingegen kaum noch gestellt. Die Vorstellung der (persönlichen) Entwicklung und des Strebens nach Vervollkommenheit keimte in der Renaissance zunächst in der Idee von der Selbstschöpfungsfähigkeit des Menschen (Pico della Mirandola) hin zu einer idealen Menschheit auf. In Aufklärung und Idealismus wurde die Vorstellung immerwährenden Fortschritts kultiviert (Bacon, Descartes, Rousseau, Kant, Herder) und auf andere Lebensbereiche, z.B. die Natur (Pflanzen-, Tierzucht), übertragen. So unterstehen heutzutage bspw. Natur- und Technikwissenschaften weiterhin dem Primat des Fortschritts. Die Idee des Strebens nach einer idealen Menschheit wurde hingegen aufgegeben.¹¹

Der Fortschritt hat eine zunehmende Globalisierung und Einbindung nationaler Ökonomien in die Weltwirtschaft und internationale Rechtsstatute befördert. Ob dieser Prozess umkehrbar und eine Umkehr sinnvoll oder erstrebenswert ist, sei dahingestellt. Sicherlich kann eine Einladung zur Partizipation an der Globalisierung aber auch als Zwang begriffen werden, der bei Nichtbeteiligung Sanktionierung nach sich ziehen kann. Hier kann sowohl auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als auch die Verrechtlichung der Landwirtschaft bzw. genetischer Ressourcen hingewiesen werden.¹²

Marktmacht und zunehmende Privatisierung befördern ein Machtvakuum des Staates, der von seiner Aufgabe der Wahrung der Menschenrechte (bspw. der Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Wasser, Sanitärwesen, Energie, Gesundheit) immer mehr zurücktritt. Entscheidungen werden nicht länger demokratisch herbeigeführt. Im Zustand globaler Rechtlosigkeit werden Instanzen erschaffen, deren Verfügungsmacht extralegal zu verorten ist. Die Negation und Verletzung der Menschenrechte kann unter anderem als systematische und strukturelle Folge der Globalisierung begriffen werden.¹³ Zudem ist die Konzeptionierung des Menschenrechtsbegriffs nicht eindeutig. Der Begriff suggeriert eine inhaltliche und semantische Klarheit, die faktisch nicht vorhanden ist.¹⁴ Daher ist es wichtig, die Auslegungen und Kontroversen um Menschenrechte näher zu betrachten, um zu den Begründungslücken und -möglichkeiten eines Rechts auf Nahrung gelangen zu können.

sich bereits in den Siebzigern die Ökonomisierung der Umweltbewegung feststellen: Zwar verwies der Wachstumsbericht des Club of Rome 1972 auf die Notwendigkeit der Begrenzung ökonomischen Wachstums, hinterfragte das Entwicklungsparadigma jedoch nicht länger grundlegend. Accselrad 2002, S. 51-56.

¹¹ Rentsch, Thomas (1999): Mensch. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 814-818.

¹² Dias, Clarence J. (2001): Auswirkungen der Globalisierung auf die Menschenrechte. In: G. v. Arnim (Hg.), V. Deile (Hg.), F.-J. Hutter (Hg.), S. Kurtenbach (Hg.) & K. Tessmer (Hg.): *Jahrbuch Menschenrechte 2001*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 143.

¹³ Dias 2001, S. 144f., 147.

¹⁴ Gareis, Sven Bernhard/ Varwick, Johannes (2008): Die Vereinten Nationen: Aufgaben, Instrumente und Reformen. Opladen: Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills. 4. Auflage. S. 171f.

Als Sinnbild der Gerechtigkeit gilt die blinde Justitia, deren verbundene Augen ihre Unparteilichkeit symbolisieren sollen. Die Waage in ihrer Hand stellt das Gleichgewicht bzw. Gleichmaß der verschiedenen Interessen dar, die sie unvoreingenommen austariert. Das Schwert repräsentiert die Autorität, die ihrem Urteil innewohnt. Die Anerkennung ihrer Autorität und der Letztgültigkeit ihres Urteils erklärt sich aus den zuvor benannten Prinzipien, die auf dem Verständnis von Gerechtigkeit als moralischem Grundprinzip basieren, anhand dessen rechtliche, politische und soziale Verhältnisse innerhalb und zwischen Gesellschaften beurteilt werden. Justitias Autorität ist normativ. Aber wie gerecht kann Justitia sein, wenn sie von individuellen Bedürfnissen und Lebensumständen abstrahierte Entscheidungen trifft? Impliziert der Grundsatz der Ausgewogenheit zugleich gerechte Distinktion? Sind Entwürfe von Moral, Recht oder legitimer Autorität nicht historisch und kulturell variabel? Kann es einen universalistischen Moralbegriff geben, der die Proklamation einer allgemeingültigen Konzeption von Gerechtigkeit und Menschenrechten erlaubt?¹⁵

Diese Fragen führen bereits einige streitbare Aspekte der Menschenrechtsdiskussion ins Feld. Bei dem Versuch der Entwicklung einer Metaethik (universalistischen Moral) besteht die Gefahr, dass die Entstehungsbedingungen von Moral, der gesellschaftliche Kontext innerhalb dessen sich Vorstellungen von Moral konstituieren sowie die Konstitutionsbedingungen von gerechten Ordnungen selbst aus dem Blick geraten.¹⁶ Engbruch/Riedel zeigen auf, wie der Universalisierungskritik durch die Menschenrechte begegnet wird: Das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard, wie in Artikel 11 (1) des UN Sozialpakts¹⁷ dargelegt, lässt sich semantisch in ‚angemessen‘ und ‚Lebensstandard‘ unterteilen. Der Terminus ‚angemessen‘ rekuriert darauf, dass die Lebensbedingungen den gegebenen Umständen entsprechen sollen. ‚Standard‘ ist ein Begriff, der auf den Normalfall abzielt. Ein ‚angemessener Lebensstandard‘ wäre demnach ein am Normalfall orientierter, den gegebenen Umständen Rechnung tragender Lebensstandard. Es ist unwahrscheinlich, dass es sich bei dieser Tautologie um eine reine Stilfigur handelt. Vielmehr sollen dadurch die unterschiedlichen sozialstaatlichen und ökonomischen Entwicklungsstadien der

¹⁵ Forst, Rainer (1994): Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 9.

¹⁶ Mau, Steffen (2002): Solidarität und Gerechtigkeit. Zur Erkundung eines Verhältnisses. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 131f.

¹⁷ Auswärtiges Amt (1966): Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. [online] <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf>.

Nationalstaaten und damit ihre divergierende Leistungsfähigkeit im Bezug auf das Recht auf Nahrung thematisiert werden.¹⁸

Historisch betrachtet gilt das Verständnis der Menschenrechte als bürgerliche und politische Rechte als überholt. Bereits im 19. Jahrhundert wird die französische Menschenrechtserklärung als zu sehr auf Freiheitsrechte beschränkt empfunden. In Frankreich wird sie 1848 deshalb auf Druck der Arbeiter-/Gewerkschaftsbewegung um sozioökonomische Menschenrechte (bspw. das Recht auf Arbeit) ergänzt.¹⁹ Sie waren ursprünglich als Korrektiv zu den negativen Folgen der Industrialisierung gedachte Rechte.²⁰ Obwohl Menschenrechte als Ergebnis konflikthaft verlaufender gesellschaftlicher Lernprozesse (z.B. als Antwort auf Unrechtserfahrungen) und somit als Ausdruck politischer Gerechtigkeit verstanden werden können, greift dieses Verständnis zu kurz.²¹ Der Streit über den Vorrang des UN Zivilpakts vor dem UN Sozialpakt, der während des Kalten Krieges in einem britisch-ukrainischen Eklat gipfelt, verdeutlicht dies. Der britische Vertreter sprach: „Wir wünschen freie Menschen, nicht wohlgenährte Sklaven.“ Darauf antwortete der Regierungsvertreter der Ukraine: „Freie Menschen können verhungern.“²²

Die Diskussion um Subsistenz- und Menschenrechte ist heutzutage keine grundsätzliche mehr, sondern bezieht sich auf ihren Inhalt (bspw. die Erfüllung von Grundbedürfnissen) und Umfang (in-/direkte Leistungsansprüche): Das gilt selbst für konservative und liberale politische Positionen, die eine Politik, welche absehbar Hunger und

¹⁸ Die Allgemeine Anmerkung 3 Art. 8 betont die politische und ökonomische Neutralität des Paktes. Das sollte zu seiner Akzeptanz unter unterschiedlichen politischen Systemen beitragen und gleichzeitig ökonomisch schwächere Länder davor schützen, den Standard der Industrieländer aufgezungen zu bekommen und damit permanent als Paktverletzer zu gelten. Ebenso sollte verhindert werden, dass der Standard der Entwicklungsländer als Maßstab angelegt und von den Industrieländern als Rechtfertigung zur Reduzierung ihrer Minimalstandards genutzt wird. Engbruch, Katharina/Riedel, Eibe (Hg.)(2008): Das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard: Ernährung, Wasser, Bekleidung, Unterbringung und Energie als Elemente des Art. 11 (1) IPWSKR. Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 40f. Zur Allgemeinen Anmerkung 3 siehe CESCR (1990):

Allgemeine Anmerkung 3. [online]

[http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/94bdbaf59b43a424c12563ed0052b664?Opendocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/94bdbaf59b43a424c12563ed0052b664?Opendocument).

¹⁹ Bielefeldt, Heiner (2007): Ideengeschichte(n) der Menschenrechte. In: N. Janz & T. Risse(Hg.): *Menschenrechte – Globale Dimension eines universellen Anspruches*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 178.

²⁰ Dias 2001, S. 146.

²¹ Bielefeldt 2007, S. 180f.

²² Weiß, Norman (2000): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte – vergessene Menschenrechte? In: K.P. Fritzsche & G. Lohmann (Hg.): *Menschenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Würzburg: Ergon Verlag. S. 40. Zitiert nach Heinrich, Christiane Helene (2007): Gesellschaftliche Exklusionsvorgänge als Anfrage an internationale soziale Menschenrechtsforderungen. Soziologische, theologische und sozialphilosophische Perspektiven. Frankfurt/ Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 231.

Armut produziert, als Menschenrechtsverletzung empfinden.²³ Die Propagierung eines Rechtsanspruchs des Einzelnen gegenüber nationalen Regierungen und Industrieländern anstelle des historischen Fürsorge- und Freiwilligkeitsprinzip markiert einen strategischen Wandel im Verständnis von Entwicklungs- und internationaler Zusammenarbeit. Die Stärkung des UN Sozialpakts und vor allem des Rechts auf Nahrung trägt den globalisierten Rechts- und Handelsstrukturen am ehesten Rechnung und ermöglicht eine Diskussion über die Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Unter- und Mangelernährung, die nur sinnvoll sein kann, wenn sie breit gefasst ist und Armutsminderung, Ernährungssicherheit, Agrarhandel, Agrobiodiversität als auch ländliche Entwicklung einschließt.

2 Thematische Annäherung

2.1 Vorannahmen

Global betrachtet, bestehen große Unterschiede in der menschlichen Entwicklungsfähigkeit sowohl zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen unterschiedlichen Gesellschaften. Diese Differenzen sind teilweise derart grundlegend, existentiell und ungerecht, dass sie einer Begründung bedürfen. Ich gehe davon aus, dass Armut mit ihren Begleiterscheinungen Hunger, Unter- und Mangelernährung (Ernährungsunsicherheit) ein menschlich und individuell nicht wünschenswerter Zustand ist. Niemand würde sich freiwillig und ohne fremdes Zutun für Armut oder Krankheit entscheiden.²⁴ Chronische Unter- und Mangelernährung schmälern die Fähigkeit zum Vollzug des eigenen Lebens und zur Ausschöpfung der individuellen Möglichkeiten. Angemessene Ernährung ist der Grundstein für jegliche Form von Entwicklung.

Armut ist ein absoluter Zustand. Von Armut Betroffene können sich nicht oder nur schwer von ihr befreien, sie können Armut und deren Folgen nicht bzw. kaum kompensieren und werden der Erfüllung grundlegender menschlicher Bedürfnisse bzw. des Lebens als vollwertiges Mitglied der Menschengemeinschaft beraubt.²⁵ Das Gegenteil von Armut ist nicht Reichtum (welcher ein relatives Konzept ist), sondern grundlegende vitale Sicherheit. Würde jemand die benötigten Grundgüter finden und könnte über sie verfügen, gälte er trotzdem als arm, da seine Existenz noch immer von grundlegender Unsicherheit gekennzeichnet wäre. Würden seine Funde bspw. entwendet oder durch ein Unglück zerstört, fiel er erneut in den

²³ Pogge, Thomas (2007a): Severe Poverty as a Human Rights Violation. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 15.

²⁴ Chauvier, Stéphane (2007): The Right to Basic Resources. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 306.

²⁵ Chauvier 2007, S. 312.

Zustand absoluter Armut zurück, da seine verlorene Sicherheit materieller nicht struktureller Art gewesen wäre.²⁶

Armut muss von einer bestimmten Art und aus bestimmten Gründen erklärbar sein, um als problematisch angesehen werden und als Menschenrechtsverletzung gelten zu können. Zunächst muss eine Alternative zu Armut vorstellbar sein, die sowohl als wünschenswert als auch erreichbar gilt. Die Nicht-Erreichung der Alternative muss dann Ergebnis zufälliger Schwierigkeiten sein, d.h. Armut kann den Armen nicht als selbstverursacht zugeschrieben werden.²⁷ Zum Verständnis von Armut als Menschenrechtsverletzung müssen die Armen Objekt der Armut, diese ihnen übergestülpt sein.²⁸ Die Verletzung des Rechts auf Nahrung ist die Konsequenz menschlicher Handlungen (ökon./pol. Akteure), deren Armutsfolgen zwar absehbar aber nicht primäres Ziel der Handlung sind.²⁹

Armut kann sowohl auf lokale als auch auf globale Strukturen zurückgeführt werden und Indikator für Ungerechtigkeit sein. Sie ist nicht nur ein Phänomen unzureichender Hilfeleistung seitens derer, die etwas gegen die Armut tun könnten, sondern setzt ebenso aktive Handlungen der wohlhabenden Länder zur Schaffung und Aufrechterhaltung ungerechter (Wirtschafts-)Strukturen voraus. Da Unter- und Mangelernährung von ca. 2 Milliarden Menschen strukturelle Ursachen haben, können sie als besondere Form der Diskriminierung verstanden werden und sind damit ungerecht.³⁰

Individuelle Fähigkeiten und Begabungen sind, ebenso wie der Umstand in welchem Land man geboren wurde bzw. wessen Staatsangehöriger man ist, kein moralisches Verdienst. Daher dürfen Menschen, die in einem Land mit schlechten Entwicklungs-, Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten geboren wurden, nicht für diesen Zufall verantwortlich gemacht und bei der Bewältigung dieser Nachteile allein gelassen werden. Es bedarf entweder einer Begründung, warum schlechter gestellte Menschen bei dem Umgang mit der strukturell bedingten Ungleichheit auf sich selbst zurückgeworfen werden dürfen, also einer moralischen Rechtfertigung der Ungleichheit, oder aber der Etablierung einer Instanz, die diese Ungerechtigkeiten beseitigt bzw. korrigiert. Aus der Beantwortung der Frage, ob Hunger ungerecht ist, ergeben sich Implikationen für die Entwicklungspolitik und das Recht auf angemessene Ernährung. Das Recht auf Nahrung ist darauf ausgerichtet, der strukturellen

²⁶ Chauvier 2007, S. 303.

²⁷ Chauvier 2007, S. 305f.

²⁸ Chauvier 2007, S. 306.

²⁹ Chauvier 2007, S. 308f.

³⁰ Kreide, Regina (2007): Neglected Injustice: Poverty as a Violation of Social Autonomy. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 156. Mieth, Corinna (2004): Sind wir zur Hilfe verpflichtet? Zur Dialektik von Hilfe und Gerechtigkeit. In: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Nr. 14/15. S. 31.

Dimension von Unter- und Mangelernährung Rechnung zu tragen, die Strategien der Welternährung bislang unzureichend berücksichtigen.³¹

Biodiversität ist ein grundlegender Baustein, um den Fortbestand der Erde und der Menschheit zu sichern. Ohne biologische Vielfalt ist kurzfristig kein qualitativ hochwertiges und langfristig überhaupt kein Leben möglich. Biodiversität und Agrobiodiversität inkludieren mehr als ihren ökonomisch messbaren Wert, ihre vermarktbareren Produkte und ihre ökosystemaren Dienstleistungen. Diverse Regionen und gesellschaftliche Gruppierungen sind unterschiedlich stark von ihrer Nutzung für das alltägliche Überleben abhängig und von einem Verlust der (Agro-)Biodiversität betroffen. Biodiverse Ernährungsstrategien werden selten zur Verringerung der Unterernährung eingesetzt.

2.2 Begriffsbestimmungen

Wenn im Anschluss von Menschenrechten oder sozialen Menschenrechten die Rede ist, sind damit, soweit nicht anders ersichtlich, die im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte³² (UN Sozialpakt) verankerten Menschenrechte gemeint. Damit soll die Relevanz der bürgerlichen und politischen Menschenrechte nicht bestritten werden, allerdings sind sie für die anstehenden Ausführungen und den Schwerpunkt des Menschenrechts auf angemessene Ernährung von untergeordnetem Interesse.

Die Allgemeinen Anmerkungen sind Rechtskommentare des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen. Sie werden nachfolgend als Allgemeine Anmerkung, Allgemeine Bemerkung, Allgemeiner Rechtskommentar oder Rechtskommentar titulierte.

Beim dem von mir behandelten Recht auf Nahrung handelt es sich um das in Artikel 11 (1/2) im UN Sozialpakt niedergeschriebene Recht. Das Recht auf Nahrung wird unterschiedlich bezeichnet und übersetzt und kann gleichgesetzt werden mit dem Recht auf angemessene Ernährung, dem Recht auf angemessene Nahrung, dem Recht auf ausreichende Ernährung oder Nahrung. Im Folgenden wird es als Recht auf Nahrung oder Recht auf angemessene Ernährung aufgeführt.

Der Begriff des Lebensmittels drückt treffend seine Bedeutung für unsere Existenz aus. Nahrungsmittel hingegen reduziert die Essware auf ihre Funktion, die uns zu ernähren. Differierende physiologische Bedürfnisse werden vernachlässigt, wenn mit Nahrung eine Nahrungsmenge im Sinne des Sattseins assoziiert wird. Sattsein ist allerdings kein Garant für die Herstellung und den Erhalt körperlicher und geistiger Fähigkeiten. Nahrung befriedigt nicht nur bestimmte physiologische Bedürfnisse, sondern ist, im Sinne eines Lebensmittels, ein

³¹ Mieth 2004, S. 30.

³² Auswärtiges Amt 1966.

zentraler Bestandteil des menschlichen Lebens, dem eine qualitative, kulturspezifisch divergierende Funktion innewohnt, die semantisch negiert bzw. verdrängt wird. Die Reduktion eines Lebensmittels auf ein Nahrungsmittel suggeriert, dass die kulturvarianten Ernährungsgewohnheiten im Rahmen von bspw. Nothilfe- oder Alimentationsprogrammen vernachlässigt werden können. Dies wirkt sich natürlich auch auf landwirtschaftliche Entwicklungsstrategien aus. Mit einer Standardisierung der Ernährung geht jedoch ein fundamentaler Verlust an Kultur und kulturspezifischem ernährungsphysiologischen und landwirtschaftlichen Wissen einher. Da dieses nur selten verschriftlicht ist, ist die Gefahr des Aussterbens groß und ein Teil der ursprünglich vorhandenen Nahrungsmittelautonomie (oder Ernährungssouveränität) geht unwiederbringlich verloren. Nahrung dient dem Erhalt des Lebens, wenn möglich über das rein physische Existieren oder Dahinvegetieren hinaus. Im Folgenden verwende ich den Begriff der Nahrung bzw. des Nahrungsmittels, da dieser verbreiteter ist, mit den dem Lebensmittel inhärenten Zuschreibungen.

Biodiversität (biologische Vielfalt) und Agrobiodiversität (landwirtschaftliche Vielfalt) sind in der nachfolgenden Arbeit wichtige Termini und werden in Kapitel II ausführlich dargestellt. Wenn ich von landwirtschaftlicher Vielfalt spreche, sind darunter sowohl Pflanzen als auch Tiere zu verstehen. Meine Diskussion und Argumentation baue ich hingegen auf Nutzpflanzen auf, da pflanzliche Nahrung die Grundlage menschlichen und tierischen Lebens bildet.³³

Begriffe wie Industrieland bzw. Entwicklungsland werden nachfolgend verwandt, ohne auf deren Konnotationen näher eingehen zu können. Sie enthalten im hier verwendeten Sinn keine Wertung und orientieren sich auch nicht an einem evolutionistischen Entwicklungsgedanken. Weitere für die nachfolgende Arbeit relevante Termini werden, wo möglich, im Text erläutert.

3 Fragestellung und Vorgehensweise

3.1 These und Fragestellung

Die Veränderung landwirtschaftlicher Produktionsweisen aufgrund sich wandelnder Konsum- und Industriebedarfe führt zur Verbreitung und zum Anstieg von Unter- und Mangelernährung, wenn der landwirtschaftliche Strukturwandel auf großflächigen monokulturellen Anbau kommerzieller Züchtungen ausgerichtet wird. Die Integration in den Weltmarkt aber auch den formalen Nahrungsmittelmarkt bietet für Kleinbauern kaum Chancen der ökonomischen Entwicklung und verstärken tendenziell deren Abhängigkeit von nationalen bis

³³ Hahlbrock, Klaus/ Wiegandt, Klaus (Hg.)(2007): Kann unsere Erde die Menschen noch ernähren? Bevölkerungsexplosion – Umwelt – Gentechnik. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag. 3.Auflage. S. 29.

globalen Strukturen. Unter- und Mangelernährung haben strukturelle Ursachen, deren Berücksichtigung vom Recht auf Nahrung gefordert wird. Das Recht auf Nahrung ist ein moralisches Recht, da sowohl die juridische als auch die politische Begründung die Ansprüche des Rechts auf Nahrung nicht adäquat erfassen können und beide letztlich aus der Moral abgeleitete Begründungen sind. Die Verpflichtung zu Installation und Stärkung des Rechts auf Nahrung leitet sich aus der Gleichwertigkeit aller Menschen, der reziproken Anerkennung als moralisch relevanten Individuen ab. Das Recht auf Nahrung ist ein grundlegendes Recht, ohne dessen Gewährung die Inanspruchnahme anderer Rechte nicht bzw. nur schwer möglich ist.

Die Themen Recht auf Nahrung und landwirtschaftliche Vielfalt sind in dieser Form noch nirgends behandelt worden. Es gibt bislang keine normative Debatte bzw. Literatur, die eine moralphilosophische Begründung des Rechts auf Nahrung versucht und sie in Bezug zu relevanten Abkommen und Rechtskommentaren daraufhin untersucht, welche Gerechtigkeitskonzeptionen implizit und explizit vorhanden sind und inwiefern sie die strukturelle Dimension von Armut und Unterernährung thematisieren. Dies ist ein Versuch der partiellen Aufarbeitung, der sowohl normative als auch empirische Elemente enthält. Nach der umfassenden Analyse landwirtschaftlicher Strukturen sowie der strukturellen Bedingtheiten von Armut untersuche ich die Plausibilität der Begründungsoptionen eines sozialen Menschenrechts und prüfe im Anschluss ob sich Elemente einer moralischen Argumentation innerhalb des UN Sozialpakts, der Allgemeinen Anmerkung 12 des UN Wirtschafts- und Sozialrats sowie der Freiwilligen Leitlinien der FAO rechtfertigen lassen. Abschließend plädiere ich für eine vielfältige Landwirtschaft und die Hinwendung von Ernährungssicherungsstrategien zu biodiverser Ernährung.

Dem Umfang der Arbeit geschuldet, erfolgt eine Zusammenfassung der Kernaussagen am Ende der jeweiligen Kapitel, die Wiederholung in den Schlussfolgerungen soll dadurch vermieden werden. Da sich das Thema innerhalb kürzester Zeit als derart umfassend gestaltete, habe ich beschlossen, es nicht geschlechtertheoretisch aufzuarbeiten. Wo immer es mir möglich schien, habe ich dennoch versucht, die besonderen Umstände der jeweiligen weiblichen Bevölkerungsgruppe zu berücksichtigen und zu integrieren. Auch auf volkswirtschaftliche Fragen kann in dieser Arbeit nicht eingegangen werden. Besagter Aspekt verdient die eigenständige Bearbeitung in einem dafür geeigneten Rahmen.

3.2 Kurzbeschreibung der einzelnen Kapitel

Kapitel II beschäftigt sich mit der aktuellen und Fragen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, die es ermöglicht, nachhaltig und ausreichend zu produzieren. Weiterhin werden Unter- und Mangelernährung thematisiert, welche, trotz landwirtschaftlicher Überproduktion, weiterhin global grassieren. Im Kapitel werden strukturelle Zusammenhänge und Problematiken zwischen landwirtschaftlichen Produktionsweisen, Unterernährung und Ernährungssicherungs- politiken charakterisiert. Es wird diskutiert, welche Bedeutung landwirtschaftliche Vielfalt als Teil der Biodiversität für Ernährung (und letztlich für das Recht auf Nahrung) hat und inwiefern es den strukturellen Gegebenheiten der Armutsdiskussion Rechnung tragen kann. Insgesamt soll die Komplexität der Hungerproblematik aufgezeigt werden, um zu erläutern, dass dem Recht auf Nahrung nur durch einen umfassenden landwirtschaftlichen Entwicklungsansatz und einen grundlegenden Wandel in Ernährungssicherungsstrategien entsprochen werden kann.

In Kapitel III werden die philosophischen Begründungsmöglichkeiten der Menschenrechte anhand der Rechts-, Moral- und politischen Philosophie diskutiert. Konkretisierung und Vergleich des Rechts auf angemessene Ernährung in unterschiedlichen Publikationen mit einer Konzeption moralisch begründeter Menschenrechte werden aus konzeptionellen Gründen im Folgekapitel (IV) vorgenommen. Die Kenntnis der behandelten Theorien in Kapitel III wird vorausgesetzt: Die Argumentationsstränge werden diskursiv angerissen, können jedoch nicht erschöpfend behandelt werden. Die Argumentationsstränge werden anhand ausgewählter Menschenrechts- bzw. Gerechtigkeitsphilosophen exemplarisch beleuchtet. Die zentrale Fragestellung beschäftigt sich damit, was die einzelnen Begründungen für das Recht auf angemessene Ernährung leisten können bzw. welche inhaltlichen Spielräume durch die jeweiligen Argumentationen eröffnet und verschlossen werden. Abschließend beschäftige ich mich mit der Frage, welche der drei Begründungen meines Erachtens am überzeugendsten ist und diskutiere die der moralischen Rechtfertigung entgegengebrachte Kritik.

In Kapitel IV werden die konkreten Ansprüche des Rechts auf angemessene Ernährung, wie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem allgemeinen Rechtskommentar 12 (Allgemeine Anmerkung 12) des UN Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und in den Freiwilligen Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung expliziert, untersucht. Es wird herausgearbeitet, welche Konzeption explizit und implizit im Recht auf Nahrung vorhanden ist und begründet, warum nur eine moralische Begründung der Menschenrechte deren Ansprüchen gerecht werden kann. Anschließend werden kurz-, mittel- und langfristige Ansätze der Ernährungssicherung erläutert unter dem Gesichtspunkt, welcher Ansatz dem Grundgedanken des Rechts auf Nahrung am ehesten entspricht. Daraufhin werden zwei für die Welternährung zentrale Bereiche beleuchtet: die

formale Nahrungsmittelindustrie und deren Vorstufe, die Saat- und Pflanzgutindustrie. Es soll diskutiert werden, ob besagte Industriezweige einen nachhaltigen Beitrag zur Reduktion von Unter- und Mangelernährung in kleinbäuerlichen Strukturen, gemessen an den Forderungen des Rechts auf Nahrung, leisten können. Abschließend wird begründet, inwiefern kleinteilige, adaptierte und biologisch vielfältige Landwirtschaft die Ernährungssicherheit von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verbessern, die strukturellen Faktoren von Unter- und Mangelernährung aufgreifen, einen relevanten Beitrag zur Etablierung des Rechts auf Nahrung beisteuern und den im Recht auf Nahrung angelegten Ansprüchen gerecht werden kann.

In den Schlussbetrachtungen gebe ich einen Ausblick auf zu erwartende Entwicklungen bezüglich des Rechts auf Nahrung und der Entwicklung der Landwirtschaft. Ich versuche, die Schemen eines nachhaltigen Entwicklungsszenarios zu entwerfen, und benenne potentielle Problemfelder.

Landwirtschaft, Hunger und Biodiversität

1 Zum Status Quo in der Landwirtschaft

„Du mußt nur die Laufrichtung ändern, sagte die Katze zur Maus und fraß sie.“³⁴

Die weltweite Nahrungsmittelkrise des Frühjahrs 2008 verdeutlicht erneut, wie vielfältig die Ursachen für Armut und Hunger gestreut und zu beurteilen sind. Wieder einmal zeigt sich, dass die Ärmsten der Armen von globalen Entwicklungen besonders stark betroffen sind und unter Preissteigerungen für Lebensmittel überproportional stark leiden. Zudem wird deutlich, dass eine Entkopplung globaler Entwicklungen von nationalen oder sogar lokalen Strukturen kaum noch möglich ist, erst recht nicht bei international bedeutsamen Gütern wie Nahrungsmitteln und anderen Rohstoffen. Die Erklärungen für die aktuellen Verteuerungen sind vielfältig und rangieren von den veränderten Konsumgewohnheiten der Mittelschichten in Schwellenländern³⁵ über den verstärkten Bedarf an Tierfutter und Rohstoffen zur Herstellung von Bioethanol, Ernteaussfällen in Industrie- (bspw. Australien) und Entwicklungsländern, verfehlte EU-Agrarpolitik (Flächenstilllegung³⁶, Subventionierung) und Börsenspekulationen (Hedgefonds, Index, Handel mit Futures)³⁷, Verteuerung von Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie gestiegene Rohölpreise bis hin zum Bevölkerungswachstum.³⁸

Ebenso schnell wie der Öffentlichkeit Erklärungen für die Preissteigerungen unterbreitet wurden, wurden unterschiedlichste Lösungsansätze präsentiert.³⁹ Die

³⁴ Kafka, Franz (2009): Kleine Fabel. In: F. Kafka & N. Heidelbach: Gelegenheit zu einer kleinen Verzweigung. Köln: DuMont Verlag. S. 90.

³⁵ Proell, Elke (2008): Globalisierung geht durch den Magen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/globalisierung-geht-durch-den-magen.html>.
United Nations (2008): The Millennium Development Goals Report 2008. [online] <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/The%20Millennium%20Development%20Goals%20Report%202008.pdf>.

³⁶ Um landwirtschaftliche Überschüsse zu begrenzen, führte die EU 1992 das Instrument der Flächenstilllegung ein, welches 1993/94 verbindlich in Kraft trat. Aufgrund des schlechten Wirtschaftsjahres 2006, welches eine Verknappung von Getreide in der EU-27 zur Folge hatte, wurde die Flächenstilllegung von der EU für 2007 suspendiert. Die Aufhebung der Flächenstilllegung wirkt sich tendenziell negativ auf die Agrobiodiversität (landwirtschaftliche Vielfalt) aus. Oppermann, Dr. Rainer/ Neumann, Andrea/ Huber, Silvia (2008): Die Bedeutung der obligatorischen Flächenstilllegung für die Biologische Vielfalt. Fakten und Vorschläge zur Schaffung von ökologischen Vorrangflächen im Rahmen der EU-Agrarpolitik. Berlin: Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

³⁷ Northoff, Erwin (2008): About 50 Million more hungry people in 2007. Hunger on the rise due to soaring food prices. Rome: FAO. [online] <http://www.fao.org/newsroom/en/news/2008/1000866/index.html>.
Ludermann, Bernd (2008): Kapital flieht in die Rohstoffe. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/kapital-flieht-in-die-rohstoffe.html>.

³⁸ Braun, Joachim von (2008a): Teure Versäumnisse. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/teure-versaemnisse.html>.

³⁹ Peltzer, Roger (2008): Keine Angst vor hohen Preisen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/keine-angst-vor-hohen-preisen.html>. Neubert, Axel/

Befürworter von Gentechnologie sind in den Medien derzeit besonders stark vertreten, behaupten sie doch, dass Hunger nicht länger ein Verteilungsproblem, sondern (mit Verweis auf erhöhte Tierfutter- und Biokraftstoffbedarfe) eines der Produktionsmenge sei.⁴⁰ Sie propagieren Gentechnologie als Mittel, um die Erträge der wichtigsten Nahrungspflanzen zu steigern bzw. deren Ernährungseigenschaften qualitativ stark zu verbessern und damit einen langfristigen Beitrag zu Ernährungssicherung zu leisten – gerade im Hinblick auf das Bevölkerungswachstum der nächsten Jahrzehnte. Im Gegensatz zu konventioneller Kreuzungszucht, bei der die Phase von der Zucht bis zur zugelassenen, marktreifen Pflanze zwischen 5 und 15 Jahren betragen kann, sei die Veränderung genetischen Erbmaterials via Gentechnik weniger zeitaufwändig (zw. 5 und 10 Jahren) und daher geeigneter, um auf die Bevölkerungsexplosion reagieren zu können.⁴¹ Auch im Hinblick auf den Klimawandel würden Anpassungsleistungen von Nahrungsmittelpflanzen immer wichtiger. Zudem benötigten konventionelle Sorten zu viel Input (Düngemittel, Pflanzenschutz) und Pflege und tragen daher zu einer ökosystemaren Überlastung bei.⁴² Als weitere Vorschläge zur Entschärfung der Nahrungsmittelkrise werden die Reduzierung des Fleischkonsums, die Ausweitung der Agrarflächen, die (sich ausbreitende) Rückkehr zu Tiermehl anstelle von Soja, Mais oder Getreide als Tierfutter sowie die Begrenzung der Bioenergie und der Ausbau der Atomenergie propagiert.

Konventionelle, großflächige Landwirtschaft, die Resultat der technologischen Revolution der Agrarwirtschaft der letzten Jahrzehnte ist, hat erst dazu geführt, dass Böden ausgelaugt sowie überlastet sind und erodieren, ökologische Ressourcen dramatisch übernutzt und teilweise unwiederbringlich zerstört wurden. Die Propagierung von Technologie, heutzutage Gentechnologie, zur Ernährungssicherung ist die Fortsetzung einer destruktiven, Menschen und Natur verachtenden Politik mit leicht veränderten Mitteln. Gentechnologie würde lediglich die Auswirkungen einer verfehlten Agrarpolitik bekämpfen, nicht deren Ursachen, und damit langfristig zur Stabilisierung der herrschenden Strukturen beitragen, aus welcher sie hervorgegangen ist. Im Folgenden soll daher geklärt werden, wie eine zukunftsfähige

Viet Thai, Le (2008): Gewinn für die Großen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/gewinn-fuer-die-grossen.html>.

⁴⁰ Braun, Joachim von (2008b): Sonst wird die Lage unbeherrschbar. In: Die Zeit, Nr.17, 17.04.2008. [online] http://www.zeit.de/2008/17/Sonst_wird_die_Lage_unbeherrschbar?page=1. Powell, John M. (2007): Es gibt keine Überschüsse mehr. In: E+Z, Nr.6, 48. Jahrgang. [online] <http://www.inwent.org/ez/articles/055158/index.de.shtml>.

⁴¹ Hahlbrock/Wiegandt 2007, S. 27-49, 117ff.

⁴² Hahlbrock/Wiegandt 2007, S. 27-49, 117ff., Swaminathan, Monkomu Sambasivan (2008): Die immergrüne Revolution. In: Die Zeit, Nr. 5, 24.01.2008. [online] <http://www.zeit.de/2008/05/OdE14-Landwirtschaft-Interview?page=1>.

Landwirtschaft ausgestaltet sein muss, um langfristig das Überleben der Menschheit und seiner nicht-menschlichen Mitwelt gewährleisten zu können.

1.1 Weltagrarbericht

Betrachtet man den Weltagrarbericht⁴³ (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, IAASTD), der im Frühjahr 2008 veröffentlicht wurde, erhält man ein etwas differenziertes Bild. Zusammengestellt von ca. 400 Experten⁴⁴ aller Länder gibt der Bericht Auskunft über Zustand und zukünftig zu erwartende Entwicklungen in der Landwirtschaft. Grundlegend orientiert sich der Bericht an den Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen der UN Millennium Development Goals (MDGs) und informiert über die ökologischen Folgen von Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft, die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Organismen (GMOs) auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit, die Auswirkungen der Förderung von Bioenergie auf die Umwelt, die langfristige Verfügbarkeit und Preisentwicklung von Nahrungsmitteln, die Auswirkungen des Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion sowie die Bedeutung von Institutionen, Organisationen, Regierungen, Märkten und Handel auf die landwirtschaftliche Entwicklung. Finanziert wurde der Bericht von FAO, Weltbank, WHO, UNEP, UNDP, UNESCO und GEF.⁴⁵

Interessant an dem Bericht ist die Verbindung von Themen, die miteinander in Beziehung stehen, aber noch nie derart umfassend auf reziproke Wirkungen hin untersucht, sondern im Gegenteil, oftmals als voneinander unabhängig adressiert wurden. Der Bericht versucht, die Bereiche Landwirtschaft, Armut, Hunger, Gesundheit, natürliche Ressourcen, Umwelt, Entwicklung und Innovation abzudecken. Der Terminus 'agriculture' (Landwirtschaft) „is used in the widest sense to include production of food, feed, fuel, fiber and other products and to include all sectors from production of inputs (e.g. seeds and fertilizer) to consumption of products“⁴⁶.

Die Ergebnisse der Untersuchung nehmen sich wie folgt aus: Landwirtschaftliches Wissen, Wissenschaft und Technologie haben in den letzten 50 Jahren zu Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft geführt. Trotz immensen Bevölkerungswachstums konnte die Menge an pro Person verfügbaren Kilokalorien (kcal) zwischen 1960 und 1990 von 2360 kcal auf 2803

⁴³ Worldbank/FAO (2008): International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD). [online]
http://www.agassessment.org/docs/Global_SDM_050508_FINAL.pdf.

⁴⁴ bestehend aus Vertretern von Regierungen, NGOs, Produzenten- und Konsumentengruppen, dem Privatsektor, internationalen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen aller Fach- und Forschungsrichtungen

⁴⁵ FAO: Food and Agriculture Organization, WHO: World Health Organization, UNEP: United Nations Environment Programme, UNDP: United Nations Development Programme, UNESCO: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, GEF: Global Environment Facility

⁴⁶ Worldbank/FAO 2008, S. 5.

kcal gesteigert werden.⁴⁷ Allerdings kommt diese Ertragssteigerung nicht allen Menschen gleichermaßen zugute. So ist der Anteil der in Armut lebenden Menschen (Personen, die weniger als US\$ 2 pro Tag zur Verfügung haben) in Südasien zwar von 45% auf 30% gesunken und in Subsahara-Afrika in den letzten 20 Jahren bei ca. 50% verblieben, aber trotz allem noch beträchtlich.

Experten der unterschiedlichsten Fachrichtungen propagieren gerne die Notwendigkeit, landwirtschaftliche Erträge zu steigern, um einen Beitrag zur Ernährungssicherung zu leisten. Eine negative ökologische Folge dieser Fokussierung auf Ertragssteigerungen ist der Verlust biologischer Vielfalt. Der IAASTD grenzt sich davon ab und betont, in Orientierung an der Begriffsbestimmung der OECD, die Multifunktionalität der Landwirtschaft, für die eine hohe landwirtschaftliche Vielfalt existentiell ist.

“The concept of multifunctionality recognizes agriculture as a multi-output activity producing not only commodities (food, feed, fibers, agro fuels, medicinal products and ornamentals), but also non-commodity outputs such as environmental services, landscape amenities and cultural heritages.”⁴⁸

Der Erhalt der Multifunktionalität der Landwirtschaft dient der langfristigen Ernährungssicherung. Die Förderung der Agrarökologie trägt zum Schutz der Umwelt und dem Erhalt der Produktivität landwirtschaftlicher Ökosysteme bei. Landwirtschaftliches Wissen, Wissenschaft und Technologie leisten einen Beitrag zur Verringerung sozioökonomischer Ungleichheiten. Vor allem Frauen gelten als Adressaten für erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung.⁴⁹

Neben seiner Skepsis bezüglich des Potentials von Gentechnik, deren Verwendung nicht grundsätzlich ausgeschlossen wird, bestätigt der Weltagrarbericht, dass die Agrarpolitiken der letzten Jahrzehnte in Industrie- wie Entwicklungsländern fehlerhaft, nämlich auf Kosten der Böden, ausgestaltet wurden.⁵⁰ Während die Böden im Norden durch den massiven Einsatz von Kunstdüngern und Pestiziden zerstört wurden, fand im Süden nur eine unzureichende Investition in die Böden (beispielsweise durch Kompost) statt, denen zu viel an Leistung und Nährstoffen abverlangt wurde.⁵¹ Daher müsse eine stärkere Verquickung indigenen Wissens mit moderner Wissenschaft, Technologie und Forschung in Entwicklungs-

⁴⁷ Ebenda, S. 8.

⁴⁸ Ebenda, S. 9.

⁴⁹ Ebenda, S. 10. Zu der Rolle der Frauen in Naturschutzstrategien und der Problematisierung ihrer Einbindung siehe Makinwa-Adebusoye, Paulina (2000): Bevölkerung, Situation der Frauen und nachhaltige Entwicklung in Afrika. In: R. Klingebiel & S. Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz. 2. Auflage. S. 226ff. Ebenso Agarwal, Bina (2000): Geschlechterfrage und Umwelt: Anregungen aus Indien. In: R. Klingebiel & S. Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz. 2. Auflage. S. 239-291.

⁵⁰ Worldbank/FAO 2008, S. 10.

⁵¹ Elliesen, Tillmann (2008): Wir haben die Böden kaputtgemacht. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/wir-haben-die-boeden-kaputtgemacht.html>.

und Nachhaltigkeitsstrategien angestrebt werden. Die Landwirtschaft der Zukunft müsse sowohl dem Erhalt als auch der Erneuerungen von Wasser, Böden und Wäldern zuträglich sein. Internationale Agrarforschungsinstitute wie CGIAR⁵² könnten dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, wenn sie sich wieder weg von anwendungsorientierter Wissenschaft hin zu ihrem eigentlichen Auftrag, nämlich strategischer Forschung und Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern entwickelten.⁵³

Zusätzlich findet Erwähnung, dass viele Kleinbauern sehr effektiv mit den sie umgebenden Ressourcen (Wasser, Boden) haushalten und trotz Verzicht auf industrielle Bewirtschaftung (chemische Dünge-, Pflanzenschutzmittel, konventionelles Saatgut) keinerlei Ertragseinbußen verzeichnen und die Biodiversität erhalten.⁵⁴ In diesem Zusammenhang wird der steigende Einfluss von Großunternehmen in der Agrarbranche und deren Auswirkungen auf Kleinbauern in Entwicklungsländern thematisiert.⁵⁵ Zudem stellen Zölle, die vor allem auf verarbeitete Produkte erhoben werden, ein gravierendes Handels- und Entwicklungshindernis für agrarexportierende Entwicklungsländer dar. Ebenso wirkt sich die Subventionierung von in Industrieländern erzeugten Agrarprodukten stark nachteilig auf Entwicklungsländer aus.⁵⁶ Ein weiterer Nachteil exportorientierter Landwirtschaft ist die Externalisierung ökologischer Folgekosten (wie bspw. Erosion, Versalzung), welche sich in den Preisen für Agrarerzeugnisse nicht widerspiegeln.

Der Bericht zeichnet sich durch eine umfassende Analyse aus. Er hebt die strukturelle Dimension von Armut hervor und lehnt rein technische Lösungen ab, was in der Kritik der globalen landwirtschaftlichen Organisation, wie bspw. dem Protektionismus der Industrieländer bezüglich ihrer Agrarprodukte, offenbar wird. Viele Probleme der Armutsreduzierung haben gesellschaftliche, politische und rechtliche Ursachen, wie unklare oder diskriminierende Land- und Erbrechtsregelungen, Kreditvergabepraktiken und mangelhaften Marktzugang. Daher fällt die Beurteilung der Verwendung gentechnisch veränderter Organismen zur Ernährungssicherung zurückhaltend aus⁵⁷: Auch wenn der großflächige Anbau von gentechnisch veränderten Nahrungspflanzen eventuell relativ kostengünstig zu realisieren wäre, würden die Kleinbauern in Entwicklungsländern kaum von dieser Entwicklung profitieren. Sie verfügen gewöhnlich weder über das Land, noch die

⁵² Consultative Group on International Agricultural Research

⁵³ Elliesen 2008.

⁵⁴ Worldbank/FAO 2008, S. 11.

⁵⁵ Ebenda, S. 12.

⁵⁶ Ebenda, S. 13.

⁵⁷ Die Zurückhaltung des Weltagrarrats, GMOs als Armutsminderungsstrategie zu propagieren führte dazu, dass die am Bericht mitwirkenden Industrievertreter, ebenso wie die Regierungen von Australien, China, Großbritannien und den USA im Jahr 2008 ihre Mitarbeit am Weltagrarbericht einstellten. Trotz dessen wurde der Bericht von 54 Ländern unterzeichnet.

(finanziellen) Ressourcen, um das Saatgut, Wasser und die dafür benötigten Pestizide und Düngemittel finanzieren zu können oder müssten sich in verstärkte finanzielle Abhängigkeit begeben. Die Förderung technologiebasierter Landwirtschaft würde die Abhängigkeit vieler Kleinbauern von Krediten, Saatgutkonzernen und globalen agrar-/handelspolitischen Strukturen signifikant erhöhen. Zudem würden durch die einseitige Festlegung auf die Verwendung von GMOs (mit beispielsweise verbesserten Ernährungseigenschaften) lediglich die Symptome von Armut und Unterernährung, nicht aber deren Ursachen bekämpft.⁵⁸

2 Ernährung, Hunger und Mangelernährung

2.1 Zahlen und Fakten

Mitte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts lebten 57% der Weltbevölkerung in Ländern mit einer durchschnittlichen Verfügbarkeit an Kalorien von unter 2200 kcal, wohingegen dies heute lediglich noch auf 10% der Weltbevölkerung zutrifft.⁵⁹ Der beachtliche Rückgang ist hauptsächlich auf die wirtschaftliche Entwicklung in China, Indien, Indonesien und Brasilien zurückzuführen. In anderen Weltregionen wie beispielsweise Schwarzafrika hat sich die Ernährungssituation hingegen verschlechtert. Trotz Bevölkerungswachstum zeigt sich im Verhältnis zum Zeitraum 1990-92 ein Rückgang der Unterernährung in Entwicklungsländern von ca. 3%, nämlich von 20% auf 17% im Zeitraum 2001-03. Allerdings konstatiert die FAO, dass die Anzahl an Unter- und Mangelernährten bereits vor Nahrungs- und Finanzkrise erneut angestiegen ist. Trotz allgemeiner Verbesserungen sind gegenwärtig über 1.020 Millionen Menschen von chronischem Hunger, mehr als zwei Milliarden von Mangelernährung und Armut betroffen.⁶⁰

⁵⁸ Elliesen 2008.

⁵⁹ Worldbank/FAO 2008, S. 17.

⁶⁰ Zu den Jahresberichten der FAO zur weltweiten Ernährungsunsicherheit siehe FAO (2006): The State of Food Insecurity in the World 2006. Rom: FAO. [online] <http://www.fao.org/docrep/009/a0750e/a0750e00.htm>. FAO (2008): The State of Food Insecurity in the World 2008. Rom: FAO. [online] <http://www.fao.org/docrep/011/i0291e/i0291e00.htm>. FAO (2009): 1.02 billion people hungry: One sixth of humanity undernourished – more than ever before. [online] <http://www.fao.org/news/story/en/item/20568/icode/>. FAO (2009a): The State of Food Insecurity in the World 2009. Rom: FAO. [online] <http://www.fao.org/docrep/012/i0876e/i0876e00.htm>. FIAN (2005): Wirtschaft global – Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung. Hamburg: VSA – Verlag. S. 7. World Food Programme (2007): World Hunger Series 2007: Hunger and Health. Abrufbar unter: http://www.wfp.org/sites/default/files/WH_S_leaflet_English_2007.pdf.

Grundsätzlich wird zwischen 3 Kategorien von Hunger unterschieden:

- Chronischer Unterernährung in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und defizitärer Ernährungssicherungspolitik,
- Phasenspezifischen Versorgungsengpässen aufgrund der Lebenssituation (Schwangerschaft, Kindheit, Alter),
- Akutem Hunger aufgrund natürlicher oder menschengemachter Katastrophen⁶¹ (z.B. kriegsrische Auseinandersetzungen).⁶²

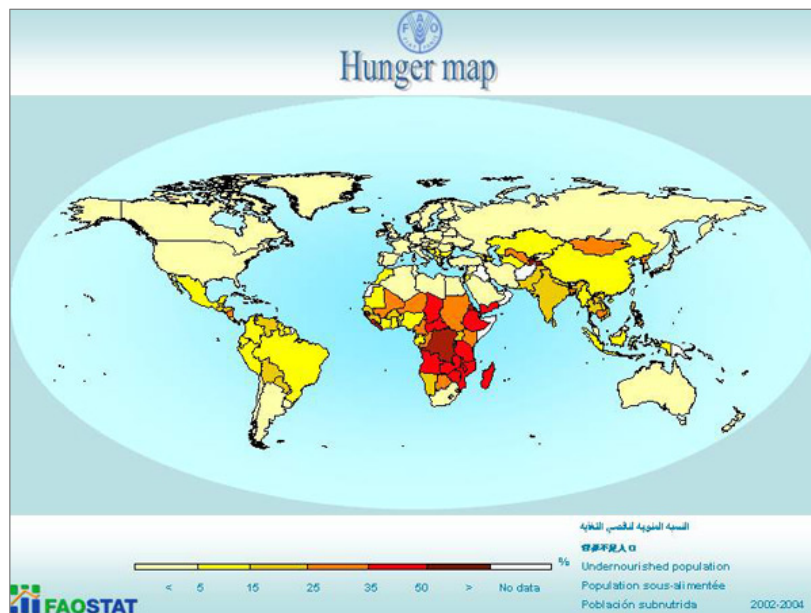


Abb. 1 Status der Unterernährung 2002-2004⁶³

Der Schwerpunkt meiner Ausführungen wird im Folgenden auf chronischer Unter- und Mangelernährung liegen, auch wenn der Erhalt und die Verwendung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt einen Beitrag zu und eine Absicherung gegenüber phasenspezifischem und akutem Hunger leisten kann. Da Hunger vor allem ein strukturelles Problem bzw. eine Folge struktureller Diskriminierung ist, sind zu dessen Verringerung auch strukturelle Veränderungen in Ernährungssicherungs-, Agrar- und ländlicher Entwicklungspolitik notwendig und eine Fokussierung auf chronische Unter- und Mangelernährung sinnvoll. Unter- und Mangelernährung werden nachfolgend erläutert.

⁶¹ Bei der Betrachtung von Nahrungsmittelkrisen offenbart sich ein deutlicher Anstieg der menschengemachten Ursachen (wie Konflikte, Kriege), nämlich von ca. 15% im Zeitraum von 1986-1991 auf ca. 36% im Zeitraum von 1992-2004. Der Anteil von Naturkatastrophen ist von ca. 80% auf ca. 56% im gleichen Zeitraum gesunken. FAO (2004a): The State of Food Insecurity in the World 2004. Rom: FAO. [online] <http://www.fao.org/docrep/007/y5650e/y5650e00.htm>.

⁶² Dams, Theodor (1999): Welternährung: Lage – Aussichten – Politik. In: P. Opitz (Hg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H.Beck. 2. Auflage. S. 194f.

⁶³ FAOSTAT: Status der globalen Unterernährung 2002-2004. [online] http://www.fao.org/faostat/foodsecurity/FSMap/map14_en.htm.

Geographische Verteilung und andere Faktoren

Der Hunger ist tendenziell in den Ländern besonders groß, deren Bevölkerung historisch betrachtet schon mehrere Jahrzehnte unter Hunger leidet, in denen die Aufnahme von Kilokalorien pro Person insgesamt eher niedrig ist (weniger als 2200 kcal/Person/Tag beträgt), in denen geringe ökonomische Entwicklungserwartungen vorhanden sind, das Bevölkerungswachstum hoch ist und die über geringe landwirtschaftliche Ressourcen verfügen.⁶⁴ Dies trifft nach Einschätzungen der FAO auf 32 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 580 Millionen Menschen zu. Bis 2050 wird sich ihr Anteil auf fast 1.4 Milliarden verdoppeln. Die Rate an Unterernährten an der Gesamtbevölkerung variiert in den besagten Ländern zwischen 29-72% mit einem durchschnittlichen Wert von 41%.⁶⁵ Von den geschätzten 1,02 Milliarden Menschen leben 1.003 Millionen in Entwicklungs- und ca. 15 Millionen in Industrieländern.⁶⁶

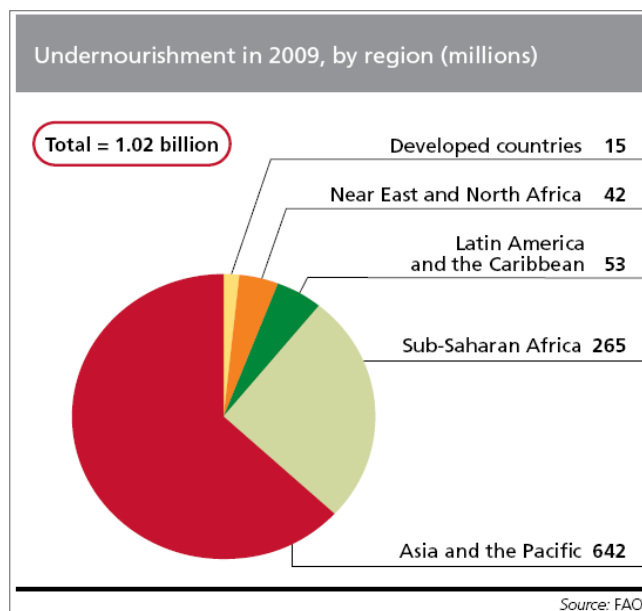


Abb. 2 Verteilung der Hungernden nach Regionen 2009⁶⁷

Dem ländlichen Raum kommt eine besondere Bedeutung zu, da 40% aller Menschen dieser Erde dort leben, ebenso wie 80% der Armen in Entwicklungsländern bzw. drei Viertel der chronisch unter Hunger Leidenden weltweit. Es mutet paradox an, dass die Ernährungsunsicherheit⁶⁸ dort am größten ist, wo Nahrungsmittel produziert werden.

⁶⁴ FAO 2006.

⁶⁵ FAO 2006.

⁶⁶ FAO 2009a.

⁶⁷ FAO 2009a, S. 11.

⁶⁸ Ernährungsunsicherheit (food insecurity) wird hier nach dem World Food Programme (WFP) als Abwesenheit von Ernährungssicherheit verstanden. Sie ist ein Zustand, der sich entweder durch Hunger aufgrund von Problemen des Vorhandenseins von, Zugangs zu oder Verwendung von Nahrungsmitteln in einer bestimmten Region oder die Anfälligkeit für Hunger aufgrund der beschriebenen Aspekte auszeichnet. Sie existiert, wenn (die Gefahr) einer unzureichenden Versorgung mit Energie und Mikronährstoffen infolge der oben erläuterten Gesichtspunkte besteht und die Fähigkeit, ein gesundes

Allerdings lässt sich aufgrund der steten Urbanisierung ein Anstieg von Unter-/Mangelernährten im städtischen Raum verzeichnen.⁶⁹ Die chronisch unter Hunger Leidenden setzen sich aus ca. 50% Kleinbäuerinnen und deren Familien, ca. 20% landlosen Landarbeiterinnen, 10% Viehhaltern, Fischern und vom Wald Lebenden sowie aus 20% Stadtbewohnern, welche vornehmlich Binnenflüchtlinge ländlicher Regionen sind, zusammen.⁷⁰

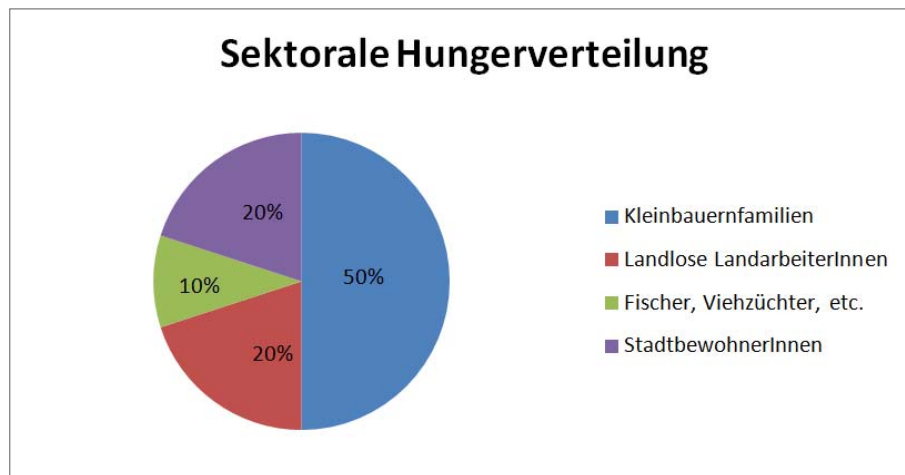


Abb. 3 Sektorale Hungerverteilung nach FAO 2004a, 'Who the hungry are'⁷¹

2.2 Der Mensch lebt nicht vom Brot allein: Terminologie, Konsequenz und Geschlecht von Unter- und Mangelernährung

Die Frage, was Hunger ist, fördert diverse Antworten zutage. Da Uneinigkeit über die korrekte Verwendung bzw. die Inhalte einzelner assoziierter Termini herrscht, ist die nachfolgende Auflistung lediglich der Versuch, eine Vorstellung der Kategorisierung zu vermitteln. Danach ist Hunger ein kurz- oder langzeitiger Zustand, der von schwachen bis zu klinischen Formen rangieren kann. Der Mangel an notwendigen Nährstoffen (seien es Kohlenhydrate, Fette, Proteine, Mineralien oder Vitamine) zur Gesunderhaltung kann sowohl von einer zu geringen Nahrungsmenge, unausgewogener Diät bis zur körperlichen Unfähigkeit die Nährstoffe zu absorbieren reichen.

und aktives Leben führen zu können, beeinträchtigt wird. World Food Programme (2006): World Hunger Series 2006: Hunger and Learning. S. 13, abrufbar unter:

http://www.wfp.org/sites/default/files/World_Hunger_Series_2006_En_0.pdf.

⁶⁹ FAO 2004a, Worldbank/FAO 2008, S. 15, FIAN 2005, S. 7.

⁷⁰ FAO 2004a, S. 25.

⁷¹ Eigene Darstellung nach FAO 2004a, S. 25.

Das Welternährungsprogramm (WFP) definiert Unterernährung (undernourishment) dergestalt:

„[Undernourishment is] The condition of people whose dietary energy consumption is continuously below a minimum requirement for fully productive, active and healthy lives. It is determined using a proxy indicator that estimates whether the food available in a country is sufficient to meet the energy (but not the protein, vitamin and mineral) requirements of the population. Unlike undernutrition, the indicator does not measure an actual outcome.“⁷²

Unterernährung ist demnach zunächst ein Energiedefizit⁷³, welches in einem bestimmten Zeitraum auftreten und in Qualität und Dauer stark variieren kann. Der Unterschied zwischen ‚undernourishment‘ und ‚undernutrition‘ besteht darin, dass ‚undernutrition‘ eine klinische Beschreibung ist, die den gravierenden Mangel mindestens einer der fünf bereits erwähnten Nährstoffgruppen voraussetzt und Personen in ihrer Lebens-, Regenerationsfähigkeit und Tätigkeit unterminiert. ‚Undernourishment‘ hingegen bezieht sich nur auf die durchschnittlich pro Person und Land vorhandene Menge an Kohlenhydraten und Fetten.⁷⁴

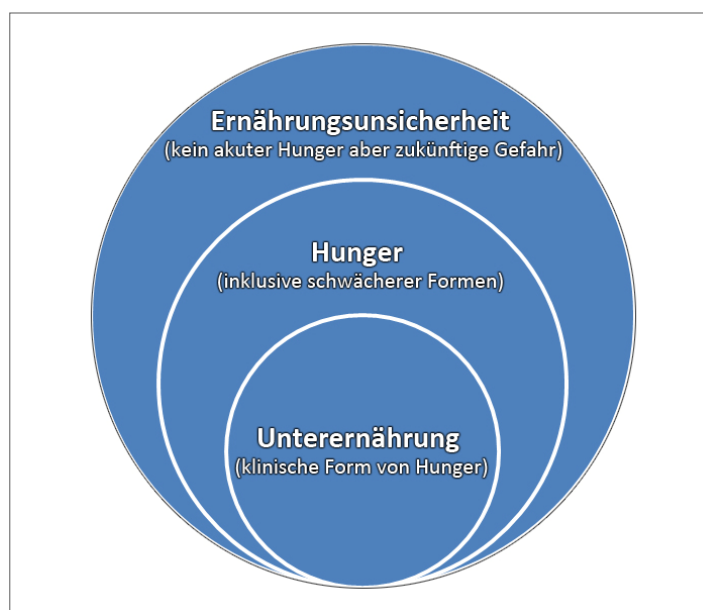


Abb. 4 Zusammenhänge zwischen Ernährungsunsicherheit, Hunger und Unterernährung⁷⁵

Auf das Problem der Mangelernährung wurde die FAO Anfang der 80er aufmerksam, als sie registrierte, dass trotz wachsender Ernteerträge die Zahl der mangelernährten Personen

⁷² World Food Programme 2006, S. 12.

⁷³ Im Folgenden möchte ich mich nicht auf die Einnahme einer bestimmten Kilokalorienzahl pro Tag und Person festlegen, da der Verzehr einer angemessenen Menge an Kalorien allein kein Garant für eine ausreichende Versorgung mit allen notwendigen Nährstoffen ist. Daher halte ich die Definitionen von WFP und FAO zu Unterernährung auch für unzureichend. Ich habe sie angeführt, um auf den vagen Charakter der Definitionen aufmerksam zu machen. Gleichzeitig stellen sie die einzigen, international angewandten und mehr oder weniger akzeptierten Definitionen dar, die mir bekannt sind.

⁷⁴ Dams 1999, S. 194f.

⁷⁵ Freie Darstellung nach World Food Programme 2006, S. 13.

anstieg.⁷⁶ Menschen, die mangelernährt sind, leiden unter einer ungenügenden Versorgung mit Mikronährstoffen wie Vitaminen⁷⁷, Spurenelementen⁷⁸ oder Mineralstoffen⁷⁹, welche sich teilweise dadurch auszeichnen, dass sie vom Körper nicht synthetisiert werden können. Mangelernährung ist ein klinischer Zustand, der sowohl durch Unter- als auch Überversorgung mit Nahrungsmitteln zustande kommen kann. Unter Mangelernährung (malnutrition) versteht die FAO:

„A broad term for a range of conditions that hinder good health, caused by inadequate or unbalanced food intake or from poor absorption of food consumed. Refers to both: undernutrition and overnutrition – conditions of both deprivation and excess.“⁸⁰

Auswirkungen

Mangel- und Unterernährung können schwerwiegende Auswirkungen auf die physischen und psychischen Kapazitäten der davon Betroffenen haben. 30 Millionen Menschen, davon 6 Millionen Kleinkinder, sterben jedes Jahr an ihren Folgen.⁸¹ Hunger fungiert als Stolperstein zur Verringerung der Armut. Er ist sowohl Konsequenz von, als auch Grund für Armut, da er das produktive Potential von Individuen, Familien als auch Staaten schwächt.⁸² Der Kreislauf von Hunger und Armut ist tückisch: Hungernde Erwachsene können Subsistenztätigkeiten und Fortbildungsmöglichkeiten nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen, wodurch ihre Möglichkeiten, aus der Armutsspirale auszubrechen, stark dezimiert werden. Langfristig sind davon natürlich auch ihre Nachkommen betroffen, welche ebenfalls unterernährt und beeinträchtigt aufwachsen.

⁷⁶ Engbruch/Riedel 2008, S. 155.

⁷⁷ „Vitamine sind organische Verbindungen, die der[menschliche] Organismus nicht selbst bilden kann und [die] deshalb in kleinen Mengen mit der Nahrung zugeführt werden müssen. Bei Unterversorgung kommt es zu Störungen im Stoffwechsel und bei völligem Fehlen, abhängig von den Vorräten im Körper, zum Tod.“ Universität Hohenheim: Ernährungshinweise Vitamine. [online] <https://www.uni-hohenheim.de/wwwin140/info/hinweise/vitamine/allgemein.htm>.

⁷⁸ „Spurenelemente, Mikroelemente, chemische Elemente, die in sehr geringer Konzentration im Organismus vorkommen [...]. Dazu gehören bei Mensch und Tier Eisen, Mangan, Kupfer, Kobalt, Zink, Fluor und Jod [...]. Die Spurenelemente sind meist Bestandteile von Enzymen, Vitaminen und Hormonen. Ihr Fehlen (durch einseitige Ernährung, Bodenmüdigkeit) ruft Mangelkrankungen hervor.“ Meyers Lexikon Online (a): Spurenelementdefinition. [offline] <http://lexikon.meyers.de/wissen/Spurenelemente>

⁷⁹ „Mineralstoffe, Mineralsalze, im weiteren Sinne alle natürlich vorkommenden oder künstlich hergestellten anorganischen Salze; im engeren Sinn die bei tierischen und pflanzlichen Organismen für den Aufbau von Körpersubstanzen notwendigen (und beim Veraschen der Körper zurückbleibenden) anorganischen Verbindungen [...]. Mineralstoffe müssen von Mensch und Tier ständig mit der Nahrung zugeführt werden; Pflanzen entnehmen sie dem Boden oder Düngemitteln.“ Meyers Lexikon Online: Mineralstoffdefinition. [offline] <http://lexikon.meyers.de/wissen/Mineralstoffe+%28Sachartikel%29>.

⁸⁰ FAO (2006a): Malnutrition-/ Ernährungssicherheitsdefinition. [online] <http://www.feedingminds.org/info/definitions.htm>.

⁸¹ Das Datenmaterial über die Anzahl Hungernder variiert je nach Staat, Institution und Methode (Indikatoren) stark. Festhalten lässt sich jedoch, dass die Anzahl chronisch von Hunger Betroffener von den NGOs tendenziell höher eingestuft wird als von den Nationalstaaten. FIAN 2005, S. 7, 12.

⁸² FAO 2006.

Wer die Unternährung im Kindesalter er- und überlebt hat, sieht sich mit deren Folgen konfrontiert: wesentlich verringertem körperlichen und geistigen Potential als genetisch veranlagt. Verminderte Körpergröße oder Gestalt können zu Diskriminierungen bei physischer Arbeit führen, weil Andere körperlich entwickelter sind und zumindest optisch einen fähigeren Eindruck hinterlassen. Ebenso können geistige Einschränkungen zu einer verminderten Fähigkeit der Ausschöpfung der eigenen Lebenschancen führen, weil Möglichkeiten zu Bildung und Analyse, und somit letztlich autonomer Lebensführung, beschränkt sind. Hungernde Kinder gehen seltener zur Schule als ihre versorgten Altersgenossen, zudem wird durch den Hunger ihre Konzentrationsfähigkeit stark beeinträchtigt.⁸³

Neben der verringerten Fähigkeit zur Wahrnehmung der individuellen Lebensmöglichkeiten und der verminderten Lebenserwartung, hat Unterernährung weitere gravierende Folgen für den menschlichen Körper und dessen Gesundheit. So benötigen unterernährte Kinder wesentlich länger, um sich von Krankheiten zu erholen als ausreichend Ernährte. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass von Armut Betroffene nicht nur überproportional von Unter- und Mangelernährung, sondern auch von Diabetes, Fettleibigkeit und Bluthochdruck betroffen sind, was zum Großteil auf sich durch Urbanisierung verändernde Lebensgewohnheiten zurückgeführt wird.⁸⁴

Die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen sind enorm: Ein untergewichtiges, unterernährtes Baby entwickelt sich zu einem unterernährten, untergewichtigen Kind und Erwachsenen mit reduzierten mentalen und körperlichen Kapazitäten, dessen Fähigkeiten, sich aus seiner Armut zu befreien, sehr eingeschränkt sind. Nicht nur, dass die körperlichen Defizite an Nachkommen weitergegeben werden, auch die Möglichkeit, sich in der Familie in Form von Pflege-, Erwerbs- oder Ernährungstätigkeiten einzubringen, sind verringert. Laut UNICEF und der Micronutrient Initiative 2004 liegt der durchschnittliche Intelligenzquotient allein aufgrund von Jodmangel in über 60 Ländern 10-15 Punkte unter dem für diese Länder Möglichen. Hunger verringert somit nicht nur die Lernkapazitäten breiter Bevölkerungsteile in Entwicklungsländern, sondern dezimiert die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit eines Landes.⁸⁵ Zudem verursacht Hunger enorme gesellschaftliche Kosten, die sowohl aus der Bekämpfung der Folgen von Hunger (wie medizinischer Versorgung), als auch aus eingeschränkter oder dem Verlust potentieller Produktivität resultieren. Laut SOFI 2004 erbringt jeder in Ernährungsprogramme investierte Dollar das 5 bis 20-fache an ‚Gewinn‘.⁸⁶

⁸³ World Food Programme 2006.

⁸⁴ FAO 2004a.

⁸⁵ World Food Programme 2006.

⁸⁶ FAO 2004a.

Die Hungernde

Auch wenn (chronischer) Hunger im grammatikalischen Sinne männlich ist, ist er doch ein geschlechtsspezifisches Phänomen. Obwohl Frauen und Mädchen 60-80% aller Grundnahrungsmittel produzieren, stellen sie ca. zwei Drittel aller chronisch Unter- und Mangelernährten. Sie bauen Reis, Mais, Kartoffeln, Maniok, Hülsenfrüchte und Ölsaaten, primär in Subsistenz, an.⁸⁷ Männer betreiben eher exportorientierte Landwirtschaft mit sogenannten ‚cash-crops‘ wie Getreide, Ölpflanzen oder Soja für Futtermittel oder zur Energiegewinnung.⁸⁸ Da Frauen in vielen Gesellschaften für die Auswahl und Lagerung von Saatgut zuständig sind, verfügen sie gewöhnlich über größeres Wissen bezüglich Anbau, Verwertung oder Marktwert als Männer.⁸⁹ Aufgrund der während der Kolonialzeit erzwungenen Privatisierung von Land und der Übertragung des Besitzes auf den Mann wurden speziell in Afrika traditionelle Abstammungs- und Vererbungsprinzipien untergraben. Das hat zur Folge, dass noch immer primär die männliche Landbevölkerung (trotz geringer Agrarkenntnisse) über Boden und die damit einhergehenden Rechte wie die Bestimmung darüber, was angebaut werden soll, verfügt.⁹⁰

Die bäuerliche Gemeinschaft der Bamana, welche in Zentralmali (ca. 35 km) unweit von Bamako entfernt beheimatet und sowohl patrilinear als auch patrilokal organisiert ist, spiegelt die oben erläuterte Entwicklung wider. Die Arbeitsteilung findet nach Geschlechtern getrennt statt. Die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über Ressourcen haben die männlichen Bamana inne. Auf Nachfrage bezüglich des Anbaus von exotischen Früchten und Gemüsen für den Verkauf, beschreiben die Männer der ca. 184 Personen umfassenden Bamana, dass bereits ihre Väter in den 1960er Jahren mit dem Anbau der ertragreichen Exoten (z.B. Tomaten und Bananen) auf ‚ungenutzten‘ Landflächen begonnen haben. Besagte Nahrungspflanzen werden an regionale Händler vertrieben und in urbanen Gebieten an Besserverdienende verkauft. Die Männer produzieren ausschließlich für den Verkauf, nicht zur Selbstversorgung und stellen dem ihnen zugehörigen Haushalt von ihren Einnahmen nichts zur

⁸⁷ Frauen finden vermehrt Eingang in die industrielle Landwirtschaft, verfügen sie doch über den ‚Gendervorteil‘ für noch weniger Lohn zu arbeiten als die Männer. Die oftmals informellen, rechtsfreien Arbeitsverhältnisse können zu willkürlicher und menschenunwürdiger Behandlung führen. FIAN 2005, S. 19.

⁸⁸ FIAN 2005, S. 17, Gürtner, Sabine (1999): Frauen in Entwicklungsländern. In: P. Opitz (Hg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H.Beck. 2. Auflage. S. 101-118.

⁸⁹ Almekinders, Conny (o.J.a): Die Rückkehr zum Markt – Vielfaltsausstellungen und Saatgutmärkte. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

⁹⁰ Egziabher, Tewolde Berhan Gebre (2002): Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und *Farmers' Rights* in Afrika. In: C. Görg & U. Brand (Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 164.

Verfügung.⁹¹ Sie verwenden kommerziell erzeugte Gemüsesaaten (französischer und niederländischer Firmen), chemische Düngemittel und Pestizide, welche in der Stadt zugekauft werden müssen. Über deren sachgerechte Handhabung sind die Bauern nur unzureichend informiert.⁹²

Befragt man die weiblichen Bamana, erklären diese, dass der Anbau der exotischen Früchte und Gemüse keineswegs auf unkultiviertem Land stattfindet, sondern dort im Gegenteil vor einigen Jahrzehnten noch Subsistenzlandwirtschaft mit lokal beheimateten Nahrungspflanzen betrieben wurde. Auch wurden die Areale von den Frauen zur Sammlung von Wildpflanzen, Feuerholz und anderen Tätigkeiten genutzt. Die Vertreibung von den nahegelegenen Feldern durch die Männer hat bewirkt, dass die Frauen sich zur Versorgung ihrer Angehörigen abgelegene, weniger gut zu bewässernde Felder suchen mussten. Dort werden zwar lokal verfügbare Nahrungspflanzen kultiviert, allerdings mittlerweile auch cash crops, um den Zukauf von Kräutern oder Salz zu ermöglichen (deren Sammlung aufgrund der Zeitintensität heute nicht mehr geleistet werden kann). Allerdings sind die Produktionskapazitäten der Frauen in den Höhenlagen stark eingeschränkt. Weder eignen sie sich besonders gut zum Anbau der Kräuter und Nahrungspflanzen, noch zum Anbau der cash crops. Sie können ihre Verwandtschaft nicht ausreichend versorgen, ebenso werden ihre Möglichkeiten der Einkommensgenerierung limitiert. Die Frauen der Bamana sehen sich einer doppelten Diskriminierung und Marginalisierung ausgesetzt.⁹³

Das hat diverse Folgen: zum einen den Statusverlust der Frauen, weil der Anbau und die Kultivierung von Nahrungspflanzen traditionell ihre Domäne ist und sich die Männer nun diesen Bereich angeeignet haben. Zudem ist der Anbau von cash crops prestigeträchtig, da er monetäre Leistungen verspricht und Männer in dieser Hinsicht ‚erfolgreicher‘ sind als Frauen. Die Subsistenzlandwirtschaft (die Kultivierung der sogenannten ‚women’s crops‘) ist wenig angesehen, weiterhin wird sie den Frauen durch die Verdrängung von den flussnahen Feldern erschwert. Diese Entwicklung führt zu einer Verschlechterung der Ernährungssituation der gesamten Bamana-Bevölkerung, da das Sammeln und der Anbau traditioneller Nahrungspflanzen aufgrund der räumlichen Verdrängung erschwert, mehr Zeit benötigt und daher vernachlässigt wird. Der Ankauf von ehemals gesammelten Kräutern ist kaum möglich, da die Frauen nur über geringes Einkommen verfügen. Zum anderen existiert kein Markt für

⁹¹ “The market gardeners view their operations as money-earning endeavours and their produce strictly as a means to that end. They neither use their incomes to purchase food nor provide their wives with cash that could be used to purchase traditional sauce ingredients or local medicinal herbs.” Wooten, Stephen (2003): *Losing Ground: Gender Relations, Commercial Horticulture and Threats to Local Plant Diversity in Rural Mali*. In: P.L. Howard (Hg.): *Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation*. London/New York: Zed Books Ltd. S. 238.

⁹² Wooten 2003, S. 229-234.

⁹³ Wooten 2003, S. 229ff.

diese Art der Nahrungspflanzen, weshalb sie von Händlern selten angeboten werden. Die Ernährung wird auf einige wenige Pflanzen reduziert, ist somit einfacher und weniger divers, mit Mangelernährung als potentieller Folge. Außerdem birgt es die Gefahr des Verlusts von traditionellem, landwirtschaftlichem Wissen in sich, getreu der Maxime: Use it or lose it.⁹⁴ Diverse Studien haben ergeben, dass Veränderungen hin zu kommerzieller Landwirtschaft sinkende Nährstoffversorgung zur Folge haben können, wenn traditionelle Nahrungspflanzen durch die Kultivierung von Non-Food-Pflanzen, nährstoffärmere oder für den Verkauf bestimmte Nahrungspflanzen verdrängt werden.⁹⁵

Durch die Marginalisierung der Frauen verlieren sie sowohl an Status als auch an Autonomie gegenüber den herrschenden Männern. Zudem herrscht Rechtsunsicherheit bezüglich der Landrechte von Frauen. Die Vernachlässigung traditioneller Nutzpflanzen führt sowohl zu einem Rückgang der (agrar-)biologischen Vielfalt als auch zu einer Reduktion der Stabilität des sie umgebenden Ökosystems. Die Frauen tendieren mittlerweile dazu, Feuerholz, welches für sie bislang eine lukrative Einkommensmöglichkeit dargestellt hat, nicht länger nur zu sammeln, sondern sogar Bäume zu diesem Zweck zu fällen. Das bringt zweierlei Gefahren mit sich: Einerseits mindern sie die Regenerationsfähigkeit des Waldes und der Felder, da die humusbildende Schicht ausgedünnt, der Boden somit nährstoffarmer und erosionsanfälliger wird, andererseits das Einzugsgebiet der Frauen langfristig vergrößert werden muss, wenn die Wälder und Steppen der Umgebung aufgrund der fortschreitenden Erosion nicht länger ausreichend Kräuter, Pilze, Beeren und Wurzeln bieten.⁹⁶

Mangels Zugang zur Tiefebene, um Kräuter und Gemüse anbauen zu können oder Alternativen zur Einkommensgenerierung, sind die Frauen zur Übernutzung der Buschlandschaften und Wälder gezwungen, wollen sie ihren Haushalts-, Koch- und Medizinalpflichten nachkommen. Ohne rechtliche Stärkung können die Frauen nicht an einem nachhaltigen Umgang mit den sie umgebenden Ressourcen interessiert sein, da das kurzfristige Überleben im Vordergrund steht.⁹⁷

⁹⁴ Wooten 2003, S. 232-239.

⁹⁵ Braun, Joachim von (Hg.)/ Kennedy, Eileen (Hg.)(1994): Agricultural Commercialization, Economic Development, and Nutrition. Baltimore/Maryland: Johns Hopkins University Press. DeWalt, Kathleen (1993): Nutrition and the commercialization of agriculture: ten years later. In: Social Science and Medicine, Vol. 36, S. 1407-1416.

⁹⁶ Wooten 2003, S. 236-241.

⁹⁷ Wooten 2003, S. 238ff.

2.3 Unter- und Mangelernährung als multifaktorielles Problem

Neben den bereits vielfach diskutierten, mannigfaltigen Ursachen für Hunger und Unternährung⁹⁸ sollen im Folgenden lediglich einige Faktoren benannt und teilweise erläutert werden. Eine ausführliche und vollständige Darstellung würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten und muss daher an anderer Stelle geleistet werden.

Politische, programmatische und strukturelle Rahmenbedingungen

Im Allgemeinen stellen sich die Situationen der einzelnen Länder sehr unterschiedlich dar: Es gibt sowohl rohstoffreiche als auch -arme Länder, die stark von Armut betroffen sind, über Zugang zu oder keinen Zugang zu aquatischen Transport- und Handelswegen, wenig oder viel landwirtschaftlich nutzbare Fläche verfügen, demokratisch oder anders regiert werden, über ein korruptes oder relativ transparentes Staatswesen verfügen, von politischen Unruhen oder kriegesischen Auseinandersetzungen betroffen sind bzw. waren oder nicht, von Naturkatastrophen heimgesucht oder verschont wurden, ethnisch oder religiös divers oder homogen sind. Die Ansätze zur Bekämpfung von Armut und Unternährung müssen dementsprechend vielfältig und angepasst sein.

Entwicklungsprogramme haben in der Vergangenheit einen Beitrag zur Verschlechterung der Situation und des Status von Frauen (im Verhältnis zu Männern) geleistet.⁹⁹ Als Beispiel lässt sich die westlich geprägte Entwicklungsideologie im ländlichen Raum anführen, die oftmals nicht nur in Ertragseinbußen aufgrund der Verwendung von dem Standort unangepassten Hochertragssorten, sondern ebenfalls in einer Abwertung traditionellen Wissens (bezüglich Sortenwahl, Fruchtfolge oder Anbauzeitpunkt) über das oftmals Frauen verfügen und damit einhergehendem Statusverlust, resultierte. Weiterhin führen diskriminierende oder mangelhafte Landreformen sowie ungleiche und unsichere Erb- und Landrechtsansprüche und diskriminierende (Vergabe-)Praktiken (gegenüber Frauen, Angehörigen bestimmter Rassen, Ethnien oder Klassen) beim Zugang zu Ressourcen eine bedeutende Rolle. Auch gingen Agrarreformen (bspw. die Umwandlung von Gemeinde- in Privatbesitz) vielfach zu Lasten armer und marginalisierter Gruppen.¹⁰⁰

⁹⁸ Beispiele sind Bodenrechtspolitik, Verschuldung, Saatgut, Patente, geringe ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten, geringe oder reichhaltige Ressourcen des Landes (Bsp. Bodenschätze), Krankheiten (Bsp. HIV/Aids).

⁹⁹ Gürtner 1999, S. 101.

¹⁰⁰ Agarwal 2000, S. 252ff., 271f., Makinwa-Adebusoye 2000, S. 214-238.

„Durch die kontinuierliche (legale und illegale) Ausbeutung der Wälder und die zunehmende Aneignung von gemeinschaftlichen Ressourcen durch einige wenige ist die große Mehrheit dazu gezwungen, von einer schrumpfenden natürlichen Grundlage zu leben. Mit der Aushöhlung der gemeinschaftlichen Ressourcenbewirtschaftung geht ein Instrument verloren, das mit seinen Regeln der Ressourcennutzung eventuell trotz des Bevölkerungswachstums einen schonenderen Umgang mit der Natur gewährleistet hätte.“¹⁰¹

Der seitens der Geberländer ausgeübte Druck zur Ausgabenreduzierung von Regierungen in Entwicklungsländern, der unter anderem in den mittlerweile als defizitär erkannten Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) mündete, führte in den betroffenen Ländern zur Verschlankung des Staates und zur Verringerung der Sozialausgaben¹⁰² in den Bereichen Bildung, Erziehung und vor allem ländliche Entwicklung.¹⁰³ Allerdings haben auch die Geber in den letzten Jahrzehnten stark rückläufiges Interesse am Thema ländliche Entwicklung gezeigt, was sich unter anderem in verringerten Ausgaben für Projekte und Forschung zeigt. Nur bedingt hoffnungsvoll kann dabei der Umstand stimmen, dass die Weltbank das Thema 2008 als Schwerpunkt ihres jährlich erscheinenden Weltentwicklungsberichts (WDR)¹⁰⁴ gewählt hat, setzt sie doch auch weiterhin auf Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Das ist ignorant, da sowohl mangelhafte Bildung von Kleinbauern und ihren Familien als auch politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie die Strukturen des Welthandels eine entscheidende Rolle bei der Frage spielen, wer in Armut verbleibt und wer sich ökonomisch entwickeln kann.¹⁰⁵

Auch die protektionistische Agrarpolitik der Industrieländer stellt für die maßgeblich von der Landwirtschaft abhängigen Entwicklungsländer ein Problem dar. So ist die Rede von den Butterbergen und Milchseen noch nicht verklungen und der Umstand, dass europäische und amerikanische, australische oder kanadische Landwirte ihre Erzeugnisse weiterhin zu Preisen unterhalb der Produktionskosten für ähnliche Erzeugnisse aus Entwicklungsländern in diesen verkaufen können, noch immer bittere Realität.¹⁰⁶ Es mutet befremdlich an, die

¹⁰¹ Agarwal 2000, S. 259.

¹⁰² Besagte Bereiche zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass potentielle Erfolge/Veränderungen erst langfristig messbar und daher politisch zumindest nicht kurzfristig instrumentalisierbar sind.

¹⁰³ Pinstrop-Andersen, Per (2001): Der Hunger wird noch wachsen. In: Die Zeit, Nr. 45. [online] http://www.zeit.de/2001/45/200145_kurzinterview.xml?page=2. Der dänische Agrarökonom ist Generaldirektor des International Food Policy Research Instituts (IFPRI) in Washington und hat im Jahr 2001 den World Food Prize erhalten.

¹⁰⁴ Worldbank (2007): World Development Report 2008: Agriculture for Development. [online] <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/EXTWDRS/EXTWDR2008/0,,contentMDK:21410054~menuPK:3149676~pagePK:64167689~piPK:64167673~theSitePK:2795143,00.html>.

¹⁰⁵ Kritik am WDR übt Buntzel, Rudolf (2007): Bauernopfer. In: E+Z, Nr. 12, 48. Jahrgang. [online] <http://www.inwent.org/ez/articles/061550/index.de.shtml>. Kritisch gegenüber der Weltbank äußert sich Acselrad 2002, S. 48-71.

¹⁰⁶ Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat sich im November 2008 im EU-Agrarrat für die Erhöhung der Milchquote um jährlich ein Prozent sowie gegen die Festsetzung eines Zeitraums zur

Marktintegration von Bauern in Entwicklungsländern einerseits durch die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, andererseits die Märkte der Industrieländer durch Importzölle (vornehmlich für verarbeitete Produkte) abzuschotten bzw. Entwicklungsländer zu reinen Rohstofflieferanten und Importeuren von Agrarerzeugnissen zu degradieren.

Die Entwicklungsländer tragen eine Teilschuld an der Armuts- und Umweltproblematik. Dafür verantwortlich zu machen sind sowohl unfähige, korrupte und unwillige Eliten, als auch die Zerstörung der individuellen Lebensgrundlagen (wie Boden, Ökosysteme) durch die geographische Ausbreitung der Industrie, wirtschaftlichen Mangel durch Kleinbauern und Agrar- sowie Holzwirtschaft. Der Großteil der Umweltzerstörung ist auf die industrielle Landwirtschaft (Anbau von Soja, Mais, Palmen) sowie die industrielle Nutzung der Wälder (Papier-/ Holzwirtschaft) und Fischgründe zurückzuführen.

Zur Relevanz von Veränderungen in Landwirtschaft und Ernährungsverhalten urbaner und ruraler Bevölkerungsgruppen für Unter- und Mangelernährung

Die Bedeutung der Landwirtschaft wird laut IAASTD künftig noch stärker steigen, da der Bedarf an Getreide bis 2050 weltweit um ca. drei Viertel zunehmen, sich die Nachfrage nach Fleisch verdoppeln wird. Da nicht nur Menschen, sondern auch Tiere auf den Verzehr pflanzlicher Nahrungsmittel angewiesen sind, wird sich der Druck auf die Landwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten erneut beträchtlich erhöhen. Die Nahrungsmittelkrise wird für nahrungsmittlexportierende Entwicklungsländer, wie bspw. Vietnam, als Entwicklungsmöglichkeit im landwirtschaftlichen Bereich bewertet, vor allem vor dem Hintergrund der Ergebnisse des von FAO und OECD im Mai 2008 publizierten „Agricultural Outlook“¹⁰⁷. Dieser prognostiziert für die kommenden 10 Jahre eine überdurchschnittliche Verteuerung von Lebensmitteln im Vergleich zur vergangenen Dekade.¹⁰⁸

Da die FAO festgestellt hat, dass sich die Armut in einem größeren Maße verringert als die Unterernährung, propagiert sie Maßnahmen zur Schaffung des Zugangs zu Lebensmitteln anstelle der Einkommenserhöhung, da letztere nicht notwendigerweise zur Verringerung von

Abschaffung der Export-subsidien (von denen Industrie-, nicht Entwicklungsländer ausgenommen werden) ausgesprochen. Diese Politik hat sie 2009 konsequent fortgeführt. Für Kleinbauern in Entwicklungsländern werden die agrar-politischen Beschlüsse der EU voraussichtlich existentielle Folgen haben.

¹⁰⁷ Der Agricultural Outlook von FAO und OECD wird jährlich herausgegeben und bezieht sich auf 41 Länder (alle OECD-Länder und bedeutende Agrarländer wie China, Brasilien, Indien, Russische Föderation und Argentinien) und 19 Regionen. Er prognostiziert Produktion, Verbrauch, Handel, Vorräte sowie Preise in Relation zu Agrar-/Handelspolitiken, Witterung, Produktionstechnologien und globalen makroökonomischen Bedingungen. OECD/FAO (2008): Agricultural Outlook 2008-2017. [online] http://www.oecd.org/document/4/0,3343,de_34968570_34968855_40709124_1_1_1_1,00.html.

¹⁰⁸ Neubert/Viet Thai 2008, Peltzer 2008, Braun 2008b.

Hunger und Unterernährung beitragen.¹⁰⁹ Armutsminderungsstrategien fördern demnach nicht zwangsläufig die Unterernährten. Die Vielgestaltigkeit, in der Mangel- und Unterernährung auftritt, verlangt nach einer Ernährungssicherungsstrategie, die z.B. sowohl chronisch unterernährten Binnenflüchtlingen als auch der städtischen Unter- und Mittelschicht Rechnung trägt. Ist bei einer Gruppierung die Unterernährung stark ausgeprägt, dominiert in einer anderen die Mangelernährung verbunden mit starkem Übergewicht. Im urbanen Raum leiden zunehmend mehr Menschen an den sogenannten nicht übertragbaren, das Herz-Kreislauf-System betreffenden Krankheiten wie Fettsucht (Adipositas). Die Mehrheit der Betroffenen ist männlich und zudem mangelernährt.¹¹⁰

Durch veränderte Ernährungsgewohnheiten, den verstärkten Verzehr von Getreide, Zucker, Fetten und tierischen Produkten¹¹¹ sowie veränderte Lebensgewohnheiten, unzureichende Bewegung, längere Arbeitszeiten außer Haus sowie den Rückgriff auf Halbfertig- und Fertigprodukte kommt es in urbanen Gebieten vermehrt zu einer Unterversorgung mit Mikronährstoffen, Mineralien, Spurenelementen und ungesättigten Fettsäuren.¹¹² Die Orientierung am ‚europäischen‘ Lebensstil, die sich beispielsweise in der Ernährung niederschlägt, basiert primär auf Weizen. In diversen Studien konnte eine Verbindung zwischen der erhöhten Einnahme von Getreide und einem Mangel an Mikronährstoffen, aufgrund der Vernachlässigung traditioneller Nahrungsmittel (wie Jamswurzel, Banane oder Hirse) und der Verringerung der Nahrungsmittelvielfalt festgestellt werden.¹¹³ Da das europäische Getreide meist eingeführt werden muss, kommt es zusätzlich

¹⁰⁹ Hieran lässt sich die Unzulänglichkeit der Messung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator für menschliche Entwicklung exemplifizieren, wie er von der Weltbank verwendet wird. Die FAO, das Welternährungsprogramm (WFP) und UNDP hingegen stützen sich auf den Human Development Index (HDI), der sich aus den Komponenten BIP, Lebenserwartung (Gesundheitsfürsorge, Ernährung, Hygiene) und Bildungsgrad (Einschulungs-/Alphabetisierungsrate) zusammensetzt. Für eine ausführlichere Kritik des BIP als Indikator zur Messung menschlicher Entwicklung nach westlichen Maßstäben siehe Makinwa-Adebusoye 2000, S. 214-238.

¹¹⁰ Ein Beispiel dafür, wie biodiverse Ernährungsstrategien einen Beitrag zu einer ausgewogenen Ernährung leisten können, findet sich in Bala Ravi *et al.* 2006, S. 15 zu African Leavy Vegetables sowie in Kap. IV dieser Masterarbeit. Agrobiodiversität bietet die Möglichkeit einer angepassten Hungerminderungsstrategie auf der Basis nationaler Ressourcen und Lösungen. Bala Ravi, S./Hoeschle-Zeledon, I./Swaminathan, M.S./ Frison, E. (2006): Hunger and poverty: the role of biodiversity. Report of an International Consultation on the Role of Biodiversity in Achieving the UN Millennium Development Goal of Freedom from Hunger and Poverty. Chennai: M.S. Swaminathan Research Foundation; Proell 2008.

¹¹¹ Proell 2008.

¹¹² Popkin, Barry M. (2001): The nutrition Transition and Obesity in the Developing World. In: The Journal of Nutrition, Vol. 131. Popkin, Barry M. (2002): An overview of the nutrition transition and its health implications: The Bellagio Meeting. In: Public Health Nutrition, Nr. 5. S. 93-103.

¹¹³ Demment, Montague W./ Young, Michelle M./Sensenig, Ryan L. (2003): Providing micronutrients through food-based solutions: A key to human and national development. In: The Journal of Nutrition, Vol. 133, Nr. 11. Frison, E./Smith, I.F./ Johns, T./Cherfas, J./Eyzaguirre, P./IPGRI (2004): Using Biodiversity for Food, Dietary Diversity, Better Nutrition and Health. IPGRI. [online]

zu Verschuldung.¹¹⁴ Die Fokussierung auf technische Lösungen zur Verringerung des Hungers hat sich als unangemessen erwiesen, da der Wandel im Ernährungsverhalten der urbanen Bevölkerung, die Orientierung an westlichen Ernährungsgewohnheiten/-stilen, in Entwicklungsstrategien nicht adäquat berücksichtigt wurde.

Zwischen verringerter landwirtschaftlicher Vielfalt und Unter- und Mangelernährung bestehen ausgeprägte Wechselwirkungen sowohl für die städtische als auch die rurale Bevölkerung in Entwicklungsländern. Dabei spielen nicht nur die veränderten Konsumgewohnheiten der urbanen Bevölkerungsschichten sondern auch die Deformation traditioneller Agrarstrukturen eine wichtige Rolle. In Swasiland, wie vielen anderen afrikanischen Ländern, kam es in den letzten drei Jahrzehnten zu einem Wandel der Ernährungsgewohnheiten, weg von traditionellen Getreiden (Hirse), Gemüse- (Bohnen, Cassava, Kochbananen) und Obstsorten hin zu westlichem Getreide (Weizen, Reis), exotischen Früchten und Gemüsen (Möhren, Tomaten, Mais).

Dieser Wandel hat mittlerweile alle Gesellschaftsschichten erreicht und ist unter anderem der anhaltenden Urbanisierung sowie der Industrialisierung und Kommerzialisierung der Landwirtschaft zuzuschreiben. Durch die gut ausgebauten Straßen- und Verkehrswege, haben westliche Lebens-, Ernährungs- und Bewirtschaftungsstile auch ländliche Regionen erreicht. Die Nachfrage nach exotischen Lebensmitteln in Stadt- und Landbevölkerung ist hoch. Swasilands Nahrungsmittelökonomie ist stark auf Importe von Nahrungsmitteln und Agrarersatzstoffen angewiesen.¹¹⁵ Weil die Bedarfe nicht durch Importe gedeckt werden können, ist der Druck auf die nationale Landwirtschaft entsprechend groß, ihre Produktion umzustellen. Forschung und Saatgutindustrie vernachlässigen Forschung an und Investitionen in traditionelle Sorten und Nahrungsmittel und propagieren stattdessen kommerzielle Erzeugnisse und exotische Lebensmittel. Auch wenn das Einkommen einer Gemeinschaft (Familie) den Speiseplan diktiert, wird den Exoten doch ein hoher Nährstoffgehalt zugeschrieben. Wer sich gesund ernähren will, isst demnach Tomaten oder Spinat, nicht afrikanische Blattgemüse. Etliche Studien haben mittlerweile aber belegt, dass die Ernährungseigenschaften traditioneller Nahrungspflanzen kommerziellen Züchtungen oftmals weit überlegen sind.¹¹⁶

<http://www.ipgri.cgiar.org/Events/nutrition/Related%20published%20papers/Using%20biodiversity%20for%20food,dietary%20diversity,%20better%20nutrition%20and%20health.pdf>.

¹¹⁴ Egziabher 2002, S. 165.

¹¹⁵ Malaza, Millicent (2003): Modernization and Gender Dynamics in the Loss of Agrobiodiversity in Swasiland's Food System. In: P.L. Howard (Hg.): *Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation*. London/New York: Zed Books Ltd. S. 243f., 246f.

¹¹⁶ Malaza 2003, S. 244, 248.

In dem Maße, wie westliche Lebensgewohnheiten adaptiert werden, verschwinden indigene Nutzpflanzen vom Speiseplan der Gesamtbevölkerung. Lediglich Kleinbäuerinnen produzieren indigene Sorten. Allerdings werden es zunehmend weniger, da die Notwendigkeit, sich in den Geldmarkt zu integrieren, steigt und einige Erfordernisse (Arzt, Amt, Transport) nur monetär befriedigt werden können. Da Kinder aufgrund der herrschenden Schulpflicht tagsüber nur noch eingeschränkt als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und viele Jugendliche sich für ein Leben in der Stadt entscheiden, wird der Anbau von arbeits- und zeitintensiven, traditionellen Nutzpflanzen wie z.B. Hirse zunehmend geringer. Die Zahl der landwirtschaftlich genutzten Arten und Sorten nimmt ab.¹¹⁷

Als ursächlich kann die Veränderung der landwirtschaftlichen Strukturen hin zu einer Formalisierung des Agrarmarktes ausgemacht werden. Diese hat das Leben der Landbevölkerung maßgeblich beeinflusst. Waren die weiblichen Swazi für die Landwirtschaft und die Versorgung der Gemeinschaft verantwortlich, stellten ihre Erzeugnisse und Fähigkeiten eine Demonstration ihrer Macht im Haushalt dar und sie genossen dafür Anerkennung. Durch die Etablierung der Geldwirtschaft ist die kommerzielle Landwirtschaft zu einer männlichen Domäne avanciert, auch im rechtlichen Sinne. Da Subsistenztätigkeiten im Verhältnis zu Marktproduktion entwertet wird, verlieren die Frauen in ihren Gemeinden an Status. Dies spiegelt sich unter anderem in der (ungerechten) Verteilung der Nutzflächen wider, die sich mit der Agrarwende zu Ungunsten der Frauen entwickelt hat. Bezüglich der Verfügungsgewalt über lokale Ressourcen beklagen Kleinbäuerinnen die Abhängigkeit von der Kommune, welche die von Frauen bewirtschafteten Flächen vergibt sowie die Unterordnung unter den männlichen Haushaltsvorstand.¹¹⁸ Zudem hat sich ihr Arbeitsvolumen erhöht, da sie neben dem eigenen und Subsistenzlandbau noch den der Männer betreiben müssen.

Kleinbäuerinnen haben nicht länger die Zeit, um diverse indigene Pflanzen anzubauen oder zu sammeln. Dementsprechend selten sind einheimische Pflanzen auf Märkten zu finden. Werden sie nicht kultiviert, gehen sie selbst, aber auch das damit assoziierte Wissen (Aussaat, Anbau, Sorten, Zubereitung, Lagerung) verloren. Sind einheimische Nahrungspflanzen nicht auf urbanen Märkten verfügbar, können sie nicht verkauft werden. Ältere, in Städten lebende Familienmitglieder können ihren Nachfahren ihre Pflanzenkenntnisse nicht weitergeben, weil sie ihnen nicht zeigen können, über welche Fähigkeiten und Eigenschaften eine Pflanze verfügt. Wenn traditionelle Speisen nicht länger zubereitet werden, geht mit dem Wissen um sie auch ein Stück Kultur verloren. Bedeutsam für den Verlust des kulturellen Wissens und der Agrobiodiversität sind hingegen auch Zeit- und Arbeitsaufwand sowie Energieverbrauch,

¹¹⁷ Ebenda, S. 244-249.

¹¹⁸ Ebenda, S. 244-250.

welche für die Zubereitung traditioneller Gerichte anfallen. Der Mangel an ‚Convenience‘ spricht gegen die Verwendung der alten Sorten.¹¹⁹

Das Engagement von Politik und Wirtschaft in der Nahrungsmittelproduktion, treibt die Formalisierung des Sektors voran. Ohne geschlechtsspezifische Unterschiede und Auswirkungen zu beachten, hat die Regierung Swasilands eine Umwandlung von Brauchtum in Recht vollzogen. In diesem, von der britischen Kolonialherrschaft geprägten System werden Männer als Bauern anerkannt und Frauen zu Hilfskräften degradiert.¹²⁰ Die Ernährungs-sicherungsstrategie von Swasiland stützt sich im Verbund mit Südafrika auf die Selbstversorgung mit Getreide und Mais und vernachlässigt dabei völlig die traditionellen Nutzpflanzen. Diesen wird lediglich ein subsidiärer Status zuerkannt, die Bedeutung der Frauen entsprechend marginalisiert. Ernährungsprogramme empfehlen sogar, in Hausgärten Exoten anstelle einheimischer Nahrungspflanzen anzubauen.¹²¹ Augenscheinlich hat die 1992 in Swasiland grassierende Hungersnot keine langfristigen Veränderungen bewirkt, erkennbar auch am Anstieg der Mangelernährten an der Gesamtbevölkerung.

3 Biodiversität

Der fortschreitende Rückgang der tropischen Regenwälder führte Ende der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu der Einsicht, dass sich mit dessen Verschwinden ein dramatisches Artensterben vollziehen würde, da die Regionen mit der weltweit größten biologischen Vielfalt in den Tropen liegen. Diese Erkenntnis initiierte einen grundlegenden, konzeptionellen Wandel im Naturschutz¹²², welcher sich unter anderem im Begriffswandel von Arten-/Naturschutz hin zum Erhalt der Biodiversität und zum Schutz ganzer Ökosysteme widerspiegelt.¹²³ Der Abwendung von primärem Artenschutz liegt die Erkenntnis zugrunde, dass Natur- und Umweltschutz nicht nur eine quantitative sondern auch eine qualitative Dimension haben.¹²⁴

¹¹⁹ Ebenda, S. 250ff.

¹²⁰ Ebenda, S. 253.

¹²¹ Ebenda, S. 251ff.

¹²² Zu europäischem Naturschutz siehe NATURA 2000; die FFH-Richtlinie. Weitere bezüglich Biodiversität relevante Abkommen: EAS, CITES 1973, Cartagena Protokoll 2000.

¹²³ Kasperek, Max/Schulz, Wolfgang/Amend, Stephan (2000): Naturschutz – eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 11.

¹²⁴ Zudem ermöglicht der Schutz ganzer Ökosysteme, lebenswichtige Organismen zu erhalten, die nicht den kollektiven ästhetischen Präferenzen bestimmter Bevölkerungsgruppen entsprechen, wie dies beispielsweise bei Pandas, Delphinen oder Orchideen der Fall ist.

Begriffsbestimmung

Im öffentlichen Bewusstsein wird Biodiversität heutzutage noch immer primär mit der Vielfalt der Arten assoziiert, obwohl der Begriff seit Edward O. Wilson¹²⁵ eine deutlich breitere Auslegung erfahren hat. Biodiversität bzw. biologische Vielfalt ist ein Kunstwort, das in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts aufkam.¹²⁶ Im angelsächsischen Raum wurde der Begriff ‚diversity‘ zur Kennzeichnung und Einordnung von pflanzlichen und tierischen Organismen und Arten in die biologische Systematik¹²⁷ verwendet. Systematisierung und Klassifizierung sind Ordnungsschemata, die einen Versuch darstellen, die Ordnungsprinzipien der Natur zu erkennen und abzubilden. Zugleich spiegeln sie kollektive gesellschaftliche Vorstellungen von Inhalt, Struktur und Organisation der ‚Natur‘ wider. Die Schöpfung des Begriffs Biodiversität, der biologisch betrachtet nur bereits Bekanntes beschreibt, wurde von naturschutzpolitisch motivierten Naturwissenschaftlern forciert und verweist auf den gesellschaftlichen Einfluss von Wertvorstellungen und Normen in den Naturwissenschaften, welcher bis dato nur selten wahrgenommen bzw. anerkannt wurde und wird.

Biodiversität umfasst die Diversität an Genen, Arten und Ökosystemen welche in der Natur vorkommen.¹²⁸ Der Terminus beinhaltet sowohl pflanzen- als auch tiergenetische Ressourcen, Mikroorganismen, Bakterien, Pilze, Viren und Mikroben, alles was zur Lebendigkeit der Erde beiträgt. Neben den drei bereits benannten Ebenen, die der Biodiversität inhärent sind, wird nunmehr auch die Dimension von Vielfalt und deren Wert betont. Variabilität (zwischen und innerhalb der Arten, Gene, Ökosysteme) und Mannigfaltigkeit werden zum Schutzziel erhoben. Der Organismus ist an dieser Stelle interessant, weil er aufgrund seiner Körperlichkeit das Bindeglied zwischen innen (Genen) und

¹²⁵ Wilson (*1929) ist ein amerikanischer Biologe, dessen Bekanntheitsgrad aus seinen Beiträgen zur Ameisenbiologie, Biogeographie, Soziobiologie und Biodiversität resultiert.

¹²⁶ In einem Großteil der Literatur über Biodiversität wird der von ‚biological diversity‘ abgeleitete Begriff auf den Naturwissenschaftler Edward O. Wilson zurückgeführt, welcher ihn durch sein ‚Biodiversity‘ titliertes Buch einer großen wissenschaftlichen Gemeinschaft bekannt machte. Wilson selbst führt den Begriff auf Walter G. Rosen zurück, der in leitender Funktion für den National Research Council der National Academy of Sciences in den USA tätig war. Dieser Rat richtete 1986 das US National Forum on BioDiversity aus, welchem 1981 die Conference on Biological Diversity vorausgegangen war. Das National Forum on BioDiversity wurde zunächst von der naturwissenschaftlichen Gemeinschaft kontrovers diskutiert, da offenbar wurde, dass es der Gewinnung politischen Einflusses nützen sollte und die (vermeintliche) wissenschaftliche Neutralität damit in Gefahr geriet. Wilson, Edward O. (1988): Biodiversity. Washington: National Academy Press.

¹²⁷ Damit ist die Zuordnung von Organismen zu bestimmten Gruppierungen gemeint, wie bspw. Bakterien oder Algen.

¹²⁸ Hieran drängt sich die Frage auf nach dem Unterschied und den Konnotationen der Begriffe ‚Natur‘ und ‚Umwelt‘ und danach, ob der Mensch als Teil beider Begriffe verstanden wird. Nach meinem Verständnis ist der Mensch sowohl natürliches als auch kulturelles Subjekt, ebenso wie Biodiversität beides ist (z.B. als Träger von Wertvorstellungen, kulturellen Assoziationen). Genaugenommen stellt auch der Mensch einen Teilbereich der biologischen Vielfalt dar. Leider kann eine detaillierte Erörterung der Begriffe und Verhältnisse an dieser Stelle nicht geleistet werden.

außen (Ökosystem) darstellt.¹²⁹ Eine Art übt genauso Einfluss auf seine Umgebung aus wie die Umgebungsbedingungen den Fortbestand der Art tangieren. Die Gene eines Individuums wirken sich auf die Entwicklung von Aussehen und Fähigkeiten eines Organismus aus und determinieren gleichzeitig die Anpassungsfähigkeit des Organismus (einer Art) an ihm äußerliche Gegebenheiten.

„Biodiversität ist die Eigenschaft lebender Systeme, unterschiedlich, d.h. von anderen spezifisch verschieden, zu sein. Biodiversität wird definiert als die Eigenschaft von Gruppen oder Klassen von Einheiten des Lebens, sich voneinander zu unterscheiden. D.h. jede Klasse biologischer Entitäten – Gen, Zelle, Einzellebewesen, Art, Lebensgemeinschaft oder Ökosystem – enthält mehr als nur einen Typ. Diversität ist eine wesentliche Eigenschaft jedes biologischen Systems. Biologische Systeme sind hierarchisch strukturiert. Diversität zeigt sich auf allen Ebenen der biologischen Hierarchie, von Molekülen bis zu Ökosystemen.“¹³⁰

Besondere Bedeutung wird dem Terminus beigemessen, da er genau genommen das umfasst, was klassischerweise unter ‚Natur‘¹³¹ subsummiert wird, jedoch mit dem Unterschied, dass die hierarchische, strukturelle und systemische Dimension von ‚Natur‘ und Vielfalt betont wird.¹³² Zudem wurde der Begriff mittlerweile derart erweitert, dass er mit Agrobiodiversität, Biotechnologie, traditionellem Wissen und indigenen Völkern assoziiert wird und damit das Potential eines politischen Kampfbegriffs erworben hat.¹³³

¹²⁹ Reicheltholf, Josef/ Wiegandt, Klaus (Hg.)(2008): Ende der Artenvielfalt? Gefährdung und Vernichtung von Biodiversität. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag. S. 33.

¹³⁰ Solbrig, Otto T. (1994): Biodiversität – Wissenschaftliche Fragen und Vorschläge für die internationale Forschung. Bonn: Deutsches Nationalkomitee für das UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“. S. 9.

¹³¹ Natur wird in westlichen und wissenschaftlichen Breitengraden oftmals als vom Menschen abstrahierte Sphäre gedacht, wie die von mir rezipierte, naturwissenschaftliche Literatur bestätigt. In Naturschutz- und Entwicklungsstrategien hat dieses mangelnde Bewusstsein bereits mehrfach zu Misserfolgen und Konflikten mit der lokalen Bevölkerung geführt, da diese von den natürlichen Ressourcen ihrer Region abhängig ist.

¹³² GTZ (Hg.)/BfN (Hg.)(2000): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 12.

¹³³ GTZ/BfN 2000, S. 12.

Durch die Auslassung der Silben ‚lo-gi-cal‘ ist die naturwissenschaftliche Komponente zwar noch vorhanden („bio“), aber zurückgenommen und ermöglicht über ‚diversity‘ emotionale, kulturelle und spirituelle Begriffsassoziationen.¹³⁴ Der Terminus Biodiversität beschreibt sowohl einen naturalen/ökologischen Zustand als auch einen (ethischen) Wert.¹³⁵ Insgesamt ist der Begriff eher positiv besetzt, da er mit den Naturwissenschaften (Biologie) in Verbindung gebracht wird, als Synonym für sämtliche Manifestationen der Mannigfaltigkeit des Lebens gilt sowie über auszuschöpfendes, wenn auch vielfach unbekanntes, ökonomisches Potential verfügt.¹³⁶ Weiterhin wurde realisiert, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem Erhalt der Vielfalt und wirtschaftlicher Entwicklung besteht. Großer ökonomischer Wert aus biologischer Vielfalt besteht für die Nahrungs- und Futtermittelindustrie, die Medizin und Kosmetik, chemische Industrie und Bionik.¹³⁷ Die ökonomische Relevanz der Biodiversität wird spätestens dann zu einer gesellschaftspolitischen Macht- und Verteilungsfrage, wenn ökologische Systeme an ihre Grenzen stoßen, und naturschutzpolitische und ökonomische Entwicklungen als antagonistische Ziele verstanden werden. Eine utilitaristische Reduktion auf die wirtschaftliche Relevanz genetischer Ressourcen oder die ökosystemaren Dienstleistungen greift jedoch zu kurz, da biologische Vielfalt die Grundlage jeglicher Existenz, das Leben selbst, ist.

„Wenn die Nationen das Überleben der Arten sicherstellen können, wird dies der Welt neue und verbesserte Nahrungsmittel, neue Medikamente und neue Rohstoffe für die Industrie liefern [...]. Ebenso wichtig sind die Lebensprozesse der Natur [...]. Die Erhaltung dieser Prozesse lässt sich nicht trennen von der Erhaltung der individuellen Arten innerhalb ihrer natürlichen Ökosysteme.“¹³⁸

¹³⁴ Wilson, Edward O. (1992)(Hg.): Ende der biologischen Vielfalt? Der Verlust an Arten, Genen und Lebensräumen und die Chancen für eine Umkehr. Heidelberg/ Berlin/ New York: Spektrum Akademischer Verlag. S. 15. Streit, Bruno (2007): Was ist Biodiversität? Erforschung, Schutz und Wert biologischer Vielfalt. München: Verlag C. H. Beck. S. 12. Piechocki, Reinhard (2007): „Biodiversität“ – Zur Entstehung und Tragweite eines neuen Schlüsselbegriffs. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 11-24.

¹³⁵ Leider kann eine Diskussion naturethischer Ansätze nicht geleistet werden. Siehe Krebs, Angelika (Hg.)(1997): *Naturethik. Grundtexte der gegenwärtigen tier- und ökoethischen Diskussion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

¹³⁶ Vogtman, Hartmut (2007): Vorwort. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 5f.

¹³⁷ Potthast, Thomas (2007a): Biodiversität, Ökologie, Evolution – Epistemisch-moralische Hybride und Biologietheorie. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 61.

¹³⁸ Hauff, Volker (Hg.)/WCED (Hg.)(1987): *Unsere gemeinsame Zukunft: der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven: Eggenkamp. Zitiert nach Piechocki 2007, S. 16.

Geographische Verteilung

Die Regionen mit der höchsten biologischen Vielfalt (auch der landwirtschaftlichen) finden sich in den Entwicklungsländern, vornehmlich Brasilien, Argentinien, Madagaskar und China. Je größer die Nähe zum Äquator ist, desto höher die Biodiversität. In einigen Regionen finden sich pro 10.000 km² mehr als 5.000 unterschiedliche Pflanzenarten. Weltweit gibt es sechs Biodiversitätszentren: Chocó-Costa-Rica, Tropische Ost-Anden, Atlantisches Brasilien, Ost-Himalaya-Yunnan, Nord-Borneo und Neu-Guinea. Im Gegensatz dazu beträgt die Artenzahl in Mitteleuropa pro 10.000 km² lediglich 500-1.000.¹³⁹ Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass maßgeblich Entwicklungs- und Schwellenländer über eine große biologische Vielfalt verfügen – die Weltregionen, in denen das Ausmaß an Hungernden am größten ist.

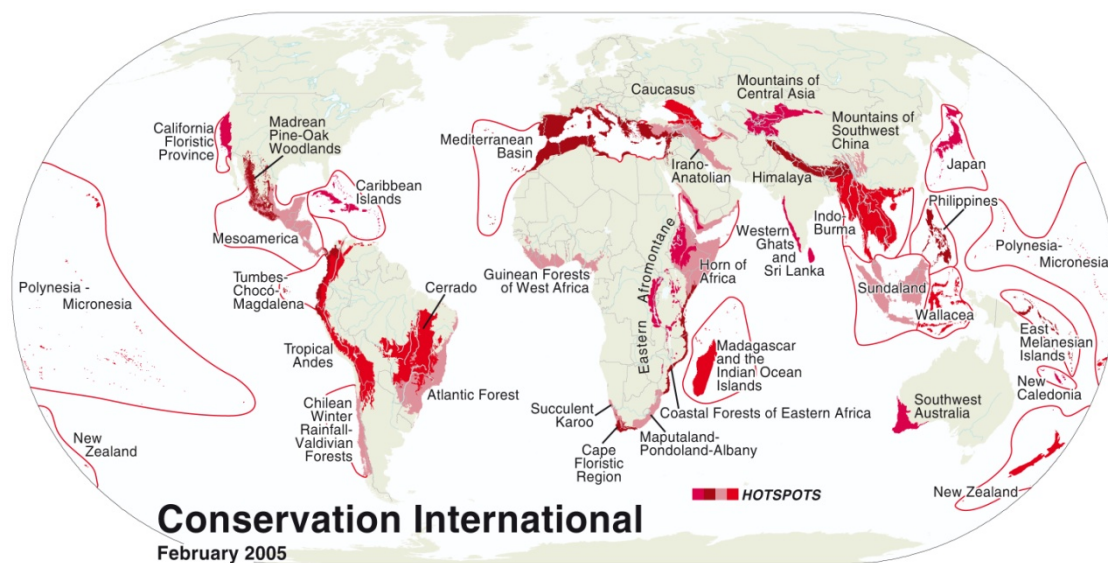


Abb. 5 Hot Spots der Biodiversität¹⁴⁰

Die sogenannten ‚Hot Spots‘ der Biodiversität werden in Land-, Süß- und Meerwasserregionen aufgeteilt. Als Zentren der terrestrischen Vielfalt gelten die Regenwälder, die zwar nur ca. 7% der terrestrischen Erdoberfläche ausmachen, aber mehr als die Hälfte der weltweit vorhandenen Arten beherbergen. Besagte Regionen zeichnen sich durch deutliche Höhenstufengefälle und eine geringe Bevölkerungsdichte aus. Es gibt unterschiedliche Konzepte zur Ausweisung der biologischen Vielfalt, je nachdem, ob der Schwerpunkt auf Tieren oder höheren Gefäßpflanzen, dem Bedrohungsstatus bestimmter Arten oder der Unberührtheit der jeweiligen Region liegt.¹⁴¹

¹³⁹ Kasperek et al. 2000, S. 16.

¹⁴⁰ Conservation International (2005): Hot spot map. [online]
<http://www.biodiversityhotspots.org/xp/hotspots/Documents/cihotspotmap.pdf>.

Leider ist keine Erläuterung zum Farbspektrum verfügbar.

¹⁴¹ Dierßen, Klaus/ Huckauf, Aiko (2008): Biodiversität – Karriere eines Begriffs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: *Biodiversität*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 3/2008, 14. Januar 2008. S. 3ff. Streit 2007, S. 78f., Wilson 1992, S. 25.

3.1 CBD und ökosystemarer Ansatz – Inhalt, Umfang und Defizite

Biodiversität und Agrobiodiversität sind aus verschiedenen Gründen bedroht. Der Lebensraum von Pflanzen und Tieren sowie andersartigen Organismen wird fortwährend zerstört. D.h. auch wenn eine Art nicht direkt von Ausrottung durch den Menschen bedroht ist, ist sie es durch die Dezimierung ihres Lebensraumes. In regierungspolitischen Diskussionen und Erklärungen wird die menschliche Komponente, die für den Verlust der Biodiversität verantwortlich gemacht werden muss, oftmals zu wenig berücksichtigt. Vielfalt verschwindet nicht einfach so, sondern aufgrund wirtschaftlicher Interessen (Forst-/ Fischereiwirtschaft) und der Ausbreitung der industriellen Landwirtschaft.

Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD)

Die CBD ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der auf der UN Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Jahre 1992 zusammen mit der Agenda 21, der Riodeklaration über Umwelt und Entwicklung, dem Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen und der Deklaration zum Schutz der Wälder unterzeichnet und von der deutschen Bundesregierung 1993 ratifiziert wurde.¹⁴² In Artikel 2 der Konvention über die Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) wird Biodiversität folgendermaßen definiert:

„Im Sinne dieses Übereinkommens [...] bedeutet ‚biologische Vielfalt‘ die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören; dies umfaßt die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme [...].“¹⁴³

¹⁴² Angesiedelt ist die CBD im Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). Sie verfügt über ein eigenes, ständiges Sekretariat mit Sitz in Montreal und gilt als umfangreichstes Abkommen, das je geschlossen wurde. Die Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) ist das höchste Beschlussorgan der CBD und tagt alle 1-3 Jahre. Weiterhin verfügt die CBD über einen Vorstand, der von der COP gewählt wird und aus 10 Mitgliedern besteht. Für die Zeit zwischen den COPs ist er das höchste beschlussfassende Gremium. Das Sekretariat ist für Information (der Mitglieder), Organisation, Koordination (mit anderen relevanten Abkommen) und Publikation verantwortlich. Fachlich wird es vom wissenschaftlich, technischen, technologischen Ausschuss (Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice, SBSTTA) unterstützt, in welchen jedes Vertragsland seine Experten entsenden kann. Die Einrichtung von spezialisierten Organen findet in Absprache mit anderen biodiversitätsrelevanten Abkommen zu Themen statt, die als besonders komplex oder politisch brisant gelten wie bspw. zur Sicherheit von Biotechnologie, dem Zugang zu genetischen Ressourcen, Indigenen. Stolpe, Gisela/Korn, Horst (2000): Internationales Naturschutzrecht. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 52f. BfN: Einführung in die CBD. [online]

<http://www.biodiv-chm.de/konvention/fo112005>.

¹⁴³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1992): Übereinkommen über die biologische Vielfalt. [online]

<http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/1049896579/download>.

Zunächst als reines Natur- und Umweltschutzabkommen konzipiert, veränderte sich der Charakter der Konvention im Verlauf der fünfjährigen Verhandlungszeit hin zur Thematisierung von Fragen der Gerechtigkeit, Ökonomie und Technologie (Bio-/Gentechnologie).¹⁴⁴ Es wurde aus der Intention heraus entwickelt, die gesamte genetische, Arten- und Ökosystemvielfalt vor potentieller Übernutzung und anderen (menschengemachten) negativen Einflüssen zu schützen und um intergenerationelle Gerechtigkeit zu gewährleisten, bspw. durch den Erhalt potentieller Nutzungsoptionen für die Zukunft.¹⁴⁵

Die Konvention verfolgt drei Ziele:

- die biologische Vielfalt erhalten,
- die biologische Vielfalt nachhaltig nutzen und
- den gerechten Ausgleich von aus der Nutzung entstandenen Vorteilen.

Dadurch ist die Konvention mehr als nur eine Artenschutzkonvention, als welche sie oftmals fälschlicherweise bezeichnet wird. Bis dato unerprobt war das Konzept des gerechten Vorteilsausgleichs, bei dem der Nutzer der Biodiversität dem Bewahrer seine Tätigkeit (z.B. durch Know-how-Transfer) vergelten soll. Dieses Konzept trägt dem Umstand der ungleichen Verteilung der biologischen Vielfalt Rechnung und soll das Interesse an der Bewahrung der Biodiversität aufrecht erhalten. Seit dem Jahr 1993 gelten pflanzen- und tiergenetische Ressourcen daher als Eigentum des Staates, in dem sie vorkommen.

Als Stärke kann ihre holistische Ausrichtung gewertet werden, welche Schutz, Entwicklung, nachhaltige Nutzung und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet und auf die Ebene von Genen, Arten, Ökosystemen und Landschaften überträgt.¹⁴⁶ Erstmals wird Naturschutz als Instrument der Armutsbekämpfung verstanden und ökologische mit sozialen und ökonomischen Aspekten verknüpft. Zudem wird die Bedeutung der indigenen Bevölkerung für die Biodiversität betont und der Mechanismus des Access-and-Benefit-Sharing installiert, mit dem u. a. Technologietransfer einhergehen soll.¹⁴⁷

¹⁴⁴ Piechocki 2007, S. 15f.

¹⁴⁵ Stolpe/Korn 2000, S. 52.

¹⁴⁶ Kasperek et al. 2000, S. 18.

¹⁴⁷ Knapp, Hans Dieter (2000): Geschichte des Naturschutzes. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 31f.

Die Konvention gilt gemeinhin als erfolgreich¹⁴⁸ aufgrund der großen Anzahl an Vertragsstaaten.¹⁴⁹ Allerdings kritisieren NGOs, dass die hohe Zustimmung zu dem Vertragswerk nur durch verwässerte Formulierungen und die geringe Zahl an konkreten Handlungsanweisungen und Richtwerten erreicht werden konnte. Das erschwert sowohl die Umsetzung in nationales Recht als auch die Überprüfbarkeit der umgesetzten Maßnahmen. Diverse Protokolle konkretisieren gegenwärtig die zu ergreifenden Schritte.¹⁵⁰ Die Konvention enthält keine Liste, die die weltweit zu schützenden Gebiete ausweist. Zudem mangelt es ihr an Sanktionierungsmechanismen zur Durchsetzung der proklamierten Verpflichtungen und zur Ahndung von Verstößen. Noch gravierender nimmt sich aus, dass zwar der Wert und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität betont, die derzeitige Übernutzung und Zerstörung jedoch nicht thematisiert werden und daher auch keinerlei Regelungen zu deren Vermeidung aufgestellt wurden.¹⁵¹

¹⁴⁸ Nach Eser trägt zum Erfolg der Konvention auch die terminologische Offenheit von ‚Biodiversität‘ bei, da der Begriff unterschiedliche Interessen und Gruppierungen miteinander vereinen kann, so bspw. Naturschützer und Wirtschaft/Nutzer von BD, Anthro- und Biozentriker, Laien und Experten. Eser, Uta (2001): Die Grenze zwischen Wissenschaft und Gesellschaft neu definieren: Boundary work am Beispiel des Biodiversitätsbegriffs. In: E. Höxtermann (Hg.), J. Kaasch (Hg.) & M. Kaasch (Hg.): *Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie*. Berlin: VWB, Bd. 7. S. 135-152. Eser, Uta (2007): Biodiversität und der Wandel im Wissenschaftsverständnis. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 41-55.

¹⁴⁹ 191 Länder sind Vertragspartner der Konvention, 168 Staaten haben die Konvention unterzeichnet. Laut Kasperek et al. ist die Mitgliederzahl höher als bei jeder anderen naturschutzrelevanten Konvention, was unter anderem auf den Finanzierungsmechanismus der Globalen Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) zurückgeführt werden kann. GEF wurde 1991 auf Initiative von Deutschland und Frankreich eingerichtet, um Entwicklungsländer bei der Durchführung und Finanzierung international relevanter Naturschutzvorhaben zu unterstützen. Der Finanzierungsmechanismus für Umweltabkommen über Biodiversität, Klima und dauerhafte organische Schadstoffe wird von der Weltbank, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ausgeführt. Deutschland ist nach Japan und den USA drittgrößter Geber mit einem Anteil von ca. 12% am Gesamtvolumen. Global Environment Facility: Investing in our planet. [online] <http://www.gefweb.org/default.aspx>. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Globale Umweltfazilität. [online] http://www.bmz.de/de/wege/multilaterale_ez/akteure/wio/gef/index.html. Kasperek et al. 2000, S. 18. UNEP (c): List of Parties. [online] <http://www.cbd.int/convention/parties/list/>. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Wichtigste Ergebnisse der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD. [online] http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/cop9_ergebnisse.pdf.

¹⁵⁰ UNEP (a): COP Decisions. [online] <http://www.cbd.int/decisions/>.

¹⁵¹ Piechocki 2007, S. 17f.

Da Agrobiodiversität grundlegend für das Überleben und die Ernährungssicherheit der Menschheit ist, bedarf sie gesonderter Lösungsstrategien.¹⁵² Die 3. Vertragsstaatenkonferenz (COP) der CBD erstellte zur landwirtschaftlichen Vielfalt 1996 ein Arbeitsprogramm (Entscheidung III/11). Im Jahr 2000 (mit Entscheidung V/5) wurde es erweitert und ein Schwerpunkt auf Bestäuberorganismen gelegt, da ein Drittel aller Kulturpflanzen auf tierische Bestäubung angewiesen ist (Entscheidung VI/5). Das Arbeitsprogramm beschränkt sich primär auf die Kooperation mit anderen für Ernährung und Landwirtschaft relevanten Institutionen wie bspw. der FAO und die Verabschiedung von Entscheidungen. Dabei obliegt die Ausführung und Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen den Vertragsstaaten und anderen Organisationen.¹⁵³

Der ökosystemare Schutzansatz im Rahmen der CBD

Der ökosystemare Schutzansatz (Ecosystem Approach, ESA) trägt dem Umstand der geringen Kenntnisse von Systemzusammenhängen und Wechselwirkungen innerhalb von Ökosystemen Rechnung. Er beschreibt nicht eine naturräumliche Einheit, sondern das Gebiet, in welchem Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen und unbelebte Einheiten funktional aufeinander bezogen sind. Dadurch werden menschengemachte, willkürliche Grenzziehungen vergangener Jahrzehnte in ihrem Sinngehalt hinterfragt und der Erhalt von lebensnotwendigen ökologischen Dienstleistungen (wie Selbstreinigungsvermögen von Erde oder Luft oder Erhalt der Bodenfruchtbarkeit) gewährleistet. Ökosysteme zeichnen sich durch Variabilität, stetige Veränderung der Lebensbedingungen aus. Beständigkeit ist die Ausnahme, nicht der Normalfall. D.h. das Überleben einer Art über einen längeren Zeitraum ist nicht zwangsläufig auf eine Anpassungsleistung des Organismus zurückzuführen, sondern auf die relative Beständigkeit der Umweltbedingungen. Beispiele hierfür sind abgelegene Inseln, tropische Wälder oder die Tiefsee.¹⁵⁴ Nur ein (funktional) intaktes Ökosystem kann trotz des konstanten Wandels bestehen bleiben.

¹⁵² Agrobiodiversität ist für die Subsistenz vieler Menschen und die Welternährung von elementarer Bedeutung, zudem besteht eine wechselseitige Abhängigkeit von agrargenetischen Ressourcen zwischen den Ländern, die Variation innerhalb und zwischen den Arten ist bedeutsam und mittels Zucht beträchtlich erhöht, (indigene) Bauern beeinflussen die landwirtschaftliche Vielfalt (positiv wie negativ) und verfügen über spezifisches Agrarwissen, es bestehen ausgeprägte Wechselwirkungen zwischen Umweltfaktoren, Art der Bewirtschaftung und Genressourcen. Weiterhin trägt die nachhaltige Nutzung der Agrobiodiversität zu ihrem Erhalt bei, Erhalt und Nutzung sind interrelativ. BfN (2005): Agrobiodiversität. [online] http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1053440242.

¹⁵³ BfN 2005; UNEP (b): COP Decisions – Decisions on agricultural biological diversity. [online] <http://www.cbd.int/agro/decisions.shtml>.

¹⁵⁴ Reichelhof/Wiegandt 2008, S. 107.

Der ökosystemare Ansatz verbindet ebenso wie die CBD ökologische mit ökonomischen und sozialen Aspekten. Sowohl trans- als auch interdisziplinäres Wissen soll Eingang in den Ansatz (das jeweilige Schutzkonzept) finden, relevante gesellschaftliche Gruppierungen wie Indigene in dessen Entwicklung einbezogen werden. Der Mensch wird explizit als Teil vieler Ökosysteme verstanden. Zudem steht der Ansatz anderen Schutz- und Managementstrategien nicht entgegen, sondern bemüht sich vielmehr um deren sinnvolle Integration und Koordination.¹⁵⁵

Problematischer Artenbegriff

Ein grundlegendes Problem, das sich in der Diskussion um den Schutz der Biodiversität stellt, ist, dass das Wissen um die Vielfalt und deren Interdependenzen nur sehr begrenzt ist. Speziell für die Gruppe der Tier- und Pflanzenarten gilt zudem, dass bisher lediglich ein Bruchteil der vorhandenen Arten bekannt ist und beschrieben wurde. Im Bezug auf die landwirtschaftliche Vielfalt gilt dies im Besonderen für die sogenannten Wildarten sowie nicht kultivierte Nahrungs- und Heilpflanzen und nicht domestizierte Nutztiere. Derzeit wird unter Biologen diskutiert, welches Artenkonzept als wissenschaftlicher Standard gelten soll, da die Vergleichbarkeit und Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen unter der terminologischen Unschärfe leidet. Das bislang populärste, mittlerweile aber umstrittene Konzept des deutschamerikanischen Biologen Ernst Mayr bezeichnet Arten als Gruppierungen, in denen sich Individuen potentiell fruchtbar miteinander kreuzen und fortpflanzungsfähige Nachkommen zeugen können. Diese Option sei anderen Arten gegenüber nicht gegeben. Allerdings hat sich mittlerweile herausgestellt, dass es zahlreiche Ausnahmen von dieser Regel gibt. Es kann zum Beispiel nur sehr eingeschränkt auf die vielfältigen Kreuzungszüchtungen (Triticale¹⁵⁶) in der Landwirtschaft angewendet werden.¹⁵⁷ Die biologische Systematik leitet sich aus einem Klassifizierungssystem ab, welches durch Beobachtungen und Beschreibungen

¹⁵⁵ Stadler, Jutta (2007): Die Biodiversitätskonvention und ihr ökosystemarer Ansatz – Neue Anforderungen an die Forschung. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 175-184. Georgi, Birgit (2007): Neue Aufgaben des Umweltschutzes im Kontext des Biodiversitätsansatzes. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 167-174. BfN (2004): Der Ökosystemare Schutzansatz. [online] http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1053441544.

¹⁵⁶ Triticale ist ein Getreide, das eine Kreuzung aus weiblichem Weizen (*Triticum*) und männlichem Roggen (*Secale*) darstellt und seit dem 19. Jahrhundert angebaut wird. Der unfruchtbare Hybrid kann mittels bio-chemischer Verfahren fruchtbar gemacht werden und vereint Ertragsfähigkeit und Backeigenschaften des Weizens mit der Anspruchslosigkeit an die Umgebungsbedingungen des Roggens. Mittlerweile zeigt sich, dass die vormaligen guten Resistenzen gegenüber Krankheiten und Schädlingen rückläufig und Triticale vermehrt von Pilzbefall betroffen sind. Bauernhof: Pflanzenbau-Lexikon: Triticale. [online] <http://www.bauernhof.net/lexikon/pfl.htm>.

¹⁵⁷ Potthast 2007a, S. 60f.

von Tier- und Pflanzenarten entstanden ist. Diese Einordnungen erweisen sich mittels DNA-analytischer Verfahren zunehmend als fehlerhaft.¹⁵⁸

Daraus ergibt sich ein Problem für Schutzstrategien: Sowohl die Anzahl der global vorhandenen zu schützenden Arten als auch die Aussterberate bedrohter Arten variiert stark, ebenso die Beurteilung des menschlichen Einflusses auf die Beschleunigung des Artensterbens. Schätzungen, die sich an der Arten-Areal-Kurve¹⁵⁹ orientieren, prognostizieren einen täglichen Verlust von 75 bis 300 Arten. Auf ein Jahr hochgerechnet handelt es sich um 30.000 bis 100.000 Arten. Die Schätzungen zur Anzahl der weltweit vorhandenen Arten variieren zwischen 4 Millionen und 110 Millionen. Die natürliche jährliche Aussterberate pro Art und ihre Aussterbewahrscheinlichkeit sind um das 1.000-10.000-fache höher als vor Eingreifen des Menschen.¹⁶⁰ Die ungesicherte Datenlage zu Vorkommen und Verlust an Arten kann sich durchaus negativ in der Finanzierung von Schutzstrategien widerspiegeln und ist auch insofern bedeutsam, als sie Streitpunkt internationaler Umweltgesetzgebungen und -konventionen ist.

Im Weiteren wird der Schwerpunkt auf pflanzengentischen Ressourcen liegen, da ich mich im Rahmen meiner Tätigkeit für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH maßgeblich mit diesen beschäftigt habe. Tiergenetische Ressourcen und tierische Wildarten werden ausgespart, da sie für die globale Ernährungssicherung wesentlich unbedeutender sind, als pflanzengenetische Ressourcen. Diese spielen auch im Rahmen internationaler Schutzstrategien eine tragende Rolle.

¹⁵⁸ Streit 2007, S. 40ff., Reichelhof/Wiegandt 2008, S. 73, Wilson 1992, S. 22.

¹⁵⁹ Die Artenarealkurve stellt Beziehungen zwischen Artenzahl, Größe des Areals und Verringerung des Lebensraums dar. Streit 2007, S. 43.

¹⁶⁰ Wilson 1992, S. 30.

3.2 Agrobiodiversität

Ein Teilbereich der Biodiversität umfasst die landwirtschaftliche Vielfalt (Agrobiodiversität). Die Kultivierung von Nahrungspflanzen und die Domestizierung von Tierarten sind circa 12.000 Jahre alt. Von ehemals 7.000 verschiedenen kultivierten Nahrungspflanzen werden gegenwärtig allerdings nur noch 15 Pflanzen- und 8 Tierarten verwendet. Insgesamt stellen somit lediglich 23 Tier- und Pflanzenarten den Genpool für 90% der weltweiten Nahrungsmittel.¹⁶¹ Die vorliegende Vielfalt an Sorten und Arten bei Kulturpflanzen ist seit 1920 ca. um 75% gesunken.¹⁶² Die Bedeutung der Agrobiodiversität bzw. der Umstand, dass die Bestände an verfügbaren Nutzpflanzen und -tieren stark dezimiert wurden, ist in der FAO seit den 1960er Jahren ein Thema, findet aber erst seit den 90er Jahren (im Rahmen sozial-ökologischer Forschung) seinen Niederschlag in den Wissenschaften.¹⁶³ Virchow definiert landwirtschaftliche Vielfalt folgendermaßen:

„Agrobiodiversität umfasst alle Bestandteile der biologischen Vielfalt, die von Bedeutung für Ernährung und Landwirtschaft sind sowie zur Erhaltung der Schlüsselfunktionen von Agroökosystemen beitragen. Neben den Nutzpflanzen- und Tieren sind es ihre wilden Verwandten und alle Organismen, die ökologische Leistungen für die Landwirtschaft erbringen.“¹⁶⁴

Zur Agrobiodiversität gehören demnach genetische Ressourcen von Kulturpflanzensorten, Nutztierassen (inklusive Aquakulturen), die genetischen Ressourcen von sogenannten Wildarten (wilden Verwandten von kultivierten oder domestizierten Arten) innerhalb von Acker-, Weide-, Wald- und Aquaökosystemen. Neben Arten und deren genetischer Variation zählt die Vielfalt an Kulturlandschaften zur Agrobiodiversität. Weiterhin beinhaltet der Begriff Substanzen, Stoffe, Bausteine oder Körper, welche für die Bereitstellung und Durchführung ökologischer Dienstleistungen wie bspw. das Funktionieren von Nährstoffkreisläufen, die Regulation von Klima, Krankheiten und Schädlingen, den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, die Bereitstellung von Sauerstoff, die Bindung von Kohlenstoff, Erosionsschutz, (Trink-)Wasseraufbereitung, Bestäubung oder die Bewahrung regionalvorkommender Wildpflanzen und -tiere notwendig sind.¹⁶⁵ Zur Agrobiodiversität zählen alle Ressourcen, die für Ernährung oder Landwirtschaft relevant sind.

¹⁶¹ Hagedorn, Konrad (2005): Balanceakt zwischen Ernährung und Naturschutz – die Landwirtschaft. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 287 Umweltpolitik. S. 36ff. Potthast 2007a, S. 60f., Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992.

¹⁶² Hagedorn 2005, S. 37.

¹⁶³ Institut für ökologische Wirtschaftsforschung: Agrobiodiversität: Stand der Forschung. [online] http://www.agrobiodiversitaet.net/site/page/zum_thema/forschung.php.

¹⁶⁴ Virchow, Detlef (2008): Die Erhaltung der Agrobiodiversität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Biodiversität. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 3/2008, 14. Januar 2008. S. 10.

¹⁶⁵ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992.

Die ‚Vavilovschen Zentren‘ beschreiben die Weltregionen, denen fast alle heutzutage verwendeten Kulturpflanzen ursprünglich entstammen und die zugleich Siedlungsgebiete alter Kulturen sind. Sie überschneiden sich in weiten Teilen mit den Gebieten, in denen auch die biologische Vielfalt als hoch eingestuft wird. Dazu zählen

- große Teile Süd- und Südasiens, denen Reis, Zuckerrohr sowie diverse tropische Früchte und Gemüsearten entstammen;
- das Ostasiatische Zentrum mit Ost-China, Taiwan, Korea und Japan, den Ursprungsregionen der Sojabohne, verschiedener Hirsearten, der meisten Gemüsekulturen und einer großen Vielfalt an Früchten;
- dem Südwestlichen Asienzentrum als Herkunftsregion der meisten heimischen Weizenarten, Roggen, Linsenfrüchten, Kichererbsen, Erbsen sowie Obst;
- den Mittelmeerländern mit Oliven, unzähligen Gemüsekulturen, Futterpflanzen und Johannisbrotbaum;
- den nördlichen Teilen und den Inseln Zentralamerikas mit Mais, Baumwolle, Süßkartoffeln, Bohnen, Kürbissen, Kakao, Jams, Piment und diversen Früchten und
- der Andenregion mit Kartoffeln und anderen Knollenpflanzen.

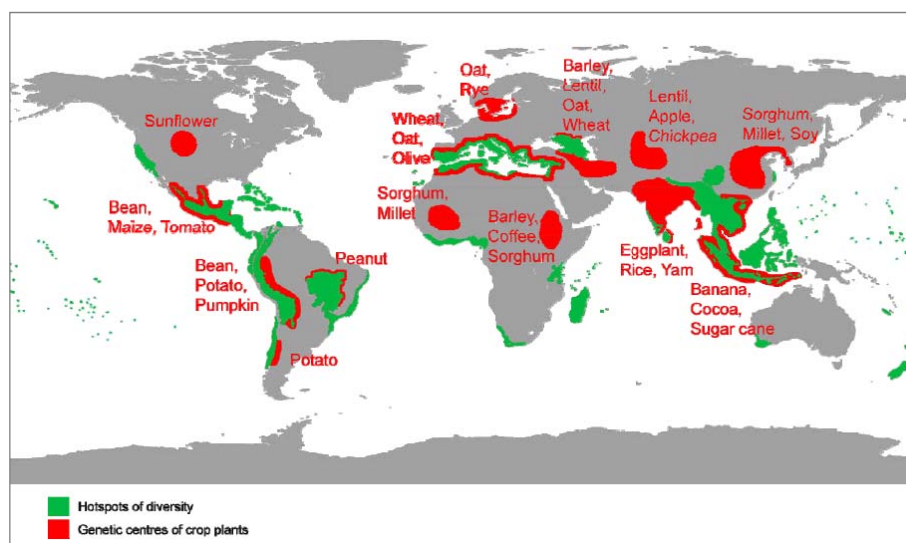


Abb. 6 Vavilovsche Zentren – Herkunftsgebiete der wichtigsten Nutzpflanzen¹⁶⁶

Fast alle der heute in der westlichen Hemisphäre verbreiteten Nahrungspflanzen stammen ursprünglich aus diesen Regionen.¹⁶⁷ Die fundamentale Bedeutung der landwirtschaftlichen Vielfalt für die Ernährungssicherheit aller Menschen offenbart die reziproke Abhängigkeit aller Länder von den agrargenetischen Ressourcen der Anderen. Aufgrund dessen haben sich

¹⁶⁶ Reid, W.V./Miller, K.R. (1989): Keeping Options Alive: The scientific basis for conserving biodiversity. Washington, D.C.: World Resources Institute.

¹⁶⁷ Potthast 2007a, S. 60f., GTZ: Definition: Agrobiodiversität. [online]
<http://www.gtz.de/de/themen/umwelt-infrastruktur/23089.htm>.

Kooperationsformen wie der Internationale Saatgutvertrag (International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture, ITPGRFA)¹⁶⁸ herausgebildet, die den Erhalt und Zugang zu den 35 wichtigsten Nahrungs- und 29 bedeutendsten Futterpflanzen her- und sicherstellen soll. Die Auswahl der Nutzpflanzen wurde anhand ihrer Relevanz für die Ernährungssicherung der Weltbevölkerung getroffen und entspricht etwa 80% der globalen Kalorienaufnahme. Der Vertrag soll den Austausch genetischer Ressourcen zu Forschungszwecken, die der Ernährungssicherheit dienen, erleichtern und den Vorteilsausgleich von aus der Nutzung generierten Gewinnen regeln.¹⁶⁹

Agrobiodiversität als Ausdruck von Kultur

„Die lokale Ebene ist es, auf der die kulturellen Identitäten geschmiedet werden, wo sie als gesellschaftliche Bewertung der ökonomischen Ressourcen und als Strategien der Wiederaneignung der Natur zum Ausdruck kommen.“¹⁷⁰

Im Unterschied zu Biodiversität sind bei der Agrobiodiversität viele Tier- und Pflanzenarten domestiziert bzw. gezüchtet und damit Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Entscheidungen. Dadurch sind sie Ausdruck gesellschaftlicher und kultureller Wert- und Normvorstellungen, Errungenschaften einer jeweiligen Kultur. Sorten, die nicht länger angebaut werden, gehen im Laufe der Jahre ebenso verloren wie das mit ihnen in Verbindung stehende Wissen. Ihr Verlust kann demnach in stärkerem Maße als kultureller Verlust verstanden werden, als der Rückgang der ‚abstrakten‘ Biodiversität. Vergewegenwärtigen lässt sich dies am Beispiel einer Kulturlandschaft: Die Art und Weise ihrer Bewirtschaftung wirkt sich auf ihre optische Erscheinung aus und visualisiert somit nicht nur das technisch Machbare, sondern implizit auch individuelle und kollektive gesellschaftliche, wissenschaftliche, politische Entscheidungsspielräume und Machtkonstellationen. Wenn es keine kommerziellen Saatgutproduzenten mit maßgeschneiderten Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln gäbe,

¹⁶⁸ FAO: International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture. [online] <http://www.planttreaty.org/>.

¹⁶⁹ Der Internationale Saatgutvertrag löst das unter dem Dach der FAO entstandene International Undertaking ab und beinhaltet unter anderem Themen, die aufgrund ihrer Umstrittenheit aus den Verhandlungen über die CBD zunächst ausgeklammert wurden. Dazu zählt neben der Beschäftigung mit den Farmers' Rights vor allem der Umgang mit den umfangreichen Sammlungen an Keimplasma in internationalen Genbanken und anderen Institutionen wie bspw. CGIAR. Bislang haben 116 Staaten und die Europäische Union den Vertrag unterzeichnet. Mehr zum Internationalen Saatgutvertrag finden Sie in Kapitel IV dieser Arbeit oder bei Seiler, Achim (2005): Der Internationale Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Ebenfalls Schellhardt, Susanne (2008): Der Internationale Saatgutvertrag – Stand der Umsetzung. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

¹⁷⁰ Leff, Enrique (2002): Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung – Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die Wiederaneignung der Natur. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 108.

könnten landwirtschaftliche Betriebe keinen derart ausgeprägten monokulturellen Anbau betreiben. Wäre der Raps keine industriell bedeutsame Nutzpflanze, würden in Deutschland weniger Felder Jahr für Jahr vor gelben Ölpflanzen strotzen und die Politik würde diese Form der Landwirtschaft nicht länger subventionieren.

Im Laufe der letzten Jahrtausende haben sich die Kenntnisse über die die Menschen umgebende Biodiversität erweitert, wurden von Generation zu Generation weitergegeben und modifiziert. Die Menschen haben sich über Jahrtausende ihre Umgebung, die ihren Lebensunterhalt bestimmt, für die verschiedensten Zwecke angeeignet. Die Aneignung war ein kollektiver, auf gemeinsamem Wissen rekurrierender Prozess, indem das eigene Verständnis ähnlich bedeutsam war wie der Austausch darüber mit anderen. Daher sekundieren sich biologische und kulturelle Vielfalt sowie landwirtschaftliche Vielfalt und Wildarten. Nicht ohne Grund findet sich in ausgeprägten Biodiversitätsregionen die höchste Anzahl kultureller Vielfalt.¹⁷¹

Die Relevanz der Agrobiodiversität für die Ernährung (-ssicherung)

Der Erhalt der landwirtschaftlichen Vielfalt ist für die langfristige, globale Ernährungssicherung von herausragender Bedeutung. Schätzungen zufolge befriedigen 90% der in der Dritten Welt lebenden Menschen ihre alltäglichen Bedürfnisse mit der regional vorkommenden Biodiversität. Immerhin 60% der Weltbevölkerung versorgen sich selbstständig mit Nahrungsmitteln, weitere 80% nutzen die biologische Vielfalt zur Gesundheitsversorgung.¹⁷²

In den Industrieländern wird der Großteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen monokulturell bewirtschaftet. Das bedeutet, dass sich ein Agrarproduzent bei der Bebauung nicht nur auf die Aussaat einer Pflanzenart beschränkt, sondern lediglich eine einzige Sorte verwendet. Egziabher beschreibt, dass Agrarökosysteme im Allgemeinen anfälliger gegenüber Störungen (bspw. Degradationsprozessen) sind, weil in ihnen immer eine geringere Menge an ökologischen Nischen (Wuchshöhe, Nährstoffbedarf, Stickstoffbindung, Wurzeltiefe, Wassernutzung) genutzt wird als in natürlichen Ökosystemen.

„Die industrielle Landwirtschaft trennte die Tierhaltung vom Feldanbau. Sie legt Monokulturen an, die nur auf einer Kulturpflanzenart beruhen und ausgedehnte Landstriche durchgehend bedecken. Die Zerstörung von Ökosystemen ist so unvermeidlich. Ein Indikator für diese Zerstörung ist der wiederholt auftretende und schnelle Kollaps der Anbauvarianten aufgrund der Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Epidemien.“¹⁷³

¹⁷¹ Ribeiro, Silvia (2002): *Biopiraterie* und geistiges Eigentum – Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 120f.

¹⁷² Ribeiro 2002, S. 120f.

¹⁷³ Egziabher 2002, S. 159.

Die jahrtausendealte Zucht durch Kleinbauern, und heutzutage Konzerne, hat zu einer Erhöhung der genetischen Vielfalt bei Nutzpflanzen und -tieren beigetragen. Allerdings muss ihre Rolle zwiespältig betrachtet werden, hat doch gerade die kommerzielle Zucht und mit ihr die industrielle Landwirtschaft erheblich zur Verringerung und zum Verlust der Biodiversität beigetragen. Kommerzielle Zucht fokussiert sich meistens nur auf ein bis zwei erwünschte Pflanzeigenschaften, wie bspw. Resistenz gegenüber einem bestimmten Schädling oder Ertragsstärke. Andere Eigenschaften wie Trocken- oder Hitzetoleranz, bestimmte Geschmacks- oder Ernährungseigenschaften spielen eher selten eine Rolle und verringern sich tendenziell im Laufe des ca. zehnjährigen Zuchtprozesses. Eine Sorte zeichnet sich durch größtmögliche genetische Homogenität aus, was im Falle von Krankheit oder Schädlingsbefall eines Feldes, einer Region oder eines Landes zum Ausfall der kompletten Ernte führen kann. Das mag bei Industriepflanzen oder marginalen Nahrungspflanzen zunächst unbedeutend wirken, kann aber bei der Betroffenheit der weltweit wichtigsten Nahrungspflanzen wie Reis, Getreide, Mais oder Kartoffeln existentielle Dimensionen annehmen. Deshalb sind der Erhalt einer vielfältigen Landwirtschaft sowie der Anbau unterschiedlicher Sorten sinnvoll.¹⁷⁴

Die Große Hungersnot (Great Famine) in Irland von 1845-1848/49 ist ein Paradebeispiel für die gravierenden Auswirkungen einer Pflanzenkrankheit (der Kraut- und Knollenfäule) auf die Ernährungssituation einer ganzen Bevölkerung. Die Betroffenen waren arm, Kartoffeln ihr Hauptnahrungsmittel, welches von der britischen Kolonialmacht im Gegensatz zu Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht besteuert wurde. Drei Missernten sowie politische und soziale Missverhältnisse führten zur Great Famine, welche im Tode von über einer Millionen Menschen resultierte, was einem Fünftel der irischen Bevölkerung entsprach. Weitere Millionen wanderten im Verlauf von zwei Jahren nach Amerika aus. Erleichtert wurde der Ausbruch der Krankheit durch den Umstand, dass sich der irische Kartoffelanbau auf zwei genetisch eng verwandte Sorten beschränkte, welche beide eine ähnlich hohe Anfälligkeit für den Krankheitskeim besaßen. Dieser war in Europa lange Zeit unbekannt, wurde aber, wie die Kartoffel selbst, im Laufe der Jahrhunderte nach Europa eingeschleppt.¹⁷⁵

¹⁷⁴ Almekinders o.J.a.

¹⁷⁵ Kasten, Wolfgang/ Diekmann, Marlene (2008): Kartoffelwelt. Karriere einer Knolle. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. S. 36. Aktuellere Beispiele finden sich bei Mooney/Fowler 1991, zur Bedrohung der Ernteerträge durch die Pflanzenkrankheit Sojaroost siehe Robin, Marie-Monique (2008): Die grenzenlose Sojadiktatur. Wie der US Konzern Monsanto die Nahrungsmittelproduktion kontrolliert. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 40-43.

Die Relevanz der Agrobiodiversität zur Anpassung an den Klimawandel

Die Agrobiodiversität ist von den direkten und indirekten Folgen (z.B. im Sinne ungenügender Anpassungsfähigkeit der einzelnen Sorten) des Klimawandels bedroht. Viele Pflanzen- und Tierarten werden aussterben, weil ihre Abwehrmechanismen und Toleranzen in einem Maße überschritten werden, die sie nicht länger bewältigen können. Für den Rückgang der Agrobiodiversität sind fünf klimabezogene Faktoren relevant: der Temperaturanstieg, die Veränderung der Niederschlagsmenge, die Zunahme extremer Wetterereignisse sowie Anstieg von Meeresspiegel und Treibhausgasen in der Erdatmosphäre. Die Jahrestemperatur hat sich in den letzten 150 Jahren global durchschnittlich um 0,6 Grad Celsius erhöht und wird voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten, mit regionalen Unterschieden, um 1 bis 5,8 Grad Celsius ansteigen. Die Kohlendioxid-Konzentration hat im gleichen Zeitraum um 32% zugenommen und wird sich in den kommenden 40 bis 100 Jahren wahrscheinlich verdoppeln.¹⁷⁶

Der Temperaturanstieg wird in den Tropen und Subtropen voraussichtlich am höchsten ausfallen und gravierendes Artensterben sowie landwirtschaftliche Ertragsausfälle und modifizierte Anbausysteme nach sich ziehen. Die Veränderungen im globalen Wasserhaushalt werden in nördlichen Breitengraden zu Ertragssteigerungen, aber auch Überflutungen führen. In südlichen Hemisphären werden verstärkt Dürren eintreten, was in den 40 ärmsten Ländern der Welt, die primär in den afrikanischen und lateinamerikanischen Tropen liegen, im Verlust von bis zu 20% der Getreideanbaukapazitäten resultieren wird. Zudem werden Pflanzen und Tiere häufigerem und stärkerem Krankheits- und Schädlingsbefall ausgesetzt sein.¹⁷⁷ Bei einem durchschnittlichen Temperaturanstieg von nur einem Grad Celsius prognostizieren Wissenschaftler der US National Academy of Sciences einen Rückgang der Reis-, Mais- und Weizenerträge um jeweils 10% sowie die zunehmende Schwierigkeit, die Weltbevölkerung zu ernähren.¹⁷⁸

Landwirtschaftlich genutzte Sorten müssen alle 5-20 Jahre genetisch aufgefrischt und mittels Zucht an veränderte Umweltbedingungen angepasst werden, um Erträge und Resistenzen gegenüber Schädlingen und Krankheiten aufrecht erhalten zu können. In der freien Natur käme es selbstständig zu einer Ausweitung der lokal am besten angepassten Sorte, welche genetisch eng verwandte Sorten aufgrund des genetischen Vorteils und der Nutzung der gemeinsamen ökologischen Nische verdrängen würde. Variation zwischen und

¹⁷⁶ Kotschi, Johannes (2006): Agrobiodiversität und Klimawandel – eine komplexe Beziehung. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

¹⁷⁷ Kotschi 2006.

¹⁷⁸ Brown, Lester R. (2008): Jüngstes Gericht. Warum die Nahrungskrise den Anfang vom Ende unserer Kultur markieren könnte. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 18-29.

innerhalb der Arten ist bedeutsam, weil unterschiedliche Weizensorten bspw. ermöglichen können, diese an diversen Standorten anzubauen (z.B. in Trocken- oder Feuchtgebieten, Höhenlagen oder Tiefebene, warmen oder kalten Regionen). Auch bezüglich Krankheiten, Pilzen oder anderen Schädlingen können einige Weizensorten anderen hochgradig überlegen sein. Dieser Anpassung muss bei industriell vermehrtem Saatgut nachgeholfen werden, da Schädlinge sich ebenso im Laufe der Jahrzehnte verändern und eventuell Mechanismen ausbilden bzw. weitergeben, die die Resistenz der (älteren) Sorte aufbrechen. Dagegen können auch die sogenannten Pflanzenschutzmittel nur wenig ausrichten: Viele Schadorganismen verfügen über die Fähigkeit, ihrerseits Resistenzen gegenüber den Agrochemikalien auszubilden und bleiben somit eine Gefahr für die entsprechende Pflanze.¹⁷⁹

Um Sorten verändern und verbessern zu können, benötigt man vielfältiges genetisches Material, mit den erwünschten Pflanzeigenschaften. Es gibt unterschiedliche Ansätze zum Erhalt der landwirtschaftlichen Vielfalt. Bei der ‚ex situ‘ Konservierung wird ein Teil der biologischen Vielfalt in internationalen Genbanken¹⁸⁰ tiefgekühlt, getrocknet oder in botanischen Gärten bewahrt, d.h. außerhalb ihres natürlichen Lebensraums. Das genetische Material wird bei Bedarf genutzt bzw. zum Keimen gebracht. Die Isolation von pflanzlichen Organismen verhindert aber deren Adaption an sich wandelnde Umweltbedingungen und ist daher nur eine zusätzliche Option. Der ‚in situ‘ Erhalt ermöglicht Schutz und Nutzung, da er den Feldbau und die Zucht vor Ort propagiert und die Anpassungsfähigkeit einer Sorte nicht schmälert. In Agrarlandschaften bestehen zudem Wechselwirkungen zwischen Umweltfaktoren, genetischen Ressourcen und der Art und Weise ihrer Bewirtschaftung, was sich auf die Sorten auswirkt.¹⁸¹

Der Erhalt der Vielfalt wird maßgeblich durch Bauern und landwirtschaftliche Betriebe bestimmt, welche sich für oder gegen bestimmtes Saatgut und gewisse landwirtschaftliche Wirtschaftsweisen entscheiden. Das Wissen um Vorkommen, Pflanzen-, Anbau-, Verwertungs- und Lagereigenschaften einer bestimmten Sorte ist lokal verankert, oftmals bei der betreffenden Landwirtin. Daher spielen Bäuerinnen und Bauern beim Erhalt der Agrobiodiversität eine besondere Rolle und müssen bei der Entwicklung von nachhaltigen

¹⁷⁹ Carson, Rachel (1990): Der stumme Frühling. München: Verlag C.H. Beck. S. 265-277.

¹⁸⁰ Bis zu 90% der bekannten, landwirtschaftlichen Nutzpflanzensorten lagern weltweit in Genbanken wie bspw. dem Svalbard Global Seed Vault. Bei Weizen belaufen sich die Bestände von Zuchtsorten auf 95%, bei Wildsorten auf ca. 60%. Bei Mais beträgt das Verhältnis von Zucht- zu Wildsorten 95% zu 15%, bei Kartoffeln 95% zu 40%. Siehe Seiler 2005.

¹⁸¹ Sorteneigenschaften sind multigenetisch, mit Gentechnik nur schwer zu erreichen und daher auf die ‚in situ‘ Konservierung angewiesen. Es gibt noch andere Formen des Erhalts wie bspw. Kryokonservierung oder ‚in situ in vivo‘, worauf im Folgenden allerdings nicht näher eingegangen werden kann. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992. Bayer, Wolfgang (2006): Tiefgefroren? Quicklebendig? Verschiedene Wege zur Erhaltung der Nutztiervielfalt. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.

Nutzungsstrategien angemessene Berücksichtigung finden. Die landwirtschaftliche Vielfalt ist zwar durch den Klimawandel bedroht, bietet aber zugleich die Chance, mit seinen Konsequenzen besser umgehen zu können.¹⁸²

4 Resümee und thematische Weiterführung

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass eine Veränderung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen aufgrund sich verändernder Konsumgewohnheiten einen Verlust der Agrobiodiversität nach sich zieht und letztlich zu Verbreitung und Anstieg von Mangelernährung entscheidend beiträgt, wenn die treibenden Kräfte des Agrarwandels den Anbau von Mono- anstelle von Mischkulturen sowie von exotischen anstelle von einheimischen Nahrungspflanzen propagieren. Unter- und Mangelernährung sind multifaktorielle, strukturelle Probleme, die nicht durch einen reinen Verteilungs-/Versorgungsansatz oder landwirtschaftliche Ertragssteigerungen behoben werden können. Ihre Formen sind vielfältig.

Die Verringerung des Hungers ist möglich durch die Konzentration auf die lokale Nahrungsmittelproduktion. Diese sollte möglichst kleinteilig, divers und nachhaltig sein. Landwirtschaftliche Vielfalt verfügt nicht nur über hervorragende Ernährungseigenschaften, sie ermöglicht kostengünstige und standortspezifische Lösungen die speziell der weiblichen Bevölkerung zugutekommen. Ihre Relevanz wird in den nächsten Jahrzehnten aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels steigen. Aufgrund der vielfältigen ökologischen Probleme in Entwicklungsländern wie kargen oder übernutzten Böden, Bodenerosion und Desertifikation, der Übernutzung natürlicher Ressourcen sowie anderen Faktoren wie marginalen Anbaustandorten, mangelhaftem Zugang bzw. Verfügbarkeit von Wasser und Möglichkeiten der Bodenaufbereitung kann nur eine vielfältige Landwirtschaft mit diversifiziertem Anbau und lokal angepasstem Saat- und Pflanzgut einen Beitrag zu Ernährungssicherung und Ernährungssicherheit leisten.¹⁸³ Ernährungssicherheit besteht, „[...] when all people at all times have both physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food that meets their dietary needs for an active and healthy life“¹⁸⁴.

Ernährungssicherheit kann in diesem Zusammenhang nicht nur bedeuten, dass den Betroffenen Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden, sondern muss, um nachhaltig sein zu können, auf ein Konzept von Befähigung rekurren. Ernährungssicherungsstrategien

¹⁸² Kotschi 2006. Almekinders, Conny (2006): Anreizinstrumente für den Erhalt der Agrobiodiversität. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. UNEP: Climate Change and Biological Diversity. [online] <http://www.cbd.int/climate/>.

¹⁸³ Worldbank/FAO 2008, FAO 2006, Chennai Platform for Action: Agricultural Biodiversity and Elimination of Hunger. [online] http://www.underutilized-species.org/Documents/PUBLICATIONS/chennai_declaration_en.pdf.

¹⁸⁴ FAO 2006a.

streben nicht den Aufbau abhängiger Fürsorgesystemen an, stattdessen versuchen sie qua struktureller Einflussnahme die Selbstversorgungskapazitäten der betroffenen Bevölkerung zu stärken. Diese Befähigung kann durch die Nutzung der lokalen Agrobiodiversität erreicht werden und zugleich die strukturelle und globale Dimension von Armut adressieren. Die Diskussion der Menschenrechte im UN-Sozialpakt soll im Folgenden dazu dienen, herauszuarbeiten ob die juristische, die moralische oder die politische Begründung sozialer Menschenrechte einen Ansatz von Befähigung und damit Autonomie enthalten. Die anschließende Interpretation des Rechts auf Nahrung als moralischem Recht wird verdeutlichen, dass im Recht auf Nahrung strukturell-strategisches Vorgehen zur Reduzierung von Unter- und Mangelernährung und zur Ermöglichung von Befähigung und Autonomie angelegt ist. Die Nutzung von Agrobiodiversität in Ernährungssicherungsstrategien zur Erfüllung des Rechts auf Nahrung ist somit begründbar.

Menschenrechte im Diskurs

1 Verankerung des Rechts auf Nahrung in den Menschenrechten

„Die Entwicklung des geistigen Lebens in Europa scheint vom Ausgang des Mittelalters an zwei große Tendenzen gehabt zu haben: die Befreiung des Denkens und Glaubens von jeglicher autoritativen Beeinflussung, also den Kampf des sich souverän und mündig fühlenden Verstandes gegen die Herrschaft der römischen Kirche und – andererseits – das heimliche, aber leidenschaftliche Suchen nach einer Legitimierung dieser seiner Freiheit, nach einer neuen, aus ihm selbst kommenden, ihm adäquaten Autorität.“¹⁸⁵

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte¹⁸⁶ vom 10.12.1948 beschreibt einen unvollständigen Katalog von Rechten, die für alle Menschen überall auf der Welt jederzeit gültig sein sollen. Komplementiert wird sie mittels zweier rechtsverbindlicher Pakte¹⁸⁷, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN Sozialpakt), der im Folgenden unter dem Begriff soziale Menschenrechte subsummiert wird, und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN Zivilpakt). Der sogenannte UN Sozialpakt trat am 3. Januar 1976 in Kraft. Bisher haben ihn 68 Staaten und 159 Vertragspartner paraphiert.¹⁸⁸ Artikel 11 (1/2) expliziert das Recht auf Nahrung bzw. angemessene Ernährung¹⁸⁹:

¹⁸⁵ Hesse, Hermann (1987): Das Glasperlenspiel. Berlin/Weimar: Aufbau Verlag. S. 16.

¹⁸⁶ Resolution 217 A (III) ist besser bekannt als: OHCHR (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. [online] <http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger> oder OHCHR (1948a): The Universal Declaration of Human Rights. [online] <http://www.un.org/Overview/rights.html>.

¹⁸⁷ Auswärtiges Amt 1966. OHCHR (1966a): International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. [online] <http://www2.ohchr.org/english/law/cescr.htm>. OHCHR (1966): International Covenant on Civil and Political Rights. [online] <http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>.

¹⁸⁸ OHCHR: Status of Ratification. [offline] <http://www2.ohchr.org/english/bodies/ratification/3.htm>.

¹⁸⁹ In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (OHCHR 1948a) ist das Recht auf angemessene Ernährung unter Art. 25 beschrieben: „(1) Everyone has the right to a standard of living adequate for the health and well-being of himself and of his family, including food, clothing, housing and medical care and necessary social services, and the right to security in the event of unemployment, sickness, disability, widowhood, old age or other lack of livelihood in circumstances beyond his control. (2) Motherhood and childhood are entitled to special care and assistance. All children, whether born in or out of wedlock, shall enjoy the same special protection.“ Das im UN-Sozialpakt explizierte Recht wurde wesentlich umfassender formuliert, als in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, woran sich deutlich der wachsende Einfluss der Entwicklungsländer auf das internationale Völkerrecht aufzeigen lässt. Wurden 1948 lediglich die unspezifischen Ansprüche der Inhaber von Menschenrechten an eine unbenannte Ordnungsstruktur artikuliert, finden sich im Sozialpakt als Pflichtenadressaten die Vertragsstaaten (inklusive extraterritorialer Staatenpflichten in der Form ‚internationaler Zusammenarbeit‘), werden die Methoden zur Verbesserung der Nahrungsmittelsituation benannt (2a), sowie der institutionellen Ordnung Rechnung getragen (2b). Wenngleich das Menschenrecht auf angemessene Ernährung durch Kommentierung einer weiteren Konkretisierung bedarf (wie in den Allgemeinen Anmerkungen 12 zum Recht auf Nahrung des UN-Sozialpakts geschehen), treten die unterschiedlichen staatlichen Verpflichtungsebenen deutlich zu Tage. Selchow/Hutter setzen „eine aktive und eigenverantwortliche Zugangsform zu diesem Recht und seinen Inhalten für jede und jeden voraus. Dem Sinn nach handelt es sich also um das Recht, sich zu ernähren, Nahrungsmittel produzieren

„(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen

a) zur Verbesserung der Methoden der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung der natürlichen Hilfsquellen;

b) zur Sicherung einer dem Bedarf entsprechenden gerechten Verteilung der Nahrungsmittelvorräte der Welt unter Berücksichtigung der Probleme der Nahrungsmittel einführenden und ausführenden Länder.“¹⁹⁰

Ansprüche der Menschenrechte

Die Menschenrechte¹⁹¹ gehören dem Völkerrecht an, welches zunächst das Verhalten zwischen souveränen Nationalstaaten in Zeiten von Krieg und Frieden regelte. In den 1990er Jahren fand in den Vereinten Nationen ein ideologischer Wandel statt. Das Völkerrecht wurde mittels der Menschenrechte von der zwischenstaatlichen Regulierung hin zur innerstaatlichen erweitert, Menschenrechte nicht mehr als ihrem Wesensgehalt nach rein innerstaatliche Angelegenheiten begriffen. Gerade der Umgang von Nationalstaaten mit Staatsangehörigen gilt jedoch als integraler Bestandteil staatlicher Souveränität und sorgt daher immer noch für Konflikte zwischen nationalstaatlicher Souveränität und internationaler kollektiver Regelung. Die externe Einflussnahme hat zum Ziel, (menschenrechtliche) Normen zu implementieren und

oder erwerben zu können. Grundlegende Voraussetzung dafür ist – wie bei jedem kodifizierten Menschenrecht –, daß der Staat das Recht achtet, schützt und gewährleistet [Limburger Prinzipien, welche später in die Maastrichter Leitlinien eingegangen sind; *Anm. D.K.*], indem er zum Beispiel den Einzelnen Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen wie Wasser, Saatgut etc. oder aber zu Lohnarbeit bzw. selbständiger Erwerbstätigkeit mit Hilfe politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen möglich macht.“ In Selchow, Ulla/Hutter, Franz-Josef (Hg.)(2004): Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Anspruch und politische Wirklichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 13.

¹⁹⁰ Auswärtiges Amt 1966.

¹⁹¹ Auf die historische Darstellung der Menschenrechte wird im Folgenden verzichtet, da sie nur geringen Aufschluss für die weiteren Ausführungen bietet.

qua Positivierung die Justiziabilität¹⁹² der Menschenrechte zu fördern. Nationalstaaten geben einen Teil ihrer innerstaatlichen Angelegenheiten und Verfügungsgewalten der Beobachtung und Beurteilung durch andere Staaten preis.¹⁹³ Der Staat spielt im Bezug auf Menschenrechte eine ambivalente Rolle, da er sowohl Garant als auch Aggressor sein kann.¹⁹⁴

Trotz ihrer bescheidenen Befugnisse und Sanktionsmöglichkeiten haben sich die Menschenrechte zu einem bedeutenden politischen Instrument entwickelt, auch wenn das rechtliche Instrument der Menschenrechte relativ schwach ausgestaltet ist.¹⁹⁵ Die Interventionspolitik und -praxis der 1990er durch den UN-Sicherheitsrat ebenso wie der Einsatz von temporärer und dauerhafter internationaler Jurisprudenz hatten eine Stärkung der Menschenrechtsidee zur Folge. Ihr Bestehen wird heutzutage von den meisten Staaten grundsätzlich anerkannt, allerdings herrschen Kontroversen über ihren Inhalt (bürgerliche und politische vs. wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) und Umfang (minimalistische vs. maximalistische Auslegung).¹⁹⁶ Eine Regierung, der Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, kann sich nicht mehr mit Verweis auf die nationale Souveränität aus der Affäre ziehen. Die Beweislast wurde zu Gunsten der Geschädigten umgekehrt.¹⁹⁷

¹⁹² Schneider, Jakob (2004): Die Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.

¹⁹³ Menke, Christoph/ Pollmann. Arnd (2007): Philosophie der Menschenrechte zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag. S. 26; Gareis/Varwick 2008, S. 170.

¹⁹⁴ Menschenrechte waren ursprünglich als individualistische Abwehrrechte gegenüber dem Staat konzipiert. Siehe Sandkühler, Hans Jörg (Hg.)(1999a):Menschenrechte. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 819.

¹⁹⁵ Kritikwürdig ist der vor allem von westlichen Industrienationen angelegte, menschenrechtliche Doppelstandard, der einerseits die Unterstützung durch Entwicklungszusammenarbeit an die Implementierung von Menschenrechtsstandards koppelt, andererseits die Kooperation mit menschenrechtsverachtenden Regimen nicht scheut, wenn diese politisch oder materiell opportun erscheint. Gareis/Varwick 2008, S. 172.

¹⁹⁶ Die politische Schwäche der Menschenrechte ist unter anderem auf theoretische Unklarheiten zurückzuführen, z.B. wer ist Inhaber von Recht/Pflicht? In welcher Form und an wen können Ansprüche von Rechteinhabern gerichtet werden? Wen binden die Ansprüche: Nationen, alle Menschen, nur Bürger, Konzerne? Die Relativierung und Missachtung der Menschenrechte nach 9/11 durch demokratische Regierungen wie die USA haben ebenso zu einer Schwächung des Instruments beigetragen. Zu den theoretischen Schwierigkeiten siehe Kreide 2007, S. 158; Zu Verlusts des Ansehens der Menschenrechte siehe Gareis/Varwick 2008, S. 170f.

¹⁹⁷ Nicht der Kläger (Geschädigte) muss nachweisen, dass das widerfahrene Leid eine Menschenrechtsverletzung darstellt, sondern der Beklagte (Staat) muss den Unschuldsbeweis erbringen. Gareis/Varwick 2008, S. 157,175.

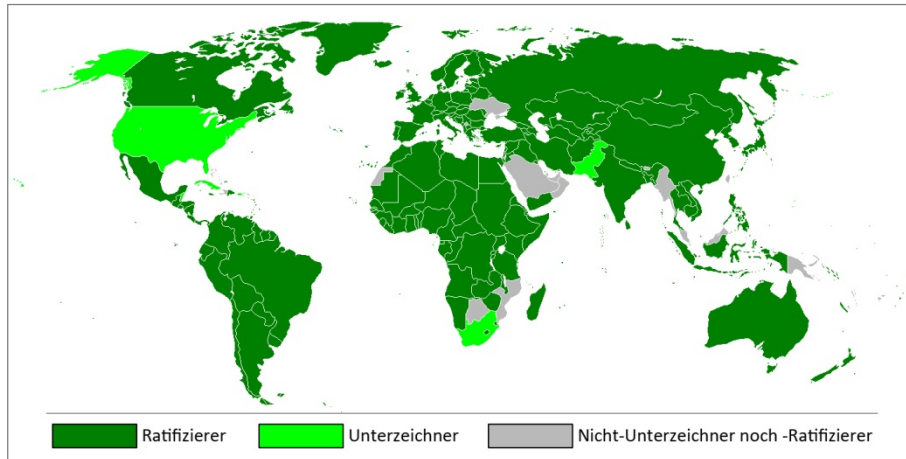


Abb. 7 Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten des UN-Sozialpakts sowie Nicht-Unterzeichner- noch -Ratifiziererstaaten¹⁹⁸

Der Anspruch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist der universeller, gleicher, subjektiver und unveräußerbarer Rechte, welche ein jeder Mensch qua Geburt in die Gemeinschaft der Menschen besitzt. Diese angeborenen Rechte werden unabhängig von Alter, Geschlecht, Rasse, Nationalität, Religion oder ethnischer und sozialer Herkunft gewährt.¹⁹⁹ Das Universalitätspostulat proklamiert die Menschenrechte für alle Menschen auf der Welt, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort und der politischen und gesellschaftlichen Ordnungsstruktur, in die sie eingebettet sind. Der Anspruch der Unveräußerlichkeit verweist auf die Unfähigkeit, die Menschenrechte anders als durch die Geburt in die menschliche Gemeinschaft zu erlangen, sowie auf die Unmöglichkeit, den Besitz der Menschenrechte von einer Person oder einer Institution abgesprochen zu bekommen (was nicht gleichbedeutend damit ist, dass die Menschenrechte einer Person nicht verletzt werden können).²⁰⁰ Allerdings sind die Möglichkeiten von Erlangung bzw. Verlust von Menschenrechten, wie sie bspw. in der Debatte um Terrorismus bzw. Rechte von Terroristen diskutiert werden, strittig.²⁰¹

¹⁹⁸ WIKIMEDIA COMMONS (a): (UN) Sozialpakt – Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten. [online] <http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:ICESCR.png?uselang=de>.

¹⁹⁹ Laut Sandkühler (1999a, S. 821) können die Ideen, auf die rekurriert wird, wie Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit oder Gleichheit, als regulative Konzepte verstanden werden, die zwar je Kultur eine unterschiedliche Auslegung erfahren, deren Existenz jedoch nicht grundlegend in Frage gestellt wird.

²⁰⁰ Die Betonung der Unveräußerlichkeit der Menschenrechte kann unter anderem aus der historischen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges verstanden werden. Hannah Arendt erklärt die Massenvernichtung der jüdischen Bevölkerung aus dem Verständnis von Menschen- als Bürgerrechten. Durch Ausschluss aus der politischen Gemeinschaft hat sich der Staat nicht nur als größte Bedrohung für die Menschenrechte erwiesen, sondern die jüdische Bevölkerung und mit ihr wahllose andere Gruppierungen zu recht- und staatenlosen Wesen (Vogelfreien, Paria) degradiert. Traditionelle Begründungsmuster der Menschenrechte wie Natur, Glaube oder Vernunft haben sich aufgelöst. Arendt, Hannah (1986): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper Verlag.; Menke/Pollmann 2007, S. 18f.

²⁰¹ Es herrschen grundlegende Differenzen im Menschenrechtsdiskurs darüber, ob und wenn ja, wie Menschenrechte erlangt und somit wieder verloren werden können sowie über die Frage, ob Menschenrechte als relativierbares Gut (aufgrund der unterschiedlich starken Ausprägung relevanter

Ihre proklamierte Universalität, Subjektivität, Unbedingtheit und Unveräußerlichkeit macht den Träger von Menschenrechten unabhängig von der Anerkennung der Menschenrechte durch die öffentliche Gewalt, der er untersteht. Sie sind vor- bzw. überstaatlicher Natur. Demnach haben sowohl Menschen in Staaten, welche sich der Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet haben, als auch die in Ländern, die Menschenrechte nicht anerkennen oder verletzen, Menschenrechte und können deren Anspruch auf Erfüllung artikulieren und einfordern. Die Menschenrechte stellen ihrem Begriff nach also einen (augenscheinlich gerechtfertigten²⁰²) Anspruch von Personen²⁰³ an die sie umgebenden Verhältnisse und Bedingungen (strukturelle Ordnung) dar.²⁰⁴

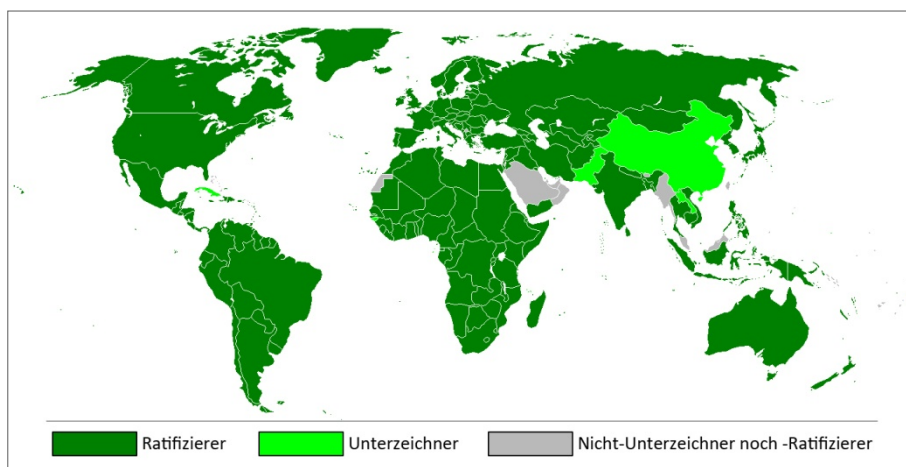


Abb. 8 Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten des UN-Zivilpakts sowie Nicht-Unterzeichner- noch -Ratifiziererstaaten²⁰⁵

Eigenschaften wie Vernunft, Bewusstsein) zu begreifen sind. Siehe Menke/Pollmann 2007, S. 50ff., zur Relativierung der Menschenrechte nach 9/11 siehe Gareis/Varwick 2008, S. 170f.

²⁰² Die Frage der Rechtfertigung ist freilich umstritten und wird später diskutiert.

²⁰³ In der praktischen Philosophie spielt der Personenbegriff und seine Deutung eine Rolle, insofern er Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenrechte tangiert. Er beschäftigt sich mit der Frage, was eine Person ist und welche strukturellen Bedingungen erfüllt sein müssen, um ein Personsein zu ermöglichen. Auf den Personenbegriff und Unterschiede zu dem Menschenbegriff (bzw. Individuum und Identität) kann hier leider nicht weiter eingegangen werden. Siehe Kather, Regine (2007): Person: die Begründung menschlicher Identität. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft. Sturma, Dieter (1999): Person. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 994-998.

²⁰⁴ Menke/Pollmann 2007, S. 27.

²⁰⁵ WIKIMEDIA COMMONS(b): (UN) Zivilpakt – Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten. [online] <http://commons.wikimedia.org/w/index.php?title=File:ICCPR-members.PNG>.

2 Ideelle Fundierung sozialer Menschenrechte

Die Begründung der Menschenrechte wird tagtäglich in den unterschiedlichsten Formen geleistet. Ob im Alltag, der Politik oder den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen findet mit Rekurs auf die Menschenrechte eine öffentliche Diskussion der Begrifflichkeit und ihres Gegenstandes statt, die sich vor allem durch ihre Heterogenität auszeichnet. Gerade die Firmierung als ‚Rechte‘ führt mitunter zu Missverständnissen. Im Folgenden sollen rechtstheoretische, moralische und politische Begründungen diskutiert und am Beispiel des Rechts auf angemessene Ernährung expliziert werden.²⁰⁶

2.1 Diskussion juridischer Menschenrechtsbegründungen

Wie bereits angedeutet, können die Menschenrechte als juridische²⁰⁷ Rechte interpretiert werden. Recht kann objektiv, im Sinne von Gesetz, sein, das sich von dazu autorisierten Entitäten anhand einer bestimmten Prozedur oder Brauchtum ableiten bzw. aus einem übergeordneten Prinzip extrahieren lässt. Subjektives Recht, im Sinne eines Rechts auf etwas, beschreibt einen aus objektivem Recht abgeleiteten Anspruch.²⁰⁸ Rechte werden häufig als Ansprüche verstanden, denen Adressaten und Pflichten zugeordnet werden können. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit von Person A korrespondiert mit der Pflicht von Person B, die physische Integrität von A nicht (in-/direkt oder aktiv bzw. bewusst) zu schädigen. Dieser Fall gilt auch umgekehrt. Dadurch wird Zustand Z (Erhalt der physischen Integrität der Personen A und B) beibehalten bzw. hergestellt. Adressat des Anspruches ist in diesem Fall Person A, Adressat der Pflicht ist Person B.

²⁰⁶ Die den Begründungen zugrunde liegenden Theorien werden als bekannt vorausgesetzt und im weiteren Verlauf der Arbeit nicht näher erläutert, sondern primär diskutiert. In die Diskussion der juridischen Begründung fließen naturrechtliche Argumentationen, wie bei Hobbes und Locke zu finden, ebenso ein wie vernunfttheoretische von Kant. In den moralischen Diskurs finden bspw. Pogge, Kreide und Gosepath Eingang. Die Diskussion einer politischen Begründung wird hauptsächlich anhand der prozeduralen Gerechtigkeitstheoretiker Jürgen Habermas und John Rawls geleistet.

²⁰⁷ Im Folgenden wird von juridischen Rechten gesprochen, da diese die Frage der Legitimität von Rechten zunächst unbeantwortet lassen und sich primär auf den Umstand der Verrechtlichung (Juridifizierung) beziehen. Zudem kann ein legalisiertes Recht nicht automatisch als legitim gelten. Zur (semantischen) Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität siehe Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp. Kreide, Regina (2008): Globale Politik und Menschenrechte. Macht und Ohnmacht eines politischen Instruments. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 16. Zu Juridifizierung siehe Zangl, Bernhard (2006): Die Internationalisierung der Rechtsstaatlichkeit. Streitbeilegung in GATT und WTO. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

²⁰⁸ Kaufmann, Matthias (1999): Rechtsphilosophie/Recht. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 1164.

„Auf seine Freiheit verzichten, heißt auf sein Menschsein, auf die Menschenrechte [droits de l'humanité], ja selbst auf seine Pflichten verzichten.“²⁰⁹

Obige Feststellung liefert allerdings noch keine Begründung dafür, warum die Personen A und B sich auf ein gemeinsames Recht verständigen und auf dieses verpflichten sollten. Warum soll Person B sich an ihre Pflicht der Nichtschädigung halten? Diese Begründung kann eine rechtstheoretische Diskussion nicht ohne Bezugnahme auf moralische oder rationale (utilitaristische) Argumente leisten. Recht stellt eine technische Form, Regulierung und Übersetzung von moralischen und gesellschaftlich relevanten Normen und Werten in eine Handlungspraxis dar. Es ist eine Abstraktion und Verdichtung von realen Verhältnissen in der Form kodifizierter Normen, in denen sich gesellschaftliche, ökonomische und politische Machtverhältnisse, Vorstellungen und moralische Ansprüche ausdrücken, die als gesellschaftlich konsensfähig oder wünschenswert gelten.

Die rechtstheoretische Begründung der Genese und Geltung der Menschenrechte wird gewöhnlich mittels Bezug auf die Natur (Vernunft), den Vertrag oder die Moral geleistet. Die Moral wird im Folgenden ausgespart, da sie später als eigener Punkt behandelt wird.

Rationalistische, naturalistische und kontraktualistische Begründung der Menschenrechte als juridische Rechte

Vertragstheoretische und naturrechtliche Theorien lassen sich verkürzt derart beschreiben: In einem hypothetischen (rechtsfreien) Naturzustand besteht konstant die Gefahr von Konflikt und Krieg von Jedermann mit jedem, da Menschen rationale, sprachbegabte Wesen und sich potentieller zukünftiger Not bewusst sind. In diesem Zustand verfügen alle Mitglieder über gleiches natürliches Recht (bspw. auf Ressourcen) auf Alles und die Mittel zu seiner Erlangung, sind aber gleichermaßen durch alle Anderen bedroht, da diese über die gleichen natürlichen Rechte auf Alles verfügen. Die Idee des Gesellschaftsvertrags (des Vertragsabschlusses von ‚gleichberechtigten‘ Verhandlungspartnern), der einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand²¹⁰ herbeiführen soll, entspringt der menschlichen Rationalität. Menschen unterwerfen sich einem Souverän, der kein Vertragspartner ist, sondern sein natürliches (subjektives) Recht auf alles beibehält. Dem subjektiven Recht des Souveräns auf Alles korrespondiert das objektive Recht des Staates. Im Moment der Unterwerfung ist ein Element des Zwangs und des

²⁰⁹ Rousseau, Jean Jacques (1962 [1762]): Du Contrat Social ou Principes du droits politique. Paris: o. A. S. 240, zitiert nach Sandkühler 1999a, S. 819.

²¹⁰ Bei Hobbes wäre das der aus den natürlichen Gesetzen (lat. leges naturales) abgeleitete Frieden. Hobbes, Thomas (Hg.)/ Fetscher, Iring (Hg.)(2006 [1651]): Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 462, 13. Auflage. Siehe Kaufmann 1999, S. 1167, Sandkühler 1999a, S. 821.

Autonomieverlusts enthalten, der nur solange legitim ist, wie er auf Gegenseitigkeit beruht.²¹¹ Freiheit, Zwang, Recht und Rationalität stehen in engem Verhältnis zueinander. Da dieser Vertrag für gewöhnlich zwischen mehr oder weniger gleichberechtigten Partnern geschlossen wird, entgegnen Kritiker der Vertragstheorie, dass dieser auf wechselseitige utilitaristische Verhältnisse beschränkt ist.²¹²

Menschen, die sozial, physisch, ökonomisch oder anderweitig schwächer aufgestellt sind als ihr Gegenüber, werden als Vertragssubjekt entweder negiert oder aber ihre Belange finden nicht die angemessene Berücksichtigung bzw. ihre Vertragsverhältnisse zeichnen sich durch Rechtsunsicherheit aus. Dies lässt sich an folgendem Beispiel illustrieren: Die illegitime Vertreibung von Indigenen von Landstrich L durch einen Großgrundbesitzer führt zur Verschlechterung der Ernährungssituation und damit zur Verletzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung der Indigenen, weil ihnen die Grundlagen ihrer Ernährung (Landwirtschaft, Saatgut, Boden, Fischerei, Jagd, Sammlung) entzogen werden. Wenn ein rechtliches Verhältnis zwischen Großgrundbesitzer und Indigenen besteht (indirekt durch nationales Recht, direkt durch Pachtverträge), kann der Großgrundbesitzer den Vertrag aufgrund der ungleichen Machtverhältnisse von vornherein zu seinen Gunsten ausgestalten, einseitig aufkündigen und nach Gutdünken walten. Sind die Indigenen aufgrund ihrer finanziellen oder bildungstechnischen Situation (mangelndem Wissen oder mangelnden Finanzmitteln für juristischen Beistand, Transfer zur nächsten Polizei oder zum Gericht) unfähig, auf die Einhaltung ihrer Rechte zu dringen, liegt die Gestaltungsmacht von Recht und Vertrag bei ihrem Antagonisten.

Weiterhin kann die Einschränkung des Anderen auf seine Interessen als kritikwürdig angesehen werden. Menschen werden lediglich als ihre Interessen wahrgenommen, nicht als ihre Bedürfnisse. Diese Unterscheidung ist insofern relevant, als die Interessen von Personen (hier verstanden als Wünsche) nicht zwangsläufig ihren (physischen oder psychischen) Bedürfnissen entsprechen. Wenn ein mangelernährtes, übergewichtiges Kind in Land X den Wunsch nach frittiertem Huhn oder Schokoladentorte verspürt, entspricht das nicht zwangsläufig seinem körperlichen Bedürfnis nach angemessener, nährstoffreicher Nahrung, auch wenn es mit Huhn oder Torte seinen temporären Hunger stillen kann. Noch viel weniger werden durch die Reduktion auf Interessen emotionale menschliche Bedürfnisse abgedeckt. Zudem kann man der Vertragstheorie vorwerfen, sie verdingliche und subjektiviere das Gegenüber, da sie zwar dessen (gleichberechtigte) Interessen anerkennt, aber das Gegenüber lediglich ein Mittel zur Erfüllung eigener Zwecke darstellt. Das Gegenüber besitzt nur insofern

²¹¹ Kaufmann 1999, S. 1167f., Hobbes/Fetscher 2006.

²¹² Hobbes/Fetscher 2006, Kaufmann 1999, S. 1167, Sandkühler 1999a, S. 821.

Relevanz, als es ein Hindernis oder eine Stütze bei der Erreichung selbstgesteckter Ziele ist.²¹³ Eine Vertragstheorie mag zwar geeignet sein, um ausgewählte Lebensbereiche zu reglementieren, zur Begründung egalitärer gesellschaftlicher Ordnungsprinzipien ist sie allerdings unzureichend.²¹⁴

Im Naturzustand herrschen natürliche Rechte, die sich auf die physische Integrität der Menschen beziehen. Die Würde²¹⁵ des Menschen wird einerseits mit Verweis auf seine Natur gerechtfertigt, andererseits besonderen menschlichen Fähigkeiten zugeschrieben. Da Menschenwürde ursprünglich aus der Ebenbildlichkeit Gottes abgeleitet wurde, ist sie kaum geeignet, den Anspruch universeller Gültigkeit zu begründen. Zum einen ist das Konzept der Menschenwürde nicht aus allen Glaubenssystemen ableitbar und somit konfessionsgebunden, zum anderen nicht hinreichend begründet für Ungläubige.²¹⁶ Damit wird die Würde des Menschen antastbar.²¹⁷

Die Begründung der Menschenwürde aus der Vernunft ist ebenfalls kritikwürdig, da Vernunft ebenso wie Bewusstsein sich den Vorwurf der Austauschbarkeit gefallen lassen müssen. Die Anerkennung eines Menschen aufgrund seines sozialen, physischen, geistigen oder ökonomischen Potentials ist willkürlich und lässt Fragen zur Behandlung und moralischen Relevanz von Behinderten, Kindern oder Komapatienten offen.²¹⁸ Was qualifiziert die ausgewählten Eigenschaften oder Fähigkeiten dafür, als letztgültiges Entscheidungskriterium

²¹³ Mir ist klar, dass es Vertragstheoretiker und Naturrechtler (z.B. Immanuel Kant) gibt, die das Gegenteil behaupten und der Auffassung sind, dass gerade in dem Zugeständnis, dass das Gegenüber eigene Zwecke verfolgen und nie nur Mittel sein darf, die Anerkennung der Autonomie und Gleichwertigkeit des Anderen steckt. Allerdings empfinde ich eine Anerkennung des Anderen allein auf der utilitaristischen Grundlage, dass ich ihn benötige, um meine eigenen Zwecke verfolgen zu können, nicht als hinreichende Begründung für die Respektierung seiner Person, Andersartigkeit oder Gleichwertigkeit. Gerade darin steckt eine Subjektivierung des Anderen, da er primär als notwendiges Übel nicht aber als legitimer Anderer wahrgenommen wird.

²¹⁴ Forst 1994, S. 32ff., 64ff.

²¹⁵ Das Motiv der Würde, das für die Menschenrechte konstitutiv ist, entstammt dem Judentum, findet sich aber auch in Lehren der stoischen Schule wie bspw. bei Seneca, Epiktet, Marc Aurel. Dazu Bielefeldt 2007, S. 177.

²¹⁶ Eine säkulare naturrechtliche Begründung der Menschenrechte, welche diese allerdings als moralische Rechte versteht, findet sich bei John Finnis.

²¹⁷ Hinkmann, Jens (2002): Ethik der Menschenrechte. Eine Studie zur philosophischen Begründung von Menschenrechten als universellen Normen. Marburg: Tectum Verlag. S. 71f.; polemisch dazu Meinhof bezieht sich weniger auf die Menschen- denn auf die im deutschen Grundgesetz verankerten Bürgerrechte und die Debatte um die Remilitarisierung und atomare Aufrüstung Deutschlands. Sie fürchtet eine erneute systemische Totalisierung und den Verlust der Primate Frieden und Freiheit durch die Aufweichung des Grundgesetzes mittels der Notstandsgesetze, welche ihrer Auffassung nach einem Angriff auf die Menschenwürde gleichkommen. Meinhof, Ulrike Maria (2004a): Die Würde des Menschen. In: U.M. Meinhof: *Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken*. Berlin: Wagenbachs Taschenbuch. S. 27-30.

²¹⁸ Diese Kritik lässt sich sowohl auf die Vertragstheorie als auch das Naturrecht anwenden. Sie lautet dann: Menschen, die unfähig sind, einem Vertrag zuzustimmen, besitzen keine nennenswerte moralische Relevanz. Ihre Interessen und Bedürfnisse können potentiell vernachlässigt werden. Menschen, die nicht über die für das Naturrecht relevanten Eigenschaften oder Fähigkeiten verfügen, sind keine Träger von Menschenwürde und damit als Rechtssubjekte irrelevant.

für das Innehaben von Menschenwürde gelten zu können im Gegensatz zu anderen relevanten Fähigkeiten oder Eigenschaften? Liegt der Auswahl der Eigenschaft oder Fähigkeit nicht bereits eine (kulturvariante) Wertung zugrunde, die auf ihre Universalisierbarkeit hin hinterfragt werden muss? Inwiefern verfügen Menschen über Würde, die diesen Fähigkeiten nicht entsprechen bzw. über diese Eigenschaften nicht verfügen? Das Konzept der Menschenwürde und damit die Begründung der Menschenrechte an Eigenschaften oder Fähigkeiten festzumachen, wirft die Frage auf, ob Würde als feste Größe verstanden werden kann oder ob sie ein Wert ist, den man erwerben und damit auch wieder verlieren kann. Dann wären die Menschenrechte kein unveräußerliches Gut, sondern lediglich eine äußerliche Zuschreibung je nach Qualifikationsniveau.²¹⁹

Universalität versus territoriale Begrenzung

Kritisiert wird an dem Verständnis der Menschenrechte als juridische Rechte, dass das Einklagen von bestimmten Rechten zunächst ein Privileg von Personen ist, die in einem Nationalstaat leben und dort ihre Menschen-, Grund- und/oder Bürgerrechte einfordern. Da ein charakteristisches Merkmal eines Nationalstaats seine Territorialität ist und er sich durch Inklusion und Exklusion (von Territorium, Raum, Individuen, Partizipationsmöglichkeiten, Rechten) auszeichnet, ist die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte demnach auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Gemeinwesen angewiesen. Das widerspräche allerdings ihrer proklamierten Universalität, Unbedingtheit und Unentziehbarkeit. Es bestünde die Notwendigkeit der Begründung einer Beschränkung der Menschenrechte auf die eigene Bevölkerung bzw. Personen, die sich im Hoheitsgebiet aufhalten. Wenn das Menschenrecht auf angemessene Ernährung für alle Menschen Gültigkeit besitzen soll, in Staat A jedoch Wohlstand und in Staat B bittere Armut herrschen, wie kann das Recht der Bewohner von Staat A zur bevorzugten Behandlung im Bezug auf ausreichende Nahrungsmittel gegenüber den Bewohnern von Staat B begründet werden?²²⁰

Eine juridische Begründung der Menschenrechte versteht die Verpflichtungsebene als zwischen Staaten und Individuen angesiedelt. Dabei gilt der Staat als Adressat der Pflicht und der Bürger als Adressat des Rechtsanspruchs. Eine Begründung für Verpflichtungen zwischen Individuen oder auch zwischen Staaten kann nur schwer geleistet werden. Zwischenstaatlich lässt sich hierbei auf das Völkerrecht rekurrieren, welches ein gewisses Maß an gegenseitiger Verpflichtung schafft, allerdings besteht diese lediglich zwischen den Vertragsstaaten, welche gewissermaßen auch als Autoren der Menschenrechte angesehen werden können. Nichtunterzeichner sind nicht an die Regelungen gebunden. Zwischen Individuen bestehen nur

²¹⁹ Menke/Pollmann 2007, S. 132-147.

²²⁰ Menke/Pollmann 2007, S. 27f.

indirekte Verpflichtungen über die Achtung von Grund- und Bürgerrechten bzw. mit Rekurs auf die Menschenwürde wie im Naturrecht. Die kontraktualistische Theorie bedient sich einer utilitaristischen Argumentation, die keine Letztbegründung leisten kann. Im Gegensatz dazu bietet das Naturrecht diverse Ansätze potentieller Letztbegründungen, bleibt jedoch den Nachweis der ultimativen Letztbegründung schuldig.

2.2 Diskussion moralischer Menschenrechtsbegründungen

Die moralische Begründung beschreibt ein reziprokes Anerkennungsverhältnis zwischen Menschen, bei dem die Ansprüche eines jeden Menschen an einen jeden Anderen deshalb bedeutsam sind, weil es sich eben um die Ansprüche eines Menschen, eines Mitglieds der menschlichen Gemeinschaft handelt. Die Moral²²¹ beschreibt diesbezüglich die Art und Weise, wie alle Mitglieder der menschlichen Gemeinschaft miteinander umgehen sollten. Sie ist ein Regulativ, in dem sich das Recht eines jeden Menschen, in seiner Andersartigkeit als gleichwertig anerkannt zu werden ebenso ausdrückt, wie die Pflicht zur Anerkennung jedes Anderen durch einen jeden Anderen als gleichwertigen Anderen der eigene Ziele und Zwecke verfolgt. Das Verhältnis moralischer gegenseitiger Achtung besteht zwischen allen Menschen unabhängig von ihren sonstigen (politischen, ökonomischen, sozialen) Verbindungen zueinander.²²²

In diesen Gedanken spiegelt sich die naturrechtliche bzw. vernunftrechtliche Begründung gegenseitiger Anerkennungsverhältnisse wider, ohne allerdings auf die ‚Natur‘ zu rekurrieren. Freilich kann diesen Ausführungen nur zustimmen, wer sie sowie bereits verinnerlicht hat.²²³ Was fehlt, ist eine Letztbegründung dafür, warum alle Menschen als

²²¹ Der aus dem griechischen stammende Begriff ‚ethos‘, der Charaktereigenschaft, Sittlichkeit, aber auch Brauch bedeuten kann, findet seinen Widerhall in den lateinischen Worten ‚mores‘ (Sitte, Brauch) und ‚moralis‘ (die Bräuche betreffend). Umgangssprachlich werden beide Termini oftmals synonym verwandt und in Assoziation mit grundlegenden Fragen des Lebens (Wie sollen wir leben? Worauf unser Leben ausrichten? Welche Werte und Ziele zugrunde legen?) verwendet. Inhaltlich wird zwischen Eudämonistischer Ethik und Moralphilosophie unterschieden. Grundlegende Differenzen bestehen insofern, als die Ethik Fragen nach der individuellen Lebensgestaltung aufwirft, sich die Moral eher mit der Etablierung gemeinschaftlicher Normen und der Gestaltung der Gesellschaften befasst. Zu den Unterschieden zwischen Ethik und Moral siehe Merker, Barbara/ Mohr, Georg (1999): Philosophie IV: Ethik/Moralphilosophie/Moral. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 1059-1070. Siehe Forst 1994.

²²² Honneth und Forst sind bspw. Anerkennungsbefürworter. Forst 1994. Fraser, Nancy/ Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/ Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr. 1460. Honneth, Axel (2003): Kampf um Anerkennung: zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. Zur Legitimation moralischer Rechte siehe Menke/Pollmann 2007, S. 27f.

²²³ Ähnlich verhält es sich mit einer religiösen Begründung des Menschenwürdebegriffs, die den Menschen als ‚imago dei‘ versteht. Allerdings verfügt sie mit Rekurs auf Gott über eine Letztbegründung, die eine moralische Begründung der Menschenrechte nicht zufriedenstellend lösen kann. Siehe Bayertz, Kurt (1999): Menschenwürde. In: H.J. Sandkühler(Hg.): *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 825.

gleichwertig zu betrachten sind, da es sich bei den obigen Ausführungen lediglich um eine proklamierte, normative Gleichwertigkeit handelt. Es könnte beispielsweise im Sinne der Moralphilosophie gefragt werden, was den Menschen von anderen (bspw. tierischen) Spezies unterscheidet, weshalb seine Existenz stärkere Beachtung und moralische Berücksichtigung verdient als die nichtmenschlicher Lebewesen.²²⁴ Weiterhin könnte ein Anspruch auf die moralische Berücksichtigung aller Existenzformen gestellt werden und die Umdeutung von Menschenrechten in Existenzformenrechte erfolgen.²²⁵ Die entscheidende Frage ist demnach die nach der Letztbegründung der moralischen Relevanz eines jeden Menschen und seiner Anerkennung als gleichwertigem Anderen.

Kritiker der Bestimmung der Menschenrechte als moralische führen ins Feld, dass die Adressaten der menschenrechtlichen Verpflichtungen Staaten sind. Im Gegensatz dazu sind die Adressaten moralischer Rechte und Pflichten Individuen, weshalb die Menschenrechte nicht als solche aufgefasst werden können. Dieser Einwand ist zunächst zutreffend. Der Gewaltakt eines Menschen, der die physische Integrität eines Anderen verletzt, wird nicht als Menschenrechtsverletzung²²⁶ verstanden, solange er nicht auf strukturelle Ursachen (anhaltende Vernachlässigung der Schutzpflicht des Staates gegenüber einer ethnischen Minderheit) zurückgeführt werden kann. Erst wenn ein struktureller Zusammenhang zwischen der einzelnen Tat und der öffentlichen Ordnung hergestellt ist, kann von einem Verstoß gegen das Menschenrecht gesprochen werden. Dieses Menschenrecht kann dann sowohl juristisch als auch moralisch verletzt worden sein.²²⁷ Freilich wurden die Rechte der betroffenen Person, auch wenn keine Menschenrechtsverletzung konstatiert werden kann, verletzt: nämlich entweder im juristischen Sinne, hinsichtlich der nationalen Legislation, welche Körperverletzung unter Strafe stellt, oder im moralischen Sinn mit Bezug auf die reziproken Verpflichtungsverhältnisse der Menschen.²²⁸

Eine weitere Begründung besagt, dass die Verhältnisse zwischen den Menschen moralische sind und die Einrichtung öffentlicher Institutionen und Strukturen auf dieser Moral basiert. Da die öffentliche Ordnung demgemäß selbst eine moralische ist, weil sie sich aus der

²²⁴ Wie naheliegend der beschriebene Gedankengang ist, lässt sich bereits an der Überschneidung der Autoren ablesen, welche sich sowohl zu Tierethik als auch Moralphilosophie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten geäußert haben, wie Peter Singer, Jürgen Habermas, William K. Frankena oder Ernst Tugendhat. Siehe Krebs 1997, Merker/Mohr 1999, S. 1067f., Menke/Pollmann 2007, S. 140f.

²²⁵ Die Naturethik umfasst diverse Ansätze, die sich durch die Auswahl eines Teilaspekts der Natur sowie die Begründung des jeweiligen intrinsischen Werts unterscheiden. Grundlegend differieren anthropo- und physiozentrische Ethiken, wobei ersteren der Natur lediglich ein instrumenteller Wert und dem Menschen als einziger Instanz moralische Relevanz zuerkannt wird.

²²⁶ Zum Beispiel als Verletzung des Menschenrechts auf höchstmögliche körperliche und geistige Gesundheit (Art. 12 des UN-Sozialpakts) oder Verletzung des Verbots von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Art. 7 des UN-Zivilpakts).

²²⁷ Menke/Pollmann 2007, S. 31.

²²⁸ Menke/Pollmann 2007, S. 29.

wechselseitigen Anerkennung der Menschen als Gleiche generiert und die Menschenrechte Produkt dieser öffentlichen Ordnung und ihrer Menschen sind, kann ihre Herkunft selbst nur als aus der Moral herrührend verstanden, sie demnach als moralische Rechte interpretiert werden.²²⁹

Allerdings kann man sich fragen, ob es nicht auch andere als menschliche wechselseitige moralische Anerkennungsverhältnisse geben kann und wie man diese begründen könnte. Es ist denkbar, dass Regierungen, in Gestalt von Politikern, oder Konzerne, in Gestalt von Entscheidungsträgern, moralische Akteure sein könnten oder sollten bzw. moralische Pflichten innehaben. Pogge argumentiert, Menschenrechte verleihen Personen moralische Ansprüche auf Schutzhandlungen durch ihre Regierung. Der Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er seine Staatsangehörigen zu Subjekten seiner Herrschaft macht. Indem er die Staatsbürger seiner Autorität unterstellt bzw. die Bürger einen Teil ihrer Autonomie an den Staat abtreten, ergeben sich daraus Ansprüche der Bürger an ihren Staat. Ebenso sollte mit Individuen und anderen Institutionen verfahren werden: Jeder, der Andere zum Subjekt seiner Herrschaft macht und damit seiner institutionellen Ordnung unterstellt, ist diesen Anderen und deren Wohlbefinden gegenüber moralisch verpflichtet.²³⁰ Allerdings verwehrt sich Pogge dagegen, dass eine Pflicht des Individuums zur aktiven Hilfeleistung durch die Menschenrechte besteht, selbst wenn das betreffende Individuum die Fähigkeit zur Hilfe besitzt. Das Einzelwesen ist qua Menschenrechten lediglich zu einer Unterlassung von Menschenrechtsverletzungen oder Tätigkeiten, die dazu führen, verpflichtet.²³¹

Eine ähnliche Begründung findet sich bei Kreide, die allerdings betont, dass die Verpflichtung aus dem durch die institutionelle Ordnung erwachsenden Leid resultiert. Wenn ein Akteur eine Handlung vollzieht, hat er Anteil an der Aufrechterhaltung der institutionellen Ordnung innerhalb der er und nach dessen Regeln er agiert. Ist diese so ausgestaltet, dass sie unter anderem Armut und Hunger (Leiden) hervorbringt, ist er für die davon betroffenen Menschen moralisch verantwortlich.²³² Auch wenn seine Handlungen nicht direkt auf die

²²⁹ Diskursethiker wie Habermas würden hier einwenden, dass einer Universal-moral aus der sich Menschenrechte ableiten lassen potentiell ein totalitäres, paternalistisches Moment innewohnt, insofern die Menschenrechte nur als Positivierung moralimmanenter Normen verstanden würden und nicht in einem demokratischen Diskurs erarbeitet würden, sondern diesem vorgelagert wären. Habermas 1992. Habermas, Jürgen (1996a): Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie. In: J. Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt: Suhrkamp. S. 293-305. Habermas, Jürgen (1999): Zur Legitimation durch Menschenrechte. In: H. Brunkhorst (Hg.) & P. Niesen (Hg.): *Das Recht der Republik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 386-403.

²³⁰ In schwacher Form ist in Pogges' Ansatz Kants' Forderung, den Menschen nie nur als Mittel, sondern immer auch als eigenen Zweck zu begreifen, enthalten. Pogge 2007a, S. 23f.

²³¹ Pogge 2007a, S. 18ff.

²³² Chauvier betont an dieser Stelle, dass die Frage nach der moralischen Wertschätzung der von Hunger betroffenen Personen über die Veränderung oder Beibehaltung bestehender negativer, in Armut resultierender, Folgekosten produzierender Strukturen und Institutionen entscheidet. Wenn ein Mensch

Schaffung von Hunger und Armut ausgerichtet sind, sind sie doch Resultat seiner Taten. Sicherlich kann eingewendet werden, dass Armut und Hunger strukturelle Ursachen haben und für gewöhnlich nicht auf einen einzelnen Akteur zurückgeführt werden können. Das spricht aber nicht gegen die Tatsache, dass der Akteur sich trotz allem an der Fortschreibung des diskriminierenden und menschenverachtenden Systems beteiligt. Nicht er allein kann verantwortlich gemacht werden für die desaströsen Zustände, welche sein Handeln hervorruft, sondern alle, die von den etablierten Strukturen profitieren. Manche Autoren gehen soweit, damit alle in wohlhabenden Staaten lebenden Menschen zu assoziieren.²³³

Aus der Verletzung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung ergeben sich für die Profiteure des Systems Pflichten gegenüber den Systemverlierern. Diese werden in der wissenschaftlichen Literatur sehr unterschiedlich aufgefasst. Pogge und Chauvier verstehen diese primär als negative Pflichten, die zur Unterlassung der Beteiligung an ungerechten Verhältnissen führen. Damit stehen sie argumentativ in der Tradition einer negativen utilitaristischen Ethik, welche auf die Vermeidung oder Beschränkung schlechter Konsequenzen von Handlungen dringt.²³⁴ Für Chauvier gibt es keine plausible Begründung für positive Pflichten, was in der Postulierung eines Rechts auf Nicht-Armut gipfelt.²³⁵

„The discussion of omissions suggests that a very important source of positive obligations with regard to severe poverty in the modern world is our negative duty not to participate in the imposition of social institutions under which some avoidably lack secure access to the objects of their economic human rights.“²³⁶

Die amerikanische Agrarlobby, repräsentiert durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, müsste, um das Menschenrecht auf angemessene Ernährung in Land X nicht zu verletzen, darauf verzichten, über IWF, Weltbank und WTO (und viele weitere Instrumente) politischen Druck auf das Importland auszuüben, um den Export von amerikanischem Getreide und Mais nach X zu erleichtern, welcher die Preise für xsche Lebensmittel stark verringert und die lokale landwirtschaftliche Produktion in Land X zerstört sowie zu Hunger und Unterernährung geführt hat.

Kreide geht davon aus, dass es zwar Beziehungen mit hohem Verpflichtungsgrad (Familie, Verwandtschaft, Partnerschaft) gibt, die ein Individuum bei der Befriedigung basaler Bedürfnisse²³⁷ unterstützen, diese aber nicht in jedem Fall die geeignetste notwendige Hilfe

als moralisch relevant betrachtet wird, erlegt dies dem Externalitätenproduzent die moralische Pflicht zur Veränderung auf. Chauvier 2007, S. 313,

²³³ Kreide 2007, S. 173ff.

²³⁴ Merker/Mohr 1999, S. 1064.

²³⁵ Pogge 2007a, S. 18ff., Chauvier 2007, S. 314-320.

²³⁶ Pogge 2007a, S. 25.

²³⁷ Zur Bedeutung basaler Bedürfnisse, deren Bestimmung und Befriedigung siehe Kreide 2007, S. 165f.

bieten können.²³⁸ Sie betont mit dem Konzept der basalen Bedürfnisse sowie dem Anspruch auf die Mittel zu ihrer Erlangung, dass auch positive Ansprüche erhoben werden können. Fällt der primäre Pflichtenadressat aus, muss ein substitutioneller einspringen.²³⁹

2.3 Diskussion politischer Menschenrechtsbegründungen

Menschenrechte können als politische Kategorie, als normatives Konzept verstanden werden. Relevant für die Diskussion der Menschenrechte sowie für Grund- und Bürgerrechte ist die Frage nach ihrem Entstehungsprozess und den Autoren, also die Frage der Legitimität von Rechten. Dazu eignet sich ein Blick auf die Begründung von politischen und Rechtssystemen in demokratisch verfassten Staaten. Dort gilt als Grundlage des Rechts die Anerkennung des Anderen als gleichwertigem Anderen in seiner spezifischen Andersartigkeit. Das politische wie das Rechtssystem sind Ausdruck des Willens und der Andersartigkeiten seiner Autoren, nämlich aller Bürger des entsprechenden Staates.²⁴⁰

Jürgen Habermas und John Rawls können als prozedurale, demnach politische Gerechtigkeitstheoretiker verstanden werden. Durch das Medium der Sprache kommt es zur Verständigung auf gemeinsame, gesellschaftlich akzeptierte Regeln und Normen. Dabei wird das Verfahren selbst, der Diskurs²⁴¹, ebenso wie die vorausgesetzte, der Sprache immanente Rationalität, als weitgehend neutral (kulturinvariant) verstanden.²⁴² Habermas versteht das Völkerrecht als souveränen Ausdruck des Volkes.²⁴³ Die Anerkennung eines anderen Staates erfolgt allein aufgrund der Tatsache, dass seine etablierten Institutionen und Strukturen aus dem Volkswillen generiert wurden. Politisch begründete Menschenrechte sind Ausdruck der Selbstregierung und -verpflichtung der politischen Gemeinschaft auf diese Rechte und nur dadurch legitim und verbindlich.²⁴⁴ Sie stellen die Ansprüche jedes Menschen an die öffentliche Ordnung bzw. die für die öffentliche Ordnung Verantwortlichen dar. Wenn die

²³⁸ Kreide 2007, S. 170.

²³⁹ Kreide führt transnationale Unternehmen als potentielle Pflichtenadressaten an. Diese sollten wie moralische und juristische Personen behandelt werden und aufgrund ihrer Befähigung zur Wiedergutmachung darauf verpflichtet werden können, auch wenn sie eine Situation nicht verschuldet haben. Siehe Kreide 2007, S. 180f., S. 176., zu Verantwortung aus Leiden siehe Kreide 2007, S. 173ff.

²⁴⁰ Menke/Pollmann 2007. Gosepath, Stefan (1998a): Zur Begründung sozialer Menschenrechte. In: S. Gosepath (Hg.) & G. Lohmann (Hg.): *Philosophie der Menschenrechte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 146-187.

²⁴¹ Diskursrelevante Fragen sind die nach dem Ausschluss von Personen aus dem Diskurs, wenn besagte Individuen aufgrund von Alter, Krankheit, Behinderung oder Nationalität (individueller physischer, psychischer oder formaler Disposition) unfähig sind, am Diskurs teilzuhaben. Weiter bleibt zu fragen, ob sich ein ergebnisoffener Diskurs mit den im Diskurs zu erarbeitenden Menschenrechten vereinbaren lässt oder ob die Menschenrechte ein implizit im Diskurs vorab festgelegtes Ziel darstellen? Wenn der Diskurs tatsächlich ergebnisoffen ausgestaltet wäre, bestünde die Option, dass dieser als Ergebnis auch ‚keine Menschenrechte‘ hervorbringen könnte. Hinkmann 2002, S. 84.

²⁴² Hinkmann 2002, S. 80.

²⁴³ Damit wendet er sich gegen klassischere Deutung wie die von Carl Schmitt oder Hugo Grotius.

²⁴⁴ Menke/Pollmann 2007, S. 32f., Habermas 1996a, S. 293-305.

Politik (die Staatsbürger) sich selbst der Idee der Menschenrechte verpflichtet (ihr eigener Autor ist), gilt sie auch als Adressat der aus den Menschenrechten resultierenden Verpflichtungen.²⁴⁵

Die aus der Politik generierten Menschenrechte sind nicht moralisch begründet, da die von außen an die Politik herangetragene Moral dem politischen Prozess nicht zwangsläufig immanent ist und somit ein Legitimitätsdefizit aufweisen würde.²⁴⁶ Diffizil wird die Legitimation der Menschenrechte, wenn sie nicht als Ausdruck von Volkswillen verstanden werden können, sprich: wenn die Individuen die Erschaffung eines transnationalen Rechtskanons nicht befürworten (bzw. diese ablehnen oder modifizieren) können und von seiner Entstehung ausgeschlossen sind. Sie können der Verfügung über sich selbst dann nicht zustimmen, wie dies auf Ebene der Nationalstaaten bspw. qua Wahlen oder politischer Beteiligung möglich wäre. Daher könnte die Rechtmäßigkeit der Menschenrechte hinterfragt werden.

„Menschenrechte mögen moralisch noch so gut begründet werden können; sie dürfen aber einem Souverän nicht gleichsam paternalistisch übergestülpt werden. Die Idee der rechtlichen Autonomie der Bürger verlangt ja, daß sich die Adressaten des Rechts zugleich als dessen Autoren verstehen können. Dieser Idee widerspräche es, wenn der demokratische Verfassungsgesetzgeber die Menschenrechte als so etwas wie moralische Tatsachen schon vorfinden würde, um sie nur noch zu positivieren.“²⁴⁷

Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung in Land X könnte in Frage gestellt werden, aufgrund der Annahme eines legitimatorischen Defizits. Da die Menschen in dieser Scheindemokratie dem Menschenrecht auf Nahrung nicht zustimmen bzw. es ablehnen konnten, geht die Regierung davon aus, dass die Etablierung des Rechts durch die internationale Ordnung illegitim ist und die Einwohner weder Interesse an, noch Anspruch auf ein entsprechendes Recht haben. Sicherlich kann man einwenden, dass die Regierung einer autoritär regierten Scheindemokratie kein allzu großes Interesse an der politischen Partizipation seiner Bevölkerung hat. Gleichwohl kann sie der Bevölkerung erläutern, dass die rechtliche Verfügung des Rechts auf angemessene Ernährung ein illegitimer Eingriff in die staatliche Souveränität und damit die Souveränität des Volkes ist.

Hierbei stellt sich folgendes Problem: Wenn Menschenrechte eine Form der Selbstregierung des Volkes darstellen und Teilhabe an Institutionen sowie Partizipationsmöglichkeiten im Allgemeinen für die Legitimität der Menschenrechte grundlegend sind, stellt sich die Frage, inwiefern die Menschenrechte dann auch für nicht

²⁴⁵ Menke/Pollmann 2007, S. 32ff., 35f.

²⁴⁶ Es ist aber auch möglich, die Moral als den politischen Strukturen immanent zu verstehen.

²⁴⁷ Habermas 1996a, S. 301.

Partizipationsfähige wie geistig Behinderte, Nichtbürger oder Staatenlose, die sich auf dem relevanten staatlichen Hoheitsgebiet aufhalten, gelten können und dürfen.²⁴⁸

Wenn in Land X alle Staatsbürger mit ausreichend Nahrungsmitteln versorgt werden, die Regierung des besagten Landes also Sorge für die Einhaltung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung bezüglich seiner Landsleute trägt, verstieße dann die Nichtversorgung von Nichtbürgern, welche sich auf dem Hoheitsgebiet von Land X befinden, und die in Behinderung oder Tod der betreffenden Menschen resultiert, gegen deren Menschenrechte? Kann es als Menschenrechtsverletzung gelten, wenn ausländische Flüchtlinge in Land X verhungern, weil ihnen der Zugang zu Nahrungsmitteln verwehrt wird? Hat die Regierung von Land X keine Verpflichtung gegenüber Nichtstaatsbürgern bzw. wäre die Verfügung über Nichtbürger bzgl. menschenrechtlicher Standards (von deren Zustimmung oder Ablehnung die Nichtbürger ausgeschlossen waren) legitim?

Rawls betont, dass das Völkerrecht nicht nur eine wechselseitige Anerkennung staatlicher Souveränität gebietet, sondern eine Respektierungspflicht der Menschenrechte beinhaltet. Es beschreibt somit auch das Verhältnis zwischen Staat und Individuum und inkludiert alle Personen, die sich in einem definierten geographischen Raum (Hoheitsgebiet) aufhalten.²⁴⁹ Menschenrechte sind für Rawls primär auf das Völkerrecht übertragene Grundrechte. Wenn sich ein Staat auf sie verpflichtet, dann bestätigt er, was er in nationalem Rahmen bereits rechtlich positiviert hat. Die Grundrechte leiten sich unter anderem aus den von Rawls entwickelten Prinzipien der Gleichheit und der Differenz²⁵⁰ ab, die unter dem ‚Schleier des Nichtwissens‘²⁵¹ als rationale Prinzipien eruiert wurden.²⁵² Im ‚Recht der

²⁴⁸ Fragen zum Status von Rechtlosen, Vogelfreien, Paria, Papierlosen diskutiert auch Giorgio Agamben. Er betont zu recht das repressive Moment, welches sich im totalitären Zugriff auf das Individuum durch (auch demokratisch legitimierte) Staatsformen äußert und hinterfragt die Legitimität von Vergesellschaftungsprozessen. Agamben, Giorgio (2007): *Homo sacer: die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.; Lemke, Thomas (2007): *Biopolitik zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.

²⁴⁹ Rawls, John/ Hirsch, Wilfried (Hg.)/Wingert, Lutz (Hg.)(2002): *Das Recht der Völker*. Berlin/ New York: Walter de Gruyter.; Menke/Pollmann 2007, S. 33ff.

²⁵⁰ Das erste Prinzip garantiert allen im Urzustand Repräsentierten die gleichen Rechte auf das umfangreichste System an Grundfreiheiten, welches mit dem System aller Anderen vereinbar ist. Das zweite Prinzip (Differenzprinzip) besagt, dass soziale und ökonomische Ungleichheiten nur dann gerechtfertigt sind, wenn besagte Differenzen den sozial Schwächsten zum größten Vorteil gereichen. Unterschiede müssen (a) zu jedermanns Vorteil sein und es muss (b) Chancengleichheit zwischen Personen mit ähnlichen Fähigkeiten herrschen, Ämter und andere Positionen erlangen zu können. Die Theorie der Gerechtigkeit wird zu Theorie der Fairness. Rawls, John/Höffe, Otfried (Hg.)(1977): *Gerechtigkeit als Fairneß*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber. S. 34-124. Höffe, Otfried (1977): *Rawls Theorie der politisch-sozialen Gerechtigkeit*. In: J. Rawls & O. Höffe (Hg.): *Gerechtigkeit als Fairness*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber. S. 16-33.

²⁵¹ Der (erste) ‚Schleier des Nichtwissens‘ ist ein idealtypisches Konstrukt, das es Rawls ermöglichen soll, neutrale, grundlegende Prinzipien zur Schaffung gerechter Institutionen und somit einer gerechten Gesellschaft (in einem Nationalstaat) zu erstellen. Durch das Abstrahieren von Kenntnissen über das eigene Leben und die soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische, rechtliche Stellung aber mit

Völker²⁵³ dehnt Rawls den Urzustand auf liberale Völker (in Abgrenzung zu souveränen Staaten) aus.²⁵⁴ Wurden Individuen zuvor durch Parteien repräsentiert, gilt dies nun für Völker. Der zweite ‚Schleier des Nichtwissens‘²⁵⁵ soll auf globaler Ebene Unparteilichkeit, Demokratie und Rationalität gewährleisten.

„Wenn alle Staaten sich gegenseitig als freie und gleiche anerkennen, dann verpflichten sie sich nicht nur wechselseitig darauf, ihre Souveränität nach außen zu respektieren; sie verpflichten sich wechselseitig auch dazu, jeweils nach innen ihre Souveränität zu begrenzen und die Menschenrechte zu respektieren.“²⁵⁶

Das impliziert eine Versorgung von Nichtstaatsbürgern mit Nahrungsmitteln, allerdings bleibt die Grundlage, auf der die Hilfe geleistet wird, offen. Handelt es sich um eine staatliche Verpflichtung oder lediglich um einen Akt der Barmherzigkeit? Rawls negiert, dass zwischenstaatliche Verpflichtungen zu Transferleistungen (positive Staatenpflichten) bestehen. Wohl sollen Staaten Unterstützung leisten, beim Wandel hin zu demokratisch verfassten Systemen, auch können nichtliberale oder hierarchische Völker bedingt toleriert werden, aber da nicht jede Ungleichheit auch ungerecht sei, bestehe kein grundlegender Anlass zur

dem Wissen über allgemeine gesellschaftliche Tatsachen, Grundlagen der Ökonomie, Politik und Psychologie ausgerüstet, sollen die formal gleichgestellten Personen sich im Urzustand über die Grundlagen einer fairen Gesellschaftsordnung verständigen. Problematisch ist an dieser Stelle bereits die Annahme, es gäbe universalisierbares Wissen über die besagten Bereiche. Rawls scheint nicht davon auszugehen, dass es in unterschiedlichen Gesellschaften konkurrierende soziale, politische, ökonomische und rechtliche Systeme und Modelle geben kann, welche gleichfalls sozial gerechte Institutionen bei größtmöglicher individueller Freiheit etablieren können. Nowell-Smith, P.H. (1977): Eine Theorie der Gerechtigkeit? In: O. Höffe, J. Habermas, D. Henrich, N. Luhmann & J. Taubes: *Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag. S. 77-107. Rawls/Höffe 1977. Rawls, John (1993): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 7.Aufl.

²⁵² Rawls' Grundfrage lautet: Unter welchen Umständen kann eine Gesellschaft als gerecht bezeichnet werden? Er wendet sich von moralischen Begründungen und Vorstellungen, wie bspw. Konzeptionen des ‚guten Lebens‘ ab, da er sie als zu subjektiv und ihre Verallgemeinerung als amoralischen Übergriff begreift. Allerdings ist die Forderung nach Gerechtigkeit bereits selbst eine immanent moralische. Wie kann Rawls also behaupten, seine Theorie sei wertneutral? Die gleiche Frage stellt sich auch für die Betonung des Primats der Freiheit vor dem der Gleichheit und der Voraussetzung, die Personen im Urzustand seien rational Handelnde. Weshalb können sie nur rational sein und nicht bspw. empfindsam/moralisch? Können die im Urzustand getroffenen Entscheidungen auch andere als rationale bzw. gerechte sein z.B. ungerechte oder pragmatische? Dazu Stefansen, Niels Christian (1996): Der moderne amerikanische Liberalismus. In: A. Hügli (Hg.) & P. Lübcke (Hg.): *Philosophie im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstheorie und Analytische Philosophie. Band 2*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 363

²⁵³ Rawls et al. 2002.

²⁵⁴ Rawls ist der Auffassung, souveräne Staaten und Völker können konkurrierende Interessen verfolgen. Vor allem wenn Staaten über eine ausgeprägte Souveränität ihrem eigenen Volk gegenüber verfügen, kann der Staat eigene Interessen entwickeln (wie Machterhalt oder Ausbau von Befugnissen). Rawls et al. 2002, S. 35ff.

²⁵⁵ Der zweite ‚Schleier‘ bezieht sich auf die Unkenntnis bezüglich Geographie und Größe der jeweiligen Länder, Demographie sowie den Vorkommen nationaler, natürlicher und ökonomischer Ressourcen. Rawls et al. 2002, S. 33ff.

²⁵⁶ Menke/Pollmann 2007, S. 35.

Nivellierung von Differenzen.²⁵⁷ Das klingt fast zynisch und lässt einen großen Spielraum für das Differenzprinzip.²⁵⁸

„Sobald die Unterstützungspflicht erfüllt wurde und alle Völker eine arbeitsfähige liberale oder achtbare Regierung haben, gibt es keinen Grund, den Abstand zwischen dem durchschnittlichen Wohlstand verschiedener Völker zu verringern.“²⁵⁹

Man kann dennoch fragen, inwiefern dem Universalitätspostulat genüge getan wird, wenn die Menschenrechte als politisches Konzept aufgefasst werden, welches auf ein bestimmtes Territorium oder definierte Regierungsformen beschränkt bleiben. Wenn Menschenrechte nur auf Ebene der Nationalstaaten legitimiert werden und somit gelten können, sind sie nicht universell sondern exklusiv.²⁶⁰ Lässt sich diese Exklusivität durch Verweis auf die Machbarkeit rechtfertigen? Rawls' methodische Trennung ist unscharf, wenn er auf der einen Seite den idealtypischen ‚Schleier des Nichtwissens‘ propagiert, aus dem er gesellschaftliche Prinzipien eruiert und andererseits die Reichweite der Prinzipien aus praktischen Gründen auf ein Kerngebiet beschränkt.²⁶¹ Einerseits besteht ein legitimatorisches Defizit, wenn Rechte universell postuliert werden und die davon Betroffenen keinerlei Einfluss darauf nehmen können. Dem kann die aus der Politik selbst generierte Verpflichtung auf und Begründung der Menschenrechte abhelfen. Territorialität (Inklusion, Exklusion) kann die Akzeptanz der Menschenrechte in den verschiedenen Nationen erhöhen, da sie Spielräume für kulturvariante Deutungen enthält.

Andrerseits könnte man kritisieren, dass die Orientierung an Territorialität willkürlich und die Grenzziehung historisch ist. Durch die Akzeptanz der Grenzziehung und die Beschränkung der Wirkungsmacht der Menschenrechte auf das eigene Territorium werden die Menschen nicht länger als gleichwertig behandelt, sondern indirekt in relevante (schutz-/unterstützungswürdige) und irrelevante (schutzunwürdige) Subjekte aufgeteilt. Egalität ist nur zwischen Staatsbürgern des gleichen Staates (Habermas) oder Staaten mit ähnlichen politischen Systemen qua Verständigung über das Völkerrecht (Rawls) gegeben. Der Umstand der Verständigung auf gesellschaftlich akzeptiertes Recht ist allein aber keine hinreichende Begründung für die Gleichwertigkeit aller Menschen und für die Gewährung dieser Rechte. Zudem muten die Menschenrechte derart verstanden eher wie ein Verdienst denn wie ein (unveräußerlicher) Anspruch an.²⁶²

²⁵⁷ Rawls et al. 2002, S. 141-150.

²⁵⁸ Rawls lässt abstruse Verteilungsvorgänge zu und könnte sie sogar noch als gerecht bezeichnen, wenn nur später alle mehr als vorher haben. Dazu Stefansen 1996, S. 374.

²⁵⁹ Rawls et al. 2002, S. 142.

²⁶⁰ Habermas selbst hat darauf hingewiesen. Habermas 1999, S. 386-403.

²⁶¹ Kreide 2007, S. 159f., Mieth 2004, S. 30ff.

²⁶² Rawls et al. 2002, S. 96ff., Menke/Pollmann 2007, S. 39f.

Gerade Armut ist ein multifaktorielles Problem, welches nicht auf einen Akteur oder eine Handlung zurückgeführt werden kann. Wenn Rawls demnach Verpflichtungsebenen nur zwischen Menschen innerhalb eines definierten Territoriums portraitiert, verkennt er die globale Dimension von Armut. Staaten sind keine selbstgenügsamen, autarken Systeme, sondern interagieren auf den unterschiedlichsten Ebenen mit ihrer (politischen) Umgebung. Inwiefern lässt sich eine Einschränkung der Verantwortlichkeit auf das staatliche Territorium oder eine Regierungsform also rechtfertigen, wenn staatliche Handlungen über das eigene Hoheitsgebiet hinaus wirken? Sich bei der Errichtung gerechter Institutionen territorial zu begrenzen, scheint demnach zu kurz zu greifen.²⁶³

Die Proklamation sogenannter (zwischenstaatlicher) Hilfspflichten ist insofern problematisch, als dass sie Hilfe zu Gunsten einer höheren Ordnung (den wohlgeordneten Gesellschaften) instrumentalisiert.²⁶⁴ Hilfe ist funktionell begründet. Auch sind die Begrifflichkeiten sehr weit gefasst.²⁶⁵ Zugespitzt könnte man Rawls fragen, ob der Bevölkerung in einer Diktatur, in dem eine Hungersnot grassiert, keine Nahrungsmittelhilfe zusteht, allein auf der Grundlage, dass das politische System nicht Rawls Präferenzen entspricht.²⁶⁶

Weiterhin beinhalten sowohl die Konzeption von Rawls als auch die von Habermas normative Vorstellung von Staaten, die zumindest freiheitlich und demokratisch (wohlgeordnet²⁶⁷) organisiert sein müssen, um überhaupt Menschenrechte vertreten zu können. Normative Konzepte sind hier also kollektive Freiheit und Selbstbestimmung, nicht die Moral. Daraus ergibt sich ein Problem für Staaten, in denen die Menschenrechte teilweise akzeptiert und praktiziert werden, die aber nicht demokratisch strukturiert sind. Müssen demokratische Regierungen die Souveränität nicht-demokratischer Regierungen sowie von diesen postulierte Menschenrechte anerkennen, auch wenn sie kein Ausdruck von Volkswillen sind?²⁶⁸ Wie lässt

²⁶³ Charles Beitz hat das Rawlssche Differenzprinzip auf die globale Ebene übertragen. Für ihn bestehen Verpflichtungen zwischen einzelnen Personen, Staatsgrenzen besitzen daher keine Relevanz. Mieth 2004, S. 30.

²⁶⁴ Interessant ist, dass Rawls einerseits auf der Differenzierung zwischen ‚Staat‘ und ‚Volk‘ besteht und explizit vom ‚Recht der Völker‘ spricht, positive Staatenpflichten aber mit der Begründung negiert, nur demokratisch verfasste ‚Staaten‘ hätten einen Anspruch auf Unterstützung. D.h. eigentlich spielt das Volk bei Rawls Argumentation nur eine untergeordnete Rolle, da er sich letztlich mit der Regierung und nicht mit der Bevölkerung auseinandersetzt. Konsequenterweise könnte man behaupten, dass die Bevölkerung für Rawls nur eine legitimierende Funktion inne hat, sonst aber ruhig verhungern kann.

²⁶⁵ Was heißt demnach lebenswertes Leben? Siehe Rawls et al. 2002, S. 133.

²⁶⁶ Mieth 2004, S. 31, Rawls et al. 2002, S. 131-140,

²⁶⁷ Unter einer wohlgeordneten Gesellschaft versteht Rawls differierende soziale Gemeinschaften innerhalb einer Gesellschaft, die sich nicht durch die Beurteilung politischer Handlungen und Regelungen nach individuellen, den persönlichen Vorteil forcierenden Kriterien auszeichnet, sondern die ein kollektives gesellschaftliches Ziel verfolgt wie die Etablierung einer gerechten Gesellschaft. Forst 1994, S. 26ff.

²⁶⁸ Habermas würde dies verneinen. Siehe Menke/Pollmann 2007, S. 36; Auch Rawls täte sich mit einer Anerkennung schwer, vertritt er doch das Konzept wohlgeordneter Staaten, welches es langfristig zu

sich die Überlegenheit der normativen Demokratiekonzeption über andere staatliche und gesellschaftliche Organisationsformen begründen? Wie zwingend und plausibel ist die Verbindung von Demokratie und Menschenrechten?²⁶⁹ In beiden Theorien stecken normative Konzepte, deren universelle Gültigkeit nicht belegt werden kann. Durch die Reduzierung auf diese wohnt den Theorien ein paternalistisches Moment inne, welches sich den Vorwurf des westlichen Kulturimperialismus gefallen lassen muss. Weiterhin stellt sich die Frage, ob es gerechtfertigt ist, Staaten Hilfe zu verweigern, wenn sie dieser zwar bedürfen, aber kein Interesse an Demokratisierung zeigen.²⁷⁰

Worin sich Rawls und Habermas definitiv unterscheiden, ist ihr Verständnis vom Umfang der Menschenrechte. Wo Rawls sich auf eine minimalistische Konzeption bezieht, bewegt sich Habermas innerhalb eines maximalistischen Verständnisses. Das lässt sich unter anderem auf ihre unterschiedlichen Auslegungen von kollektiver Selbstregierung zurückführen: Habermas versteht diese als Demokratie per se (Volksregierung) und rekurriert bei der Idee der Menschenrechte daher auf eine Konzeption, die alle diese Rechte einschließt, welche zum Leben in einer Gemeinschaft freier Menschen innerhalb einer demokratischen Struktur (und bis zu einem gewissen Grad dem Vollzug des eigenen Lebens) notwendig sind. Rawls hingegen plädiert lediglich für eine abgeschwächte Version, indem er das Volk als durch die politische Ordnung repräsentiert versteht, jedoch nicht zwingend als deren Quelle der Macht. Seine Forderung an die Menschenrechte fällt aufgrund des Primats der Freiheit vor der Gleichheit entsprechend geringer aus. Rawls Interesse richtet sich auf die Verfahrensgerechtigkeit. Es ist für ihn bedeutsamer, Strukturen zu bestimmen, die Chancengleichheit garantieren, als inhaltliche Forderungen zu stellen. Inhaltliche Ansprüche (wie es bspw. moralische Ansprüche wären) sind insofern irrelevant, als sie subjektiv sind und ihre Verallgemeinerung ein amoralischer Übergriff wäre.²⁷¹

etablieren gilt und auf welche sich die Hilfs-/Unterstützungspflicht zurückführen lässt. Rawls et al. 2002, S. 141-150, Mieth 2004, S. 31.

²⁶⁹ Da an dieser Stelle lediglich eine vereinfachte Darstellung der Begründung von Menschenrechten geleistet werden soll, wird auf eine ausführliche Diskussion der Zusammenhänge von Menschenrechten und Demokratie verzichtet. Siehe Rawls et al. 2002, Kreide 2008, S. 223-234, Habermas 1992, Habermas 1996a, Habermas 1999.

²⁷⁰ Kreide 2007, S. 160.

²⁷¹ Menke/Pollmann 2007, S. 37.

3 Persönliche Stellungnahme, Kritik und Zusammenfassung

3.1 Soziale Gerechtigkeit und positive Pflichten als moralische Ansprüche an eine gerechte Ordnung

In allen drei Begründungen herrschen divergierende Vorstellungen von Personen und den Gemeinschaften, in die sie eingebettet sind, vor. Die juristische Theorie interpretiert das Recht selbst als neutrales Faktum innerhalb dessen Kontext sich ein Rechtssubjekt bewegt. Der Rechtsträger ist Mitglied einer Rechtsgemeinschaft, wie auch immer sich diese konstituiert haben mag. Die moralische Begründung versteht das Individuum als moralische und ethische Entität, die sich inmitten einer Gemeinschaft relevanter, moralisch und autonom Handelnder bewegt. Die politische Argumentation beschäftigt sich mit der Frage der Legitimation und Integration politischer Subjekte, nämlich aller Mitglieder eines politischen Kollektivs, in eine Gemeinschaft und der Aushandlung gesellschaftlicher Werte und Normen.²⁷²

Zunächst möchte ich betonen, dass die Trennung zwischen Recht, Moral und Politik, welche ich in meiner Abhandlung dargelegt habe, nicht zwingend ist und sich die Abgrenzung sicherlich nicht derart stringent aufrechterhalten lässt. Sie wurde dennoch vollzogen, um die Unterschiede als auch die Schwachstellen besser skizzieren zu können. Die Menschenrechte bestehen demnach aus einem Fundament, welches durch die Moral erbracht wird sowie einem Prozess zu deren Ausgestaltung, Etablierung und Anerkennung (Politik) und einer Kodifizierung in Form des Rechts. So kann z.B. eine rechtstheoretische Begründung der Menschenrechte nicht ohne moralische und gesellschaftliche bzw. politische auskommen, da auch eine Einigung auf bestimmte Prinzipien und deren Juridifizierung die Anerkennung und Zustimmung zu diesen Prinzipien voraussetzt. Dies kann jedoch nur erfolgen, wenn auch ein gewisses Maß an Einsicht in Notwendig-, Sinnhaftigkeit oder Angemessenheit der getroffenen Regelungen vorherrscht. Die Wahrnehmung einer anderen Person als beachtenswert, muss auf etwas fußen, das über die Ordnung selbst (in diesem Fall die rechtliche) hinausgeht. Eine Struktur allein vermag keine Gefühle der Rechtmäßigkeit und Verpflichtung zu produzieren und kann daher auch nicht als das eigentlich Verbindende verstanden werden. Lediglich in ihrer Funktion, z.B. in der Etablierung und Wahrung einer gerechten Gesellschaft, kann das sinnkonstituierende und zustimmungsfähige Moment liegen.²⁷³

Die Bejahung einer gesellschaftlichen Organisationsform und ihre rechtliche Festschreibung setzen aber voraus, dass bei den Einzelnen spezifische Vorstellungen von Menschsein und menschlicher Existenzweise vorhanden sind. Insofern ist zwar nachvollziehbar, wenn die wissenschaftliche Begründung eine eindeutige Zuordnung versucht,

²⁷² Forst 1994, S. 16f.

²⁷³ Zum Verhältnis von Form und Inhalt der Menschenrechte siehe Sandkühler 1999a, S. 819.

allerdings bezieht sich diese auf unterschiedliche Ebenen der Begründung. Recht ohne Konzeptionen des Guten und des Menschlichen ist inhaltsleer. Es ist meines Erachtens primär Form, nicht Inhalt. Insofern kann eine juristische Begründung immer nur defizitär sein. Der Prozess, in diesem Fall die Politik, ist einer, in dem gesellschaftliche Normen und Moralvorstellungen ausgehandelt werden und zu Tage treten. Er ist nicht zwangsläufig moralkonstitutiv, außer man schreibt dem Prozess einen emanzipatorischen (bildenden) Charakter zu.²⁷⁴

Grundlegend sollte beachtet werden, dass Vorstellungen von Moral und einem guten Leben bereits bei den am gesellschaftlichen Verständigungsprozess partizipierenden Entitäten vorhanden sein müssen, da sonst keine Verständigung über diese stattfinden kann. Ein Mensch, für den ein Dach über dem Kopf zu haben, keinen individuellen Wert darstellt und der in einer Gesellschaft sozialisiert wurde, in der das Wohnen in Gebäuden unbekannt (und damit bedeutungslos bzw. tendenziell negativ besetzt²⁷⁵) ist, kann die Bedeutung dieser gesellschaftlichen Norm für Andere nicht oder zumindest nur schwer und defizitär nachvollziehen. Daher behaupte ich: Sind keine Vorstellungen über Moral vorhanden, kann sich eine Gemeinschaft auch nicht über diese verständigen, sich für diese entscheiden und sie verrechtlichen. Dadurch sind sowohl die juristische als auch die politische Begründung letztlich aus der Moral abgeleitete Begründungen.²⁷⁶ Kommen wir im Folgenden zu aus der Moral abgeleiteten Menschenrechten.²⁷⁷

3.2 Moral gleicher Achtung und Praxis des Gründegebens

Die Moral gleicher Achtung besagt, dass Menschen sich als autonome und gleiche Entitäten wahrnehmen und sich derart gegenseitig behandeln sollen. Indem wir uns dem Prinzip der Moral unterstellen, verleihen wir uns und allen anderen Menschen die Menschenrechte.²⁷⁸ D.h. diese sind nicht a priori vorhanden, sondern konstituieren sich aus der Anerkennung des

²⁷⁴ Sandkühler 1999a, S. 819.

²⁷⁵ Vorstellbar wären Assoziationen wie Freiheitsentzug oder Begrenzung.

²⁷⁶ Bislang habe ich kaum Literatur gefunden, welche Menschenrechte in dieser Form versteht, daher habe ich primär Sandkühler (1999a) ausgewiesen. Forst gibt in seiner Darstellung von Sandels' Kritik an Rawls' 'Theorie der Gerechtigkeit' eine Moral zugrunde liegt, welche sich allerdings weniger im Urzustand als in der Ausgangssituation selbst offenbart. Siehe Forst 1994, S. 30f. 42ff. Sandel, Michel J. (1982): *Liberalism and the Limits of Justice*. Cambridge: Cambridge University Press.

²⁷⁷ Die nachfolgende Argumentation orientiert sich an den Darlegungen von Gosepath 1998a, S. 146-187

²⁷⁸ Die Selbstverpflichtung der Menschen auf die reziproke Anerkennung birgt das Problem in sich, dass sie optional ist. In Verbindung mit dem Prinzip der Rechtfertigung stellt sie jedoch eine Möglichkeit dar, potentieller Diskriminierung entgegenzuwirken. Die Frage, warum alle als gleichwertig angesehen werden sollten, kann auch ich nicht beantworten und werde mich im Folgenden nicht eingehender damit beschäftigen. Hingegen gehe ich davon aus, dass es keine schlüssige Begründung gerechtfertigter Ungleichheit geben kann, der alle Menschen (also auch die davon Betroffenen) unter freien und gleichen Umständen zustimmen würden.

Anderen als gleichwertigem und autonomem Menschen.²⁷⁹ Da es keine plausible Begründung für die Begrenzung der moralischen Relevanz auf einige ausgewählte Menschen (bspw. innerhalb eines definierten Territoriums oder versehen mit bestimmten Fähigkeiten) geben kann, kann die Moral gleicher Achtung als universeller Anspruch verstanden werden. Eine Letztbegründung für die Berücksichtigung des Menschen (z.B. gegenüber Tieren oder Pflanzen) kann an dieser Stelle nicht geliefert werden. Sie ist für die weitere Diskussion aber auch nur von untergeordnetem Rang und kann kulturvariant (mit Bezug auf Gott, die Natur des Menschen oder eine spezifische Eigenschaft) sein. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang lediglich, dass alle Letztbegründungen gemein haben, dem Menschen überhaupt moralische Relevanz zuzuerkennen.²⁸⁰

Jeder Mensch hat Anspruch darauf, mit seinen Interessen, Bedürfnissen und Belangen gleichermaßen Gehör zu finden und auf gleichartige Behandlung innerhalb der Menschengemeinschaft, von der er einen Teil darstellt. Die Prinzipien der Anerkennung und der Rechtfertigung ergeben eine Konzeption von (sozialer) Gerechtigkeit, in der alle Menschen gleichwertig sind und dasselbe Maß an Anerkennung und Berücksichtigung in sämtlichen Lebensbereichen verdienen. Indem die Menschen sich reziprok anerkennen, schreiben sie sich den Status moralisch relevanter Subjekte zu.²⁸¹ Diese moralisch bedeutsamen Subjekte sind in ihrer natürlichen und sozialen Ausstattung äußerst ungleich und daher in unterschiedlichem Maße fähig, ihr Leben zu gestalten. Es gibt keine Grundlage auf der die Hinnahme dieser qualitativen Lebensunterschiede begründet werden kann. Der davon Betroffene könnte eine Erklärung einfordern, warum die Bedeutung der Anerkennung seiner Lebenspläne für ihn als weniger wichtig eingeschätzt wird als die einer beliebigen anderen Person. Jeder Mensch hat das Recht, die Begründung für eine ungleichmäßige Berücksichtigung einzufordern (Prinzip der Rechtfertigung, Praxis des Gründegebens). Da es ungerecht wäre, die willkürliche Ausstattung der Individuen über ihr Potential zum Lebensvollzug entscheiden zu lassen, lautet eine Forderung der Gerechtigkeit, diese Differenzen in irgendeiner Form zu kompensieren. Ein Ausgleich kann materieller wie immaterieller Natur sein. Die verteilende bzw. regulierende Instanz muss Gründe für Ungleichbehandlungen geltend machen können, welche für alle

²⁷⁹ Hegel beschreibt Anerkennung als ideales wechselseitiges Verhältnis zwischen Subjekten, die sich sowohl als voneinander Verschiedene aber auch als einander Gleiche betrachten. Dieses Verhältnis ist insofern subjektkonstitutiv, als das Erleben des Getrenntseins vom Anderen und das vom Anderen als Anderer wahrgenommen werden die Erfahrung der Individualität evozieren. Intersubjektivität geht Subjektivität voraus, da die Erfahrung sozialer Beziehungen immer primär ist. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1993[1807]): *Phänomenologie des Geistes*. Frankfurt/Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr. 603. 4. Auflage.

²⁸⁰ Gosepath 1998a, S. 173.

²⁸¹ Forst, Rainer (2005): Die erste Frage der Gerechtigkeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte: Ungleichheit - Ungerechtigkeit*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 37/2005, 12. September 2005. [online] http://www1.bpb.de/publikationen/3004U7,0,Die_erste_Frage_der_Gerechtigkeit.html.

Anderen einsichtig sind, ebenso wie die Menschen, welche eine Ungleichbehandlung²⁸² zu ihren Gunsten reklamieren.²⁸³

Nun könnte eingewendet werden, dass wenn jeder über die gleiche Menge an Gütern verfügt (also gleichermaßen bei der Verteilung berücksichtigt wurde), Gerechtigkeit herrscht, geistige und physische Unterschiede zufällig und damit kein Gegenstand der Gerechtigkeitsdiskussion sind. Man könnte fragen, warum ein mit physischen oder geistigen Vorteilen ausgestatteter Mensch ein Interesse daran haben sollte, seine ‚naturegegebenen‘ Vorteile zugunsten Benachteiligter auszugleichen. Meines Erachtens hat Person A deshalb ein Interesse an einer sozial gerechten Ordnung und an einem Ausgleich zu ihren Ungunsten²⁸⁴, weil sie nur dann den autonomen Lebensvollzug und die Zufriedenheit von Person B als moralisch relevanter Person tatsächlich respektiert und die Interessen von B als für B genauso bedeutsam anerkennt wie ihre eigenen für sich selbst. Das bedeutet wiederum nicht, dass sie dem Inhalt des Interesses die gleiche Bedeutung zusprechen muss, aber sie muss sie als ebenso relevant akzeptieren. Alles andere wäre ungerecht.²⁸⁵

Allgemeiner formuliert lautet das Argument derart: Person A ist kein selbstgenügsames Wesen, sondern konstituiert sich und zum Teil auch ihre Fähigkeiten vermittelt der sie umgebenden Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft stellt nun an das Individuum den Anspruch, sich an der Aufrechterhaltung einer gerechten Gesellschaft zu beteiligen und zwar nicht, indem es sich von seinen naturegegebenen Eigenschaften und Fähigkeiten distanziert, sondern die sich daraus ergebenden Vorteile mit der Gesellschaft teilt. Die natürlichen Vorteile des Individuums werden als legitim angesehen, nicht jedoch die daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten.²⁸⁶

Der Moral der wechselseitigen Anerkennung ist also ein Moment von ausgleichender Gerechtigkeit immanent, insofern als die Interessen und Bedürfnisse des Anderen die gleiche Anerkennung erfahren müssen wie die eigenen. Akzeptiert man den Anderen als gleichwertigen Anderen mit dem gleichen berechtigten Anspruch auf den Vollzug des persönlichen Lebensplans, kann es keine gerechtfertigte Begründung dafür geben, warum dieser Mensch aufgrund seiner individuellen Nachteile durch diese daran gehindert werden sollte. Hingegen

²⁸² Als Gründe für eine gerechtfertigte Ungleichbehandlung gibt Gosepath Folgendes an: „(a) unterschiedliche natürliche Benachteiligungen (zum Beispiel bei Behinderten), (b) bestehende Rechte oder Ansprüche (zum Beispiel Privateigentum), (c) unterschiedlicher Verdienst im engeren Sinn von speziellen Leistungen (zum Beispiel Anstrengung oder Opfer für die Gemeinschaft), (d) Leistungsanreize (wie zum Beispiel in Rawls' Differenzprinzip) und (e) Kompensation für indirekte oder strukturelle Diskriminierung (zum Beispiel Quotierung).“ Gosepath 1998a, S. 177.

²⁸³ Gosepath 1998a, S. 173f.

²⁸⁴ Letztlich ist es das nicht direkt, da A ja nicht schlechter dasteht als B, sondern nur genauso gut oder schlecht wie B. Es handelt sich somit eher um eine Nivellierung der Folgen zufälliger Ungleichheiten.

²⁸⁵ Forst 1994, S. 32ff.

²⁸⁶ Forst 1994, S. 32ff.

fällt die Begründung von Unterstützungs- oder Förderleistungen in diesem Zusammenhang leicht. Wird diese Hilfe negiert, ersetzt man das gleichwertige, reziproke Anerkennungsverhältnis durch die Macht des Zufalls. Dieser gedankliche Schritt ermöglicht die Begründung der Legitimität sozialer Menschenrechte als auch die positiver Pflichten.

3.3 Gerechtigkeitspostulate und die individuelle Disposition

An dieser Stelle wende ich mich kurzzeitig von Gosepath ab, weil dieser seinen Schwerpunkt auf Verteilungsgerechtigkeit legt. Da sie sich den Menschen und ihren spezifischen Bedürfnissen (also ihrer Individualität und spezifischen Andersartigkeit) gegenüber als indifferent erweist, ist sie meines Erachtens defizitär. Zwar bekommen und verfügen im Zustand der Verteilungsgerechtigkeit alle über dieselben Güter, hingegen nicht über die gleichen Fähigkeiten zu ihrer Antizipation. Da es keine plausible Begründung für die Anerkennung zufälliger ‚natürlicher und sozialer Fähigkeiten‘ als Entscheidungskriterium über Lebenschancen geben kann, kann soziale Gerechtigkeit nicht nur bedeuten, dass jedem Menschen eine vergleichbare Menge an materiellen Gütern zur Verfügung steht, sondern impliziert eine Vorstellung von Leben und Lebensqualität. Sie imaginiert einen individuellen Zustand anstelle eines verallgemeinerten Ideals.²⁸⁷

Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit können, wenn primär materiell ausgerichtet, bestehende Ungerechtigkeiten noch verstärken. Entweder muss der Idee von Verteilungsgerechtigkeit die egalitäre Verteilung von Lebenschancen immanent sein (dann beinhaltet sie auch positive und negative Pflichten, besitzt emanzipatorisches Potential, ist

²⁸⁷ Dworkin kritisiert an dem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit (als Verfügung über allen gleichermaßen zustehende soziale, ökonomische, politische und rechtliche Güter wie bei Rawls), dass, auch wenn alle Personen de facto das Gleiche besitzen, doch nicht zwangsläufig von einer gerechten Güterverteilung gesprochen werden kann. Da Menschen über unterschiedlich stark ausgeprägte Begabungen und Eigenschaften verfügen (für die sie an sich nichts können), sind manche fähiger als andere, die ihnen zur Verfügung stehenden Güter gewinnbringend zu nutzen. Dies führt wiederum zu Ungleichheit. Siehe Dworkin, Ronald (1981): What ist Equality? Part 2: Equality of Resources. In: *Philosophy and Public Affairs*, Vol. 10, Nr.3. S. 283-345. Sabbagh, Clara (2002): Eine Taxonomie normativer und empirischer Theorien der Verteilungsgerechtigkeit. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 43. Rawls und Dworkin gehen davon aus, dass eine Ungleichheit an Gütern nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie das Ergebnis bestimmter Handlungen und Entscheidungen der betreffenden Individuen darstellt, also verdient wurden, und nicht der „willkürlichen Wirkungen der natürlichen Lotterie“ (Rawls 1993, S. 94) entstammt. Siehe Dworkin 1981, Rawls 1993, § 12, Gosepath 1998a, S. 177f. Allerdings kann das Kriterium ‚Verdienst‘ zur Bemessung der Angemessenheit von Verteilungsunterschieden in Frage gestellt werden, könnte man doch argumentieren, dass ‚Verdienst‘ nichts anderes darstellt als das Ergebnis individueller Begabungen und Fähigkeiten (die sozial oder biologisch prädestiniert oder erworben sind) – letztlich nichts anderes als die „willkürlichen Wirkungen der Lotterie“. Laut Forst differenziert Rawls an dieser Stelle: Sein Verständnis von gerechtfertigtem Verdienst rekurriert auf einen Zustand, in dem gerechte und faire gesellschaftliche Strukturen bereits bestehen und Erworbenes unter diesen Bedingungen akkumuliert wurde. Forst 1994, S. 33f.

normativ und kann prozedural sein) oder die Theorie erfasst die Implikationen sozialer Gerechtigkeit nur unzureichend und bildet lediglich einen ihrer Teilbereiche ab. Anstelle von Verteilungsgerechtigkeit wäre dann Verteilungsgleichheit oder egalitäre Güterdistribution wohl der adäquatere Begriff. Eine Gerechtigkeitskonzeption, die auf Materialität und damit Quantität abhebt, anstatt der qualitativen Dimension von Leben Rechnung zu tragen, ist kritikwürdig.²⁸⁸ Aus ‚alle haben das Gleiche‘ sollte ein ‚alle sind gleich bedeutsam und sollen die gleichen Chancen bekommen‘ werden. Zum Ausgleich von Ungerechtigkeit bedarf es einer Konzeption von sozialer Gerechtigkeit, welche diese Nach- und Vorteile reguliert.²⁸⁹

Sen argumentiert, Menschen seien weniger an den Gütern selbst als an ihrer Nutzung interessiert. D.h. materielle Ressourcen haben eine instrumentelle Bedeutung aber keinen intrinsischen Wert, sind lediglich Mittel – kein Selbstzweck. Er begründet, dass ein Inventar an Gütern (oder ein bestimmtes Einkommen) keinen Aufschluss über Lebenschancen bietet, da die individuellen Voraussetzungen der Person (Fähigkeiten, situative und soziale Kontexte, Präferenzen) außer Acht gelassen werden. Stattdessen ist die Erreichung eines selbstgesetzten Ziels (Wohlergehen und Handlungsfähigkeit) für einen Menschen bedeutsam. Dies beinhaltet sowohl Bedürfnisbefriedigung als auch die Herstellung eines gewissen Maßes an Autonomie im Sinne von Verfügungsgewalt über das eigene Leben. Gerechtigkeitsphilosophie sollte sich demnach mit der Frage nach der Befähigung zu autonomen Handlungen und den Bedingungen zur Wahrnehmung des eigenen Lebens²⁹⁰ beschäftigen.²⁹¹

²⁸⁸ Sicherlich ist an dieser Stelle der Einwand angebracht, dass eine derartige Vorstellung von Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft oder Gemeinschaft zu Schwierigkeiten führt, da die individuelle Disposition der einzelnen Mitglieder sehr unterschiedlich ausfällt, die jeweiligen Bedürfnisse aufwändig ermittelt und klassifiziert werden müssen und es für jeden Indikator eine Norm zu ermitteln gilt, welche eine Aussage zu Unterstützungsnotwendigkeit ermöglicht. Auch wenn ich die Anmerkungen zu der Ausführbarkeit für berechtigt halte, spielen diese zunächst eine untergeordnete Rolle, da sie die Umsetzungsebene betreffen. Bezüglich der Ermittlung und Messung der Indikatoren ist der Einwand der Willkür und Variabilität aber sicherlich angebracht, ist es doch ein Paradoxon in einer am Einzelwesen ausgerichteten Gerechtigkeitstheorie, den individuellen Bedarf einer Person an dem durchschnittlichen, verallgemeinerten Bedarf zu messen. Andererseits kann man einwenden, dass ein Durchschnitt nicht notwendig ist, wenn das betreffende Individuum selbst seinen Bedarf an Unterstützung konstatiert und man das individuelle Gerechtigkeitspostulat derart interpretiert. Geht man, wie die Stoiker, davon aus, dass es für ein Individuum wichtig ist, das eigene Leben nach ‚eigenen‘ Maßstäben zu vollziehen, spielen nur die vom Individuum selbst gewählten Ziele eine Rolle. Allerdings setzt man sich mit dieser Argumentation immer dem Vorwurf aus, dass Bedürfnis und Wunsch nicht mit dem tatsächlich Notwendigen übereinstimmen müssen oder der Wünschende ein ‚falsches Bewusstsein‘ besitzt. Zur weiteren Diskussion von individueller Befähigung siehe Kreide 2007, S. 162ff.

²⁸⁹ Rawls versteht Verteilungsgerechtigkeit eher als Verteilung von Ressourcen. Er spricht zwar von der Verteilung aller möglichen Güter (materieller, sozialer, Lebenschancen usw.), in seinen Beispielen beschränkt er sich aber immer auf Kapital und materielle Güter. Er benennt sogar konkret die Ärmsten als die Schwächsten einer Gesellschaft. Zu Rawls und Güterdistribution siehe Rawls/Höffe 1977, S. 91. Horn, Christoph (2002a): Zeitgenössische Debatten: Einleitung. In: C. Horn (Hg.) & N. Scarano (Hg.): *Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 341.

²⁹⁰ Autonomie, nach Kreide, impliziert die Möglichkeit, den Verrichtungen des täglichen Lebens so lange wie möglich selbst nachgehen zu können, ohne fremde Hilfe wie Pflege oder Zuwendung in Anspruch

„The likely outcomes of this shift toward a ‘self-development approach’ suggest that we refer to social autonomy. The autonomy side of this concept has to be understood as self-determination in its fullest sense as one pursues his or her individual life plans as long as possible without any help and without being patronized. Social autonomy, however, means pursuing one’s life and developing one’s capacities even under conditions of constraint (e.g. illness, disability, unemployment), with the support of others. [...] The assistance creates conditions that allow individuals to come closer to their ideal life plans. [...] Introducing the concept of social autonomy underpins a paradigmatic change from addressing the needs of an average person to addressing the needs of an individual when she cannot pursue her life plans without external help.“²⁹²

Reduziert man soziale Gerechtigkeit nicht länger auf Güterdistribution, wird offenbar, dass ein Zustand erreicht bzw. Spielräume eröffnet werden sollen, in denen Vorstellungen vom ‚guten Leben‘²⁹³ zum Tragen kommen. Diese variieren je nach Kultur und Kontext. Verteilungsgerechtigkeit greift auch deshalb zu kurz, weil sie sich lediglich auf ein Ergebnis kapriziert und nicht die Strukturen an sich in Frage stellt, die die ungerechten Verhältnisse gezeitigt haben. Zudem wird das Individuum bei der Zuteilung von Etwas lediglich als Objekt behandelt, nicht als Subjekt, wie das bei einem anderen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit

nehmen zu müssen. Hingegen bedeutet soziale Autonomie, die optionale Verfügung über Güter und Kompetenzen sowie Anspruch auf Hilfe und Unterstützung durch Andere, um den individuellen Vorstellungen von der Gestaltung des eigenen Lebens gerecht werden zu können. Soziale Autonomie wird in Abgrenzung zu Freiheit verstanden, welche das Individuum mit seinen spezifischen Bedürfnissen zugunsten eines verallgemeinerten Wesens negiert. Kreide 2007, S. 162ff., Kreide 2008, S. 57-63.

²⁹¹ Sen hat in Kooperation mit Nussbaum und anderen den Fähigkeiten-Ansatz (capability approach) entwickelt, welcher seinen Niederschlag im Human Development Index (HDI) der UN gefunden hat. Für ihn stellt Freiheit ein normatives Ziel dar, welches für die Menschen einen intrinsischen Wert besitzt, da es ermöglicht, selbstbestimmt zu leben. Durch die Unterscheidung von negativen und positiven Freiheiten gelangt Sen zu der Forderung nach der Etablierung bestimmter Lebensumstände, die je nach Kultur ausgehandelt werden müssen, um eben jene Freiheit zu ermöglichen. Der Fähigkeiten-Ansatz hat mittlerweile diverse wissenschaftliche Auslegungen erfahren. Sen, Amartya (1985): Well-Being, Agency, and Freedom: The Dewey Lectures 1984. In: *Journal of Philosophy* 82, Nr. 4. S. 197ff. Sen, Amartya (2003): *Inequality Reexamined*. Oxford: Clarendon Press. S. 26ff. Nussbaum, Martha Craven (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Nussbaum, Martha (Hg.)/ Sen, Amartya (Hg.)(2002): *The quality of life. A study prepared for the World Institute for Development Economics Research (WIDER) of the United Nations University*. Oxford: Clarendon Press. Schlothfeldt, Stephan (2002): *Zur Relevanz sozialer Vergleiche für normative Gerechtigkeitstheorien. Normative und empirische Aspekte der Begründung sozialer Mindestausstattungen*. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 167ff.

²⁹² Kreide 2007, S. 163. Hervorhebung: R.K.

²⁹³ In der eudämonistischen Ethik (verstanden als Tugendlehre und Theorie vom gelingenden Leben) sind heutzutage noch zwei Varianten bedeutsam: einerseits die klassische ontologische Ethik der Antike, die auf das Vorhandensein objektiver Normen (gut/böse) und die Ausbildung positiver Charaktereigenschaften rekurriert. Sie unterstellt ein objektives menschliches Entwicklungsziel, nämlich Glückseligkeit (eudaimonia), auf die menschliche Entfaltung hin ausgerichtet werden sollte. Prominente Vertreterin dieser Richtung ist beispielsweise Martha Nussbaum. Andererseits besteht für Hellenisten und Stoiker die Glückseligkeit in der Abwesenheit seelischer Unzufriedenheit und der Fähigkeit, selbst gewählte Ziele zu erreichen. Die Stoiker versuchen nicht, sich einem objektiven Ideal anzunähern, sondern sich realistische Ziele zu setzen, die selbst gesteckt sind und innerhalb ihrer Möglichkeiten liegen. Die Konzeptionen vom guten Leben sind mannigfaltig: Nussbaum 1999, Nussbaum/Sen 2002, Merker/Mohr 1999, S. 1060f., Kreide 2008, S. 100-103.

möglich wäre, z.B. wenn das Subjekt an der Erschaffung oder Bewahrung der Strukturen selbst beteiligt wäre. Zu autonomem, handlungsfähigem und wahlfreiem Leben gehört aber genau diese Verfügungsmöglichkeit über sich selbst, die Fähigkeit, an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen zu partizipieren.²⁹⁴

Weiterhin können bestimmte Werte wie Autonomie oder Würde meines Erachtens nicht verteilt werden, da sie dem Menschen sowieso zu eigen sind. Ein Staat oder eine Gesellschaft können unterlassen, die Inanspruchnahme dieser Werte zu behindern oder Infrastruktur zur Verfügung stellen, die den Vollzug der Werthandlung, z.B. aufgrund potentieller individueller Nachteile gegenüber Anderen, erleichtern. Die Möglichkeiten zur Erlangung bestimmter sozial-individueller (erwünschter) Zustände erfordern ein bestimmtes Prozedere eher als ein bestimmtes Gut bzw. ist die mögliche Verteilung des Gutes lediglich ein Aspekt des Verfahrens zur Erlangung sozial gerechter Strukturen. Autonomie und Würde²⁹⁵ sind nicht-relativierbare Werte und daher von einer Distribution ausgeschlossen. Natürlich kann es Unterschiede in der Fähigkeit oder Möglichkeit der Wahrnehmung der Autonomie eines Individuums geben, das spricht allerdings nicht dagegen, dass der Wert der Autonomie selbst für das Individuum ein absoluter und in einer Maximalforderung erstrebenswert ist. In der in den Menschenrechten vorhandenen Konzeption sozialer Gerechtigkeit kommt demnach

²⁹⁴ Dazu auch Forst 2005.

²⁹⁵ Bei diesem Würdebegriff gehe ich von einem nicht-relativierbaren, nicht-abstufbaren Gut aus. Sie kann also weder erworben noch verloren oder sonst wie relativiert werden. Ich lege mich nicht auf eine bestimmte Begründung von Würde fest, auch wenn dies für die Bestimmung des Adressatenkreises grundlegend ist. Eine Festlegung erachte ich an dieser Stelle zum einen nicht als notwendig, zum anderen kenne ich keine, mir plausible, aus irgendetwas Spezifischem ableitbare Darlegung (außer einer deklarativen). Die breite Akzeptanz (und Wirksamkeit) des Würdebegriffs lässt sich an seiner, soziale Beziehungen strukturierenden Funktion und an seiner Vereinnahmung durch unterschiedlichste Ideologien trotz oder gerade wegen seiner semantischen Vielfalt ablesen. Menschenwürde ist ein den Menschenrechten zugrundeliegendes Prinzip, welches performativ gedacht werden muss. Sie ist somit keineswegs unantastbar (Sachverhalt), sondern reklamiert lediglich für sich, nicht angetastet werden zu dürfen (Forderung). Natürlich steckt hierin ihre größte Schwäche. Leider kann ich den Zwiespalt, der jedem Menschen aufgrund seines Menschseins durch die Menschengemeinschaft verliehenen Würde, welche trotzdem unentziehbar ist, nicht gänzlich auflösen. Lediglich so viel dazu: Wenn die Gemeinschaft der Menschen sich auf die reziproke Anerkennung und Achtung der menschlichen Würde verständigt, gilt diese universell. Wenn einige Menschen nun die Existenz von Würde in Frage stellen wollen, müssen sie dies über das Prinzip der Rechtfertigung tun und den davon Betroffenen gegenüber begründen, warum sie als Träger von Menschenwürde nicht akzeptabel sind. Würde beschreibt einen Teil der wechselseitigen Anerkennung, dem die Selbstachtung des Individuums (Selbstverhältnis) korrespondiert. Sie stellt demnach ein dem Menschen zugleich inneres wie äußeres Verhältnis dar. In diesem Sinne kann Menschenwürde als unentziehbar verstanden werden, da ein Mensch zwar durch äußere Umstände diskreditiert und abgewertet werden kann, sich die Würde als inneres Verhältnis des Subjekts zu sich selbst der Würdeverletzung bis zu einem gewissen Grad aber entzieht und von der Fähigkeit zum Erhalt der Selbstachtung des Individuums abhängig ist. D.h. zumindest theoretisch kann einem Menschen die Würde nicht gänzlich von außen abgesprochen werden. Zu Würde als Selbst- und Fremdverhältnis siehe Menke/Pollmann 2007, S. 129-166 speziell S. 141ff. Zur Begründung der Würde durch Anerkennung siehe Margalit, Avishai (1997): Politik der Würde: über Achtung und Verachtung. Berlin: Fest Verlag.; Honneth 2003. Zur Problematik des unspezifischen Würdebegriffs der Menschenrechte siehe Engbruch/Riedel 2008, S. 21.

den Begriffen der Befähigung und der Autonomie eine Bedeutung zu, die sich unter anderem in der Forderung positiver und negativer Pflichten ausdrückt und zugleich durch diese hergestellt werden soll.

3.4 Diskussion (sozialer) Menschenrechte als moralische Rechte im Sinne einer qualitativen Gerechtigkeitskonzeption mit positiven und negativen Pflichten

Die Forderungen der Gerechtigkeit unter dem Prinzip der gleichen Achtung und der allgemeinen Rechtfertigung lassen sich in moralische Ansprüche eines jeden Menschen an einen jeden Anderen übersetzen, Institutionen und Strukturen zu schaffen²⁹⁶, die den spezifischen Andersartigkeiten²⁹⁷ der Menschen Rechnung tragen, diese bis zu einem gewissen Grad ausgleichen (also die Möglichkeiten des egalitären Lebensvollzuges wahrzunehmen) und ermöglichen, halbwegs autonome Entscheidungen treffen sowie ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Menschenrechte, speziell die sozialen Menschenrechte, stellen einen Versuch dar, diesem moralischen Anspruch Rechnung zu tragen und globale Geltung zu verleihen. Sie sind eine Form rechtlich kodifizierter Moral, in der sich eine bestimmte Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit ausdrückt. (Soziale) Menschenrechte sind aus sozialer Gerechtigkeit abgeleitete Rechte. In ihnen wird der Forderung der sozialen Gerechtigkeit nach den Prinzipien reziproker Anerkennung und Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen Ausdruck verliehen. Die Menschenrechte werden aus den beiden Prinzipien als moralische Ansprüche an eine gesellschaftliche und institutionelle Ordnung generiert. Laut Gosepath enthalten moralische Ansprüche die Forderung nach Institutionalisierung qua Verrechtlichung, um die ihnen angemessene Protektion zu ermöglichen.²⁹⁸ In im UN-Sozialpakt verankerten Menschenrechten drückt sich meines Erachtens eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit aus, der Konzeptionen qualitativen, selbstbestimmten und würdevollen Lebens immanent sind.²⁹⁹

An diesem Verständnis der Menschenrechte kann sicherlich kritisiert werden, dass es sehr umfassend ist und seine Realisierung in weiter Ferne liegt. Eine Schwierigkeit elaborierter (maximalistischer) Konzeptionen ist die, sowohl Verfechtern einer minimalistischen (Betonung des Vorrangs bürgerlicher und politischer Rechte) Version als auch Kulturrelativisten gegenüber zu stehen, welche die Unmöglichkeit der Konzeption beschreiben. Der erste Teil der

²⁹⁶ Gosepath 1998a, S. 178.

²⁹⁷ Wenn ich von Individualität oder Andersartigkeit spreche und ihre Anerkennung durch das Gegenüber reklamiere, möchte ich damit nicht sagen, dass jede Form der ‚Abweichung‘ expliziter Berücksichtigung, Einflussnahme oder des Ausgleichs bedarf. Es geht mir nicht um die Universalisierung oder Gleichmacherei aller, sondern lediglich darum, individuelle Bedürfnisse und Wünsche nicht an einer durchschnittlichen Norm zu orientieren.

²⁹⁸ Der Autor bezieht sich jedoch auf die grundrechtliche Positivierung. Gosepath 1998a, S. 179ff.

²⁹⁹ Gosepath leitet die sozialen Menschenrechte ebenfalls aus sozialer Gerechtigkeit ab, allerdings unter dem Primat der distributiven Gerechtigkeit. Gosepath 1998a, S. 146-187.

Kritik beschränkt sich jedoch auf rein praktische Argumente und ist insofern schwach: Nur weil ein Staat noch nicht über die wirtschaftliche und strukturelle Leistungsfähigkeit verfügt, um für alle Menschen ausreichende Nahrungsmittelversorgung gewährleisten können, bedeutet dies nicht, dass ein Recht auf angemessene Ernährung für die von Hunger Betroffenen keine Relevanz besitzt. Wer hungert, verfügt für gewöhnlich nicht über das Potential, seine bürgerlichen und politischen Rechte auszuschöpfen bzw. überhaupt wahrzunehmen.³⁰⁰ Hingegen stellt eine Verrechtlichung seines Anspruches auf Zugang zu und Verfügung über Nahrungsmittel eine Waffe dar, welche der Betroffene für sich und andere reklamieren kann. Bei der Diskussion und Festlegung des Staatshaushalts hat die Gewährung eines verbrieften Rechts auf angemessene Nahrung sicherlich bessere Chancen, wenn sie gegen den Kauf von bspw. Waffen abgewogen werden muss, als die schlichte Forderung (nach Almosen) eines einzelnen Betroffenen. Selbst wenn man annähme, zur Erlangung globaler Akzeptanz eine politisch kompromissfähige Version von Menschenrechten zu benötigen, bräuchte man dennoch ein Ideal, an dem sich ein Kompromiss orientieren könnte.³⁰¹

Weiterhin widerspricht diese Kritik dem Verständnis der aus der Moral gegenseitiger Achtung generierten Menschenrechte, da es um Selbstbestimmung und Selbstachtung geht. Beides sind Werte, die zwar nicht zwangsläufig im Zustand extremer Armut abwesend, deren Vollzug und Genuss aber stark beschränkt sind. Im Grunde negiert eine minimalistische Auffassung den Anspruch eines Betroffenen auf eine sozial gerechte Ordnung, innerhalb der er sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten kann. Ihm wird freilich nicht suggeriert, er sei für sein Unglück oder seinen Hunger selbst verantwortlich, allerdings tritt deutlich zutage, dass derjenige keinen Anspruch auf Unterstützung durch seine soziale Umwelt erheben kann. Zwar wird die zufällige Ungerechtigkeit seiner Lage anerkannt, sein Anspruch auf Rechtfertigung hingegen untergraben. Er oder sie hat lediglich die Wahl, sich zwischen dem Status Quo oder dem Versuch einer Veränderung mit ungewissem Ausgang zu entscheiden. Die Last seines Unglücks schultert er allein.³⁰²

³⁰⁰ Gosepath 1998a, S. 165f.

³⁰¹ Ladwig argumentiert, dass sich menschenrechtliche Pflichten aus mehreren Variablen zusammensetzen: der Dringlichkeit der verallgemeinerbaren Interessen und den Kosten ihrer Beachtung. Das Kriterium der (unmittelbaren) Erfüllbarkeit bezeichnet er als bedeutsam. Siehe Ladwig, Bernd (2007): Kann es ein Menschenrecht auf Wasser geben? In: B. Rudolf (Hg.): *Menschenrecht Wasser?* Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 51. Für eine gegensätzliche Argumentation siehe Gosepath 1998a, S. 181.

³⁰² Fraser beschreibt Anerkennung als Angelegenheit der Gerechtigkeit und nicht, wie Honneth, als ethische Forderung. Anerkennung lässt sich nicht auf die subjektive Selbstbeziehung und Selbstverwirklichung reduzieren. Vielmehr ist es ungerecht, wenn Individuen oder Gruppierungen von der Teilhabe an sozialen Interaktionen ausgeschlossen werden, aufgrund negativ konnotierter, kultureller Assoziationen, an deren Entstehung und Zuschreibung die davon Betroffenen nicht gleichberechtigt beteiligt wurden. Fraser verbindet das Gerechtigkeitspostulat der Anerkennung mit dem des Status als Gleichberechtigten. Das Statusmodell soll den jeweiligen Gruppierungen

Zur Kritik der Kulturrelativisten: Nicht jeder Unterschied ist tatsächlich beachtenswert und damit hinderlich für einen kompromissfähigen Katalog sozialer, wirtschaftlicher, bürgerlicher oder politischer Menschenrechte. Zudem fällt eine Begründung hier ähnlich aus wie die Letztbegründung der Menschenrechte: Allein der Umstand, dass es kulturvariante Ausgestaltungen von sozialen Menschenrechten geben kann, spricht nicht gegen die Möglichkeit einer Verständigung auf einen bestimmten Rechtskanon. Die Begründung der Menschenrechte kann variieren. Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einer Negation der Menschenrechte per se.³⁰³

Hieran schließt sich ein Verständnis von Menschenrechten an, welches diese als Produkt historischer, kollektiver Unrechtserfahrungen versteht und nur solche Rechte zulassen möchte, welche in einem politischen Konflikt zu Tage getreten und aufgrund dessen als wertvoll erachtet worden sind. Allerdings ist die Negation von spezifischen Rechten, die nicht aus einem Konflikt hervorgegangen sind, verkürzt, insofern als es moralische Werte und Fähigkeiten gibt, welche die menschliche Existenz grundlegend konstituieren, deren Gegebenheit aber entweder als selbstverständlich oder nicht konfliktträchtig verstanden wird. Ob ein Wert als konfliktträchtig verstanden wird, hängt jedoch stark mit den jeweiligen historischen und gesellschaftlichen Umständen zusammen. Die Zuschreibung von Bedeutung zu einem Wert und seine Anerkennung als Menschenrecht erfolgt retrospektiv, was allerdings nicht gleichzusetzen ist mit der Annahme, dass der Wert nicht bereits vor seiner Anerkennung bedeutsam gewesen sein kann. Der Wunsch nach Schutz vor Hunger ist unabhängig davon vorhanden, ob ein Individuum sich im nationalsozialistischen Deutschland, im maoistischen China zu Beginn der sechziger Jahre oder im Frankreich der Gegenwart bewegt. Eine Kritik, die Menschenrechte ausschließlich als Produkt historischer und sozialer Konflikte versteht, verkennt den Unterschied zwischen Genesis und Geltung.³⁰⁴

Zudem wird gegen soziale Menschenrechte oftmals eingewendet, es handele sich, im Gegensatz zu den bürgerlichen und politischen Rechten, um Anspruchsrechte auf soziale, von irgendeiner Ordnung oder Institution zu erbringende, Leistungen. Im Gegensatz zu Abwehrrechten, seien Leistungsrechte sowohl ressourcenintensiv als auch nicht gänzlich

ermöglichen, für sich selbst zu definieren, was sie unter einem ‚guten Leben‘ verstehen und wird von Fraser daher als deontologisch klassifiziert. Auf das Recht auf Nahrung angewendet bedeutet das, mangel- und unternährte Menschen werden nicht als gleichberechtigte Interaktionspartner im gesellschaftlichen Diskurs wahrgenommen. Ihnen wird nicht nur die Anerkennung als Gleichberechtigte verweigert, sie sind zugleich Opfer ungerechter Verteilungsvorgänge, werden tendenziell objektiviert und sind somit einer (mindestens) doppelten Diskriminierung ausgesetzt. Fraser, Nancy (2003a): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: N. Fraser & A. Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr. 1460. S. 44ff.

³⁰³ Menke/Pollmann 2007, S. 74-98, 125-128.

³⁰⁴ Gosepath 1998a, S. 181f.

erfüllbar. Der Anspruch der Erfüllbarkeit bietet jedoch kein hinreichendes Kriterium, um der oben dargelegten Begründung der Menschenrechte zu widersprechen. Zum einen kann argumentiert werden, dass Fragen der Machbarkeit sich auf die Umsetzung der Menschenrechte beziehen und damit die Handlungsebene, nicht Fragen der theoretischen Rechtfertigung thematisieren. Zum anderen ist der Anspruch auf hundertprozentige Erfüllung auch für die bürgerlichen und politischen Rechte überzogen, wie sich anhand von Freiheits- oder Partizipationsrechten nachvollziehen lässt.³⁰⁵

Die im UN Zivilpakt verbrieften Rechte können nicht auf Abwehrrechte reduziert werden, da sie nicht nur eine Unterlassung seitens der relevanten Institutionen, sondern auch progressives Vorgehen in Form von Schutzhandlungen, Bildungsarbeit oder politischer Institutionalisierung implizieren. Zur Gewährung und Sicherstellung der vermeintlich negativen Pflichten ist die Erbringung positiver Leistungen wie bspw. die Aufrechterhaltung eines Polizei- oder Justizapparats notwendig. Ebenso verhält es sich mit sozialen Rechten: Das Recht auf angemessene Ernährung beinhaltet neben der Forderung nach Unterlassung von Handlungen die eine Verschlechterung der Ernährungssituation der von den Handlungen Betroffenen zur Folge hätten auch die Schaffung einer adäquaten Versorgungsstruktur. Daher ist die Unterscheidung zwischen positiven und negativen Pflichten missverständlich und ein Verständnis von Menschenrechten als rein negativen Pflichten verkürzt.³⁰⁶

Tugendhat und Shue konstatieren beide eine Verbindung negativer und positiver Pflichten, welche zur Aufrechterhaltung aller Menschenrechte notwendig sind. Die Reduktion sozialer Rechte auf negative Pflichten ist daher nicht nachvollzieh- bzw. schwer begründbar.

³⁰⁵ Gosepath 1998a, S. 182, Ladwig 2007, S. 53ff.

³⁰⁶ Die staatlichen Verpflichtungsebenen lassen sich anhand der Limburger Prinzipien beim Recht auf angemessene Ernährung laut der Allgemeinen Bemerkung 12 Art. 15 des UN-Sozialrats folgendermaßen verstehen: 1. Achtungspflicht: Die Vertragsstaaten ergreifen keine Maßnahmen, die die Verschlechterung oder Gefährdung des bestehenden Zugangs zu Nahrung zur Folge haben.; 2. Schutzpflicht: Staaten ergreifen Maßnahmen, durch die sichergestellt wird, dass Unternehmen oder Einzelpersonen nicht den Zugang zu angemessener Nahrung einzelner Menschen oder bestimmter Bevölkerungsgruppen gefährden.; 3. Gewährleistungspflicht/Förderungspflicht: Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Bevölkerung sich selbst mit angemessener Nahrung versorgen kann (z.B. durch die Förderung des Zugangs zu Ressourcen). Personen, die aus Gründen außerhalb ihrer Kontrolle nicht in der Lage sind, sich selbst mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen (Kranke, Alte, Waisen etc.), müssen beim Zugang zu Nahrung unterstützt werden (z.B. durch soziale Sicherungssysteme). Auch die Freiwilligen Leitlinien zur Verwirklichung des Rechts auf angemessene Ernährung, von der FAO 2004 beschlossen, konkretisieren die von den Staaten zu ergreifenden Maßnahmen. Shue hat sich theoretisch mit den staatlichen Verpflichtungen auseinandergesetzt und leitet ebenfalls drei Ebenen ab: duties to avoid deprivation, duties to protect from deprivation, duties to aid the deprived. Shue, Henry (1980): Basic Rights: Subsistence, Affluence and US Foreign Policy. Princeton: Princeton University Press. S. 60. FAO (2004): Freiwillige Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit. [online] http://www.fao.org/righttofood/common/ecg/51802_en_VGs_ger.web.pdf. CESCR (1999): Allgemeine Anmerkung 12 des UN Wirtschafts- und Sozialrats. [online] <http://www.un.org/Depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf>.

Tugendhat stellt dies beispielhaft am Recht auf Leben dar: Wie lässt sich begründen, dass ein Staat strafend eingreift, wenn Person A Person B physisches Leid zufügt (positive Pflichten: Polizeiapparat, Gesundheitsversorgung, Gerichtsbarkeit, Strafvollzug), eine positive Verpflichtung hinsichtlich der Versorgung mit Nahrungsmitteln bei Armut oder Hunger (z.B. aufgrund einer Naturkatastrophe oder struktureller Diskriminierung) aber negiert wird? Dem Pflichtenadressaten werden positive wie negative Leistungen in UN Zivil- und Sozialpakt aberlangt. Positive Pflichten legitimieren sich aus den Ansprüchen, die sich aus den drei Verpflichtungsebenen der Menschenrechte ableiten lassen.³⁰⁷

„[...] Die Verwirklichung von Gerechtigkeit durch Sozialgestaltung in der Demokratie ist legitime Menschenrechtskonkretisierung. Die individuelle Freiheitsgewährleistung und die kollektive Freiheitsgestaltung sollen in der sozialen Demokratie eine Einheit bilden.“³⁰⁸

Zum anderen beinhalten die aus sozialer Gerechtigkeit abgeleiteten Menschenrechte eine Konzeption vom guten Leben, die eine Form von autonomer Lebensführung einschließt. Weil die Verfügung über materielle Ressourcen allein nicht ausreicht, um ein gutes Leben führen zu können, und Menschen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten und zur Erlangung sozialer Autonomie auf Unterstützung durch Andere angewiesen sind, müssen die Menschenrechte auch positive Verpflichtungen enthalten. Sonst fände die gleichwertige Andersartigkeit eines Jeden nicht die adäquate Beachtung und die Menschenrechte würden den ihnen immanenten Prinzipien der Anerkennung und Rechtfertigung (als der implizierten Konzeption sozialer Gerechtigkeit) zuwiderlaufen.³⁰⁹

Wenn Person A über genauso viel und qualitativ hochwertiges Saatgut verfügt wie alle Anderen, variieren die Bedingungen, unter denen sie es anbaut, gegenüber denen aller Anderen. Ihr Boden, der ebenfalls ein Produkt von Verteilungsvorgängen gewesen sein muss, ist mehr oder weniger nährstoffreich als der ihrer Nachbarn. D.h. ihre Ernteerträge werden von denen ihrer Nachbarn (aber erst recht von denen in anderen Klimazonen) aufgrund der Bodenqualität, Niederschlagsmenge und Bearbeitungsintensität (persönliche Fähigkeiten, Technologie, Düngemittel) verschieden sein. Wenngleich man bereits an dieser Stelle fragen kann, inwiefern diese Form der Verteilung gerecht ist, wenn Einer fruchtbares Land besitzt und der Andere nur mageren Boden, stellt sich die Frage doch um so mehr in Bezug auf die Fähigkeiten der Personen zur Bearbeitung des Bodens.

³⁰⁷ Kreide 2007, Sandkühler 1999a, S. 822, Shue 1980, Mieth 2004, S. 32, Tugendhat, Ernst (1993): Vorlesungen über Ethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

³⁰⁸ Sandkühler 1999a, S. 822. Hervorhebung: H.J.S.

³⁰⁹ Zu sozialer Autonomie und positiven Pflichten siehe Kreide 2007, S. 162ff.

Betrachtet man beispielsweise südafrikanische AIDS-Waisen im ländlichen Raum, die über unzureichendes Wissen und geringere Fertigkeiten der Bodenbearbeitung verfügen als ihre gleichaltrigen Mitbürger, die in einem Familienverbund mit Eltern und Großeltern aufgewachsen sind, werden eventuell Unterschiede in der Ernährungssicherheit (bei gleicher Mittelausstattung) offenbar. Diese Unterschiede, welche aus der sozialen Situation der Beteiligten erwachsen, bedürfen der Rechtfertigung. Da es für diese Unterschiede keine Rechtfertigung geben kann, welche sowohl das Prinzip der Anerkennung als auch der Rechtfertigung berücksichtigt, muss den Menschenrechten eine Konzeption vom guten Leben und die Unteilbarkeit positiver von negativen Pflichten zugrunde liegen.³¹⁰

Dagegen kann eingewendet werden, dass die AIDS-Waisen unverschuldet in ihre prekäre Situation gelangt sind, Andere aber durchaus einen Anteil an ihrer Misere tragen und ihnen daher keinerlei Hilfe zustünde. Dem kann insofern widersprochen werden, als dass Hilfe grundsätzlich nicht an Fragen der Schuldigkeit gekoppelt sein sollten, da ihr Nachweis schwer zu erbringen ist. Wer ist schon allein schuld an seiner Lebenssituation? Kann dem Alkoholiker sein Anspruch auf Unterstützung abgesprochen werden, ungeachtet der Tatsache, dass er sich innerhalb einer gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Struktur bewegt, welche ständig auf ihn zugreift und sein Leben maßgeblich beeinflusst? Die Fragen, wer woran Schuld und was sozialisationsbedingt ist bzw. wie diese Nachweise erbracht werden, können nicht hinreichend geklärt werden. Zudem kann argumentiert werden, dass der Verlust (an gesellschaftlicher Anerkennung aufgrund von Behinderung oder der Lebenssituation) durch Unterstützung nicht ausgeglichen, sondern lediglich gelindert werden kann.³¹¹

Die grundsätzlichere Frage sollte jedoch die nach der Relevanz von Schuldigkeit für Unterstützungsleistungen sein. Die implizite Unterstellung, dass eine gleichwertige Anerkennung und Berücksichtigung nur dann gerechtfertigt ist, wenn ein Mensch immer oder primär die ‚richtigen‘ Entscheidungen trifft, fußt auf einem völlig überzogenen Bild vom Menschen als reinem Vernunftwesen und ist zudem höchst subjektiv. In der Anerkennung des Anderen als autonomem Anderen kommt nicht nur seine Achtung als rationalem, gutem Wesen zum Ausdruck, sondern auch Respekt gegenüber seiner potentiell schwierigen (emotionalen) Verfasstheit. Die Anerkennung eines Anderen als gleichwertigem Anderen beschränkt sich nicht auf von einem selbst oder einem Kollektiv gutgeheißene (Lebens-)Entscheidungen, sondern ist unabhängig von der persönlichen moralischen Beurteilung des

³¹⁰ Kreides Ansatz sozialer Autonomie lässt sich an diesem Beispiel gut darstellen. Siehe Kreide 2007, S. 155-181, Kreide 2008.

³¹¹ Kreide 2007, S. 168ff.

Anderen oder seiner Handlungen.³¹² Wenn man den Anderen als autonom erachtet, kann man sich nicht auf die Anerkennung seiner Richtigkeit und Vernunft beschränken, sondern muss die möglicherweise negativen Konsequenzen entsprechender Handlungen ebenso anerkennen, berücksichtigen und ausgleichen. Positive und negative Pflichten bestehen unabhängig von Fragen der Schuldigkeit.³¹³

Auch im Bezug auf (schwache) Nationalstaaten ist die Schuldfrage keine hinreichende Begründung für unterlassene Hilfeleistungen. Zum einen sind Regierungsapparat und Bevölkerung keine identischen Entitäten, zum anderen stehen nicht alle Bürger eines Landes hinter den Entscheidungen ihrer Regierung. Speziell mit Bezug auf Kinder, Alte und Kranke kann die Unterlassung nicht gerechtfertigt werden, da diese von der systemischen Einflussnahme ausgeschlossen sind, die Hilfsverweigerung ihnen gegenüber aber argumentativ nicht gerechtfertigt werden kann.³¹⁴

Mir ist bewusst, dass ich mich in meiner Darstellung der normativen Inhalte sozialer Menschenrechte bzw. des Rechts auf Nahrung potentiell dem Vorwurf einer teleologischen Herleitung aussetze. Allerdings hat die auf den vorangegangenen Seiten diskutierte Kritik an den Menschenrechten, speziell den sozialen, aufgezeigt, dass eine historische Interpretation der Menschenrechte ebenfalls defizitär ist und vor allem die gegenwärtigen Konzeptionen und Rechtfertigungen sozialer Rechte nicht adäquat erfassen kann. Insgesamt ist es meines Erachtens wichtiger zu eruieren, wie soziale Menschenrechte heutzutage begriffen werden. In der Auseinandersetzung mit der Kritik wurde deutlich, dass diese auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt ist z. B. inhaltlich (positive/negative Pflichten), philosophisch (Moral, Schuld) und praktisch (bzgl. der Leistungsfähigkeit einzelner Staaten). Zudem wurde offenbar, dass ein Großteil der Kritik einem Verständnis von Menschenrechten (bzw. dem Recht auf Nahrung) als moralischen Rechten widerspricht, da die Aspekte sozialer Gerechtigkeit, Befähigung, Würde und Lebensqualität keine angemessene Berücksichtigung erfahren haben. Dies lässt Rückschlüsse auf die Autoren der Kritik zu, die augenscheinlich nicht aus einer Position der Moralität heraus argumentiert haben.

³¹² Wenn eine Person eine Straftat (z.B. Körperverletzung) begangen hat und dafür belangt werden soll, wird sich niemand finden, der die besagte Tat rechtfertigt oder gutheißt. Zwar bilden sich die Personen, die davon Kenntnis haben, ein moralisches Urteil über Tat und Täter und verurteilen diese als unmoralisch. Gleichzeitig verliert der Täter aber ‚nur‘ an gesellschaftlichem Ansehen, nicht an moralischer Relevanz für die Gesamt-gesellschaft. Seiner Anerkennung als gleichwertigem Anderen wird insofern entsprochen, als er nicht als vogelfrei gilt und zum Vollzug der Selbstjustiz freigegeben wird. Auch wenn er in seiner Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wird, wird er trotzdem als Mensch wahrgenommen und behandelt.

³¹³ Kreide 2007, S. 168ff.

³¹⁴ Kreide 2007, S. 168ff.

Ich persönlich halte moralisch begründete Menschenrechte für am plausibelsten, weil nur die Moral eine Letztbegründung (wie auch immer diese aussehen mag) des Menschseins und der Gleichwertigkeit vermag. Wie bereits ausgeführt, verstehe ich die Politik als Prozess der Aushandlung existierender moralischer Normen und ihre juristische Festschreibung als Kodifizierung von Moral. Gleichwohl sind mir die Gefahren, denen eine moralische Rechtfertigung unterliegt, bewusst. Der Rekurs auf die Menschenwürde ist meines Erachtens nicht hinreichend, um die Besonderheit des Menschseins und der Gleichwertigkeit zu begründen. Daher kann ich mir die Anerkennung Anderer als Gleichwertige mit eigenen Zwecken nur als Handlungspraxis denken, auf die sich Menschen verständigen, die sie befürworten und die von keinem Menschen mit für alle nachvollziehbaren Gründen abgelehnt werden können. Sozialen Menschenrechten sind die Prinzipien der Anerkennung und der Rechtfertigung immanent, sie drücken einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und auf Lebensqualität aus, wie an den Konzepten der Menschenwürde, der Befähigung und der Autonomie demonstriert wurde.

Soziale Menschenrechte, die positive Pflichten implizieren, wirken der Stigmatisierung benachteiligter Individuen und Gruppierungen entgegen und befördern die gesellschaftliche Solidarität. Sie müssen Ungleichbehandlungen Anderen gegenüber rechtfertigen können, um den Anspruch sozialer Gerechtigkeit zu erfüllen. Derart verstandene Menschenrechte binden das Individuum ein und gestehen ihm den Status eines moralisch relevanten, handlungsfähigen Subjekts zu. Über das Individuum wird nun nicht länger verfügt, wie es die Verteilungsgerechtigkeit vorschlägt, sondern es ermächtigt sich selbst dazu, in Kooperation mit anderen, gegebene Strukturen zu beeinflussen bzw. neue zu schaffen.

Die folgenden Ausführungen in Kapitel IV dieser Arbeit setzen sich damit auseinander, inwiefern Art. 11 des UN Sozialpakts eine moralische Interpretation ermöglicht und wie Individuen eine strukturelle Einflussnahme im Bezug auf das Recht auf angemessene Ernährung erreichen können. Es wird erläutert, dass eine Ernährungssicherungsstrategie, die sich auf die Verteilung von Gütern, wie bspw. genetische Ressourcen, versteift, ohne auf die basalen Strukturen zuzugreifen, verkürzt ist und die Betroffenen auf ihren Objektstatus zurückwirft. Das läuft der Intention des Rechts auf angemessene Ernährung aber potentiell entgegen, wie ich nachfolgend darstellen werde. Weiter werde ich erläutern, inwiefern sich die Nutzung landwirtschaftlicher Vielfalt im Recht auf Nahrung begründen lässt, Agrobiodiversität zur Sicherung des Rechts auf angemessene Ernährung beitragen kann und dazu zwei für die Landwirtschaft zentrale Industriezweige beleuchten: die Saatgut- und die Nahrungsmittelproduktion.

Agrobiodiversität und das Recht auf Nahrung

- 1 Das Recht auf angemessene Ernährung in UN Sozialpakt und seine Konkretisierung in den Allgemeinen Anmerkungen 12 und den Freiwilligen Leitlinien

„Wer das Öl kontrolliert, ist in der Lage, Staaten zu kontrollieren; wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen.“³¹⁵

Wenn wir akzeptieren können, dass die Menschenrechte sich aus der Moral wechselseitiger Anerkennung und dem Prinzip der Rechtfertigung ableiten lassen, eine wie auch immer bestimmte Konzeption des guten Lebens beinhalten, ihr eine Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, welche auch Verteilungsgerechtigkeit impliziert, immanent ist und damit Menschen wie Institutionen negative wie positive Pflichten auferlegen, muss dennoch begründet werden, wie sich die Nutzung der landwirtschaftlichen Vielfalt im Rahmen der menschenrechtlichen Begründung rechtfertigen lässt.

Zunächst soll das Menschenrecht auf angemessene Ernährung wie im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR, umgangssprachlich: UN Sozialpakt) sowie in der Allgemeinen Anmerkung 12, dem vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) eingerichteten Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR)³¹⁶ veröffentlichten Rechtskommentar zum Recht auf angemessene Ernährung, näher erläutert und auf seine Kompatibilität mit der bereits explizierten Deutung der Menschenrechte hin überprüft werden. Anschließend wird auf die Möglichkeiten, Verweise und Querverbindungen zwischen dem Menschenrecht auf angemessene Ernährung und Ernährungsstrategien, welche auf die Verwendung von landwirtschaftlicher Vielfalt setzen, eingegangen.

³¹⁵ Zitat von Henry Kissinger des Jahres 1970, zitiert nach Internationale Politik (2008): Krieg um Nahrung? Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 7.

³¹⁶ Der CESCR wurde durch Resolution 1985/17 des ECOSOC gegründet. Seine Existenz wird durch Art. 68 der Charta der Vereinten Nationen begründet. Seine Aufgaben sind Kontrolle (schwierig) und Konkretisierung der einzelnen Rechte in Form von Rechtskommentaren. Die Etablierung des Vertragsüberwachungsverfahrens steckt noch in den Anfängen: (1) Es müssen Indikatoren bestimmt werden, welche die Beurteilung ermöglichen, ob das relevante Recht erfüllt ist; (2) Auf nationaler Ebene müssen Benchmarks bestimmt werden; (3) Die Benchmarks müssen kontrolliert werden; (4) Sie müssen beurteilt werden. Der CESCR ist der erste von sechs vergleichbaren Ausschüssen im vertragsrechtlichen Menschenrechtsschutz der UN: Er verfügt über die Möglichkeit der Diskussion der Menschenrechtssituation in Abwesenheit des Staates und der Erstellung eines eigenständigen Staatenberichtes bei Nichteinreichung durch den betreffenden Staat. Alte Staatenberichte und Infos von NGOs dienen dann als Grundlage und führen so die Zusammenarbeit des Staates mit dem CESCR oftmals herbei. Engbruch/Riedel 2008, S. 26f., Weiß 2000, S. 47.

1.1 Würde, Pflichtenadressaten und extraterritoriale Staatenpflichten

Auf Seite 1 des UN Sozialpaktes³¹⁷ wird dezidiert darauf hingewiesen, „dass der einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in diesem Pakt anerkannten Rechte einzutreten“³¹⁸. Begründet wird dies durch die dem Menschen innewohnende Würde, welche allen Mitgliedern der menschlichen Gemeinschaft ebenso wie die Anerkennung als Gleichwertige zusteht. Der Begriff der Menschenwürde wird nicht weiter expliziert. Dennoch gehen UN Sozialpakt, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Allgemeine Rechtskommentar 12³¹⁹ davon aus, dass sie ein Konzept beschreibt, welches sich in unterschiedlichen Ausgestaltungen in allen Gesellschaften auffinden lässt. Sie gilt als Basis der wechselseitigen Anerkennung und Gleichheit und begründet den Anspruch des Menschen auf Menschenrechte und deren Unveräußerlichkeit aufgrund seiner prä-determinierten Würdenatur.³²⁰

Die Allgemeine Anmerkung 12 Art. 20 sowie Art. 36 – 41 benennen die Adressaten der aus Artikel 11 des UN Sozialpakts resultierenden Pflichten: „Wenngleich nur Staaten Vertragsparteien des Paktes und damit letztendlich für seine Einhaltung verantwortlich sind, obliegt allen Mitgliedern der Gesellschaft – Einzelpersonen, Familien, lokalen Gemeinwesen, nichtstaatlichen Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie dem privaten Unternehmenssektor – eine Verantwortung dafür, das Recht auf angemessene Nahrung zu verwirklichen.“³²¹ Ausformuliert in den einzelnen Artikeln werden neben den staatlichen auch

³¹⁷ Zur besseren Überprüfbarkeit wiederhole ich an dieser Stelle den Wortlaut des in Artikel 11 (1/2) explizierten Menschenrechts auf angemessene Ernährung, welches ein Teilrecht des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard ist: „(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen

a) zur Verbesserung der Methoden der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung der natürlichen Hilfsquellen;

b) zur Sicherung einer dem Bedarf entsprechenden gerechten Verteilung der Nahrungsmittelvorräte der Welt unter Berücksichtigung der Probleme der Nahrungsmittel einführenden und ausführenden Länder.“ Auswärtiges Amt 1966.

³¹⁸ Auswärtiges Amt 1966, S. 1.

³¹⁹ CESCR 1999.

³²⁰ Auswärtiges Amt 1966, S. 1, CESCR 1999, Art. 4, S. 2, OHCHR 1948, S. 1.

³²¹ CESCR 1999, Art. 20, S. 7.

die individuellen Pflichtenadressaten (jeder Mensch) erwähnt, was um so mehr für eine Deutung der Menschenrechte als moralische Rechte und Pflichten spricht. Auch wenn die Pflichten von Einzelpersonen nicht weiter konkretisiert werden, finden sich doch zusätzliche Angaben zu den Vertragsstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen.³²² Die Hauptverpflichtung zur Realisierung des Rechts auf Nahrung obliegt den Nationalstaaten, auf die später eingegangen wird.

„Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, einzeln und durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, unter Ausschöpfung aller seiner Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen.“³²³

Neben Artikel 2 (1) geht der UN Sozialpakt in den Artikeln 11 (1/2), Artikel 22 und 23 auf internationale Unterstützung und Zusammenarbeit ein. Art. 11 (1/2) fordert von den Vertragsstaaten, die Bedeutung freiwilliger internationaler Kooperation bei der Realisierung des Rechts auf Nahrung anzuerkennen (1) und einzeln und kollektiv Maßnahmen zur Erfüllung des Rechts, ohne Hunger zu leben, zu ergreifen (2). Die internationale Hilfe ist ergänzend gedacht und soll die nationalstaatlichen Bemühungen des betreffenden Staates nicht ersetzen. Vertragsstaaten sollen Maßnahmen ergreifen, um das Menschenrecht auf angemessene Ernährung in anderen Ländern zu achten, es zu schützen und zu fördern, wenn diese Hilfe gefordert wird. Die Limburger Prinzipien werden somit auch auf internationale Verpflichtungen angewandt. Wird eine der drei Verpflichtungsebenen nicht berücksichtigt, stellt dies eine Menschenrechtsverletzung dar. Die Verpflichtungsebenen verdeutlichen hingegen mehr: Sie bilden die Grundlage für die Proklamation positiver (Gewährleistung/Förderung, Schutz) und negativer (Achtung, Schutz) Pflichten.³²⁴

Auf die Rolle der UN und anderer spezialisierter Organisationen zur Bereitstellung technischer Unterstützung wird in Art. 22 verwiesen und in der Allgemeinen Anmerkung 2 konkretisiert. Artikel 23 thematisiert erneut die Bedeutung technischer Unterstützungsleistungen und fordert die Vertragsparteien auf, diese anzuerkennen. Die Allgemeinen Anmerkungen 3 und 12 beschreiben die Verpflichtung aller Staaten zur Realisierung des Rechts auf Nahrung bzw. wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Recht und proklamieren, dass Unterstützung speziell von den Staaten geleistet werden soll, die dazu

³²² CESCR 1999, Art. 36 – 41, S. 10f.

³²³ Auswärtiges Amt 1966, Art. 2 (1), S. 2.

³²⁴ Auswärtiges Amt 1966, Art. 2, Art. 11 (1/2), FAO 2004, Einführung Art. 17, Leitlinie 8 Art. 8.1. Windfuhr, Michael (2001): Parallelbericht Menschenrechte: Deutschlands Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen gemäß dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Schwerpunkt: Das Recht auf angemessene Ernährung. Bonn/Stuttgart/Heidelberg: EED/FIAN/Brot für die Welt. S. 8ff.

(ökonomisch, politisch, technisch) fähiger sind als andere unter Ausschöpfung aller zu Gebote stehenden Mittel. Allerdings bleiben Art, Umfang und Charakter der Verpflichtung unklar. Auch die Artikel 55 und 56 der UN Charta bleiben in dieser Hinsicht vage. Jedoch werden sie laut Windfuhr als ‚eindeutige Selbstverpflichtung‘ verstanden, die Nichtstun unzulässig macht. Die Selbstverpflichtung auf Hilfeleistungen gegenüber anderen Staaten und Individuen (extraterritorialen Staatenpflichten) lässt die Menschenrechte erneut als moralische Ansprüche an alle Anderen, Organisationen, Unternehmen und andere Regierungen erscheinen, basierend auf der Anerkennung des Anderen als Gleichwertigem.³²⁵

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Das Menschenrecht auf angemessene Ernährung im UN Sozialpakt Art. 11 und seine Konkretisierung im Rechtskommentar 12 des CESCR beschreiben es als universelles, unveräußerliches und gleiches Recht. Dieses ist „[...] unteilbar mit der naturgegebenen Würde der menschlichen Person verbunden und für die Verwirklichung anderer [...] Menschenrechte unerlässlich [...]“³²⁶. Es verpflichtet nicht nur Vertragsstaaten zu seiner Einhaltung, sondern erlegt allen Menschen und sonstigen Organisationsformen, seien diese zivilgesellschaftlich, trans-, international oder privatwirtschaftlich, die Verantwortung seiner Erfüllung auf. Da die Pflichtenadressaten vielfältig sind, ist dem Recht auf Nahrung die Vorstellung vom Vorhandensein extraterritorialer Staatenpflichten immanent. In diesem Sinne kann es verstanden werden als mittels seiner angeborenen Würde konstituierter, moralischer Anspruch eines jeden Menschen auf Anerkennung und Rechtfertigung an einen jeden Anderen sowie an den eigenen Nationalstaat, alle anderen Staaten, Unternehmen, internationale Organisationen und Institutionen sowohl auf eine gerechte internationale und institutionelle Ordnung als auch auf negative wie positive Leistungen, begründet in den Limburger Prinzipien, welche die Versorgung mit, Verfügbarkeit über sowie den ökonomischen und physischen Zugang zu ausreichender, kulturell, physiologisch und situativ angemessener und unschädlicher Nahrung bzw. den Zugang zu den Mitteln ihrer Beschaffung gewährleistet³²⁷ in einer nachhaltigen Weise und ohne dafür die Verletzung anderer Menschenrechte in Kauf nehmen zu müssen.

³²⁵ CESCR (1990): Allgemeine Anmerkung 3; UNRIC (1945): Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. [online] http://www.un.org/Depts/german/un_charta/charta.pdf. Windfuhr 2001, S. 8f.

³²⁶ CESCR 1999, Art. 4, S. 2.

³²⁷ Der vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelte ‚Golder Case‘ beschäftigt sich mit der Frage, ob das ‚Recht auf einen fairen Prozess‘ (Art. 6 der Europäischen Konvention) auch verstanden werden muss als ‚Recht auf Zugang zu‘ ohne direkte Referenz zum ‚Recht auf fairen Prozess‘: „It would be inconceivable, in the opinion of the Court, that Article 6 para. (art. 6-1) should describe in detail the procedural guarantees afforded to parties in a pending law-suit and should not first protect that which alone makes it in fact possible to benefit from such guarantees, that is, access to court. The fair, public and expeditious characteristics of judicial proceedings are of no value at all if there are no judicial proceedings.“ (Craven 2006, S. 42f.) Das Gericht entschied, dass ein ‚Recht auf Zugang‘

1.2 Das gute Leben: Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Demokratie

Im UN Sozialpakt, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Allgemeinen Anmerkung 12 wird dezidiert auf die Verbindung zwischen Menschenrechten bzw. dem Recht auf angemessene Ernährung und Gerechtigkeit hingewiesen, welche nicht nur auf Ebene der Nationalstaaten, sondern auch international angesiedelt ist und ökonomische, soziale und ökologische Politikmaßnahmen und -strukturen betrifft. Der Allgemeine Rechtskommentar 12 geht sogar noch weiter und deutet die Realisierung des Rechts auf Nahrung als Anspruch auf soziale Gerechtigkeit.³²⁸ Der CESCR spricht sich gegen die Verwendung von Nahrungsmitteln als politischer Waffe bspw. in Form von Nahrungsmittlembargos oder artgemäßen Handlungen, die zur Verschlechterung der Ernährungssituation der davon betroffenen Bevölkerung beitragen, aus und identifiziert mangelhaften Zugang zu Nahrungsmitteln, auch als Resultat von Armut verstanden, als Hauptgrund für Hunger und Mangelernährung. Zugrunde liegt dem Recht auf Nahrung im Rechtskommentar 12 eine nicht näher spezifizierte, normative Konzeption von sozialer Gerechtigkeit, die auf Gleichheit, Demokratie und Freiheit basiert und die Unter- und Mangelernährung als Armutsfolgen einer strukturell ungleichen und ungerechten (globalen) Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung versteht.³²⁹

Zudem rekuriert das Menschenrecht auf angemessene Ernährung auf eine unbestimmte Konzeption vom guten Leben, welche sich u. a. darin ausdrückt, dass ausreichende Ernährung nicht auf eine bestimmte Nahrungsmenge (gemessen beispielsweise in Kalorien) reduziert wird, sondern ausgewogen sein soll. Damit geht das Recht auf angemessene Ernährung über den Anspruch des reinen physischen Erhalts eines Menschen insofern hinaus, als es die Ausbildung und den Erhalt physiologischer und geistiger Fähigkeiten einschließt. Normativer Inhalt laut Rechtskommentar 12 Art. 6 ist, nicht nur satt zu werden, sondern sich entwickeln und Körper und Geist (wozu auch immer) erhalten zu können und zwar selbsttätig und nachhaltig. Darin äußert sich ein Anspruch auf soziale, politische und Nahrungsautonomie, der bereits in der Freiheitsforderung des UN Sozialpakts und seinem Art. 1 (1) über das Selbstbestimmungsrecht der Völker offenbar wird. Dies drückt sich weiterhin dadurch aus, dass die Nahrungsmittelhilfe in der Allgemeinen Anmerkung 12 eher als letztes

Grundvoraussetzung für die Inanspruchnahme des ‚Rechts auf einen fairen Prozess‘ ist und diesem sowohl vorangestellt, als auch in diesem enthalten sein muss. Ein ‚Recht auf Zugang‘ (wozu auch immer) kann folglich als Begründung für positive menschenrechtliche Verpflichtungen verstanden werden. Wenn demnach ein Recht auf angemessene Ernährung besteht, welches staatlich garantiert werden muss, gibt es keine Begründung dafür, nicht auf den Zugang dazu verpflichtet werden zu können. Ein Zugang zu etwas ist zwar nicht vollständig damit gleichzusetzen über die Mittel zur Erlangung von etwas zu verfügen, kann aber zur Begründung positiver Pflichten herangezogen werden. Craven, Matthew (2006): *Some Thoughts on the Emergent Right to Water*. In: E. Riedel (Hg.) & P. Rothen (Hg.): *The Human Right to Water*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag. S. 37-47.

³²⁸ CESCR 1999, Art. 4, S. 2.

³²⁹ CESCR 1999, Art. 5 S. 2f., Art. 37, S. 10.

denn als erstes probates Mittel benannt wird, im Gegensatz zur Schaffung von Strukturen, welche eine adäquate Selbstversorgung der Unter- und Mangelernährten ermöglichen.³³⁰ Das Verhältnis des Rechts auf Nahrung zu Autonomie wird später in diesem Kapitel ausführlich erläutert.

1.3 Gerechtigkeit, normativer Inhalt und qualitative Forderungen

Artikel 11 ist unterteilt in zwei Absätze: In (1) wird das Recht auf ausreichende Ernährung benannt, in (2) die Freiheit von Hunger forciert. Das wird von einigen Menschenrechtsexperten³³¹ so gedeutet, dass der erste Absatz ein langfristig durch die Staaten zu erfüllendes Ziel formuliert, wohingegen der zweite auf sofortige Realisierung ausgerichtet ist. Damit soll der in Artikel 2 (1) proklamierten stückweisen Verwirklichung der Menschenrechte, eine unmittelbar zu regulierende Pflicht (bzgl. Art. 11 (2)) entgegen gestellt werden.³³² Einige Mitglieder des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte befürworten eine derartige Unterscheidung nach obiger Begründung. Allerdings sprechen die große Zahl der Hungernden, ihre weltweite Verteilung sowie die unterschiedlichen Formen von Hunger und Unterernährung, unter denen sie leiden, gegen die Möglichkeit einer sofortigen Realisierung. Auch wenn sich eine Unterscheidung, beispielsweise durch die Betonung der dauerhaften und ausreichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln um ein normales Leben und normale physische und psychische Tätigkeiten ausführen zu können, erklären lässt, während der zweite Absatz auf eine Minimalversorgung mit Mikronährstoffen, um das Überleben sicherstellen zu können, abhebt, hat dies kaum Auswirkungen hinsichtlich menschenrechtlicher Praktiken oder des Staatenberichtverfahrens. Auf eine ausführliche Darstellung wird daher im Weiteren verzichtet.³³³

In Artikel 11 (2) wird auf die Pflichten der Staaten Bezug genommen, explizit auch auf extraterritoriale Staatenpflichten, im Rahmen internationaler Zusammenarbeit in der Form spezieller Maßnahmen und Programme. Art. 11 (2b) verstärkt die Forderung internationaler Kooperation, indem er die gerechte Verteilung der global verfügbaren Nahrungsmittel unter strukturellen Gesichtspunkten akzentuiert und Nahrungsmittelproduktionssysteme (binnenmarkt-/ export-/ importorientierte Landwirtschaft) thematisiert. Art. 11 (2a) konkretisiert unterschiedliche Ebenen, die für die Ernährungssicherung maßgeblich sind. Dazu zählen neben der Erzeugung, Konservierung und Distribution von Nahrungsmitteln, die Information

³³⁰ CESCR 1999, Art. 6, Art. 13, Art. 25, Art. 26, Art. 39, Auswärtiges Amt 1966, Einleitung und Art. 1(1), FAO 2004, Leitlinie 14 Art. 14.5.

³³¹ Reimann, Carsten (2000): Ernährungssicherung im Völkerrecht: der Menschenrechtsansatz und seine Ergänzungsmöglichkeiten anhand der Welthungerproblematik. Stuttgart: Verlag Boorberg.

³³² Kurz- und langfristige Ziele werden erwähnt in CESCR 1999, Art. 16 und FAO 2004, Leitlinie 10 Art. 10.3.

³³³ Engbruch/Riedel 2008, S. 162ff.

über ernährungsphysiologische Zusammenhänge und Bedürfnisse als auch die Modifizierung von Agrarökosystemen. Dieser Ansatz ist ganzheitlich ausgerichtet insofern als er sowohl auf Makro-, Meso- und Mikroebene die Produktionsweisen und Vertriebsstrukturen von Nahrungsmitteln (global, national, regional, lokal) als auch die Konsumenten und ihr Ernährungsverhalten in den Blick nimmt. Ziele sind demnach die Befähigung der Lokalbevölkerung und die Stärkung ihrer Selbstversorgungskapazitäten.

„Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat. Das Recht auf angemessene Nahrung darf daher nicht eng oder restriktiv im Sinne einer Mindestration an Kalorien, Proteinen und anderen spezifischen Nährstoffen ausgelegt werden. Das Recht auf angemessene Nahrung wird schrittweise verwirklicht werden müssen.“³³⁴

Der normative Inhalt des Rechts sieht keine Mindestmengen an Kalorien, Fetten oder Mikronährstoffen vor. Dies ist sowohl der stark divergierenden Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder (Vermeidung der dauerhaften Paktverletzung) als auch den abweichenden individualphysiologischen Bedürfnissen geschuldet. Gleichwohl kann an Artikel 11 als auch an der Allgemeinen Anmerkung 12 kritisiert werden, dass sie die Bedeutung und Folgen von Unter- und Mangelernährung zu wenig beachten. So stehen die Themenbereiche der angemessenen Ernährung und der Mikronährstoffversorgung noch immer nicht gleichberechtigt nebeneinander, was laut Engbruch/Riedel am Beispiel der Staatenberichte immer wieder zu Tage tritt. Zwar wird in der Allgemeinen Anmerkung 12 das Vorhandensein von Nahrungsmitteln in einer Menge und Qualität gefordert, mit der sich diätische Erfordernisse erfüllen lassen, welche als „Mischung von Nährstoffen für Wachstum, Entwicklung und Erhaltung von Körper und Geist sowie körperliche Tätigkeiten [verstanden werden], die den physiologischen Bedürfnissen des Menschen in allen Lebensphasen gerecht [werden] und die seinem Geschlecht und seinem Beruf [entsprechen]“³³⁵. Unter diese Definition lassen sich Mikronährstoffe sicherlich subsumieren. Auch erweitert der Allgemeine Rechtskommentar 12 Art. 1 das „grundlegende Recht eines jeden, vor Hunger [...] geschützt zu sein“³³⁶ um den Aspekt der Mangelernährung. Jedoch wird nicht dezidiert auf die herausragende Bedeutung von Mikronährstoffen und damit Mangelfolgen eingegangen, was eine Kontrolle von Maßnahmen in den Staatenberichten der Vertragsstaaten erschwert.³³⁷

³³⁴ CESCR 1999, Art. 6, S. 3.

³³⁵ CESCR 1999, Art. 9, S. 4, Art. 1, S. 1, Art. 6, S. 3, Art. 8 S. 3. Mangelernährung wird in verallgemeinerter Form thematisiert. Der normative Inhalt des Menschenrechts auf angemessene Ernährung beinhaltet keine restriktive Forderung im Sinne einer Mindestmenge an Kalorien oder spezifischen Nährstoffen. Engbruch/Riedel 2008, S. 41.

³³⁶ CESCR 1999, Art. 1, S. 1.

³³⁷ Engbruch/Riedel 2008, S. 159f.

Trotzdem wird hieran die qualitative Dimension des Rechts auf Nahrung offenbar: physische und geistige Potentiale sollen über die Ernährung erhalten und gefördert werden.

1.4 Die Konzepte der Angemessenheit und der Nachhaltigkeit und landwirtschaftliche Ressourcen

Das Recht auf angemessene Ernährung beinhaltet in der Allgemeinen Anmerkung 12 Art. 7 die Konzepte der Angemessenheit und der Nachhaltigkeit, welche sich auf Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und den Zugang dazu beziehen. Das Konzept der Angemessenheit beschäftigt sich mit Fragen der Eignung verfügbarer Ernährungsweisen und dem ökonomischen und physischen Zugang dazu in einer gegebenen Sachlage für die in Artikel 11 des IPWSKR dargelegten Zwecke. Das Konzept der Nachhaltigkeit rekuriert sowohl auf eine nachhaltige Ernährungsweise im Sinne ökologischer Angemessenheit, langfristiger Verfügbarkeit als auch auf intergenerationelle Gerechtigkeit. Der Wesensgehalt des Rechts wird beschrieben als „Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, die keine schädlichen Stoffe enthalten und die innerhalb einer bestimmten Kultur akzeptabel sind, in ausreichender Menge und Qualität, um die individuellen Ernährungsbedürfnisse zu befriedigen; den Zugang zu diesen Nahrungsmitteln in einer nachhaltigen Weise und ohne Beeinträchtigung des Genusses anderer Menschenrechte“³³⁸.

Die Forderung, dass Nahrungsmittel keine schädlichen Stoffe enthalten dürfen, kann auch als Anspruch auf Lebensmittelsicherheit formuliert werden. Lebensmittelsicherheit fordert, neben durch den öffentlichen und den privaten Sektor zu ergreifenden Schutzmaßnahmen (bspw. um Verunreinigung, unsachgemäßer Handhabung oder Verfall vorzubeugen), ein gewisses Maß an Umwelthygiene (bspw. Schutz vor massivem Pestizideinsatz oder dessen Nebenfolgen wie verseuchtem Grundwasser) sowie die potentielle Reduzierung von in bestimmten Nahrungsmitteln auftretenden Toxinen (bspw. durch Zucht, sachgemäße Ernte, die Verwendung bestimmter Sorten einer Art oder die Diversifizierung des Anbaus durch unterschiedliche Arten/Sorten).³³⁹

Der Zusatz, dass Nahrungsmittel innerhalb einer bestimmten Kultur oder für den Verbraucher akzeptabel sein müssen, bezieht sich auf Wertvorstellungen, welche entweder mit den Nahrungsmitteln selbst oder ihrem Verzehr in Zusammenhang stehen. Das bedeutet

³³⁸ CESCR 1999, Art. 8, S. 3f.

³³⁹ So konnte in der europäischen Züchtungsgeschichte die Toxizität von Kartoffeln und Tomaten durch Züchtung im Verlauf der letzten Jahrzehnte immer mehr verringert werden. Manche Pflanzensorten nehmen bestimmte chemische Stoffe aus dem Boden besonders gut auf oder binden in der Luft befindliche Substanzen wie Stickstoff. In Kombination mit den richtigen anderen Pflanzenarten/-sorten angebaut, können beide Pflanzenarten nicht nur gute Erträge erzielen, sondern auch die Ausbildung bestimmter chemischer Inhaltsstoffe in der anderen Pflanze regulieren. In den Freiwilligen Leitlinien werden das Thema Lebensmittelsicherheit, Umwelthygiene und Verbraucherschutz expliziert. Siehe FAO 2004, Leitlinie 9 Art. 9.1-9.9.

nicht nur, dass den kulturellen und sozialen Nahrungspräferenzen und -gewohnheiten in Ernährungsstrategien Rechnung getragen werden muss wie bspw. Vegetarismus oder der Ablehnung von Milchprodukten oder bestimmten Tierrassen, sondern ebenfalls die Berücksichtigung anderer grundlegender (ethischer) Entscheidungen wie beispielsweise der Zurückweisung von gentechnisch modifizierten oder pestizidreichen, potentiell allergenen Nahrungsmitteln.³⁴⁰ Dieser Absatz impliziert bereits, dass eine auf Import ausgerichtete Ernährungssicherungsstrategie³⁴¹ die Wahrung der Ernährungssouveränität³⁴² und -sicherheit der eigenen Bevölkerung nur bedingt gewährleisten kann.³⁴³

³⁴⁰ So gibt es mehrere Fälle, in denen sich Staaten dezidiert gegen Anbau und Vertrieb gentechnisch veränderter Organismen/Nahrungsmittel ausgesprochen haben, wie bspw. Mexiko bezüglich Mais. Am Beispiel Mexikos, welches nicht nur Ursprungsland des Mais, sondern auch das Land mit der größten Sortenvielfalt (ca. 200 endemische Arten und 52 Rassen) ist, wird deutlich, wie die Ernährungssouveränität der mexikanischen Bevölkerung und Regierung, die sich gegen die Verwendung von genverändertem Mais ausgesprochen haben, illegal untergraben wurde. Die Kontamination der Felder mexikanischer Bauern mit genetisch veränderten Maiskörnern sollte die Akzeptanz für GMOs verstärken und gleichzeitig deren Unentrinnbarkeit widerspiegeln. 2009 hat die mexikanische Regierung schließlich mit der Aufweichung des Gesetzes über die Biosicherheit den Versuchsanbau legalisiert. Mündliche Aussage einer mexikanischen Teilnehmerin der Schulung ‚Go4Biodiv‘ im Vorfeld der COP9 sowie Deutscher Naturschutzring: Mexiko erlaubt ‚experimentellen‘ Freilandbau von Genmais. [online] <http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Wolfgang-moratorium-schluss-sauber.pdf>.

³⁴¹ Zu den Gefahren einer externalisierten Ernährungssicherungsstrategie: „Das Konzept des Vorschlags dieser Konvention [eine internationale Konvention zur Ernährungssicherheit, *Anm. D.K.*] basiert auf der Sorge, daß die voranschreitende außenwirtschaftliche Liberalisierung und die gesellschaftliche Deregulierung langfristig die globale Ernährungssicherheit gefährden könnten. Ausgehend von der Beobachtung, daß immer mehr Staaten zu Nettoimporteuren von Nahrungsmitteln geworden sind, wenden sich die NGOs gegen eine Strategie zur Sicherung der Ernährung, die ausschließlich auf eine Sicherung durch den Agrarhandel setzt. Die globalen Agrarmärkte leiden nach Ansicht der NGOs unter sehr hohen Preisschwankungen. Die Konvention schlägt deshalb verschiedene Mechanismen vor, um eine nationale Ernährungssicherheit zu garantieren. Sie fordert zunächst das Recht von Staaten, entgegen dem Liberalisierungstrend der GATT/WTO-Regeln eine eigenständige nationale Agrarpolitik zu formulieren, ohne Angst vor Handelssanktionen anderer Staaten haben zu müssen.“ Künnemann, Rolf (2000): Neuere Entwicklungen beim Recht auf Nahrung. In: G. von Arnim(Hg.), V. Deile(Hg.), F. Hutter(Hg.), S. Kurtenbach(Hg.) & K. Tessmer(Hg.): Jahrbuch Menschenrechte 2000. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 285-297. Zitat von S. 239f.

³⁴² Das Konzept der Ernährungssouveränität ist durch die kleinbäuerliche Vereinigung La Vía Campesina auf dem Welternährungsgipfel 1996 eingeführt worden und hat mittlerweile eine breite Rezeption, auch innerhalb der Vereinten Nationen, erfahren. Ursprünglich war es als Gegenentwurf zum von der FAO lancierten Begriff der Ernährungssicherung gedacht, welcher politische und ökonomische Gründe für Hunger zu wenig einbezog und dadurch zum Teil selbst zur Negativwirkung von Programmen bei der Hungerbekämpfung beigetragen hatte. La Vía Campesina setzt sich für fairen Handel, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Bewirtschaftung ein. Unter Ernährungssouveränität wird das Recht von Völkern, Nationalstaaten und regionalen Verbänden verstanden, ihre Agrar- und Ernährungspolitik selbstständig und unabhängig zu definieren, ihre Kapazitäten zur Produktion von für die nationale oder kommunale Ernährungssicherung bedeutsamen Nahrungsmitteln zu erhalten, unter Berücksichtigung und Respektierung der kulturellen Vielfalt sowie der Diversität der Produktionsmethoden. Im Kern geht es um die Selbstbestimmung von Agrarproduzenten/Bauern und Konsumenten. Es handelt sich um eine politische Konzeption, welche ihre Begründung unter Anderem daraus bezieht, dass die Landbevölkerung einen Großteil der Hungernden stellt. Die Landbevölkerung wird (laut Vía Campesina) weder von der Entwicklungszusammenarbeit noch internationalen Institutionen wie der Weltbank adäquat berücksichtigt, obwohl sie das Gros der weltweit vorhandenen Nahrungsmittel produziert. Die Debatte über (den weit gefassten Terminus der) Ernährungssouveränität umfasst sowohl Kritik an Patentierung/geistigem Eigentum, Sortenschutz und Nachbaugebühren (Produzentenseite) als auch an

Absatz 12 der Allgemeinen Anmerkung 12 beschäftigt sich daher mit der Frage der Verfügbarkeit und beschränkt sich nicht nur auf Mechanismen der Verarbeitung, Verteilung oder Vermarktung von Nahrungsmitteln, sondern gesteht den Menschen die Möglichkeit der Selbstversorgung zu, sofern fruchtbare Böden oder andere natürliche Ressourcen vorhanden sind, die die Ernährungssicherung garantieren können. Absatz 26 und 27 beschäftigen sich ebenfalls mit Fragen des Zugangs und Schutzes natürlicher, für die Landwirtschaft bedeutsamer Ressourcen. So unterliegen Staaten der Verpflichtung „die Ressourcenbasis des Volkes für Nahrungsmittel zu schützen“³⁴⁴. In Artikel 1 (2) des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wird betont, dass alle Völker über nationale Reichtümer (Ressourcen, welche auf dem nationalstaatlichen Territorium vorhanden sind) verfügen können, ungeachtet potentieller international eingegangener Verpflichtungen. In jedem Fall wird jedoch ausgeschlossen, dass Völkern die Mittel ihrer Existenzbedingungen genommen werden dürfen.³⁴⁵

„Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.“³⁴⁶

internationalen Handelsstrukturen (Subventionierung/Dumping, Freihandel, Mono-/Oligopolisierung) sowie defizitär ausgestalteten Verbraucherrechten. Neben dem Einsatz für Landreformen, Farmers' Rights, das Recht auf Nahrung, Geschlechtergerechtigkeit, Partizipation, Regionalität und Biodiversität, wendet sich La Vía Campesina dezidiert gegen Maßnahmen, welche die Liberalisierung von Agrarmärkten propagieren sowie gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Für weitere Informationen siehe AbL/Germanwatch/BUKO Agrar Koordination (2007): Ernährungssouveränität: Ansätze zum Umgang mit dem Konzept in Deutschland. [online]

<http://www.germanwatch.org/handel/ernsouv07.pdf>. La Vía Campesina (2003): Food sovereignty. [online]

http://viacampesina.org/main_en/index.php?option=com_content&task=view&id=47&Itemid=27.

Reichert, Tobias (2008): Die Preise, die ich rief. Wie die Nahrungskrise Nichtregierungsorganisationen zum Umdenken zwingt. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 67.

³⁴³ CESCR 1999, Art. 11, S. 4.

³⁴⁴ CESCR 1999, Art. 27, S. 8.

³⁴⁵ Der UN Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung bezeichnet Wasser als flüssige Nahrung. Wasser würde somit unter Artikel 11 (1/2) fallen und die Proklamation eines Rechts auf Wasser zur Nahrungsmittel-produktion/Landwirtschaft ermöglichen, ein Zusammenhang, den der CESCR hinsichtlich Subsistenzland-wirtschaft betreibenden Indigenen durchaus bejaht. Die Beschränkung auf kleinbäuerliche Landwirtschaft wird mit dem Verbot, ein Volk seiner Existenzmittel zu berauben (UN Sozialpakt Art. 1 Abs. 2), begründet. Die landwirtschaftliche Wassernutzung soll generell jedoch nicht gegenüber anderen Nutzungsformen privilegiert werden und speziell der Legitimation der industriellen Agrarwirtschaft entgegenwirken. Möglich wäre an dieser Stelle sicherlich eine Rechtfertigung von Agrobiodiversität unter dem Recht auf Nahrung als Notwendigkeit zum Betreiben von Subsistenzlandwirtschaft. Rudolf, Beate (2007a): Menschenrecht Wasser – Herleitung, Inhalt, Bedeutung und Probleme. In: B. Rudolf (Hg.): *Menschenrecht Wasser?* Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 24.

³⁴⁶ Auswärtiges Amt 1966, S. 1f. Dieser Aspekt ist interessant für importorientierte Ernährungssicherungsstrategien in Ländern, deren landwirtschaftliche Kapazitäten nicht ausreichen, um

Weiterhin wird die Forderung an internationale Organisationen gestellt, Nahrungsmittelhilfe derart zu gestalten, dass sie keine nachteiligen Auswirkungen für örtliche Produzenten und lokale Märkte hervorbringt und die Selbstversorgungskräfte der Betroffenen nicht langfristig unterminiert.³⁴⁷ Daran wird deutlich, dass das Recht auf angemessene Ernährung nicht primär auf eine Versorgung der Bevölkerung abhebt, sondern die Förderung der Selbstversorgung und der dazu notwendigen Mittel betont. Hieran zeigt sich erneut, dass eine Unterteilung der Menschenrechte in positive und negative Pflichten defizitär ist. Denn das immanente Ziel des Rechts auf angemessene Ernährung ist nicht zwangsläufig eine Verteilung von Nahrungsgütern, sondern eigentlich die Herstellung der Ernährungssicherheit durch Befähigung der Betroffenen und potentiell Leidtragenden, durch Bildung und Aufklärung sowie Schaffung der notwendigen (institutionellen und sonstigen) Infrastruktur. Der im UN Sozialpakt verwendete Freiheitsbegriff kann demnach als auf Lebensautonomie und Wahlfreiheit rekurrierend verstanden werden. Interessant ist nun die Frage, wie eine Befähigung dazu erreicht werden kann.

2 Masse statt Klasse?

„Massenmenschen produziert man ja dadurch, daß man sie Massenware konsumieren lässt; was zugleich bedeutet, daß sich der Konsument der Massenware durch seinen Konsum zum Mitarbeiter bei der Produktion des Massenmenschen (bzw. zum Mitarbeiter bei der Umformung seiner selbst in einen Massenmenschen) macht.“³⁴⁸

Wie in den vorherigen Kapiteln bereits ausgeführt wurde, steht das Ziel der Erfüllung des MDG 1³⁴⁹ noch in weiter Ferne.³⁵⁰ Das Interesse und die Förderung ländlicher Entwicklungsprogramme sind in den letzten zwei Jahrzehnten stark gesunken. Wer Kritik an verfehlter Entwicklungszusammenarbeit und der Ignoranz internationaler Institutionen gegenüber Agrarentwicklung äußert, sieht sich einer beträchtlichen Zahl an Unterstützern

die eigene Bevölkerung zu versorgen wie bspw. den Ländern der Vereinigten Arabischen Emirate. Kann dieser Absatz eine Begründung zur Bevorzugung der Bevölkerung eines ressourcenreichen Landes gegenüber ressourcenärmeren Bevölkerungen im Hinblick auf das Recht auf Nahrung liefern?

³⁴⁷ CESCR 1999, Art. 39, S. 11. Auch Christensen betont, dass die Unterstützung des Rechts auf angemessene Ernährung je nach Ausgestaltung vielfältige (auch negative bzw. unerwünschte) Effekte (bspw. Zerstörung lokaler Versorgungsstrukturen) haben kann. Ziel sollte der Auf- und Ausbau einer nationalen und regionalen Nahrungsmittelversorgung sein. Die reine Verteilung von Nahrungsmitteln würde dem Ziel der Ermöglichung von Selbstversorgung entgegenstehen. Christensen, Cheryl (1978): *The Right to Food: How to Guarantee*. New York: Institute for World Order. S. 30f.

³⁴⁸ Anders, Günther (1968): *Die Antiquiertheit des Menschen: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: Verlag C. H. Beck. S. 103.

³⁴⁹ Millennium Development Goal 1: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger: Zwischen 1990 und 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die mit weniger als US\$ 1 pro Tag auskommen müssen; Halbierung des Anteils der an Hunger leidenden Menschen zwischen 1990 und 2015.

³⁵⁰ MDG Report 2008.

gegenüber. Die Mär von Entwicklung qua Liberalisierung³⁵¹ wurde mittlerweile derart oft widerlegt, dass an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen wird.³⁵²

Im Folgenden beschäftige ich mich mit dem Potential ländlicher Entwicklungsstrategien. Um plausibel erklären zu können, warum die Integration in einen formalisierten und globalisierten Nahrungsmittelmarkt für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern keine sinnvolle und nachhaltige Option zur Überwindung von Armut, Mangel- und Unterernährung darstellt und damit auch keinen relevanten Beitrag zum Recht auf Nahrung leisten kann, stelle ich Nahrungsmittel- und Saatgutindustrie sowie aktuelle Tendenzen vor. Eine allgemeine Einbettung in agrarpolitische Zusammenhänge findet sich in Kapitel II dieser Arbeit. Im Anschluss daran werden kurz-, mittel- und langfristige Ansätze der Ernährungssicherung vorgestellt und daraufhin überprüft, welcher dem Anspruch des Rechts auf angemessene Ernährung am nächsten kommt. Anschließend wird geklärt, warum landwirtschaftliche Vielfalt den Implikationen des Rechts auf Nahrung am ehesten gerecht wird.

2.1 Die Nahrungsmittelindustrie: mehr Fluch als Segen

Die Struktur der Nahrungsmittelproduktion hat sich in den letzten zwanzig Jahren stark verändert. Vor allem in Lateinamerika und Asien haben die Zahl der Supermärkte und damit die Menge der in Supermärkten verkauften Nahrungsmittel rapide zugenommen. Allein in China stieg der Anteil verarbeiteter Produkte zwischen 1999 und 2001 um über 50%. Dadurch verändern sich nicht nur Kauf- und Konsummuster der Endverbraucher, sondern auch sämtliche Ebenen der landwirtschaftlichen Produktion, Verarbeitung, Handel und Verkauf. Die Transformation der globalen Nahrungsmittelsysteme findet ganzheitlich statt und betrifft auch lokale Produktions- und Vermarktungsstrukturen in Entwicklungsländern. Für Landlose und Kleinbauern stellt dieser Strukturwandel ein zweischneidiges Schwert dar.³⁵³

Die Supermarktketten sind global verbreitet und verfügen über eine große (finanzielle) Macht. Sie sind interessiert an standardisierten Waren, die immer in der gleichen Qualität, über die gleichen Vertriebswege und möglichst zu gleichen Preisen zu haben sind. Aufgrund ihrer Marktmacht können sie die Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsstrukturen sowie -prozesse und Preise maßgeblich zu ihren Gunsten beeinflussen. Das stellt zwar einerseits

³⁵¹ Eine IFPRI Studie aus dem Jahr 1977 äußert sich zu den Konsequenzen landwirtschaftlicher Liberalisierung und kommt zu dem Ergebnis, dass „even in the unlikely event that the trade barriers are completely removed in OECD countries, the relative gains from liberalizations are unfortunately quite trivial for most of the twenty-eight selected countries“. Valdes, Alberto/ Huddleston, Barbara (1977): Potential of Agricultural Exports to Finance Increased Food Imports in Selected Developing Countries. Washington D.C.: International Food Policy Research Institute. Zitiert nach Christensen 1978, S. 21.

³⁵² Buntzel, Rudolf (1991): Landwirtschaft in den Zwängen des Welthandels. Beiträge über Agrarpolitik, Hunger und Umwelt in der Uruguay-Runde. Hamburg: Verlag Dienste in Übersee. Mooney/Fowler 1991, ebenso Kapitel II dieser Magisterarbeit.

³⁵³ FAO 2004a, S. 18-21.

einen Schutz (der Qualität, des Firmenimage) der Verbraucher dar, führt hingegen vielfach zu Ausgrenzung von Produzenten, welche besagte Auflagen nicht erfüllen können. Kleinbauern, die sich erfolgreich in den Nahrungsmittelmarkt eingegliedert haben, gehören oftmals Kooperativen an und waren Nutznießer öffentlicher oder privater Entwicklungsprogramme, welche Information, Schulung und Kredite gewährten.³⁵⁴

Die Schaffung und Besetzung von Nischenmärkten sowie Zertifizierung als ‚ökologisch‘ oder ‚fair gehandelt‘ bieten neue Möglichkeiten der Einkommensgenerierung (mit der zumeist auch eine Verbesserung der Ernährungssituation einhergeht) für Kleinbauern. Allerdings bieten lokale und nationale (aber letztlich auch globale) Nischenmärkte keine unbegrenzten Wachstumsmöglichkeiten. Zudem stellen kostspielige Zertifizierungen ein großes Hemmnis für Kleinbauern dar. Außerdem werden Tendenzen offenbar, dass Marktintegration auch in Entwicklungsländern langfristig nur erfolgreich ist, wenn sich die Produzenten bzw. Aufkäufer selbst vergrößern, da Supermarktketten dazu neigen, die Zahl ihrer Zulieferer systematisch zu verringern.³⁵⁵

Das heißt, obwohl kurzfristige Entwicklungsmöglichkeiten für Kleinbauern durch Kooperationen mit Supermarktketten möglich sind, bietet die Ausrichtung auf selbige keine langfristige Sicherheit, da deren Bedarfsstruktur grundlegend von kleinbäuerlichen Verhältnissen abweicht. Viele Kleinbauern erfahren eine doppelte Form der Diskriminierung: Einerseits werden sie von der (Welt-)Marktintegration aufgrund ihrer geringen Produktionsmenge und mangelhafter Standardisierung ausgeschlossen, andererseits sind sie aufgrund ihrer geringen Kaufkraft unfähig, an dieser spezifischen Ausprägung des Nahrungsmittelsystems teilzuhaben.³⁵⁶ Strenggenommen bedeutet das, dass eine an nationalen Interessen ausgerichtete Ernährungssicherungsstrategie nur dann langfristige positive Effekte auf den wirtschaftlichen und ernährungsphysiologischen Zustand von Kleinbauern und Landlosen zeitigen kann, wenn sie darauf ausgelegt ist, eine kleinteilige, nachhaltige, lokale und diverse Landwirtschaft zu fördern.³⁵⁷

³⁵⁴ FAO 2004a, S. 18-21.

³⁵⁵ Zwischen 1999 und 2001 verringerten die 12 größten, milchverarbeitenden Betriebe Brasiliens die Zahl der zuliefernden Milchbauern um 75.000. Die meisten der davon betroffenen Milchbauern mussten ihre Tätigkeit aufgeben. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch für Asien konstatieren. Thailands führende Supermarktkette reduzierte ihre Gemüselieferanten von 250 auf 10 innerhalb von nur 5 Jahren. FAO 2004a, S. 21.

³⁵⁶ Damit sage ich noch nichts darüber aus, ob eine Teilhabe an verarbeiteten, kommerziell erzeugten Lebensmitteln überhaupt wünschenswert wäre. Zu Teilhabe siehe FAO 2004a, S. 18-21.

³⁵⁷ Worldbank/FAO 2008; FAO 2006; Chennai Platform for Action: Agricultural Biodiversity and Elimination of Hunger.

2.2 Agrarindustrie: Von Monokulturen, Saatgut, Patenten und Gentechnik

Die Umstellung der Produktion auf die Interessen multinationaler Nahrungsmittelkonzerne ist jedoch noch in anderer Hinsicht problematisch: Sie fördert eine zunehmende Zerstörung der landwirtschaftlichen Vielfalt sowohl auf lokaler als auch globaler Ebene. Das hängt mit einem weiteren, für die Nahrungsmittelindustrie wichtigen Industriezweig zusammen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse entstammen nicht nur der Natur und differieren demnach immer je nach geographischer Lage, Wetter, Temperaturen, Bodenbeschaffenheit und Umweltbedingungen. Das Pflanzmaterial muss zunächst erst einmal hergestellt werden. Wollte man die Kette der Nahrungsmittelproduktion in verschiedene Stufen aufteilen, stünde zu Beginn die Saat- und Pflanzgutindustrie, danach kämen Landwirte, Verarbeiter und anschließend die Supermarktketten.

Die Saat- und Pflanzgutindustrie (die Herstellung keimfähigen Saat- und Pflanzgutes) hat sich in den letzten 30 Jahren strukturell stark verändert. Während der Saatgutmarkt noch vor 25 Jahren unter ca. 7.000 Zuchtunternehmen (keines mit einem Marktanteil über einem Prozent) aufgeteilt war, konzentriert sich die kommerzielle³⁵⁸ Saat- und Pflanzgutindustrie gegenwärtig zu 50% in den Händen von zehn global agierenden Unternehmen.³⁵⁹ Dadurch stieg die Relevanz von Pflanzeigenschaften (Ertrag, Anbaufähigkeit, Herbizidresistenz) und

³⁵⁸ Es gibt auch vielfältige Formen nicht kommerzieller Pflanz- und Saatgutvermehrung, bspw. den Nachbau, die Einbehaltung von Saatgut z.B. von Getreide nach der Ernte zur Aussaat im Folgejahr. Zudem gibt es in vielen Entwicklungsländern (regionale) Tauschbörsen für Saatgut, sogenannte Saatgutmärkte, die jährlich zwischen Ernte und Aussaat stattfinden. Diese bieten den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Option, verlorene Sorten wiederzuerlangen und anzubieten sowie Keimplasma und Informationen zu tauschen. Das weibliche Wissen spielt dort eine besondere Rolle, da Frauen aufgrund der genderspezifischen Aufgabenteilung für Lagerung, Anbau, Verwertung und Tausch verantwortlich sind. Ein anderes Beispiel sind die Gemeinschaftsgenbanken. In diesen wird regional vorhandenes und angebautes Saatgut der regional bedeutendsten Pflanzenarten und -sorten hinterlegt und steht allen Beitragenden zur Verfügung. Feldfrüchte, die nicht aus Samen gewonnen werden (bspw. Kartoffeln), werden durch Erhaltungszucht in Gemeinschaftsgärten bewahrt. Mit der Entnahme von Saatgut geht man die Verpflichtung der Rückgabe von Keimplasma ein. Im Gegensatz zu nationalen oder regionalen Genbanken, zu denen die meisten Kleinbauern allein logistisch keinen Zugang haben, ist das Ziel der Gemeinschaftsgenbanken nicht die Verbreitung von Neuzüchtungen, sondern der Erhalt und die Verwendung von lokal vorhandenem, bewährtem, lizenzfreiem Saatgut. Die sogenannten ‚community seed banks‘ sollen zudem eine Versicherung gegen unvorhergesehene Ereignisse wie Naturkatastrophen (die das auf den Feldern vorhandene Keimplasma durch Wasser oder Trockenheit zerstören können) darstellen und die Ernährungssicherung ermöglichen. Sie eignen sich besser zur Aufbewahrung von Saatgut als die Lagerung auf Bauernhöfen und verhindern zudem, dass die Kleinbauern das Keimplasma in Notzeiten verkaufen oder konsumieren (und damit ihre Perspektive auf eine Ernte im Folgejahr bzw. die Grundlage ihrer Ernährungssicherheit zerstören). Almekinders, Conny (o.J.b): Farmers as Bankers – Community Seed Banks. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Zu Saatgutmärkten siehe Almekinders o.J.a.

³⁵⁹ Etc group (2005): Global Seed Industry Concentration - 2005. [online]

<http://www.etcgroup.org/upload/publication/48/01/seedmasterfin2005.pdf> S. 2. Dies wird bestätigt durch eine unveröffentlichte Studie ‚Seed Industry Consolidation‘ des Jahres 2005 von Phillips McDougall, einem britischen Wirtschaftsanalysten der Agrarindustrie. McDougall, Phillips (2005): Seed Industry Consolidation. Unveröffentlichte Studie.

Schutzrechten (Patentierung, Sortenschutz, Nachbau) beträchtlich. Weiterhin ergeben sich für die Menschheit Fragen nach Ernährungssicherheit und -souveränität, da die Unternehmen (durch firmenpolitische Entscheidungen) bedeutenden Einfluss auf die Welternährung und die biologische Vielfalt haben. Diese Unternehmen entscheiden über die zur Verfügung stehenden Samen und Setzlinge, darüber, welche Nahrungs- und Futterpflanzen angebaut, erhalten, gefördert, verbessert oder vernachlässigt werden, nicht mehr zur Verfügung stehen und damit aussterben. Die Konzerne entscheiden letztlich darüber, welche Lebensmittel den Menschen zur Verfügung stehen und auf ihren Tellern landen (können). Die kommerzielle Saatgutindustrie stellt den ersten Baustein in der Nahrungsmittelkette dar und beeinflusst maßgeblich den Erhalt unserer weltweiten Ernährungsgrundlagen.

„Die genetische Artenvielfalt hat ebenfalls abgenommen, und viele der indigen gezüchteten Getreidearten (seit langem bewährt und an die örtlichen Gegebenheiten angepasst) sind von hochgezüchteten Saaten verdrängt worden, die anfälliger für Seuchen sind. Die langfristige jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion in Indien in den Jahren 1968 bis 1985 sank um 2,6% - und damit unter die Rate von 3,08%, die in der Periode vor der Grünen Revolution zwischen 1950 und 1968 erreicht wurde.“³⁶⁰

Die Unternehmensentscheidungen haben in Bezug auf Saatgut zwei Seiten: eine tendenziell positive in Form dessen, was verfügbar gemacht wird, und eine negative in Form von dem, was vernachlässigt wird. Studien des US amerikanischen Landwirtschaftsministeriums haben ergeben, dass mit der Konzentration der Saatgutindustrie eine Verringerung der privaten Forschungsaktivitäten einhergeht. Entgegen den Behauptungen der Saatgutindustrie resultiert der Ausbau von Marktmacht und Präsenz im Verhältnis zu Größe und Marktanteil des jeweiligen Zuchtunternehmens nicht in verstärkter Forschung und damit Verbesserung des Saatguts und Erhöhung der verfügbaren Sorten. Im Gegenteil, die Ausweitung des Marktanteils führt tendenziell zu verminderter Forschungs- und Entwicklungsaktivität, Reduzierung des Sortiments und letztlich zu geringerer Sortenvielfalt.³⁶¹ Kommerzielle Saatgutproduzenten verfolgen andere Interessen als Kleinbauern oder die Konsumenten ihrer Produkte. Sie richten ihre Forschungsinteressen auf Aspekte wie Ertragsstärke, Farbe, Resistenz gegenüber Schädlingen und Kälte-, Hitze-, Trockenheits- oder Feuchtigkeitstoleranz. Geschmacks- oder gar Ernährungseigenschaften haben, von einigen Sonderforschungsprogrammen abgesehen, keine Bedeutung.³⁶² Zuchtunternehmen entwickeln sozusagen ‚Breitbandsaatgut‘, das auf

³⁶⁰ Agarwal 2000, S. 261.

³⁶¹ Fernandez-Cornejo, Jorge/ Schimmelpennig, David (2004): Have Seed Industry Changes Affected Research Efforts? USDA Economic Research Service. [online]
<http://www.ers.usda.gov/AmberWaves/February04/Features/HaveSeed.htm>.

³⁶² Bei Soja, Mais, Baumwolle und Raps, den Pflanzenarten, die fast 100% der gentechnisch veränderten Organismen ausmachen, zeigt sich, dass diese lediglich drei neue Eigenschaften besitzen: Herbizidresistenz (63%), Insektizidresistenz (18%) oder Herbizid- und Insektizidresistenz (19%).

unterschiedlichsten Böden nur unter standardisierten Bedingungen und in Monokultur hohe Erträge einbringen kann. Der potentielle Ertrag ist nicht Resultat anpassungsfähigen Saatguts, sondern Ergebnis relativ stabiler Umgebungsbedingungen, erzeugt durch den (massiven) Einsatz von Agrarchemikalien.³⁶³

Die Saatgutindustrie ist ein sensibles Gewerbe, da sie global und existentiell bedeutsam ist und sich kaum ein Mensch den Auswirkungen von firmeninternen Fehlentscheidungen entziehen kann. Sie ist zudem sensibel, weil sie abhängig von Faktoren (wie Umgebungsbedingungen, Schädlingen) ist, die zu kontrollieren und auszumerzen sie sucht, von denen sie sich letztlich nicht gänzlich frei machen kann.³⁶⁴ Saatgut- und Nahrungsmittelindustrie sind wichtige Industriezweige, die ökonomischen und zum Teil naturwissenschaftlichen Maximen folgen, obwohl sie Träger globalgesellschaftlicher Verantwortung sind und damit theoretisch politische und ethische anstelle von wirtschaftlichen Erwägungen anstellen müssten. Saatgut ist eine andere Art von Handelsware als Schuhe oder Autos und verlangt daher eine andere Form der Behandlung und Beurteilung. Es ist fragwürdig, dass Saatgut, das den ersten, aber dafür entscheidenden Baustein in der Nahrungsmittelkette darstellt, als Ware gehandelt und zudem der Verfügung einzelner Unternehmen (in Form von Sortenschutz, Patenten und Nachbaugebühren) unterstellt werden darf.³⁶⁵ Hierin liegt bereits ein grundlegendes Paradigma der Ernährungssicherung begründet.³⁶⁶

Allerdings stellt sich ganz grundsätzlich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Veränderung lediglich einer Pflanzeigenschaft, wenn bspw. Bt-Baumwolle gegen einen Schädling resistent, Baumwolle aber in Indien ca. 165 verschiedenen Schädlingen ausgesetzt ist, gegen die letztlich mit Pflanzenschutzmitteln vorgegangen werden muss. ISAAA (2008): Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops: 2008. The First Thirteen Years, 1996 to 2008. [online]

<http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/39/executivesummary/default.html>.

Goswami, Bhaskar (2007): Making a meal of Bt cotton. InfoChangeIndia, Sep. 2007. [online]

<http://infochangeindia.org/200709026463/Other/Features/Making-a-meal-of-Bt-cotton.html>.

³⁶³ Etc group 2005, McDougall 2005.

³⁶⁴ Sicherlich kann eingewendet werden, dass die vollständige Kontrolle von Pflanzeigenschaften und ihre optimale Ausnutzung zu einem fiktiven Zeitpunkt in der Zukunft möglich sein könnte. Allerdings kann sich die Industrie niemals aller Umgebungsbedingungen gleichzeitig entledigen bzw. diese kontrollieren, da auch die Umgebung steten Modifikationsprozessen unterliegt und eine Kontrolle einzelner Faktoren immer erst mit zeitlicher Verzögerung stattfinden kann. Als Beispiel können Bakterien, Pilze und andere Schädlinge angeführt werden. Zudem muss angemerkt werden, dass selbst, wenn die Saatgut- und Nahrungsmittelindustrie Ernährungssicherheit garantieren könnten, dem Anspruch der Ernährungssouveränität noch immer nicht genüge getan wäre.

³⁶⁵ Da diese Argumentation nicht auf Saatgut beschränkt ist, sondern auch bezüglich der pharmazeutischen und chemischen Industrie geführt wird, möchte ich an dieser Stelle in generalisierter Form auf die Debatte hinweisen, welche die Verfügung über und den Besitz von biologischen Ressourcen hinterfragt. Dem Verständnis von biologischen Ressourcen als öffentlichem Gut steht die Vorstellung von Besitzverhältnissen gegenüber. Daran geknüpft sind Fragen nach der Begründbarkeit der Patentierung von Organismen und Wissen. Die Option, Sortenschutz für eine neue Pflanzensorte beantragen (sie patentieren, etc.) zu können, ist ein Vergütungsmechanismus für die geleistete Forschung von Züchtern. Indem eine biologische Ressource für einen bestimmten Zeitraum der Verfügung der Öffentlichkeit entzogen wird, soll ein Anreiz zu weiteren Investitionen und Innovationen

geschaffen werden. Nach Ablauf des festgelegten Zeitraums soll das biologische Material lizenzfrei der Öffentlichkeit zurückgegeben werden. In der Praxis haben sich allerdings mehrfach Probleme aufgetan, welche am Beispiel der deutschen Kartoffelsorte Linda demonstriert werden können. Um Linda in Deutschland produzieren und verkaufen zu können, muss sie durch das Bundessortenamt (BSA) zugelassen und in die Bundessortenliste eingetragen werden. Der Züchter der (neuartigen) Sorte kann neben der Zulassung den Sortenschutz beantragen, welcher bei Neuzüchtungen 30 Jahre beträgt. Der Inhaber der Zulassung ist Gebührenschuldner gegenüber dem Staat und zu einer ordnungsgemäßen Erhaltungszucht verpflichtet. Weiterhin wird er vom BSA zur Erhebung von Lizenzgebühren ermächtigt. Nach Ablauf des 30jährigen Sortenschutzes kann jeder Züchter die zugelassene Sorte vermehren und verkaufen. Im Fall von Linda zog der Sortenschutzinhaber (EUROPLANT Pflanzenzucht GmbH) im Dezember 2004 die Zulassung von Linda, deren Sortenschutz im Januar 2005 ausgelaufen wäre, zurück. Unmittelbar bevor EUROPLANT die Rechte an Linda verlor, ließ das Unternehmen die Sorte aus der Bundessortenliste streichen und verhinderte damit die Rückgabe des genetischen Materials an die Allgemeinheit. Andere Anbieter durften die Sorte nicht länger anbauen bzw. vertreiben. Zugleich dezimierte EUROPLANT die innerbetriebliche Konkurrenz zu ihrer (lizenzpflichtigen und von Linda abstammenden) Neuzüchtung ‚Belana‘. Nachdem mehrere Bauern und Verbraucher ihren Unmut über das Verschwinden der Sorte (als Verletzung ihrer Ernährungssouveränität) äußerten, wurde der Freundeskreis „Rettet Linda“ gegründet, welcher sich unter anderem juristisch mit der Problematik auseinandersetzt und eine Neuzulassung der Kartoffelsorte anstrebt. Kritiker von individuellen Besitzrechten an pflanzlichen Rohstoffen wenden ein, dass diese zugleich allen und niemandem gehören. Sie sind für die Existenz eines jeden Menschen derart grundlegend (ebenso wie Wasser oder Luft), dass sie allen Menschen zur Verfügung stehen müssen und niemand sie besitzen kann, denn (und dieser Punkt ist entscheidend) sie stellen kein aus dem Menschen selbst generiertes Produkt dar. Samen haben sich zwar mithilfe menschlichen Einflusses verändert, aber ihre Stofflichkeit ist unabhängig von der menschlichen Existenz. Speziell gegen die Möglichkeit der Patentierung sogenannter Neuschöpfungen wird vorgebracht, dass diese nicht aus sich selbst heraus materialisiert wurden, sondern der Verwendung bereits vorhandener Stoffe bedurften. Die Anerkennung der Innovation in einer neuen Sorte registriert zwar die potentielle gegenwärtige Leistung, negiert jedoch die unbenannte jahrtausendelange Vorarbeit am Ausgangsmaterial. Inwiefern es gerechtfertigt ist, die historisch erbrachte Leistung von Bauern bei der Gewährung von Schutzrechten nicht zu beachten, ist fraglich. An dieser Stelle soll nicht die Schuldfrage gestellt werden, sondern vielmehr auf das Missverhältnis zwischen der mangelhaften Verrechtlichung von Bauern- und Verbraucherrechten zur elaborierten Saatgutverkehrs- und Sortenschutzgesetzgebung (agroindustriellen Rechten) hingewiesen werden. Nationale Saatgutgesetze können enormen Einfluss auf den Erhalt und die Nutzung landwirtschaftlicher Vielfalt haben. Sie regeln das Inverkehrbringen von neuen und alten Sorten. Zumeist ist die Zulassung mit einem Prüfverfahren und finanziellen Aufwand verbunden, der tendenziell eher für Neuzüchtungen denn für alte Sorten betrieben wird. Die Regelung über Verkauf und Anbau von zugelassenen Sorten ermöglicht eine gewisse qualitative Kontrolle über die zukünftigen Lebensmittel. Allerdings untersagt sie auch den kommerziellen Vertrieb z.T. jahrhundertealter Landsorten, die zwar landwirtschaftlich erprobt, aber nicht zur Zulassung angemeldet wurden. Der Sortenschutz auf Neuzüchtungen kann, wenn er wie in Deutschland ausgestaltet ist, das rechtliche Gewicht auf den Züchter verschieben und die Bauern und Verbraucher ohne juristische Handhabe zurücklassen und damit zum Verlust von Sorten beitragen. Neben der Ernährungs- und Qualitätssicherung sollte beim Sortenschutz nicht nur der Beitrag der kommerziellen Züchter anerkannt werden, sondern ebenso der indigener und europäischer Bauern, welche über Jahrhunderte die Grundlage für eine Neuzüchtung entwickelt haben. Dazu bedarf es eines Rechts der Allgemeinheit auf Rückgabe des aus öffentlichem Gut entnommenen, genetischen Materials sowie die Stärkung der bäuerlichen Rechte, wie im von Regine Andersen geleiteten Farmers’ Rights Project des Fridtjof Nansen Institute in Norwegen konzeptualisiert. Die Farmers’ Rights beschreiben die Rechte von Bauern an ihren eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und sind in gewisser Weise als Gegenstück zu Züchterrechten gedacht. Sie beschreiben die Leistungen historischer, gegenwärtiger und zukünftiger Bauern bezüglich Konservierung, Verbesserung und Bereitstellung pflanzengenetischer Ressourcen und Agrarökosysteme. Für den Erhalt einer vielfältigen Landwirtschaft und die langfristige Ernährungssicherung sind gerade die Kleinbauern und ihre Verfügungsgewalt über die sie umgebenden Ressourcen wichtig. Egziabher betont, dass Kleinbauern die afrikanische Agrobiodiversität erhalten und für die afrikanische Ernährungssicherung und -souveränität fundamental bedeutsam sind. Er spricht sich daher dezidiert für Installierung von Farmers’ Rights aus, um die Souveränität über die afrikanischen Ernährungsgrundlagen nicht zu verlieren. In Orientierung an traditionellen und indigenen Rechts- und

Gegenwärtig hat sich dieser Antagonismus noch verstärkt, da Saat-, Pflanzgut- und Nahrungsmittelindustrie mittlerweile eng verzahnt sind mit der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Jede der zehn bedeutsamsten Zuchtfirmen ist über Töchterunternehmen mit wichtigen Agrochemie-, Biotechnologie- und Pharmafirmen verbunden. Da Saatgut nur einen verhältnismäßig geringen Anteil am Gesamtumsatz von Agrar- und Chemiemultis hat, lautet das Credo mittlerweile Wertsteigerung.³⁶⁷ Diese kommt durch die Verknüpfung von spezifischen Saatgutentwicklungen mit den dafür vermeintlich maßgeschneiderten Düngemitteln, Pesti-, Herbi- und Fungiziden zustande. Verträge mit Saatgutfirmen enthalten nicht nur Abnahmevereinbarungen bezüglich Saatgut, sondern umfassen ebenjene benannten landwirtschaftlichen Ersatzstoffe. Auf ähnliche Art und Weise sind Verträge über gentechnisch veränderte Organismen (GMO) strukturiert.

2.3 Die Eignung monokulturellen, großflächigen Anbaus zur Ernährungssicherung der ruralen Bevölkerung

Die obige Darstellung veranschaulicht bereits, warum die Verwendung pflanzlichen Saatguts der kommerziellen Saatgutindustrie keine wirkliche Option der Armutsminderung enthält. Einerseits haben die Unternehmen ein Interesse an der Vermarktung des Saatguts und an den dafür entwickelten Nebenprodukten (sprich: ganzer Anbausysteme). Die Entwicklung sowohl des Saatguts als auch der Chemikalien ist kostenintensiv, was sich in den Preisen für ihre Produkte niederschlägt. Zudem sind ihre Saaten derart standardisiert, dass sie sich nur unter relativ stabilen, definierten Bedingungen optimal entwickeln. Dazu zählt unter anderem der großflächige Anbau in Monokultur. Neben Dünger und Agrochemikalien ist eine ausreichende Versorgung mit Wasser notwendig.

All diese Voraussetzungen kann eine von Unter- oder Mangelernährung Betroffene nicht erfüllen. Wenn sie nicht über die Mittel einer adäquaten Versorgung mit Nahrungsmitteln verfügt, wie soll sie dann die Finanzierung westlichen Saatguts und der Agrochemie leisten? Woher das Wasser zur Bewässerung des Feldes nehmen und wie es transportieren? Ein Großteil der Armen lebt in Gebieten, in denen ihnen nur ein geringer Teil der landwirtschaftlichen Flächen gehört, die zudem zerteilt sind, d.h. wo großflächiger monokultureller Anbau nicht möglich ist, und die sich teilweise an marginalen Standorten, wie Höhen- oder Tieflagen, befinden, die sich klimatisch unterscheiden. Zudem birgt die

Bewirtschaftungssystemen werden die Farmers' Rights daher auch tendenziell als Kollektivrechte gedacht. Zu Farmers' Rights siehe Andersen, Regine (2006): Farmers' Rights and agrobiodiversity. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Egziabher 2002, S. 154f. Zu Linda siehe Kartoffelvielfalt: Rettet die Linda!. [online] http://www.kartoffelvielfalt.de/rettet_linda/index.php.

³⁶⁶ Etc group 2005, S. 2.

³⁶⁷ Etc group 2005; Ribeiro 2002, S. 123f.

Kultivierung von Monokulturen die Gefahr eines vollständigen Ernteausfalls. Dieser bedeutet nicht nur den Verlust der wirtschaftlichen Grundlage, sondern oftmals auch der Ernährungsgrundlage an sich. Die Verwendung kommerziellen Saatguts scheint demnach nicht die optimale Strategie zur Herstellung und Sicherung des Rechts auf angemessene Ernährung zu sein.³⁶⁸

Das Potential gentechnisch veränderter Nahrungs- und Nutzpflanzen zur Ernährungssicherung und Einkommensgenerierung

„In den Ländern des Südens war das Saatgut für die Grundnahrungsmittel gerade in seiner Vielfalt ein wichtiges Kapital der Frauen innerhalb der lokalen Ökonomien, weil gerade die Biodiversität Überleben sicherte. Durch die Verbreitung kommerzieller Hybridsorten und die Patentierung von Saatgut verlieren sie diesen Machtfaktor.“³⁶⁹

Die Relevanz von GMOs für die Unterernährung ist gering, da 95% der in Schwellen- und Entwicklungsländern angebauten GMO-Pflanzen (Soja, Mais, Baumwolle, Raps) industriell oder als Tierfutter genutzt werden. Die Veränderung der argentinischen Landwirtschaft hin zum Anbau von herbizidresistentem Soja ging zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion (Flächenkonkurrenz) und der Vielfalt der Anbausysteme (Monokultur). Reis- und Kartoffelanbau verringerte sich um 40% bzw. 38%. Gemüse-, Milch-, Fleisch- und Eierproduktion reduzierte sich noch stärker. Der Plan der argentinischen Regierung, die Sojaanbaufläche bis 2010 um weitere vier Millionen Hektar (1996: 6 Mil., 2004: 14 Mil.) auf 18 Millionen Hektar zu erweitern, wird diesen Trend noch verstärken.³⁷⁰

Es existieren keine stichhaltigen Belege für nachhaltig höhere ökonomische Erträge durch die Verwendung von genveränderten Sorten. Bt-Baumwolle verringerte den Pestizideinsatz in den ersten drei Jahren nach ihrer Aussaat um ca. 70%, wodurch die Produktionskosten reduziert und die Erlöse um bis zu 36% gesteigert werden konnten. Allerdings ergab eine Studie der Cornell Universität in 481 chinesischen Agrarbetrieben, dass Sekundärschädlinge, wie Weichwanzen, gegen das Bt-Toxin relativ unempfindlich sind, woraufhin der Pestizideinsatz erhöht werden musste und nach siebenjähriger Kultivierung so hoch wie bei konventionellen Baumwollpflanzen in der Region lag. Die höheren Preise für Pflanzenschutz-, Düngemittel und Saatgut resultierten im Verlust von 8% des

³⁶⁸ FIAN (1999): Von der Grünen Revolution zur Genrevolution. [online] http://www.oneworld.at/wide/dokumente/macht_gentechnik_satt_1999.pdf. Worldbank/FAO 2008.

³⁶⁹ Wichterich 2002, S. 86.

³⁷⁰ Kotschi, Johannes (2008): Grüne Gentechnik – wie wirkt sie sich auf die landwirtschaftliche Vielfalt aus? Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Benbrook, Charles M. (2005): Rust, Resistance, Run Down Soils, and Rising Costs – Problems Facing Soybean Producers in Argentina. BioTech InfoNet: Technical Paper Nr. 8, Jan. 2005. Sowie ISAAA 2008.

Nettoeinkommens im Vergleich zu konventionell wirtschaftenden Bauern. Ähnliches gilt für Indien (Punjab, Gujarat, Andra Pradesh) sowie Südafrikas Makhatini Flats.³⁷¹

Die Behauptung, die Verwendung von GMOs führe zu verringertem Pestizideinsatz, wurde von Benbrook in einer Studie aus dem Jahr 2004 widerlegt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass entgegen aller Versprechungen der agrochemischen Industrie der Einsatz von Chemikalien durchschnittlich um 4,1% pro (GMO-)Anbaufläche gestiegen ist. Zwar konnte die Menge an Insektiziden um ca. 15,6 Millionen Pfund reduziert werden, gleichzeitig stieg der Verbrauch an Herbiziden jedoch um 138 Millionen Pfund an.³⁷²

Eine Studie des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums beschreibt, dass GM-Saaten keinen signifikanten Ertragszuwachs erbracht haben. Zu Ertragssteigerungen in Entwicklungsländern liegen noch keine verallgemeinerbaren Daten vor, aber es ist wahrscheinlich, dass GM-Saatgut genauso oder weniger ertragreich ist wie konventionelles Saatgut. Die Molekularbiologie geht mittlerweile davon aus, dass Eigenschaften von mehreren Genen bestimmt werden, zu denen eine Rückkopplung besteht. Die Risiken, die von einer Veränderung der DNA für die Zellregulation ausgehen, sind weitgehend unbekannt. Gentechnisch veränderte Sojabohnen weisen einen 20% höheren Ligningehalt auf als konventionelle. Da Lignin die Hitzetoleranz des Sojas beeinflusst, führt seine Erhöhung automatisch zu einer verringerten Hitzetoleranz mit potentiell negativen Ertragsfolgen. Qaim/Traxler schätzen das Potential zur Ertragssteigerung in Entwicklungsländern auch zukünftig als gering ein. Sie benennen ökologischen oder naturnahen Anbau als Option zur Ertragssteigerung wie von IAASTD vorgeschlagen und kürzlich in mehreren Studien bestätigt. Organischer Landbau brachte 114 afrikanischen Bauern Ertragssteigerungen von bis zu 116%.³⁷³

³⁷¹ Kotschi 2008. Lang, Susan (2006): Seven-year glitch: Cornell warns that Chinese GM cotton farmers are losing money due to 'secondary' pests. Cornell University: Chronicle Online, 25. Juli 2006. [online] <http://www.news.cornell.edu/stories/July06/Bt.cotton.China.ssl.html>.

³⁷² Benbrook, Charles M. (2004): Genetically Engineered Crops and Pesticide Use in the United States: The First Nine Years. Biotech InfoNet: Technical Paper Nr. 7, Oct. 2004.

³⁷³ Zu Ertragssteigerungen durch Gentechnik siehe Qaim, Matin/Traxler, Greg (2005): Roundup ready Soybeans in Argentina: farm level and aggregate welfare effects. *Agricultural Economics*, Vol. 32, Nr. 1. S. 73–86. Zu Ertragssteigerungen beim Ökolandbau siehe Gurian-Sherman, Doug (2009): *Failure to Yield: Evaluating the Performance of Genetically Engineered Crops*. Cambridge: Union of Concerned Scientists.

3 Strategien zur Verringerung von Unter- und Mangelernährung

3.1 Kurz-, mittel- und langfristige Ansätze

Die von der FAO vorgeschlagen Strategien zur Verminderung von Mangelernährung sind unterschiedlich und umfassen kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen. Durch die Gabe von Nahrungsergänzungsmitteln in Form von Tabletten oder Kapseln können kurzfristig auftretende Mangelsituationen überbrückt und die dauerhafte Beeinträchtigung durch Mangelfolgen verhindert werden. Auch wenn die Kosten für die Nahrungsergänzungsmittel zunächst gering erscheinen, liegt hierin ein großes Problem – die Abhängigkeit von verfügbaren Finanzmitteln. Versiegen die benötigten Finanzierungsquellen, leidet darunter die Versorgung mit Mikronährstoffen. Ist eine große Zahl von Menschen eines Landes von Mikronährstoffmangel betroffen, können die Bereitstellungskosten für eine Regierung sehr hoch, sprich: untragbar, werden. Weiterhin stellt die Versorgung von Menschen in entlegenen Gebieten, welche diese Stoffe eventuell am ehesten benötigen, ein logistisches Problem dar, dessen Dimension nicht unterschätzt werden darf. Hinzu kommt, dass die Absorptionsfähigkeit des menschlichen Organismus bezüglich chemisch synthetisierter Mikronährstoffe unter Medizinern und Ernährungswissenschaftlern noch immer umstritten ist. Die beschriebene Strategie wird eher als kurzfristige Maßnahme verstanden.³⁷⁴

Eine weitere Option stellt die Anreicherung der Nahrungspflanzen selbst dar. Tendenziell werden dazu bereits vorhandene Pflanzeigenschaften (Vorhandensein von bestimmten Mikronährstoffen) mittels (Kreuzungs-)Zucht oder Gentechnik verstärkt. Bislang wird sich aus Gründen der technischen Machbarkeit meist auf die Verstärkung einer Pflanzeigenschaft, wie beispielsweise die Erhöhung des Vitamin A-Gehalts, beschränkt.³⁷⁵

³⁷⁴ Engbruch/Riedel 2008, S. 160ff. FAO (a): Fortification of food with micronutrients and meeting dietary micronutrient requirements: Role and position of FAO.[online] [ftp://ftp.fao.org/ag/agn/nutrition/fortification.pdf](http://ftp.fao.org/ag/agn/nutrition/fortification.pdf). Das Strategiepapier der FAO erwähnt, dass Supplementierungsvorhaben auch negative Ergebnisse zeitigen können. Zudem herrscht kein wissenschaftlicher Konsens über die physiologische Absorptionsfähigkeit synthetisierter bzw. isolierter Nährstoffe. S. 2, 6f.

³⁷⁵ Bei der Reissorte ‚Golden Rice‘ wurde der Anteil an Beta-Carotin, das vom Körper in Vitamin A umgewandelt wird, gesteigert. Trotz erhöhtem Beta-Carotin-Anteil errechnete das New York Times Magazine, dass ein 11 jähriger Junge täglich 12 Pfund Reis essen müsste, um seinen Tagesbedarf an Vitamin A decken zu können. Der Körper benötigt zur Bildung von Vitamin A Fette und Proteine, welche beide nicht oder nur in sehr geringer Konzentration im Reis selbst und im Speiseplan von Mangelernährten im Allgemeinen kaum vorkommen. Die Zuführung von Beta-Carotin gewährleistet nicht, dass Mangelernährte die benötigten Bestandteile in ihrer Diät vorfinden, die ihnen die Umwandlung von Beta-Carotin in Vitamin A im Körper ermöglichen. Es gibt bereits braune Reissorten mit hervorragenden Nähreigenschaften, gegen die jedoch eine kulturelle Abneigung besteht, weshalb die Entwicklung des Golden Rice grundsätzlich in Frage gestellt wird. Syngenta unterhält die Patente an der Sorte, von der sie angibt, den Beta-Carotin-Anteil mittlerweile auf das Dreihundzwanzigfache erhöht zu haben. Der Patentinhaber hat zugesichert, den Bauern in Entwicklungsländern die Nutzung der Sorte für ein staatlich garantiertes Ausfuhrverbot gebührenfrei zu ermöglichen. Siehe Golden Rice Project: Golden Rice is Part of the Solution. [online] <http://www.goldenrice.org/>. Kritik am Golden Rice übt

Zur Anreicherung von Lebensmitteln bedarf es des notwendigen Knowhows, der Technologie, Infrastruktur und Finanzmittel. Die Technologie-, Input- und Kostenintensivität der Methode hat zur Folge, dass der Forschungsfokus auf Mikronährstoffen mit großer Reichweite liegt, d.h. deren Mangelerscheinungen viele Menschen betreffen. Dadurch kann es tendenziell zu einer Vernachlässigung weniger verbreiteter aber gravierenderer Mangelfolgen kommen. Eine Konzentration auf die Verstärkung von Einzelstoffen kann Mangelernährten nur bedingt helfen, da sie meist an einem Defizit unterschiedlicher Mikronährstoffe leiden. Zwar ist eine ausreichende Versorgung mit Folsäure oder Eisen für besagte Menschen bedeutsam, aber sie bleiben trotzdem weiterhin mangelernährt. Wird das Nahrungsmittel angereichert, sein Preis jedoch stabil gehalten, bedarf es hingegen nur geringer Veränderungen der Ernährungsstrategie und minimaler Überwachung durch das Gesundheitssystem. Zudem kann der Mikronährstoff durch die in den Nahrungsmitteln nur gering vorhandene Menge nicht überdosiert werden.³⁷⁶ Die Methode eignet sich demnach eher mittelfristig zur Verringerung von Mangelernährung und deren Folgeerscheinungen.³⁷⁷

Eine langfristige Strategie beschäftigt sich mit der Veränderung der Diät und den Ernährungsgewohnheiten. Sie umfasst die Schaffung des Zugangs zu Nahrungsmitteln (Versorgung, Infrastruktur), die eine umfassende Versorgung ermöglichen, z.B. anhand ländlicher Entwicklungsprogramme, die Modifikation von Ernährungsstrategien sowie öffentliche Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen. Die Umstellung der Ernährung ist eine langfristige und nachhaltige Möglichkeit, da sie die Ernährungssituation insgesamt verbessert, Versorgungsstrukturen schafft und ausbaut sowie die lokale Produktion stärkt. Gleichzeitig ist sie sehr kosten- und arbeitsintensiv, da sie nach einem ganzheitlichen Vorgehen und elaborierten Programmen verlangt. Ihre Wirkungen sind erst zukünftig messbar. Langfristig gilt diese Methode als am erfolgreichsten zur nachhaltigen Eindämmung von Unter- und Mangelernährung. Die strukturellen Gegebenheiten, welche Hunger und Mangelernährung mit verursachen, werden bei der Entwicklung einer holistischen Ernährungssicherungsstrategie berücksichtigt. Menschen sollen nicht nur irgendwie versorgt, satt oder mit ausreichend Vitamin C/A ausgestattet werden, bis sie ein physiologisch angemessenes Level erreichen. Sie

Pollan, Michael (2001): The Great Yellow Hype. In: New York Times Magazine, 4. März 2001. [online] <http://www.nytimes.com/2001/03/04/magazine/04WWLN.html>.

³⁷⁶ BASF (2009): Anreicherung von Nahrungsmitteln mit Mikronährstoffen. [online] <http://www.food-fortification.com/>. Die Homepage entspringt einer Kooperation von BASF, WHO, UNICEF und FAO zur Anreicherung von Nahrungsmitteln. Siehe Engbruch/Riedel 2008, S. 160ff. Beispiele für veränderte Nahrungsmittel sind die Anreicherung von Reis mit Eisen auf den Philippinen, Mehl in Venezuela oder Sojasoße in China.

³⁷⁷ FAO a, S. 2.

sollen befähigt werden, sich selbst mit lokal vorhandenen Ressourcen zu unterhalten und das ernährungsphysiologische Wissen anzuwenden.³⁷⁸

Sicherlich kann an dieser Stelle eingewendet werden, dass Maßnahmen der Versorgung mit Mikronährstoffpräparaten und Ernährungswandel nicht gleichgesetzt werden können, da beide auf unterschiedliche Situationen rekurren. Der CESCR bemerkt im Rechtskommentar 12 Art. 16, dass „einige der Maßnahmen, die auf diesen verschiedenen Ebenen von Verpflichtungen der Vertragsstaaten zu ergreifen sind, [...] mehr unmittelbarer Natur [sind], während andere eher langfristiger Art sind und schrittweise die volle Verwirklichung des Rechts auf Nahrung erreichen sollen“³⁷⁹. Die Berechtigungen der jeweiligen Vorgehensweisen in differierenden Mangelsituationen sollen keineswegs bestritten werden. Bedeutsam ist aber die Frage nach dem langfristigen Ziel und damit Vorgehen: Wird dieses Ziel als die langfristige Gewährleistung des Rechts auf angemessene Ernährung verstanden, muss gefragt werden, ob eine nachhaltig gedachte Ernährungssicherungsstrategie sich damit begnügen kann, die Symptome von Unter- und Mangelernährung zu bekämpfen oder ob sie nicht vielmehr versuchen muss, den strukturellen Gegebenheiten gerecht zu werden, d.h. gegen die Ursachen des ‚stillen Hungers‘ vorzugehen?

4 Das Recht auf Nahrung, Ernährungssicherung und Agrobiodiversität

Die Strategien zur Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung sind mittlerweile bekannt und beschrieben. Eine Landwirtschaft, die der Dezimierung der benannten Probleme förderlich sein soll, muss kleinteilig, lokal angepasst, nachhaltig und biodivers sein.³⁸⁰ Kleinbauern pflanzen auf dem verfügbaren Boden Saatgut (z.T. als Landrassen³⁸¹ bezeichnet) an, das der Region entstammt, dort schon lange angebaut wird und in seinen Pflanzeigenschaften an die herrschenden Umgebungsbedingungen angepasst ist. Die Sorten sind adaptiert an den Nährstoffgehalt des Bodens, die lokale Verfügbarkeit von Wasser in Form von Regen oder Bewässerungsmöglichkeiten (Feuchtigkeit, Trockenheit), die Temperatur (Hitze, Kälte) sowie weitere Umweltfaktoren wie Höhen- oder Tieflage der Agrarfläche und andere ökologische

³⁷⁸ Engbruch/Riedel 2008, S. 160ff., FAO a, S. 3.

³⁷⁹ CESCR 1999, Art. 16, S. 6.

³⁸⁰ Worldbank/FAO 2008, FAO 2006, Chennai Platform for Action: Agricultural Biodiversity and Elimination of Hunger.

³⁸¹ Den Begriff der Landrassen verwende ich dezidiert nicht, da er von der kommerziellen Saatgutindustrie in Umlauf gebracht wurde, um den Beitrag kleinbäuerlicher Züchtung zu verschleiern. ‚Landrasse‘ soll suggerieren, dass die vorhandene landwirtschaftliche Vielfalt Produkt natürlicher, nichtmenschlicher Prozesse ist und damit auch kein Anspruch auf Vergütung oder rechtliche Anerkennung seitens der bäuerlichen Gemeinschaften erhoben werden kann. Heutzutage kommen Saatgutfirmen nicht mehr umhin, Kleinbauern als Züchter anzuerkennen, allerdings bestehen sie auf der Trennung zwischen professioneller und bäuerlicher Pflanzenzüchtung. Egziabher 2002, S. 178.

Widrigkeiten.³⁸² Die Kleinbauern kultivieren unterschiedliche Pflanzenarten und -sorten zeitgleich und jahreszeitlich versetzt, so dass sie sich über das Jahr verteilt selbst mit diversen Nahrungsmitteln versorgen können. Überschüsse, die nicht zu Aussaat/-pflanzung im Folgejahr einbehalten werden, können auf lokalen oder regionalen Märkten verkauft oder getauscht werden. Die landwirtschaftliche Vielfalt in Entwicklungsländern geht zwar stetig verloren, ist aber teilweise noch wild oder in Hausgärten vorzufinden.

Zwei Optionen des Erhalts der lokalen Agrobiodiversität, des Tausches und der Nutzbarmachung von altem Saatgut, sind Gemeindesaatgutbanken und Saatgutmessen, wie bspw. in Indien. Da sie für den Anbau an marginalen Standorten mit instabilen Umweltfaktoren geeignet sind und dadurch einen Beitrag zur lokalen Ernährungssicherung leisten, bekunden Bäuerinnen und Bauern auf den Saatgutmärkten wiederholt Interesse an alten Sorten. Bäuerinnen, die über kleinere Felder an unterschiedlichen Standorten verfügen, können je nach Höhenlage, Temperatur, Niederschlag und Nährstoffverfügbarkeit verschiedenstes Saatgut verwenden, um ihre eigenen Bedarfe zu befriedigen und so bspw. diverse Kartoffelsorten, Hülsenfrüchte und Ölsaaten gleichzeitig anpflanzen.³⁸³

Die Ursachen für die Vernachlässigung indigener und traditioneller Nahrungspflanzen sind unterschiedlich. So haben westliche Entwicklungsstrategien die Verwendung besagter Pflanzen bisher kaum in Betracht gezogen, was sich zum einen auf die Vernachlässigung durch die ‚modernen‘ Wissenschaften, auf nationaler und internationaler Ebene bezüglich Forschung an indigenen Nahrungspflanzen, die nicht als Grundnahrungsmittel gelten, zurückführen lässt sowie auf mangelhaftes Wissen bezüglich deren Ernährungseigenschaften, Wachstum oder Verbreitung.³⁸⁴ Dabei liegt die Nutzung und stärkere Einbindung von lokal vorkommenden Nahrungspflanzen auf der Hand: Sie sind verfügbar, angepasst und benötigen geringe Logistik. Sie sind den Betroffenen bekannt und kulturell akzeptiert, es bestehen Kenntnisse über Auswahl, Anbau, Lagerung und Zubereitung. Trotzdem nimmt die lokale

³⁸² Auf dem afrikanischen Kontinent trifft dies auf ca. 900-1000 unterschiedliche Gemüse zu, die noch in Verwendung sind und über einen hohen Anteil an Mikronährstoffen verfügen. Oniang'o, Ruth K./ Shiundu, K./ Maundu, P./ Johns, T. (2006): Diversity, nutrition and food security: the case of African leavy vegetables. In: S. Bala Ravi, I. Hoeschle-Zeledon, M.S. Swaminathan & E. Frison: *Hunger and poverty: the role of biodiversity. Report of an International Consultation on the Role of Biodiversity in Achieving the UN Millennium Development Goal of Freedom from Hunger and Poverty*. Chennai: M.S. Swaminathan Research Foundation. S. 87.

³⁸³ Almekinders o.J.a.

³⁸⁴ Es gibt nur wenige Studien oder Publikationen über einheimische Nahrungspflanzen. Allen, Lindsay H. (2003): Interventions for Micronutrient Deficiency Control in Development Countries: Past, Present and Future. In: *The Journal of Nutrition*, Vol. 133, Nr. 11. Frison et al. 2004; Frei, M./ Becker, K. (2004): Agrobiodiversity in subsistence-oriented farming systems in a Philippine upland region: nutritional considerations. In: *Biodiversity and Conservation* 13. S. 1591-1610. [online] <http://www.ipgri.cgiar.org/Events/nutrition/Related%20published%20papers/Agrobiodiversity%20in%20subsistence-oriented%20farming.pdf>.

Nahrungsmittelproduktion mit adaptierten, traditionellen Sorten bisher nur eine marginale Stellung in Ernährungssicherungs- und Entwicklungsstrategien ein.

Neben der Propagierung und dem Aufbau der benötigten Infrastruktur (bspw. in Form von Gemeinschaftsgenbanken, Schulspeisungsprogrammen³⁸⁵, Schulungen bezüglich hygienischen Anbaumethoden, Zubereitungsmöglichkeiten und Ernährungseigenschaften sowie lokalen Märkten, auf denen Überschüsse veräußert werden können) bedarf es weiterer Maßnahmen, um Nachhaltigkeit erreichen zu können. So ist es notwendig, den Zugang zu regionalen und nationalen Märkten zu schaffen sowie die Handhabbarkeit mittels Weiterverarbeitung für die urbane (mangel-/fehlernährte) Bevölkerung zu erleichtern. Besagte Nahrungspflanzen sind nicht oder kaum in verarbeiteter Form zu finden, sprich: als Halbfertig- oder Fertiggerichte. Die urbane Bevölkerung verfügt oftmals weder über Zeit noch über Kenntnisse der Zubereitung und Eigenschaften der Nahrungspflanzen. Das Image vieler Pflanzensorten verhindert den Kauf, da sie als Nahrungsmittel für arme Menschen gelten, unter unhygienischen oder zu Lasten der Umwelt und menschlichen Gesundheit gehenden Bedingungen angebaut werden. Teilweise sind sie schwer zu bekommen oder die Märkte, auf denen sie erworben werden können, gelten als wenig attraktiv.³⁸⁶ Das macht den Einsatz von Aufklärungskampagnen bspw. in Form von Werbemaßnahmen der Gesundheitsbehörden, Information über den Produktionsprozess, Rezepte für die Zubereitung sowie das Mainstreaming der Produkte (z.B. deren Verkauf in Supermärkten) unabdingbar.

„While per capita apparent consumption of vegetables in developing countries rose from 68.7 kg per capita in 1986 to 75.3 kg in 1995 on average (0.92% increase), Sub-Saharan Africa showed a 0.19% decline and remained as low as 29 kg of vegetables on average.“³⁸⁷

In Subsahara-Afrika, der Region mit dem höchsten Anteil an Armen weltweit, war der Konsum von Früchten und Gemüse in den letzten Jahren rückläufig, was zur Verbreitung von Mangelerscheinungen aufgrund der Unterversorgung mit Mikronährstoffen führte. Die betroffene Region verfügt über eine hohe Anzahl und Vielfalt an ungenutzten, extrem mikronährstoffreichen Früchten und Gemüsen, welche bis zum damaligen Zeitpunkt zugunsten von exotischen Früchten vernachlässigt wurden. Das hatte einen Verlust an lokalen Varietäten sowie diesbezüglichem Wissen zur Folge. Studien ergaben, dass die lokal vorhandenen

³⁸⁵ Recht auf Nahrung in Indien resultiert in nationalem Schulspeisungsprogramm siehe Right to Food Campaign: Mid-day Meals: Introduction. [online] http://www.righttofoodindia.org/mdm/mdm_intro.html.

³⁸⁶ Bala Ravi et al. 2006.

³⁸⁷ Oniang'o et al. 2006, S. 85.

Pflanzen, an denen wissenschaftliche Forschung zuvor unterlassen wurde, signifikant nährstoffreicher waren als importierte exotische Früchte.³⁸⁸

Das von IPGRI und anderen Institutionen initiierte Projekt entwickelte eine umfassende Strategie zur Förderung der afrikanischen Blattgemüse und zur Verbesserung der Ernährungs- und Einkommenssituation besonders gefährdeter Gruppen in Kenia. Die Strategie umfasste Maßnahmen der Werbung für spezifische Nahrungsmittel und deren Ernährungseigenschaften, Erhöhung der Produktion und des Konsums, Optimierung der Verarbeitung und Sorten sowie nachhaltige Bewirtschaftung der pflanzengenetischen Ressourcen. Vorausgegangen waren die Inventarisierung genutzter Nahrungspflanzen, der Bedeutung traditioneller Nahrungspflanzen in der Ernährung lokaler Gemeinden, lokaler Systeme des Gemüseanbaus und indigenen Wissens. Der Aufbau lokaler Genbanken sollte die Erosion der Diversität afrikanischer Blattgemüse verhindern und zu ihrer Verbreitung sowie zur Bereitstellung von verbessertem Saat-/Pflanzgut beitragen. Nachdem den Kleinbäuerinnen verbessertes Saatgut zur Verfügung gestellt wurde, schulte man sie in nachhaltigen Produktionsmethoden, Pflanzen- und Ernährungseigenschaften. Ihre Marktintegration im formellen wie informellen Sektor wurde gefördert und sollte durch die Gründung von Kooperativen erleichtert werden.

Marketing wurde als wichtige Strategie entdeckt, um den afrikanischen Blattgemüsen das Stigma des Armeleuteessens sowie der unhygienischen, umweltschädlichen Produktionsweise und Verkaufsorte zu nehmen. Die Verwendung der Blattgemüse in der Spitzengastronomie, die Herausgabe von entsprechenden Rezeptbüchern und die Integration in Supermärkte (Qualität und Transparenz der Herstellung) waren maßgeblich. Damit konnte eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für die Verwendung der Blattgemüse geschaffen werden, was zur Linderung der Mangelernährung in der urbanen, ländlichen, weiblichen und männlichen Bevölkerung beigetragen hat.³⁸⁹ Durch die einkommensschaffenden Maßnahmen in Gemüseanbau und Saatgutvermehrung sowie den Aufbau regionaler Vermarktungs- und Transportstrukturen wurden Ernährungs- und Einkommenssituation der ländlichen Bevölkerung verbessert.

Das Beispiel veranschaulicht, wie der Rückgriff auf lokal vorhandene Nahrungspflanzen die Ernährungssituation breiter Bevölkerungsteile nachhaltig und für die Bevölkerung kostengünstig verbessern kann, wenn Kapazitäten und Infrastruktur den lokalen Gegebenheiten, Praktiken und Bedürfnissen angepasst werden. Ernährungs- und

³⁸⁸ Als Gründe für den Rückgang bei Anbau und Konsum alter lokaler Varietäten gibt Oniang'o fehlende oder hinderliche Agrarentwicklungs- und Forschungspolitik sowie ausgeprägte Vorbehalte bezüglich deren Nutzung an. Oniang'o et al. 2006, S. 86.

³⁸⁹ Oniang'o et al. 2006, S. 15f., 83-100.

Entwicklungsstrategien, die auf die Verwendung der lokalen Agrobiodiversität rekurrieren, zeichnen sich durch standortspezifische Lösungen und die Berücksichtigung regionaler und lokaler agrarökologischer Differenzen aus. Es finden sich diverse Studien, welche die Bedeutung und das Potential, das traditionelle landwirtschaftliche Nutzpflanzen für die Ernährungssicherung marginalisierter Bevölkerungsgruppen haben, belegen.³⁹⁰

Besonderes Augenmerk sollte darauf gerichtet werden, dass sich biodiverse, lokale Nahrungsproduktion nicht nur positiv auf die Einkommenssituation von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen auswirken kann, sondern auch auf deren Ernährungssicherheit. Wie die FAO konstatiert, beeinflussen einkommensschaffende Maßnahmen den Ernährungszustand der im ländlichen Raum Angesiedelten nicht zwangsläufig positiv und stark geschlechtsspezifisch. Verfügt die Frau lediglich über geringes soziales und politisches Ansehen, sind ihre Einflussmöglichkeiten auf Haushaltsebene bzgl. der Mittelverwendung begrenzt. Die Generierung von Einkommen kann den Status von Frauen in ruralen Gebieten verbessern und zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen.³⁹¹ Bedeutsam ist ebenso, dass die Verbesserung der Einkommens- und Ernährungssituation von Frauen direkte positive Effekte auf den Ernährungsstatus ganzer Familien hat. Ernährungssicherung bedarf somit der expliziten Förderung.³⁹²

4.1 Nutzung der Agrobiodiversität in Ernährungssicherungsstrategien zur Erfüllung der im Recht auf Nahrung enthaltenen Forderungen

Sicherlich ist die Frage nach den Ausmaßen der optionalen autonomen Handlung an dieser Stelle berechtigt. Es darf hinterfragt werden, inwiefern eine Unter- und Mangelernährte überhaupt fähig ist, sich globalen rechtlichen, ökonomischen und politischen Strukturen zu entziehen, die zu eben jener Armut und Abhängigkeit geführt haben. Kann die Etablierung einer nachhaltigen, kleinbäuerlichen biodiversen Landwirtschaft tatsächlich einen Beitrag zum Recht auf Nahrung leisten und den Teufelskreis aus Mangel- und Unterernährung

³⁹⁰ Christinck, Anja (2006): Agrobiodiversität – Schlüssel zur Ernährungssicherheit. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Johns, Timothy/ Sthapit, Bhuwon R. (2004): Biocultural diversity in the sustainability of developing-country food systems. In: Food and Nutrition Bulletin, Vol. 25, Nr. 2. Frison et al. 2004; Frei/Becker 2004.

³⁹¹ Im obigen Beispiel wurden die afrikanischen Blattgemüse von Frauen in Subsistenz kultiviert und erfuhren durch große Teile der männlichen Bevölkerung keine Wertschätzung. Nachdem Anbau und Konsum von ländlichen Entwicklungs- und Ernährungssicherungsprogrammen propagiert und finanziell lukrativ wurden, begann auch die ländliche, männliche Bevölkerung sich für die Kultivierung zu interessieren und stellt mittlerweile die größte Konsumentengruppe.

³⁹² FAO 2006. Grebmer, Klaus von/Nestorova, Bella/Quisumbing, Agnes/Fertziger, Rebecca/Fritschel, Heidi/Pandya-Lorch, Rajul/Yohannes, Yisehac (2009): 2009 – Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Wie die Finanzkrise den Hunger verschärft und warum es auf die Frauen ankommt. Bonn/Washington D.C./Dublin: Welthungerhilfe/IFPRI/Concern Worldwide. S. 20-39.

durchbrechen? Sind diese Spielräume in der gegebenen Struktur überhaupt vorhanden bzw. inwiefern tragen sie den strukturellen Ursachen von Unter- und Mangelernährung Rechnung?

Es steht außer Frage, dass Kleinbauern auch bei einer biodiversen und nachhaltigen Strategie von vielen Faktoren (zusätzlich zu den ökologischen) abhängig sind, die nicht alle im Detail aufgezählt werden können. So ist die Abhängigkeit von Finanzmitteln durch die jeweilige Regierung gerade bei einem umfassenden Programm wie in Kenia enorm. Kleinbauern sind langfristig auf die Unterstützung durch Politik und Wissenschaft angewiesen. Diese Institutionen müssen das Potential, welches Agrobiodiversität für die Ernährungssicherung und die Reduzierung von Unter- und Mangelernährung hat, anerkennen und ein politisches Vorgehen unterlassen, das dem Erhalt und der Verwendung landwirtschaftlicher Vielfalt zuwiderläuft wie z.B. Enteignung und Zwangsumsiedlung. Das entspräche der Achtungspflicht des Rechts auf Nahrung wie im Allgemeinen Rechtskommentar 12 in Art. 15 beschrieben.³⁹³

Auch werden Bauern von nationalen und internationalen Entscheidungen tangiert, wenn eine Ernährungssicherungsstrategie, wie oben beschrieben, stark auf formelle Integration in den nationalen Nahrungsmittelmarkt ausgerichtet ist. Im Gegensatz zu einer primär importorientierten Ernährungssicherungsstrategie befinden sich Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion jedoch in nationaler Hand und sind daher tendenziell beeinfluss- und verfügbar, auch wenn die Ergebnisse und Folgen eines Eingreifens erst mittelbar spürbar werden. Ein Land hat größere Souveränität bezüglich seiner Ernährung inne, wenn es einen Anspruch auf die dafür benötigten Produktionsmittel hat. Die Garantie dieses Anspruches und die Aufforderung zu deren Nutzung sind im UN Sozialpakt Art. 1 (2), den Allgemeinen Anmerkungen 12 Art. 25-27 und in den Freiwilligen Leitlinien in Leitlinie 8 (8.1-8.14) niedergelegt.³⁹⁴

„Die Staaten sollten den nachhaltigen, nichtdiskriminierenden und sicheren Zugang Ressourcen und deren Nutzung in Übereinstimmung mit ihrem nationalen Recht und dem Völkerrecht erleichtern und das Kapital, das für den Unterhalt der Menschen wichtig ist, schützen. [...] Besondere Beachtung sollten bestimmte Gruppen wie Viehzüchter und indigene Bevölkerungsgruppen sowie ihre Beziehung zu natürlichen Ressourcen erfahren.“³⁹⁵

³⁹³ Ebenso CESCR 1999, Art. 17, 18, 19, 20, 37, 39 und FAO 2004, Einführung Art. 17.

³⁹⁴ Über die Begründung auf einen Anspruch an genetischen Ressourcen kann man sicherlich streiten. Versteht man landwirtschaftliche Vielfalt für Subsistenzwirtschaft als Mittel zur Erreichung des Rechts auf Nahrung, kann ein Anspruch auf Agrobiodiversität genauso gerechtfertigt werden wie der Anspruch auf Wasser im Sinne flüssiger Nahrung unter dem Recht auf Nahrung (Art. 11 1/2). Zu Wasser als flüssiger Nahrung siehe Rudolf 2007a, S. 24.

³⁹⁵ FAO 2004, Leitlinie 8 (8.1).

Es ist mir in diesem Zusammenhang weniger wichtig auf die extraterritorialen Staatenpflichten³⁹⁶ einzugehen, da ich der Meinung bin, im beschriebenen Fall wäre eine Unterlassung der Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung durch faire Handelsregeln bzw. die Erfüllung der Achtungspflicht bereits ein wichtiger Schritt. Diese Forderung kann allerdings gestellt werden. Es geht vielmehr darum, dass die individuelle Einflussnahme auf die wirtschaftlichen und politischen Strukturen, unter deren negativen externalisierten Folgen sie leiden, für Unter- und Mangelernährte derart gering ist, dass sie lediglich die Möglichkeit haben, bereits oder noch vorhandene Freiräume zur Verbesserung ihrer ernährungsphysiologischen und ökonomischen Situation zu nutzen. Weder ist das lokal vorhandene Saatgut bisher gänzlich den Patentierungsbestrebungen multinationaler Konzerne zum Opfer gefallen, noch müssen sich arme Kleinbauern durch den Kauf industriell erzeugter Dünge- und Pflanzenschutzmittel in zusätzliche ökonomische Abhängigkeit begeben. Die Verwendung lokaler landwirtschaftlicher Ressourcen wird explizit im Allgemeinen Rechtskommentar 12 Art. 25-27 und den Freiwilligen Leitlinien (8.12) propagiert. Sie erlegen dem Vertragsstaat die Pflicht auf, „die Ressourcenbasis des Volkes für Nahrungsmittel zu schützen“³⁹⁷ und zu nutzen:

„Unter Berücksichtigung der Bedeutung der biologischen Vielfalt [...] sollten die Staaten spezielle nationale Maßnahmen [...] erwägen, um den Rückgang von pflanzengenetischen Ressourcen zu verhindern und ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung für Ernährung und Landwirtschaft [...], für den Schutz des entsprechenden traditionellen Wissens und der gerechten Teilhabe aus den Gewinnen, die sich aus der Nutzung dieser Ressourcen ergeben, sicherzustellen[...].“³⁹⁸

Die Befähigung zu (Subsistenz-)Landwirtschaft mit lokal angepasstem Saatgut fördert nicht nur die Autonomie und Würde der Betroffenen, sondern trägt den strukturellen Ursachen von Mangel- und Unterernährung insofern Rechnung, als dass die Nahrungsmittelproduktion weniger abhängig von Importen (Entscheidungen externer Nahrungsmittelproduzenten) wird und weniger abhängig von globalen Trends wie Preiserhöhungen aufgrund von Börsenspekulationen oder Bedarfssteigerungen der Futter- oder Bioenergieindustrie. Es ist die Rückeroberung von einem Stück Ernährungssouveränität, welche grundlegend ist, um das Recht auf angemessene Ernährung erfüllen zu können. Die Stärkung der nationalen und vor

³⁹⁶ Die Diskussion um extraterritoriale Staatenpflichten beschäftigt sich mit der Begründungsfähigkeit menschenrechtlicher Pflichten über nationalstaatliches Territorium hinaus. Die dabei behandelten Ebenen beziehen sich einmal theoretisch auf den Universalisierungsanspruch der Menschenrechte, dessen Reduktion auf ihren Geltungsbereich anstelle ihrer Pflichten sich nur schwer begründen lässt. Zum anderen wird ihre politische Unzulänglichkeit durch die Begrenzung auf ein Hoheitsgebiet im Angesicht globalisierter Handels-, Rechts- und politischer Strukturen thematisiert. Zu extraterritorialen Staatenpflichten siehe Krennerich, Michael (2006): Menschenrechte ohne Grenzen – welche Pflichten für Deutschland? Ein Konferenzbericht. FIAN: Berlin, 9. Nov. 2006. [online] http://www.fian.de/fian/downloads/pdf/ran/061109_MRohneGrenzen_Konferenzbericht.pdf.

³⁹⁷ CESCR 1999, Art. 27.

³⁹⁸ FAO 2004, Leitlinie 8D: Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (8.12).

allem lokalen Nahrungsproduktion, die Förderung der Selbstversorgungskapazität ist eine zentrale Säule des Rechts auf Nahrung. Dieses Recht propagiert strukturelle Unterstützung, den Aufbau lokaler Versorgungskapazitäten, Vertriebswege und eine am Binnenmarkt orientierte, vielfältige Landwirtschaft, die die Selbstversorgungskräfte der (potentiell) von Unter- und Mangelernährung Betroffenen nicht unterminiert. Ernährungssicherung ist dabei auch als einkommensschaffende Maßnahme für lokale Erzeuger gedacht.³⁹⁹ Egziabher bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die afrikanische Nahrungsmittelsicherheit, -produktion und Ernährungssouveränität von den afrikanischen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, verteilt in dezentralisierten Gemeinschaften, abhängig ist.⁴⁰⁰ Diese Gemeinschaften erhalten und nutzen die landwirtschaftliche Vielfalt und tragen damit aktiv einen Teil zur Ernährungssicherung bei. Als Anhaltspunkt für die weltweite Anerkennung ihrer Zucht- und Konservierungsleistung führt er die Etablierung der Farmers' Rights in CBD und dem Internationalen Saatgutvertrag⁴⁰¹ (ITPGRFA) an.

Sicherlich müssen bereits einige Vorbedingungen erfüllt sein, wie die Vergabe von Landtiteln, die Durchsetzung von Erbrecht und (grundsätzlicher) das Vorhandensein von Rechtssicherheit, wie in den Allgemeinen Anmerkungen 12 Art. 26 dargelegt. Zudem muss bereits eine gewisse Infrastruktur bestehen, um beispielsweise lokale Saatgutbanken aufbauen

³⁹⁹ FAO 2004, Leitlinie 2: Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung (2.1, 2.3-2.7), Leitlinie 3: Strategien (3.7, 3.8), Leitlinie 4: Marktsysteme (4.5, 4.7), Leitlinie 10: Ernährung (10.1-10.3, 10.9), Leitlinie 11: Bildung und Bewusstseinsbildung (11.3), Leitlinie 14: Sicherheitsnetze (14.2, 14.5), Leitlinie 15: Internationale Nahrungsmittelhilfe (15.1).

⁴⁰⁰ Er begründet dies mit Afrikas marginaler Rolle im Welthandel, die dazu führe, dass die industrialisierten Länder sich afrikanischen Belangen gegenüber indifferent erwiesen. Weiterhin belegt er beispielhaft, wie die Industrieländer durch ökologische Auflagen die afrikanische Konkurrenz eliminieren, indem sie den Handel mit Ersatzkomponenten (Düngemittel, Pestizide,...) zur Herstellung homogener landwirtschaftlicher Ökosysteme (monokulturellen Anbausystemen) zunächst forcieren. Nachdem eine Nachfrage für Saatgut und Ersatzstoffe wie DDT geschaffen wurde, wurde die Einfuhr von mit DDT behandelten Lebensmitteln in die Industrieländer verboten. Egziabher 2002, S. 166-170.

⁴⁰¹ Beide Übereinkommen bestätigen die Korrelation zwischen dem Erhalt der landwirtschaftlichen Vielfalt und der Verringerung der Unterernährung. Der ITPGRFA erkennt die Rolle der Bauern bzgl. Erhalt, Verbesserung und Veränderung von Saatgut für Ernährung und Landwirtschaft an und proklamiert die Rechte der Bauern an ihren eigenen Erzeugnissen. Der Vertrag orientiert sich an dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und ist als rechtlich bindendes Instrument ausgestaltet. Ein Maßnahmenkatalog für das Vorgehen der Vertragsstaaten wird hinsichtlich der nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen (Art. 6, S. 4), der Farmers' Rights (Art. 9, S. 5) sowie gerechtem Vorteilsausgleich (Art. 10, 11, 12, 13, S. 6-10) aufgeführt. Mit der Einführung des Multilateralen Systems, das 35 Nahrungs- und 29 Futterpflanzen umfasst, wird die Souveränität des jeweiligen Staates bezüglich der auf seinem Territorium existenten, pflanzengenetischen Ressourcen anerkannt. Gleichzeitig wird der Vertragsstaat aufgefordert, den Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft zu ermöglichen und das faire Teilen potentieller Gewinne zu gewährleisten. Dieser erleichterte Zugang bezieht sich auch auf pflanzengenetische Ressourcen aus bereits bestehenden Gendatenbanken wie beispielsweise CGIAR/ IARCs. Aufgrund der divergierenden Situationen in den Vertragsstaaten obliegt den jeweiligen Regierungen die Konkretisierung, Ausgestaltung und Umsetzung der Farmers' Rights (FR). Dies wird sowohl als Chance als auch als größter Schwachpunkt des Vertrages im Bezug auf Farmers' Rights angesehen. Zum Internationalen Saatgutvertrag siehe FAO: International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture.

und verwalten oder überschüssige Nahrungsmittel abstoßen zu können. Laut Selchow/Hutter kann das Recht auf angemessene Ernährung durchaus interpretiert werden als Ermöglichung der Selbstversorgung mit Anspruch auf die dazu notwendigen Mittel wie Zugang zu Land, Saatgut oder Wasser bzw. Lohn- oder selbstständige Erwerbsarbeit. Es enthält demnach positive wie negative Pflichten, die nicht auf den Bereich der Ernährung reduzierbar sind, sondern die Rahmenbedingungen, deren Produkt Unter- und Mangelernährung sind, tangieren.⁴⁰²

„Die Staaten werden ermutigt, alle wichtigen Beteiligten, insbesondere Gemeinden und kommunale Verwaltungen, in die Gestaltung, Umsetzung, Abwicklung, Überwachung und Bewertung von Programmen einzubeziehen, mit denen die Erzeugung und der Verbrauch von gesunden und nahrhaften Nahrungsmitteln, insbesondere denen, die reich an Mikronährstoffen sind, erhöht werden kann. Die Staaten können Gärten zu Hause und an Schulen als Schlüsselement bei der Bekämpfung von Mangelerscheinungen aufgrund fehlender Mikronährstoffe und zur Förderung von gesundem Essen propagieren.“⁴⁰³

Ein Beitrag zum Recht auf Nahrung, nach dem oben dargelegten Verständnis, wird insofern geleistet, als dass die Betroffenen nicht auf die Versorgung mit Energie und Mikronährstoffen reduziert (d.h. nicht in Abhängigkeit von ihnen äußerlichen, durch sie nicht gestaltbare Einflüsse, gehalten), sondern Rahmenbedingungen geschaffen werden, innerhalb derer sie sich orientieren, welche sie bedingt beeinflussen und an denen sie partizipieren können. Ihnen wird ermöglicht, ihre Situation selbstständig (wenn z.T. auch mit Hilfe anderer Institutionen) zu verbessern, ohne gänzlich und jeweils vereinzelt von äußeren Faktoren (Krediten für den Ankauf industriellen Saatguts oder Agrarchemikalien) abhängig zu sein, da sie tendenziell über die Mittel (Boden, Wasser, Saatgut) dazu bereits verfügen bzw. diese im Verhältnis zu anderen Strategien kostengünstig erwerben können. Eine biodiverse, lokal adaptierte Ernährungssicherungsstrategie, die partizipativ und auf Selbstversorgung ausgerichtet ist, trägt zudem dem Subjektstatus Unter- und Mangelernährter Rechnung, da er integrativ ist und Teilhabe und Mitgestaltung ermöglicht. Im Gegensatz dazu degradieren Versorgungsansätze, die primär auf Verteilung ausgerichtet sind und über den Betroffenen verfügen, ihn zum Objekt.⁴⁰⁴

⁴⁰² Selchow/Hutter 2004, S. 13.

⁴⁰³ FAO 2004, Leitlinie 10 (10.3).

⁴⁰⁴ Zu Subjekt- und Objektstatus (nicht im Bezug auf das Recht auf Nahrung) siehe Forst 2005.

Eine biodiverse Ernährungsstrategie trägt den unterschiedlichen physiologischen Bedürfnissen Rechnung, da sie die Unter- und Mangelernährten als Einzelwesen anerkennt und ihnen nicht eine durchschnittliche Menge an Kohlenhydraten, Eiweißen, Ballaststoffen, Vitaminen und Mineralstoffen (wie bei der Gabe von Tabletten) zuerkennt. Je nach Körpergröße und Gewicht sowie körperlicher Betätigung und biologischer individueller Absorptions- und Verarbeitungsfähigkeit, können biodiverse Nahrungsmittel zusammen-gestellt werden. D.h. dem Menschen wird als Entität mit spezifischen und potentiell variablen ernährungsphysiologischen und -kulturellen Ansprüchen zugestanden, sich von Anderen ernährungsphysiologisch und -kulturell zu unterscheiden und seine Anliegen innerhalb der spezifischen sozialen Gemeinschaft, der er angehört, zu erfüllen.⁴⁰⁵

Dem Konzept der Angemessenheit (Art. 7-12) wie in der Allgemeinen Anmerkung 12 expliziert, wird in mehrfacher Hinsicht entsprochen: Die Befriedigung der Ernährungsbedürfnisse ist in allen menschlichen Lebenslagen angemessen (Kindheit, Schwangerschaft, Krankheit, Alter, Geschlecht, Beruf)(Art. 9), die Nahrungsmittel enthalten keine bzw. lediglich geringe Mengen schädlicher Stoffe (Art. 10)⁴⁰⁶, sie sind mit den Wertvorstellungen und Praktiken der jeweiligen kulturellen Gemeinschaft vereinbar (Art. 11) und die Nahrungsmittel sind lokal verfügbar (im Sinne einer Angemessenheit der Verfügbarkeit und Mittel zu ihrer Beschaffung) (Art. 12).⁴⁰⁷

Dem Konzept sozialer Autonomie von Kreide wird entsprochen, indem das Individuum nicht als solches negiert wird, sondern seine spezifischen (ernährungsphysiologischen und -kulturellen) Ansprüche als berechtigte Ansprüche verstanden werden; zum anderen, indem ihm ermöglicht wird, mithilfe natürlicher und sozialer Ressourcen ein Auskommen zu finden, das seine spezifischen menschlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten berücksichtigt. Ihm wird nicht nur zugestanden zu überleben, sondern in Verbindung mit und Abhängigkeit von anderen konkreten Menschen, anstelle einer abstrakten Struktur, die eigenen konkreten Lebenspläne zu gestalten. Soziale Autonomie beschreibt den Vollzug des eigenen Lebens und

⁴⁰⁵ CESCR 1999, FAO 2004.

⁴⁰⁶ Übertragen auf Agrobiodiversität könnte man an dieser Stelle erwähnen, dass hier die eine qualitative Dimension hervorgehoben wird, die fordert, dass Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Vielfalt nicht gesundheitsgefährdend und in Geruch, Farbe und Geschmack unbedenklich sein müssen. Es ist fraglich, inwiefern gentechnisch modifizierte Nutzpflanzen diese Auflage erfüllen können.

⁴⁰⁷ Der Allgemeine Rechtskommentar 15, der das bislang nicht durchgesetzte Menschenrecht auf Wasser zum Gegenstand hat, thematisiert die Konzepte der Nachhaltigkeit und Angemessenheit in ähnlicher Weise. Die Verfügbarkeit bezieht sich auf die Menge, auf die ein Einzelner zugreifen kann, sowie deren ununterbrochene Bereitstellung; die Qualität beinhaltet, dass das verfügbare Wasser nicht gesundheitsgefährdend und in Geruch, Farbe und Geschmack unbedenklich sein muss; Zugänglichkeit beschreibt die physische und ökonomische Dimension: die geographische Nähe zu Trinkwasserversorgungssystemen und die persönliche Sicherheit beim Zugang, wohingegen der ökonomische Zugang auf die individuellen Kosten beim Erwerb von Wasser sowie das Diskriminierungsverbot rekurriert. Rudolf 2007a, S. 28f.

die Entwicklung des eigenen Potentials unter Mangelumständen mit Hilfe anderer Menschen: Unterstützung, die erlaubt, sich dem selbstgewählten Lebensplan anzunähern. Diese Hilfe ist eher als Befähigung denn als Entmündigung zu verstehen, weil den Bedürfnissen des konkreten Menschen Relevanz zuteilwird.⁴⁰⁸

Sowohl die Darlegung der nationalen und extraterritorialen Staatenpflichten als auch die unspezifische Forderung nach einer ausreichenden Nahrungsmenge und Nährstoffmischung verweisen beide darauf, dass dem Recht auf Nahrung die Konzepte der Befähigung, Autonomie und Selbstversorgung immanent sind. Der Anspruch des Rechts auf Nahrung geht über die Versorgung zum physiologischen Erhalt hinaus, er beinhaltet die Forderung nach vitaler Sicherheit und somit auch nach einem kulturell variablen Maß an Lebensqualität. Weiterhin beansprucht er die Erfüllung negativer und positiver Pflichten, die sich sowohl aus dem Anspruch auf Versorgung als auch dem Anspruch auf Befähigung ableiten lassen. All diese Forderungen des Rechts auf Nahrung, die auf die Lebens- und Mangelsituation konkreter Anderer rekurrieren, formulieren einen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit indem sie die Veränderung strukturell bedingter Ungerechtigkeiten anvisieren und anschaulich Vorschläge in der Allgemeinen Anmerkungen 12 und den Freiwilligen Leitlinien anbieten. Nur eine moralische Begründung des Rechts auf Nahrung kann seine zuvor aufgeführten Implikationen adäquat erfassen und den Menschen als spezifische, sich von Anderen unterscheidende Entität wahrnehmen.

Die Förderung von auf Agrobiodiversität fußender Subsistenzlandwirtschaft bietet die Option, sich der globalisierten Nahrungsmittelproduktion zu entziehen. Sie wird legitimiert durch lokale und regionale Bewegungen, die sich aus Landreformerinnen, Naturschützerinnen, Menschenrechtlerinnen und Entwicklungshelferinnen speist und für die Forderung nach Demokratisierung und Autonomie bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, stellvertretend für grundlegende menschliche Bedürfnisse, die hier auch als kulturelle und soziale verstanden werden sollen, eintritt. Letztlich handelt es sich um ein Eintreten für Dinge, die für die Konstitution menschlichen und würdevollen Lebens fundamental sind. Diese Rückeroberung gesellschaftlicher, politischer, sozialer, juridischer, kultureller und natürlicher Räume (die auch im Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wie Gemeindeland oder Wasser sichtbar wird) spiegelt ein Eintreten für die Mannigfaltigkeit der Lebensformen wider, die noch bestehen und von denen Esskultur und somit Agrobiodiversität und mit ihr assoziiertes Wissen und Praktiken einen Teil darstellen⁴⁰⁹, welche durch die weltweite Kommodifizierung,

⁴⁰⁸ Kreide 2007, S. 162ff.

⁴⁰⁹ FAO 2004, Leitlinie 10 (10.9), Auswärtiges Amt 1966, Art. 15 (1c/2).

Privatisierung und Kommerzialisierung genetischer und geistiger Ressourcen stark bedroht sind.⁴¹⁰

Weiterhin muss betont werden, dass durch die Verwendung der Agrobiodiversität einem fundamentalen Anspruch der sozialen Gerechtigkeit entsprochen wird: Eine grundlegende Aufgabe der Gerechtigkeit besteht ja gerade darin, Individuen die Partizipation an gesellschaftlichen Institutionen zu ermöglichen und zwar nicht erst im Moment der Distribution von Gütern, sondern bereits in der Bestimmung der Grundstruktur. Die Forderung biodiverser Landwirtschaft und Ernährung reklamiert somit die Gestaltungsmacht basaler Strukturen für das Menschenrecht auf angemessene Ernährung, gerade auch für Frauen, die von der Einflussnahme für gewöhnlich überproportional stark ausgeschlossen sind. Nur wenn diese Bedingung erfüllt ist, wird dem unter- oder mangelernährten Individuum die Behandlung als vollwertiges Subjekt zuteil.⁴¹¹

Auch wenn unbestritten ist, dass die Wiederaneignung der pflanzlichen Ressourcen auf lokaler Ebene zur selbstständigen Ernährungssicherung ebenfalls eine Form der Kommodifizierung der landwirtschaftlichen Vielfalt darstellt, dient dies nicht dem Primat der Ökonomie und Effizienzsteigerung innerhalb eines globalisierten Systems, sondern ganz real der Erfüllung des Menschenrechts auf angemessene Ernährung, d.h. der Befriedigung basaler, kultureller, spiritueller, sozialer und physiologischer Bedürfnisse. Die landwirtschaftliche Biodiversität wird qua Erhalt und Verwendung in der jeweiligen Kultur in ihrer Besonderheit anerkannt und nicht auf ihren funktionalen, agrarökologischen Wert (bspw. zur Bindung von Kohlenstoffdioxid) bzw. partikulare Fähigkeiten hin reduziert. Sie ist nicht Substitut für am anderen Ende der Welt vollzogene Handlungen, sondern findet um ihrer selbst Willen Würdigung in Bewirtschaftung, Verzehr und Konservierung. Ebenso verhält es sich mit den Menschen, die die existente Agrobiodiversität nutzen: Ihrem Anspruch auf Ernährungsautonomie und -souveränität wird dadurch entsprochen, dass sie selbst über ihre Ernährungsgrundlagen entscheiden und verfügen können. Ihnen wird das Recht zugestanden, ihre Ernährung angemessen und selbstgewählt zu gestalten. Darin tritt ihre Anerkennung als moralisch relevante, gleichwertige Andere zu Tage.

⁴¹⁰ Leff 2002, S. 92-117.

⁴¹¹ Forst äußert sich weder zu landwirtschaftlicher Vielfalt noch zum Recht auf angemessene Ernährung, allerdings beschreibt er die der Gerechtigkeit immanenten Aufgaben wie die Teilhabe am politischen Prozess als Grundvoraussetzung des Rechts auf Rechtfertigung. Forst 2005.

Schlussfolgerungen und Ausblick

„Die Ernährung ist nicht das Höchste, aber sie ist der Boden, auf dem das Höchste gedeihen oder verderben kann.“⁴¹²

Wie bereits eingangs erläutert, müssen Mangel- und Unterernährung als ungerechte und veränderbare Phänomene begriffen werden können, also als Produkt sozialer, politischer und ökonomischer Ungerechtigkeit, um als Menschenrechtsverletzung gelten zu können. Den Versuch des partiellen Nachweises habe ich auf den vorliegenden Seiten erbracht. Die Art der Behandlung, die die Themen Agrobiodiversität, Ernährung und das Recht auf Nahrung auf den vorangehenden Seiten erfahren haben, ist sicherlich nur eine unter vielen Optionen der Darstellung. Auch ist der Themenbereich derart umfassend, dass einzelne Aspekte bzw. Verhältnisse allein bereits eine Magisterarbeit hätten füllen können. Da bislang jedoch noch keine umfassende Abhandlung der Themenbereiche existiert, habe ich mich für einen ganzheitlichen Ansatz entschieden. Dabei blieben zwangsläufig interessante Aspekte wie ökonomische Fragestellungen zum Recht auf Nahrung, aber auch bzgl. Ernährungssicherungsstrategien die auf kleinteilige biodiverse Landwirtschaft rekurren, außen vor. Ebenso konnten Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und der Privatisierung pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen (Rechte am geistigen Eigentum inkludierend) sowie deren potentielle Folgen nur angerissen werden. Wie in der Einleitung vorgegeben, werden in diesem Kapitel die Schlussfolgerungen der Kapitel 2 bis 4 lediglich aufgenommen und kontextualisiert.

Die Begründung des Rechts auf angemessene Ernährung als moralischem Menschenrecht innerhalb dessen sich die Nutzung landwirtschaftlicher Vielfalt rechtfertigen lässt, ermöglicht die strukturellen Ursachen von Armut, Unter- und Mangelernährung zu adressieren. Neben der Förderung einkommensschaffender Maßnahmen kann explizit die Ernährungssituation positiv beeinflusst werden. Zudem wird der Betroffenen die Behandlung als Subjekt zuteil, die sich in der Anerkennung ihrer Individualität und Befähigung zur Selbstversorgung widerspiegelt, da das Recht auf Nahrung einen integrativen und partizipativen ländlichen Entwicklungs- und Ernährungsansatz fordert. Biodiverse Landwirtschaft wird der dem Recht auf Nahrung immanenten Auffassung von Autonomie und Leben als Wahlfähigkeit eher gerecht als andere Bewirtschaftungsformen und ist daher ein Schlüsselement zur Reduzierung des Hungers.

„Wo Hunger herrscht, kann Friede keinen Bestand haben.“⁴¹³

⁴¹² Schweizer Vereinigung für Vegetarismus: Zitat von Maximilian Oskar Bircher-Benner. [online] <http://www.vegetarismus.ch/zitate.htm>.

Armut, Hunger und Mangelernährung sind strukturelle Probleme. Das werden sie auch in Zukunft bleiben, allerdings wird die Thematik potentiell um das Problem der ungenügenden Produktionsmenge erweitert werden. Dann wird Hunger sowohl ein strukturelles als auch ein quantitatives Problem sein. Besagte Erkenntnis zeigt bereits Wirkung: Der koreanische Daewoo-Konzern nutzte die Finanzkrise 2008, um preisgünstig die Hälfte der in Madagaskar verfügbaren Agrarflächen zu pachten und dort großflächig Lebensmittel für die koreanische Bevölkerung anzubauen. Die Folgen für bislang dort angesiedelte Kleinbauern werden schwerwiegend sein.⁴¹⁴ Ähnliche Tendenzen der Ernährungssicherung zeichnen sich für die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, aber auch wasserarme und zugleich rohstoffreiche Länder wie China ab, die in Asien und Afrika in großem Stil Boden langfristig pachten oder aufkaufen. Um die Abhängigkeit vom globalen Nahrungsmittelmarkt zu reduzieren, werden die Nahrungsmittel vom Feld bis in die Supermärkte durch die Länder bzw. deren wirtschaftliche Vertreter kontrolliert und an der einheimischen Bevölkerung vorbei produziert. Jaques Diouf, Generalsekretär der FAO konstatiert: „Einige Verhandlungen haben zu asymmetrischen internationalen Beziehungen geführt und zu einer kurzsichtigen, merkantilistischen Landwirtschaft.“⁴¹⁵

Die Ansprüche an die Landwirtschaft werden demnach steigen. Die Ausweitung der Agrarflächen ist kaum noch möglich, weshalb Ertragssteigerungen auf bestehenden und Erhalt der Agrarflächen primäre Ziele bilden müssen. Die Forderungen des Naturschutzes müssen somit als grundlegendes globalgesellschaftliches Interesse anerkannt werden. Die Vergütung von Naturschutzleistungen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ist eine Möglichkeit, um die finanziellen Verluste der Landwirte auszugleichen und bspw. einer Übernutzung und damit letztlich Zerstörung der Nutzflächen entgegenzuwirken. Nachhaltige Landwirtschaft bedeutet eben nicht nur die Honorierung ihrer Erzeugnisse, sondern neben dem Erhalt und der Bereitstellung vielfältigen Saatguts, den Erhalt der Agrarökosysteme, die z. B. auf das Vorhandensein von Hecken, Feldgehölzen und extensiv genutzten Biotopen angewiesen sind.⁴¹⁶ Allerdings besteht hierin die Möglichkeit, die im Nachhaltigkeitsdiskurs vernachlässigte Komponente der sozialen Gerechtigkeit erneut zu stärken und auf die Zusammenhänge

⁴¹³ Andreae-Noris Zahn AG: Zitat von Willy Brandt. [online] <http://www.gesundheit.de/information/impressum/index.html>.

⁴¹⁴ Fischermann, Thomas/Grefe, Christiane/Pinzler, Petra (2008): Ohne Schuld. In: Die Zeit, Nr. 49, 27. Nov. 2008. S. 26f.

⁴¹⁵ Blas, Javier (2008): Deines Nächsten Acker. Ein neuer Kolonialismus: Ressourcenarme Staaten kaufen weltweit Land auf. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S.30f. Zitat nur auf S. 30.

⁴¹⁶ Roth, Dieter (1994): Zum Konflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie Lösungen für seine Überwindung. In: Natur und Landschaft, 69. Jg., Heft 9. S. 407ff.

zwischen Umweltzerstörung, gesellschaftlichen Naturverhältnissen und sozialen Missständen hinzuweisen.

Die Unterstützung eines rechtsbasierten Ansatzes wie beim Recht auf Nahrung bietet eine Option zur Thematisierung sozialer Gerechtigkeit. Über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte erschließt sich die Gerechtigkeitsdimension der Menschenrechte besonders eindrücklich. Ein Mensch als Träger sozialer Rechte verfügt über einen Rechtsstatus, welchen er dem Staat und Dritten gegenüber (in Situationen der Not) geltend machen kann. Er ist somit kein Bittsteller, sondern Rechtsträger. Soziale Rechte sind Bürgen für essentielle menschliche Ansprüche, deren Erfüllung notwendig ist, um menschenwürdig leben zu können.⁴¹⁷ Deutlich wird das in Art. 11 des UN Sozialpakts, welcher laut Engbruch/Riedel nie rein materiell konzipiert war: Erst die Abkehr von einem materiellen Verständnis von Lebensstandard eröffnet den Blick dafür, dass Hunger nicht allein durch die Menge an zur Verfügung stehenden Lebensmitteln bekämpft werden kann. Lebensstandard beinhaltet demnach Lebensqualität und kann so verstanden Mangelernährung und ihre Folgeerscheinungen als Beeinträchtigung derselben begreifen. In diesem Sinne wird die in dieser Arbeit dargestellte, moralische Menschenrechtsbegründung den gerechtigkeits-theoretischen Implikationen des Rechts auf Nahrung gerecht. Sicherlich wohnt dem Begriff der Lebensqualität ein subjektives und somit potentiell kritikwürdiges Moment inne. Allerdings wird dadurch die Konzeption nicht per se negiert.⁴¹⁸ Jeder Mensch hat Anspruch auf einen bescheidenen Lebensstandard. Was das konkret bedeutet, ist eine politische Frage und national verschieden.⁴¹⁹

Nach Heinrich besteht die Aufgabe der Zukunft in der Schaffung einer Weltsozialordnung.⁴²⁰ Sie äußert sich nicht zu den Inhalten oder der Ausgestaltung dieser Ordnung. Der Gedanke ist insofern interessant, weil er erneut die Frage nach reziproken Verpflichtungsebenen aufwirft. Der Grundgedanke einer Solidargemeinschaft rekurriert auf die Vergemeinschaftung von Individuen zu definierten Zwecken, die sowohl Leistungen fordern können als auch Pflichten erfüllen müssen. Die Propagierung einer Weltsozialordnung ist insofern konsequent, als sie den strukturellen wirtschaftlichen, geographischen und gesellschaftlichen Veränderungen und dem staatlichen Machtverlust durch die Folgen der Globalisierung Rechnung trägt. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats in den Industrieländern im 19. und 20. Jahrhundert war eine reaktive Anpassungsleistung an die qua Industrialisierung und Demokratisierung einsetzenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen

⁴¹⁷ Heinrich 2007, S. 97f.

⁴¹⁸ Engbruch/Riedel 2008, S. 45f.

⁴¹⁹ Kreide 2007, S. 167.

⁴²⁰ Heinrich 2007, S. 98.

Transformationsprozesse.⁴²¹ Die Etablierung einer Weltsozialordnung wäre demnach eine angemessene Antwort auf die negativen Wirkungen der Globalisierung und eine soziale Entsprechung zu den bereits seit Jahrzehnten existierenden internationalen rechtlichen, politischen und ökonomischen Statuten und Institutionen. Die sozialen Menschenrechte könnten als ein Teilbereich dieser Weltsozialordnung begriffen werden.

Um den völkerrechtlichen Schutz der im UN Sozialpakt festgeschriebenen Rechte gewährleisten zu können, bedarf es der Nachbesserung. Zwar werden die Allgemeinen Rechtskommentare aufgrund der Expertise und der den Weltregionen angemessenen Repräsentation im CESCR generell anerkannt, sie verfügen hingegen nicht über eine rechtliche Bindungswirkung. Die Argumentationskraft der Rechtskommentare bezeichnet Rudolf als hoch, da sie als juristische Argumentation ausgestaltet sind und die Vertragsstaaten zumindest erläutern müssen, warum sie glauben, nicht an deren Inhalte gebunden zu sein.⁴²² Trotzdem überwiegen die Schwächen des Paktes, die sich in der mangelnden Erzwingbarkeit der Rechte, dem schwachen Kontrollmechanismus in den Staatenberichten und dem Fehlen eines Individualbeschwerdeverfahrens manifestieren. Der UN Zivilpakt verfügt bereits über die Möglichkeit zur Individualbeschwerde, was Engbruch/Riedel damit begründen, dass die Formulierungen im UN Zivilpakt deutlicher sind und u. a. von Individualrechten gesprochen wird, nicht von der Anerkennung von Rechten oder der Unternehmung der Sicherung eines Rechts.⁴²³

Eine Stärkung des menschenrechtlichen Instrumentariums ließe sich durch die Anerkennung und Ausweitung extraterritorialer Staatenpflichten erreichen. Diese können nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich begründet werden: 1. Das Universalitätspostulat der Menschenrechte kann nicht nur als menschlich proklamierbarer Anspruch gemeint sein, es muss ebenso auf die Ebene der Pflichten anwendbar sein. Die Begründung der Universalität bezüglich ihrer Reichweite für alle Menschen zu reklamieren, zugleich aber die Spezifität und Einschränkung der Pflichten zu betonen, ist kaum zu rechtfertigen. 2. Die Ablehnung extraterritorialer Staatenpflichten kann als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot⁴²⁴ und damit gegen ein menschenrechtliches Grundprinzip verstanden werden. 3. Die

⁴²¹ Alber, Jens/Behrendt, Christina (2002): Wohlfahrtsstaat/Sozialstaat. In: D. Nohlen (Hg.): *Kleines Lexikon der Politik*. München: Verlag C. H. Beck/ Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Auflage. S. 580-588.

⁴²² Rudolf 2007a, S. 23.

⁴²³ Engbruch/Riedel 2008, S. 22ff.

⁴²⁴ Das Diskriminierungsverbot findet sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Art. 2, im UN Sozialpakt Art. 2, den Allgemeinen Anmerkungen Art. 18 und den Freiwilligen Leitlinien in der Art. 19 der Einführung und den meisten Leitlinien.

extraterritorialen Verpflichtungen finden sich im Völkerrecht, z. B. in der UN Charta (Art. 1 (3), Art. 55, Art. 56) und dem UN Sozialpakt (Art. 2 und Art. 11).⁴²⁵

Bislang ist die Beschäftigung mit der menschenrechtlichen Qualität internationaler Zusammenarbeit auf allen 3 Pflichtenebenen unterblieben. Dabei wären menschenrechtliche Projektprüfungsverfahren in internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen, wie sie mittlerweile zum Teil zur Auswertung ökologischer Konsequenzen vorgenommen werden, eine sinnvolle und wirksame Möglichkeit der Einhaltung und Implementierung menschenrechtlicher Standards.⁴²⁶ Zusätzlich besteht die Option, nationale Gesetzgebungsverfahren zu extraterritorialen Schutzpflichten hinsichtlich Individuen und transnationalen Akteuren bzw. Unternehmen einzuführen. Firmen mit Sitz in Deutschland könnten demnach für die Verletzung des Rechts auf angemessene Ernährung im Ausland in der Bundesrepublik Deutschland angeklagt werden. Die Übernahme extraterritorialer Pflichten wird bereits von der deutschen Bundesregierung in anderer Hinsicht exerziert: Der von deutschen Staatsbürgern begangene sexuelle Missbrauch Minderjähriger im Ausland gilt als deutscher Straftatbestand.⁴²⁷ Ebenfalls angedacht war, den Besuch von Terrorcamps im Ausland in Deutschland unter Strafe zu stellen.

Rechtsbasierte Ansätze werden immer wieder kritisiert, da sie die Vereinzelung des Individuums festschreiben. Zwar sind Rechte eine folgerichtige Reaktion auf Individualisierungsbestrebungen, da sie den Subjektbegriff forcieren, zugleich werfen sie den Menschen auf sich selbst und seine Fähigkeiten der Wahrnehmung der Rechte zurück. Bielefeldt argumentiert daher für ein kommunitaristisches Verständnis von Menschenrechten, welches das Individuum nicht auf sich reduziert, sondern die freie und potentiell freiwillige Vergemeinschaftung des Individuums in unterschiedlichen Sozialgestalten (Familie, Beruf, Politik, Sport, Freizeit, Hobby) ermöglicht.⁴²⁸

⁴²⁵ Krennerich 2006, S. 2.

⁴²⁶ Krennerich 2006, S. 3.

⁴²⁷ Krennerich 2006, S. 4.

⁴²⁸ Bielefeldt 2007, S. 182.

Das Recht auf Nahrung besitzt Relevanz für Transformations- und Industrieländer. Fragen der Ernährung und des Rechts auf Nahrung tangieren nicht nur Kleinbauern, die unmittelbar auf die sie umgebenden natürlichen Ressourcen angewiesen sind, sondern jeden Menschen auf dieser Erde. Warum? Weil das Recht auf Nahrung nicht in einem engen Sinne verstanden werden kann als Zugang zu und Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, sondern als Anspruch auf Kontrolle über die produktiven Ressourcen dieser Welt. Dieser Anspruch beschreibt nicht nur die Fähigkeit qua Kontrolle Ernährungssicherheit zu etablieren, sondern den individuellen Anspruch, die eigene Ernährung auswählen und verändern zu können, demnach Ernährungssouveränität. Gerade Industrieländer setzen sich durch die Standardisierung und Formalisierung der Nahrungsproduktion einer enormen substanziellen Abhängigkeit aus und machen ihr Recht auf Nahrung dadurch angreifbar. Zwar herrscht in Industrieländern weitgehend Ernährungssicherheit, jedoch lediglich geringe Ernährungssouveränität. Eine noch zu klärende Frage wäre, ob man dieses Verhältnis als in Entwicklungsländern umgekehrtes bezeichnen kann: Durch die geringfügige Integration in den formalen Nahrungsmittelmarkt herrscht theoretisch hohe Ernährungssouveränität (von der ökonomischen Komponente einmal abgesehen), allerdings auch geringe Ernährungssicherheit.

Eine Aufgabe Deutschlands zur Stärkung des Rechts auf Nahrung wird die Integration dieses Rechts in das Grundgesetz der Bundesrepublik sein. Bislang wird der Anspruch der Betroffenen mit der dem Menschen innewohnenden Würde und dem Sozialstaatsprinzip begründet. Arbeitsbereiche der Zukunft für die Gesellschaftswissenschaften und die Politik könnten darin bestehen, das Verhältnis von Souveränität und Sicherheit im Recht auf Nahrung und im Nahrungssektor auszuloten und ausgewogen zu gestalten. Gerade die demographische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte wird die Brisanz der koexistierenden Fragestellungen verdeutlichen: Wie soll die Welternährung im Jahr 2050 aussehen, um alle Menschen ernähren zu können? Und: Wie möchte der Einzelne sich ernähren bzw. wie viel Autonomie kann dem Einzelnen zugestanden werden? Nach welchen Kriterien muss eine Gewichtung ausgestaltet sein, um als gerecht gelten zu können? Wird durch die Kontrolle der Nahrungskette, die Oligopolisierung der Saatgut- und Nahrungsmittelindustrie, durch bspw. Monsanto⁴²⁹, das Recht auf Nahrung gefährdet? Die Beantwortung der benannten Fragen ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe und lässt hoffen, dass der ‚Krieg um Nahrung‘⁴³⁰ für viele Menschen dieser Welt eher Wortspiel denn bittere Realität bleiben wird.

⁴²⁹ Zur Kontrolle der Nahrungskette durch Monsanto siehe Robin 2008, S. 43.

⁴³⁰ Internationale Politik 2008.

Trotz der internationalen Vernetzung und des globalen Lobbying durch ökologie- und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen sowie des Kampfes gegen Hunger, Armut, Ungerechtigkeit und die systematische Zerstörung global bedeutsamer Ernährungs- und damit Lebensgrundlagen hat ein grundlegendes politisches und gesellschaftliches Umdenken noch nicht stattgefunden. Das ist erstaunlich angesichts der Tatsache, dass bereits der Brundtland-Bericht, die fortschrittliche Umwelt- und Entwicklungsbibel der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, im Wesentlichen die aktuellen Entwicklungs- und Umweltprobleme vorwegnimmt und ihre Ursachen und Folgen skizziert. Die Probleme sind benannt, politischer Druck muss folgen. Die Einwohner in Industrieländern müssen begreifen, dass ihr Lebensstandard und Ressourcenverbrauch, z.B. vermittelt Klimawandel, Auswirkungen auf Menschen in weniger entwickelten Ländern hat und, dass es illegitim und ungerecht ist, auf Kosten Fremder und zukünftiger Generationen zu leben. In unbestimmter Zukunft könnte eine Zeit anbrechen, wo sie sich für gegenwärtige Versäumnisse rechtfertigen müssen.

„Die Welt des 21. Jahrhunderts wird nur dann ihre Stabilität bewahren können, wenn sie von der Stärke des Rechts und nicht vom Recht des Stärkeren bestimmt wird.“⁴³¹

⁴³¹ VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG: Zitat von Hans-Dietrich Genscher. [online] <http://www.zitate.de/db/ergebnisse.php?autor=Genscher,%20Hans-Dietrich>.

Quellenverzeichnis

- Abl/Germanwatch/BUKO Agrar Koordination (2007): Ernährungssouveränität: Ansätze zum Umgang mit dem Konzept in Deutschland. [online]
<http://www.germanwatch.org/handel/ernsouv07.pdf> [12.11.2008]
- Acselrad, Henri (2002): Die ökologische Herausforderung zwischen Markt, Sicherheit und Gerechtigkeit. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 48-71.
- Agamben, Giorgio (2007): *Homo sacer: die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Agarwal, Bina (2000): Geschlechterfrage und Umwelt: Anregungen aus Indien. In: R. Klingebiel & S. Randeria (Hg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*. Bonn: Dietz. 2. Auflage. S.239-291.
- Alber, Jens/Behrendt, Christina (2002): Wohlfahrtsstaat/Sozialstaat. In: D. Nohlen (Hg.): *Kleines Lexikon der Politik*. München: Verlag C. H. Beck/ Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Auflage. S. 580-588.
- Allen, Lindsay H. (2003): Interventions for Micronutrient Deficiency Control in Development Countries: Past, Present and Future. In: *The Journal of Nutrition*, Vol. 133, Nr. 11.
- Almekinders, Conny (o.J.a): *Die Rückkehr zum Markt – Vielfaltsausstellungen und Saatgutmärkte*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Almekinders, Conny (o.J.b): *Farmers as Bankers – Community Seed Banks*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Almekinders, Conny (2006): *Anreizinstrumente für den Erhalt der Agrobiodiversität*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Anders, Günther (1968): *Die Antiquiertheit des Menschen: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: Verlag C. H. Beck.
- Andersen, Regine (2006): *Farmers' Rights and agrobiodiversity*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Andreae-Noris Zahn AG: Zitat von Willy Brandt. [online]
<http://www.gesundheit.de/information/impressum/index.html> [01.12.2009]
- Arendt, Hannah (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München: Piper Verlag.
- Arnim, Gabriele von (Hg.)/Deile, Volkmar (Hg.)/Hutter, Franz-Josef (Hg.)/Kurtenbach, Sabine (Hg.)/Tessmer, Karsten (Hg.)(2000): *Jahrbuch Menschenrechte 2000*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Arnim, Gabriele von (Hg.)/Deile, Volkmar (Hg.)/Hutter, Franz-Josef (Hg.)/Kurtenbach, Sabine (Hg.)/Tessmer, Karsten (Hg.)(2001): *Jahrbuch Menschenrechte 2001*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Auswärtiges Amt (1966): *Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*. [online] <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/IntSozialpakt.pdf> [08.07.2009]

- Bala Ravi, S./Hoeschle-Zeledon, I./Swaminathan, M.S./ Frison, E. (2006): Hunger and poverty: the role of biodiversity. Report of an International Consultation on the Role of Biodiversity in Achieving the UN Millennium Development Goal of Freedom from Hunger and Poverty. Chennai: M.S. Swaminathan Research Foundation.
- BASF (2009): Anreicherung von Nahrungsmitteln mit Mikronährstoffen. [online] <http://www.food-fortification.com/> [28.10.2009]
- Bauer, Steffen (2005): Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. In: Informationen zur politischen Bildung: *Umweltpolitik*, Nr. 287. S. 16-20.
- Bauernhof: Pflanzenbau-Lexikon: Triticale. [online] <http://www.bauernhof.net/lexikon/pfl.htm> [29.06.2009]
- Bayer, Wolfgang (2006): Tiefgefroren? Quicklebendig? Verschiedene Wege zur Erhaltung der Nutztiervielfalt. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Bayertz, Kurt (1999): Menschenwürde. In: H.J. Sandkühler(Hg.): *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 824-826.
- Benbrook, Charles M. (2004): Genetically Engineered Crops and Pesticide Use in the United States: The First Nine Years. Biotech InfoNet: Technical Paper Nr. 7, Oct. 2004.
- Benbrook, Charles M. (2005): Rust, Resistance, Run Down Soils, and Rising Costs – Problems Facing Soybean Producers in Argentina. BioTech InfoNet: Technical Paper Nr. 8, Jan. 2005.
- BfN: Einführung in die CBD. [online] <http://www.biodiv-chm.de/konvention/fo112005> [17.08.2009]
- BfN (2004): Der Ökosystemare Schutzansatz. [online] http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1053441544 [16.08.2008]
- BfN (2005): Agrobiodiversität. [online] http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472515/HTML_Page1053440242 [30.06.2009]
- Bielefeldt, Heiner (2007): Ideengeschichte(n) der Menschenrechte. In: N. Janz & T. Risse(Hg.): *Menschenrechte – Globale Dimension eines universellen Anspruches*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 177-185.
- Blas, Javier (2008): Deines Nächsten Acker. Ein neuer Kolonialismus: Ressourcenarme Staaten kaufen weltweit Land auf. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S.30f.
- Braun, Joachim von (Hg.)/ Kennedy, Eileen (Hg.)(1994): *Agricultural Commercialization, Economic Development, and Nutrition*. Baltimore/Maryland: Johns Hopkins University Press.
- Braun, Joachim von (2008a): Teure Versäumnisse. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/teure-versaeumnisse.html> [14.07.2008]
- Braun, Joachim von (2008b): Sonst wird die Lage unbeherrschbar. In: Die Zeit, Nr.17, 17.04.2008. [online] http://www.zeit.de/2008/17/Sonst_wird_die_Lage_unbeherrschbar?page=1 [04.07.2008]
- Brown, Lester R. (2008): Jüngstes Gericht. Warum die Nahrungskrise den Anfang vom Ende unserer Kultur markieren könnte. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 18-29.

- Brunkhorst, Hauke(Hg.)/Niesen, Peter (Hg.)(1999): Das Recht der Republik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Wichtigste Ergebnisse der 9. Vertragsstaatenkonferenz der CBD. [online] http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/cop9_ergebnisse.pdf [30.06.2009]
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1992): Übereinkommen über die biologische Vielfalt. [online] <http://www.biodiv-chm.de/konvention/F1052472545/1049896579/download> [16.06.2009]
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Globale Umweltfazilität. [online] http://www.bmz.de/de/wege/multilaterale_ez/akteure/wio/gef/index.html [07.10.2009]
- Buntzel, Rudolf (1991): Landwirtschaft in den Zwängen des Welthandels. Beiträge über Agrarpolitik, Hunger und Umwelt in der Uruguay-Runde. Hamburg: Verlag Dienste in Übersee.
- Buntzel, Rudolf (2007): Bauernopfer. In: E+Z, Nr. 12, 48. Jahrgang. [online] <http://www.inwent.org/ez/articles/061550/index.de.shtml> [15.07.2008]
- Carson, Rachel (1990): Der stumme Frühling. München: Verlag C.H. Beck.
- CESCR (1990): Allgemeine Anmerkung 3. [online] [http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(Symbol\)/94bdbaf59b43a424c12563ed0052b664?Opendocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(Symbol)/94bdbaf59b43a424c12563ed0052b664?Opendocument) [11.11.2009]
- CESCR (1999): Allgemeine Anmerkung 12 des UN Wirtschafts- und Sozialrats. [online] <http://www.un.org/Depts/german/wiso/ec12-1999-5.pdf> [02.11.2008]
- Chauvier, Stéphane (2007): The Right to Basic Resources. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 303-322.
- Chennai Platform for Action: Agricultural Biodiversity and Elimination of Hunger. [online] http://www.underutilized-species.org/Documents/PUBLICATIONS/chennai_declaration_en.pdf [20.09.2008]
- Christensen, Cheryl (1978): The Right to Food: How to Guarantee. New York: Institute for World Order.
- Christinck, Anja (2006): Agrobiodiversität – Schlüssel zur Ernährungssicherheit. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Conservation International (2005): Hot spot map. [online] <http://www.biodiversityhotspots.org/xp/hotspots/Documents/cihotspotmap.pdf> [07.10.2009]
- Craven, Matthew (2006): Some Thoughts on the Emergent Right to Water. In: E. Riedel (Hg.) & P. Rothen (Hg.): *The Human Right to Water*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag. S. 37-47.
- Dams, Theodor (1999): Welternährung: Lage – Aussichten – Politik. In: P. Opitz (Hg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H.Beck. 2. Auflage. S.190-205.
- Demment, Montague W./ Young, Michelle M./Sensenig, Ryan L. (2003): Providing micronutrients through food-based solutions: A key to human and national development. In: The Journal of Nutrition, Vol. 133, Nr. 11.

- Deutscher Naturschutzring: Mexiko erlaubt ‚experimentellen‘ Freilandbau von Genmais.
[online] <http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Wolfgang-moratorium-schluss-sauber.pdf> [21.10.2009]
- DeWalt, Kathleen (1993): Nutrition and the commercialization of agriculture: ten years later. In: Social Science and Medicine, Vol. 36, S. 1407-1416.
- Dias, Clarence J. (2001): Auswirkungen der Globalisierung auf die Menschenrechte. In: G. v. Arnim (Hg.), V. Deile (Hg.), F.-J. Hutter (Hg.), S. Kurtenbach (Hg.) & K. Tessmer (Hg.): *Jahrbuch Menschenrechte 2001*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 143-154.
- Dierßen, Klaus/ Huckauf, Aiko (2008): Biodiversität – Karriere eines Begriffs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: *Biodiversität*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 3/2008, 14. Januar 2008. S. 3-10.
- Dworkin, Ronald (1981): What ist Equality? Part 2: Equality of Resources. In: Philosophy and Public Affairs, Vol. 10, Nr.3. S. 283-345.
- Egziabher, Tewolde Berhan Gebre (2002): Bedrohte Ernährungssouveränität, internationales Recht und *Farmers' Rights* in Afrika. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 154-191.
- Elliesen, Tillmann (2008): Wir haben die Böden kaputtgemacht. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/wir-haben-die-boeden-kaputtgemacht.html> [14.07.2008]
- Engbruch, Katharina/ Riedel, Eibe (Hg.)(2008): Das Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard. Ernährung, Wasser, Bekleidung, Unterbringung und Energie als Elemente des Art. 11 (1) des IPWSKR. Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Eser, Uta (2001): Die Grenze zwischen Wissenschaft und Gesellschaft neu definieren: Boundary work am Beispiel des Biodiversitätsbegriffs. In: E. Höxtermann (Hg.), J. Kaasch (Hg.) & M. Kaasch (Hg.): *Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie*. Berlin: VWB, Bd. 7. S. 135-152.
- Eser, Uta (2007): Biodiversität und der Wandel im Wissenschaftsverständnis. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 41-55.
- Etc group (2005): Global Seed Industry Concentration - 2005. [online] <http://www.etcgroup.org/upload/publication/48/01/seedmasterfin2005.pdf> [11.11.2008]
- FAO: International Treaty on Plant Genetic Resources for Food and Agriculture. [online] <http://www.planttreaty.org/> [02.07.2009]
- FAO (a): Fortification of food with micronutrients and meeting dietary micronutrient requirements: Role and position of FAO.[online] <ftp://ftp.fao.org/ag/agn/nutrition/fortification.pdf> [27.10.2009]
- FAO (2004): Freiwillige Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechtes auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit. [online] http://www.fao.org/righttofood/common/ecg/51802_en_VGs_ger.web.pdf [08.10.2009]
- FAO (2004a): The State of Food Insecurity in the World 2004. Rom: FAO. [online] <http://www.fao.org/docrep/007/y5650e/y5650e00.htm> [12.07.2008]

- FAO (2006): The State of Food Insecurity in the World 2006. Rom: FAO. [online]
<http://www.fao.org/docrep/009/a0750e/a0750e00.htm> [12.07.2008]
- FAO (2006a): Malnutrition-/ Ernährungssicherheitsdefinition. [online]
<http://www.feedingminds.org/info/definitions.htm> [29.05.2009]
- FAO (2008): The State of Food Insecurity in the World 2008. Rom: FAO. [online]
<http://www.fao.org/docrep/011/i0291e/i0291e00.htm> [26.06.2009]
- FAO (2009): 1.02 billion people hungry: One sixth of humanity undernourished – more than ever before. [online] <http://www.fao.org/news/story/en/item/20568/icode/>
[26.06.2009]
- FAO (2009a): The State of Food Insecurity in the World 2009. Rom: FAO. [online]
<http://www.fao.org/docrep/012/i0876e/i0876e00.htm> [20.11.2009]
- FAOSTAT: Status der globalen Unterernährung 2002-2004. [online]
http://www.fao.org/faostat/foodsecurity/FSMap/map14_en.htm [11.07.2008]
- Fernandez-Cornejo, Jorge/ Schimmelpfennig, David (2004): Have Seed Industry Changes Affected Research Efforts? USDA Economic Research Service. [online]
<http://www.ers.usda.gov/AmberWaves/February04/Features/HaveSeed.htm>
[20.11.2008]
- FIAN (1999): Von der Grünen Revolution zur Genrevolution. [online]
http://www.oneworld.at/wide/dokumente/macht_gentechnik_satt_1999.pdf
[21.10.2009]
- FIAN (2005): Wirtschaft global – Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung. Hamburg: VSA – Verlag.
- Fischermann, Thomas/Greife, Christiane/Pinzler, Petra (2008): Ohne Schuld. In: Die Zeit, Nr. 49, 27. Nov. 2008. S. 26f.
- Forst, Rainer (1994): Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Forst, Rainer (2005): Die erste Frage der Gerechtigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: *Ungleichheit - Ungerechtigkeit*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 37/2005, 12. September 2005. [online]
http://www1.bpb.de/publikationen/3004U7,0,Die_erste_Frage_der_Gerechtigkeit.html [02.10.2009]
- Fraser, Nancy/ Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt/ Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr. 1460.
- Fraser, Nancy (2003a): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung. In: N. Fraser & A. Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt/ Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr. 1460. S. 13-128.
- Frei, M./ Becker, K. (2004): Agro-biodiversity in subsistence-oriented farming systems in a Philippine upland region: nutritional considerations. In: Biodiversity and Conservation 13. S. 1591-1610. [online]
<http://www.ipgri.cgiar.org/Events/nutrition/Related%20published%20papers/Agro-biodiversity%20in%20subsistence-oriented%20farming.pdf> [16.07.2008]

- Frison, E./Smith, I.F./ Johns, T./Cherfas, J./Eyzaguirre, P./IPGRI (2004): Using Biodiversity for Food, Dietary Diversity, Better Nutrition and Health. IPGRI. [online] <http://www.ipgri.cgiar.org/Events/nutrition/Related%20published%20papers/Using%20Biodiversity%20for%20food,dietary%20diversity,%20better%20nutrition%20and%20health.pdf> [16.07.2008]
- Fritzsche, Karl Peter (Hg.)/ Lohmann, Georg (Hg.)(2000): Menschenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Würzburg: Ergon Verlag.
- Gareis, Sven Bernhard/ Varwick, Johannes (2008): Die Vereinten Nationen: Aufgaben, Instrumente und Reformen. Opladen: Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills. 4. Auflage.
- Georgi, Birgit (2007): Neue Aufgaben des Umweltschutzes im Kontext des Biodiversitätsansatzes. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 167-174.
- Global Environment Facility: Investing in our planet. [online] <http://www.gefweb.org/default.aspx> [07.10.2009]
- Golden Rice Project: Golden Rice is Part of the Solution. [online] <http://www.goldenrice.org/> [27.10.2009]
- Görg, Christoph/ Brand, Ullrich (Hg.)(2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Gosepath, Stefan (Hg.)/ Lohmann, Georg (Hg.)(1998): Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Gosepath, Stefan (1998a): Zur Begründung sozialer Menschenrechte. In: S. Gosepath (Hg.) & G. Lohmann (Hg.): *Philosophie der Menschenrechte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 146-187.
- Goswami, Bhaskar (2007): Making a meal of Bt cotton. InfoChangeIndia, Sep. 2007. [online] <http://infochangeindia.org/200709026463/Other/Features/Making-a-meal-of-Bt-cotton.html> [28.10.2009]
- Grebmer, Klaus von/Nestorova, Bella/Quisumbing, Agnes/Fertziger, Rebecca/Fritschel, Heidi/Pandya-Lorch, Rajul/Yohannes, Yisehac (2009): 2009 – Welthunger-Index. Herausforderung Hunger: Wie die Finanzkrise den Hunger verschärft und warum es auf die Frauen ankommt. Bonn/Washington D.C./Dublin: Welthungerhilfe/IFPRI/Concern Worldwide.
- GTZ: Definition: Agrobiodiversität. [online] <http://www.gtz.de/de/themen/umwelt-infrastruktur/23089.htm> [30.06.2009]
- GTZ (Hg.)/BfN (Hg.)(2000): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag.
- Gurian-Sherman, Doug (2009): Failure to Yield: Evaluating the Performance of Genetically Engineered Crops. Cambridge: Union of Concerned Scientists.
- Gürtner, Sabine (1999): Frauen in Entwicklungsländern. In: P. Opitz (Hg.): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H.Beck. 2. Auflage. S. 101-118.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (1996a): Über den internen Zusammenhang von Rechtsstaat und Demokratie. In: J. Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen*. Frankfurt: Suhrkamp. S. 293-305.
- Habermas, Jürgen (1999): Zur Legitimation durch Menschenrechte. In: H. Brunkhorst (Hg.) & P. Niesen (Hg.): *Das Recht der Republik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 386-403.
- Hagedorn, Konrad (2005): Balanceakt zwischen Ernährung und Naturschutz – die Landwirtschaft. In: Informationen zur politischen Bildung: *Umweltpolitik*. Nr. 287. S. 36-43.
- Hahlbrock, Klaus/ Wiegandt, Klaus (Hg.)(2007): Kann unsere Erde die Menschen noch ernähren? Bevölkerungsexplosion – Umwelt – Gentechnik. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag. 3.Auflage.
- Hauff, Volker (Hg.)/WCED (Hg.)(1987): Unsere gemeinsame Zukunft: der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevén: Eggenkamp.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1993[1807]): Phänomenologie des Geistes. Frankfurt/Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft. Nr.603. 4. Auflage.
- Heinrich, Christiane Helene (2007): Gesellschaftliche Exklusionsvorgänge als Anfrage an internationale soziale Menschenrechtsforderungen. Soziologische, theologische und sozialphilosophische Perspektiven. Frankfurt/ Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Hesse, Hermann (1987): Das Glasperlenspiel. Berlin/Weimar: Aufbau Verlag.
- Hinkmann, Jens (2002): Ethik der Menschenrechte. Eine Studie zur philosophischen Begründung von Menschenrechten als universellen Normen. Marburg: Tectum Verlag.
- Hobbes, Thomas (Hg.)/ Fetscher, Iring (Hg.)(2006 [1651]): Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Nr. 462. 13. Auflage.
- Höffe, Otfried (1977): Rawls Theorie der politisch-sozialen Gerechtigkeit. In: J. Rawls & O. Höffe (Hg.): *Gerechtigkeit als Fairness*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber. S. 16-33.
- Höffe, Otfried (Hg.)/ Habermas, Jürgen (Hg.)/ Henrich, Dieter (Hg.)/ Luhmann, Niklas (Hg.)/ Taubes, Jacob (Hg.)(1977a): Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Honneth, Axel (2003): Kampf um Anerkennung: zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Horn, Christoph (Hg.)/ Scarano, Nico (Hg.)(2002): Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Horn, Christoph (2002a): Zeitgenössische Debatten: Einleitung. In: C. Horn (Hg.) & N. Scarano (Hg.): *Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 335-354.
- Howard, Patricia L. (Hg.)(2003): Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation. London/New York: Zed Books Ltd.
- Höxtermann, Ekkehard (Hg.)/ Kaasch, Joachim (Hg.)/ Kaasch, Michael (Hg.)(2001): Verhandlungen zur Geschichte und Theorie der Biologie. Berlin: VWB.
- Hügli, Anton (Hg.)/ Lübcke, Poul (Hg.)(1996): Philosophie im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstheorie und Analytische Philosophie. Band 2. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

- Institut für ökologische Wirtschaftsforschung: Agrobiodiversität: Stand der Forschung. [online]
http://www.agrobiodiversitaet.net/site/page/zum_thema/forschung.php [07.10.2009]
- Internationale Politik (2008): Krieg um Nahrung? Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr.
- ISAAA (2008): Global Status of Commercialized Biotech/GM Crops: 2008. The First Thirteen Years, 1996 to 2008. [online]
<http://www.isaaa.org/resources/publications/briefs/39/executivesummary/default.html> [28.10.2009]
- Janz, Nicole/Risse, Thomas (Hg.)(2007): Menschenrechte – Globale Dimension eines universellen Anspruches. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. (siehe auch Bielefeldt)
- Johns, Timothy/ Sthapit, Bhuwon R. (2004): Biocultural diversity in the sustainability of developing-country food systems. In: Food and Nutrition Bulletin, Vol. 25, Nr. 2.
- Kafka, Franz/Heidelberg, Nikolaus (Hg.)(2009): Gelegenheit zu einer kleinen Verzweiflung. Köln: DuMont Verlag.
- Kafka, Franz (2009): Kleine Fabel. In: F. Kafka & N. Heidelberg: Gelegenheit zu einer kleinen Verzweiflung. Köln: DuMont Verlag. S. 90.
- Kartoffelvielfalt: Rettet die Linda!. [online]
http://www.kartoffelvielfalt.de/rettet_linda/index.php [24.11.2008]
- Kasperek, Max/Schulz, Wolfgang/Amend, Stephan (2000): Naturschutz – eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 11-26.
- Kasten, Wolfgang/ Diekmann, Marlene (2008): Kartoffelwelt. Karriere einer Knolle. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Kather, Regine (2007): Person: die Begründung menschlicher Identität. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Kaufmann, Matthias (1999): Rechtsphilosophie/Recht. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 1164-1174.
- Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hg.)(2000): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz. 2. Auflage.
- Knapp, Hans Dieter (2000): Geschichte des Naturschutzes. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 27-38.
- Kotschi, Johannes (2006): Agrobiodiversität und Klimawandel – eine komplexe Beziehung. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Kotschi, Johannes (2008): Grüne Gentechnik – wie wirkt sie sich auf die landwirtschaftliche Vielfalt aus? Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Krebs, Angelika (Hg.)(1997): Naturethik. Grundtexte der gegenwärtigen tier- und ökoethischen Diskussion. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Kreide, Regina (2007): Neglected Injustice: Poverty as a Violation of Social Autonomy. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 155-181.
- Kreide, Regina (2008): Globale Politik und Menschenrechte. Macht und Ohnmacht eines politischen Instruments. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

- Krennerich, Michael (2006): Menschenrechte ohne Grenzen – welche Pflichten für Deutschland? Ein Konferenzbericht. FIAN: Berlin, 9. Nov. 2006. [online] http://www.fian.de/fian/downloads/pdf/ran/061109_MRohneGrenzen_Konferenzbericht.pdf [10.09.2009]
- Künemann, Rolf (2000): Neuere Entwicklungen beim Recht auf Nahrung. In: G. von Arnim(Hg.), V. Deile(Hg.), F. Hutter(Hg.), S. Kurtenbach(Hg.) & K. Tessmer(Hg.): Jahrbuch Menschenrechte 2000. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. S. 285-297.
- Ladwig, Bernd (2007): Kann es ein Menschenrecht auf Wasser geben? In: B. Rudolf (Hg.): *Menschenrecht Wasser?* Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 45-58.
- Lang, Susan (2006): Seven-year glitch: Cornell warns that Chinese GM cotton farmers are losing money due to 'secondary' pests. Cornell University: Chronicle Online, 25. Juli 2006. [online] <http://www.news.cornell.edu/stories/July06/Bt.cotton.China.ssl.html> [28.10.09]
- La Vía Campesina (2003): Food sovereignty. [online] http://viacampesina.org/main_en/index.php?option=com_content&task=view&id=47&Itemid=27 [11.07.2008]
- Leff, Enrique (2002): Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung – Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die Wiederaneignung der Natur. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 92-117.
- Lemke, Thomas (2007): Biopolitik zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.
- Liebig, Stefan/ Lengfeld, Holger (Hg.)(2002): Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Ludermann, Bernd (2008): Kapital flieht in die Rohstoffe. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/kapital-flieht-in-die-rohstoffe.html> [14.07.2008]
- Margalit, Avishai (1997): Politik der Würde: über Achtung und Verachtung. Berlin: Fest Verlag.
- Makinwa-Adebusoye, Paulina (2000): Bevölkerung, Situation der Frauen und nachhaltige Entwicklung in Afrika. In: R. Klingebiel & S. Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz. 2. Auflage. S. 214-238.
- Malaza, Millicent (2003): Modernization and Gender Dynamics in the Loss of Agrobiodiversity in Swasiland's Food System. In: P.L. Howard (Hg.): *Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation*. London/New York: Zed Books Ltd. S. 243-257.
- Mau, Steffen (2002): Solidarität und Gerechtigkeit. Zur Erkundung eines Verhältnisses. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 129-154.
- McDougall, Phillips (2005): Seed Industry Consolidation. Unveröffentlichte Studie.
- Meinhof, Ulrike Maria (2004): Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken. Berlin: Wagenbachs Taschenbuch.
- Meinhof, Ulrike Maria (2004a): Die Würde des Menschen. In: U.M. Meinhof: *Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken*. Berlin: Wagenbachs Taschenbuch. S. 27-30.

- Menke, Christoph/ Pollmann, Arnd (2007): Philosophie der Menschenrechte zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.
- Merker, Barbara/ Mohr, Georg (1999): Philosophie IV: Ethik/Moralphilosophie/Moral. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 1059-1070.
- Meyers Lexikon Online: Mineralstoffdefinition. [offline]
<http://lexikon.meyers.de/wissen/Mineralstoffe+%28Sachartikel%29> [28.11.2008]
- Meyers Lexikon Online (a): Spurenelementdefinition. [offline]
<http://lexikon.meyers.de/wissen/Spurenelemente> [28.11.2008]
- Mieth, Corinna (2004): Sind wir zur Hilfe verpflichtet? Zur Dialektik von Hilfe und Gerechtigkeit. In: Zeitschrift für Entwicklungspolitik, Nr. 14/15. S.27-33.
- Mooney, Pat/ Fowler, Cary (1991): Die Saat des Hungers. Wie wir die Grundlagen unserer Ernährung zerstören. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Neubert, Axel/ Viet Thai, Le (2008): Gewinn für die Großen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/gewinn-fuer-die-grossen.html> [14.07.2008]
- Nohlen, Dieter (Hg.)(2002): Kleines Lexikon der Politik. München: Verlag C. H. Beck/ Bundeszentrale für politische Bildung. 2. Auflage.
- Northoff, Erwin (2008): About 50 Million more hungry people in 2007. Hunger on the rise due to soaring food prices. Rome: FAO. [online]
<http://www.fao.org/newsroom/en/news/2008/1000866/index.html> [04.07.2008]
- Nowell-Smith, P.H. (1977): Eine Theorie der Gerechtigkeit? In: O. Höffe, J. Habermas, D. Henrich, N. Luhmann & J. Taubes: *Über John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: Suhrkamp Verlag. S. 77-107.
- Nussbaum, Martha Craven (1999): Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nussbaum, Martha (Hg.)/ Sen, Amartya (Hg.)(2002): The quality of life. A study prepared for the World Institute for Development Economics Research (WIDER) of the United Nations University. Oxford: Clarendon Press.
- Oberthür, Sebastian (2005): Internationale Umweltpolitik. In: Informationen zur politischen Bildung: *Umweltpolitik*, Nr. 287. S. 68-72.
- OECD/FAO (2008): Agricultural Outlook 2008-2017. [online]
http://www.oecd.org/document/4/0,3343,de_34968570_34968855_40709124_1_1_1_1,00.html [15.06.2009]
- OHCHR: Status of Ratification. [offline]
<http://www2.ohchr.org/english/bodies/ratification/3.htm> [07.07.2009]
- OHCHR (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. [online]
<http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger> [25.09.2008]
- OHCHR (1948a): The Universal Declaration of Human Rights. [online]
<http://www.un.org/Overview/rights.html> [20.10.2008]
- OHCHR (1966): International Covenant on Civil and Political Rights. [online]
<http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm> [15.09.2009]
- OHCHR (1966a): International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. [online]
<http://www2.ohchr.org/english/law/cescr.htm> [08.07.2009]

- Oniang'o, Ruth K./ Shiundu, K./ Maundu, P./ Johns, T. (2006): Diversity, nutrition and food security: the case of African leafy vegetables. In: S. Bala Ravi, I. Hoeschle-Zeledon, M.S. Swaminathan & E. Frison: *Hunger and poverty: the role of biodiversity. Report of an International Consultation on the Role of Biodiversity in Achieving the UN Millennium Development Goal of Freedom from Hunger and Poverty*. Chennai: M.S. Swaminathan Research Foundation. S. 83-100.
- Opitz, Peter J. (Hg.)(1999): Grundprobleme der Entwicklungsregionen. Der Süden an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. München: Verlag C.H.Beck. 2. Auflage.
- Oppermann, Dr. Rainer/ Neumann, Andrea/ Huber, Silvia (2008): Die Bedeutung der obligatorischen Flächenstilllegung für die Biologische Vielfalt. Fakten und Vorschläge zur Schaffung von ökologischen Vorrangflächen im Rahmen der EU-Agrarpolitik. Berlin: Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
- Peltzer, Roger (2008): Keine Angst vor hohen Preisen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/keine-angst-vor-hohen-preisen.html> [14.07.2008]
- Piechocki, Reinhard (2007): „Biodiversität“ – Zur Entstehung und Tragweite eines neuen Schlüsselbegriffs. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 11-24.
- Pinstrup-Andersen, Per (2001): Der Hunger wird noch wachsen. In: Die Zeit, Nr. 45. [online] http://www.zeit.de/2001/45/200145_kurzinterview.xml?page=2 [10.07.2008]
- Pogge, Thomas (Hg.) (2007): Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor? Paris/Oxford: Oxford University Press.
- Pogge, Thomas (2007a): Severe Poverty as a Human Rights Violation. In: T. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right. Who Owes What to the Very Poor?* Paris/Oxford: Oxford University Press. S. 11-53.
- Pollan, Michael (2001): The Great Yellow Hype. In: New York Times Magazine, 4. März 2001. [online] <http://www.nytimes.com/2001/03/04/magazine/04WWLN.html> [27.10.2009]
- Popkin, Barry M. (2001): The nutrition Transition and Obesity in the Developing World. In: The Journal of Nutrition, Vol. 131.
- Popkin, Barry M. (2002): An overview of the nutrition transition and its health implications: The Bellagio Meeting. In: Public Health Nutrition, Nr. 5. S. 93-103.
- Potthast, Thomas (2007): Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert? Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.
- Potthast, Thomas (2007a): Biodiversität, Ökologie, Evolution – Epistemisch-moralische Hybride und Biologietheorie. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 57-88.
- Powell, John M. (2007): Es gibt keine Überschüsse mehr. In: E+Z, Nr.6, 48. Jahrgang. [online] <http://www.inwent.org/ez/articles/055158/index.de.shtml> [15.07.2008]
- Proell, Elke (2008): Globalisierung geht durch den Magen. In: welt-sichten, Nr.6, Juni 2008. [online] <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-06-008/globalisierung-geht-durch-den-magen.html> [14.07.2008]
- Qaim, Matin/Traxler, Greg (2005): Roundup ready Soybeans in Argentina: farm level and aggregate welfare effects. Agricultural Economics, Vol. 32, Nr. 1. S. 73–86.
- Rawls, John/Höffe, Otfried (Hg.)(1977): Gerechtigkeit als Fairneß. Freiburg/München: Verlag Karl Alber.

- Rawls, John (1993): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. 7.Aufl.
- Rawls, John/ Hinsch, Wilfried (Hg.)/Wingert, Lutz (Hg.)(2002): Das Recht der Völker. Berlin/ New York: Walter de Gruyter.
- Reichelhof, Josef/ Wiegandt, Klaus (Hg.)(2008): Ende der Artenvielfalt? Gefährdung und Vernichtung von Biodiversität. Frankfurt: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Reichert, Tobias (2008): Die Preise, die ich rief. Wie die Nahrungskrise Nichtregierungsorganisationen zum Umdenken zwingt. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S.65-70
- Reid, W.V./Miller, K.R. (1989): Keeping Options Alive: The scientific basis for conserving biodiversity. Washington, D.C.: World Resources Institute.
- Reimann, Carsten (2000): Ernährungssicherung im Völkerrecht: der Menschenrechtsansatz und seine Ergänzungsmöglichkeiten anhand der Welthungerproblematik. Stuttgart: Verlag Boorberg.
- Rentsch, Thomas (1999): Mensch. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 814-818.
- Ribeiro, Silvia (2002): *Biopiraterie* und geistiges Eigentum – Zur Privatisierung von gemeinschaftlichen Bereichen. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 118-136.
- Riedel, Eibe (Hg.)/ Rothen, Peter (Hg.)(2006): The Human Right to Water. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Right to Food Campaign: Mid-day Meals: Introduction. [online]
http://www.righttofoodindia.org/mdm/mdm_intro.html [27.11.2009]
- Robin, Marie-Monique (2008): Die grenzenlose Sojadiktatur. Wie der US Konzern Monsanto die Nahrungsmittelproduktion kontrolliert. In: Internationale Politik: *Krieg um Nahrung?* Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. November 2008, Nr. 11, 63. Jahr. S. 40-43.
- Roth, Dieter (1994): Zum Konflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie Lösungen für seine Überwindung. In: Natur und Landschaft, 69. Jg., Heft 9. S. 406-411.
- Rousseau, Jean Jacques (1962 [1762]): Du Contrat Social ou Principes du droits politique. Paris: o. A.
- Rudolf, Beate (Hg.)(2007): Menschenrecht Wasser? Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Rudolf, Beate (2007a): Menschenrecht Wasser – Herleitung, Inhalt, Bedeutung und Probleme. In: B. Rudolf (Hg.): *Menschenrecht Wasser?* Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften. S. 15-43
- Sabbagh, Clara (2002): Eine Taxonomie normativer und empirischer Theorien der Verteilungsgerechtigkeit. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 23-52.
- Sandel, Michel J. (1982): Liberalism and the Limits of Justice. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sandkühler, Hans Jörg (Hg.)(1999): Enzyklopädie Philosophie. Hamburg: Felix Meiner Verlag.

- Sandkühler, Hans Jörg (Hg.)(1999a):Menschenrechte. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 818-823
- Schellhardt, Susanne (2008): Der Internationale Saatgutvertrag – Stand der Umsetzung. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Schlothfeldt, Stephan (2002): Zur Relevanz sozialer Vergleiche für normative Gerechtigkeitstheorien. Normative und empirische Aspekte der Begründung sozialer Mindestausstattungen. In: S. Liebig & H. Lengfeld (Hg.): *Interdisziplinäre Gerechtigkeitsforschung. Zur Verknüpfung empirischer und normativer Perspektiven*. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 155-184.
- Schneider, Jakob (2004): Die Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Schweizer Vereinigung für Vegetarismus: Zitat von Maximilian Oskar Bircher-Benner. [online] <http://www.vegetarismus.ch/zitate.htm> [01.12.2009]
- Seiler, Achim (2005): Der Internationale Vertrag über Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Sen, Amartya (1985): Well-Being, Agency, and Freedom: The Dewey Lectures 1984. In: *Journal of Philosophy* 82, Nr. 4. S. 169-221.
- Sen Amartya (2003): *Inequality Reexamined*. Oxford: Clarendon Press.
- Selchow, Ulla/Hutter, Franz-Josef (Hg.)(2004): Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Anspruch und politische Wirklichkeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shiva, Vandana (2005): *Earth Democracy. Justice, Sustainability, and Peace*. Cambridge: South End Press.
- Shue, Henry (1980): *Basic Rights: Subsistence, Affluence and US Foreign Policy*. Princeton: Princeton University Press.
- Solbrig, Otto T. (1994): Biodiversität – Wissenschaftliche Fragen und Vorschläge für die internationale Forschung. Bonn: Deutsches Nationalkomitee für das UNESCO-Programm „Der Mensch und die Biosphäre“.
- Stadler, Jutta (2007): Die Biodiversitätskonvention und ihr ökosystemarer Ansatz – Neue Anforderungen an die Forschung. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 175-184.
- Stefansen, Niels Christian (1996): Der moderne amerikanische Liberalismus. In: A. Hügli (Hg.) & P. Lübcke (Hg.): *Philosophie im 20. Jahrhundert. Wissenschaftstheorie und Analytische Philosophie. Band 2*. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag. S. 363-389.
- Stolpe, Gisela/Korn, Horst (2000): Internationales Naturschutzrecht. In: GTZ (Hg.) & BfN (Hg.): *Naturschutz in Entwicklungsländern: Neue Ansätze für den Erhalt der biologischen Vielfalt*. Heidelberg: Max Kasperek Verlag. S. 49-58.
- Streit, Bruno (2007): *Was ist Biodiversität? Erforschung, Schutz und Wert biologischer Vielfalt*. München: Verlag C. H. Beck.
- Sturma, Dieter (1999): Person. In: H.J. Sandkühler: *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. S. 994-998.

- Swaminathan, Monkombu Sambasivan (2008): Die immergrüne Revolution. In: Die Zeit, Nr. 5, 24.01.2008. [online] <http://www.zeit.de/2008/05/OdE14-Landwirtschaft-Interview?page=1> [04.07.2008]
- Tugendhat, Ernst (1993): Vorlesungen über Ethik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- UNEP: Climate Change and Biological Diversity. [online] <http://www.cbd.int/climate/> [02.07.2009]
- UNEP (a): COP Decisions. [online] <http://www.cbd.int/decisions/> [01.07.2009]
- UNEP (b): COP Decisions – Decisions on agricultural biological diversity. [online] <http://www.cbd.int/agro/decisions.shtml> [30.06.2009]
- UNEP (c): List of Parties. [online] <http://www.cbd.int/convention/parties/list/> [02.07.2009]
- United Nations (2008): The Millennium Development Goals Report 2008. [online] <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/The%20Millennium%20Development%20Goals%20Report%202008.pdf> [14.11.2008]
- Universität Hohenheim: Ernährungshinweise Vitamine. [online] <https://www.uni-hohenheim.de/wwwin140/info/hinweise/vitamine/allgemein.htm> [28.11.2008]
- UNRIC (1945): Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. [online] http://www.un.org/Depts/german/un_charta/charta.pdf [25.11.2009]
- Valdes, Alberto/ Huddleston, Barbara (1977): Potential of Agricultural Exports to Finance Increased Food Imports in Selected Developing Countries. Washington D.C.: International Food Policy Research Institute.
- Virchow, Detlef (2008): Die Erhaltung der Agrobiodiversität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte: Biodiversität. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, Nr. 3/2008, 14. Januar 2008. S. 10-15.
- VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG: Zitat von Albert Schweitzer. [online] <http://www.zitate.de/db/ergebnisse.php?sz=2&stichwort=&kategorie=Recht&autor=> [01.12.2009]
- VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG: Zitat von Hans-Dietrich Genscher. [online] <http://www.zitate.de/db/ergebnisse.php?autor=Genscher,%20Hans-Dietrich> [01.12.2009]
- VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG: Zitat von Oskar Kokoschka. [online] http://zitate.net/zitate/natur/zitate_5.html [11.11.2009]
- Vogtmann, Hartmut (2007): Vorwort. In: T. Potthast: *Biodiversität – Schlüsselbegriff des Naturschutzes im 21. Jahrhundert?* Bonn/Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz. S. 5-6.
- Weiß, Norman (2000): Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte – vergessene Menschenrechte? In: K.P. Fritzsche & G. Lohmann (Hg.): *Menschenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Würzburg: Ergon Verlag. S.39-52.
- Wichterich, Christa (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienter Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht. In: C. Görg & U. Brand(Hg.): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 72-91.
- WIKIMEDIA COMMONS: Guiseppe Arcimboldos Darstellung Kaiser Rudolfs II als ‚Vertumnus‘.[online] <http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:Arcimboldovertumnus.jpeg?uselang=de> [02.12.2009]

- WIKIMEDIA COMMONS (a): (UN) Sozialpakt – Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten.
[online] <http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:ICESCR.png?uselang=de>
[16.09.2009]
- WIKIMEDIA COMMONS(b): (UN) Zivilpakt – Karte der Ratifizierer- und Unterzeichnerstaaten.
[online] <http://commons.wikimedia.org/w/index.php?title=File:ICCPR-members.PNG>
[08.10.2009]
- Wilson, Edward O. (1988): Biodiversity. Washington: National Academy Press.
- Wilson, Edward O. (1992)(Hg.): Ende der biologischen Vielfalt? Der Verlust an Arten, Genen und Lebensräumen und die Chancen für eine Umkehr. Heidelberg/ Berlin/ New York: Spektrum Akademischer Verlag.
- Windfuhr, Michael (2001): Parallelbericht Menschenrechte: Deutschlands Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen gemäß dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. Schwerpunkt: Das Recht auf angemessene Ernährung. Bonn/Stuttgart/Heidelberg: EED/FIAN/Brot für die Welt.
- Wooten, Stephen (2003): Losing Ground: Gender Relations, Commercial Horticulture and Threats to Local Plant Diversity in Rural Mali. In: P.L. Howard (Hg.): *Women and Plants. Gender Relations in Biodiversity Management and Conservation*. London/New York: Zed Books Ltd. S. 229-242.
- Worldbank (2007): World Development Report 2008: Agriculture for Development. [online] <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTRESEARCH/EXTWDRS/EXTWDR2008/0,,contentMDK:21410054~menuPK:3149676~pagePK:64167689~piPK:64167673~theSitePK:2795143,00.html> [15.07.2008]
- Worldbank/FAO (2008): International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (IAASTD). [online] http://www.agassessment.org/docs/Global_SDM_050508_FINAL.pdf [01.06.2009]
- World Food Programme (2006): World Hunger Series 2006: Hunger and Learning. [online] http://www.wfp.org/sites/default/files/World_Hunger_Series_2006_En_0.pdf [06.10.2009]
- World Food Programme (2007): World Hunger Series 2007: Hunger and Health. [online] http://www.wfp.org/sites/default/files/WHS_leaflet_English_2007.pdf [06.10.2009]
- Zangl, Bernhard (2006): Die Internationalisierung der Rechtsstaatlichkeit. Streitbeilegung in GATT und WTO. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet wurden. Die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, habe ich durch Angabe der Quellen kenntlich gemacht.

Diese Arbeit hat in dieser oder ähnlicher Form noch nicht im Rahmen einer anderen Prüfung vorgelegen.

Bad Soden am Taunus, 12.12.2009

Diana Kaiser